



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies



universität
wien

Forschungsbericht

Sonja Dörfler ▪ Markus Kaindl

Gender-Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation

Ein internationaler Vergleich und die Situation von Frauen
in der österreichischen Kommunalpolitik

Nr. 31 | 2019

Forschungsbericht Nr. 31 | 2019
Österreichisches Institut für Familienforschung
an der Universität Wien
1010 Wien | Grillparzerstraße 7/9
T: +43(0)1 4277 48901 | info@oif.ac.at
www.oif.ac.at

Forschungsbericht

Sonja Dörfler ▪ Markus Kaindl

Gender-Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation

Ein internationaler Vergleich und die Situation von Frauen
in der österreichischen Kommunalpolitik

Nr. 31 | 2019

September 2019

Gefördert aus Mitteln des Bundeskanzleramtes über die Familie & Beruf Management GmbH.



Bundeskanzleramt

Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



Das Österreichische Institut für Familienforschung an der Universität Wien (ÖIF) führt als unabhängiges wissenschaftliches Institut anwendungsorientierte Studien und Grundlagenforschung zur Struktur und Dynamik von Familien, Generationen, Partnerschaften und Geschlechtern durch. Die Kooperation mit internationalen Forschungseinrichtungen und die familienpolitische Beratung zählen dabei ebenso wie die umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Aufgaben des ÖIF.

Dieses Werk ist mit [CC BY-ND 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/) lizenziert.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	6
1.1	Begriffsdefinitionen	6
1.2	Fragestellungen	7
1.3	Auswahl der Länder	8
1.4	Methodische Vorgangsweise	10
2	Literaturüberblick.....	12
2.1	Allgemeine Überlegungen	12
2.2	Einflussfaktoren auf die politische Beteiligung von Frauen	13
2.2.1	Interesse an der Politik.....	13
2.2.2	Vereinbarkeit von Politik und Familie	14
2.2.3	Netzwerke.....	15
2.2.4	Werthaltungen und Erwartungen an Politiker/innen.....	15
2.2.5	Ökonomische Faktoren.....	16
2.2.6	Rolle des Wahlsystems.....	16
2.2.6.1	Wahlsysteme im Überblick	16
2.2.6.2	Wahlsystem in Österreich	17
2.2.6.3	Wahlsystem in Schweden	18
2.2.6.4	Wahlsystem im Vereinigten Königreich	18
2.2.6.5	Wahlsystem in Spanien.....	19
2.2.6.6	Wahlsystem in Polen.....	19
2.2.6.7	Einfluss des Wahlsystems und der Vorzugsstimmen.....	19
2.2.7	Gesetzliche Regelungen.....	20
2.2.8	Innerparteiliche Regelungen	21
2.2.8.1	Allgemeine Einflüsse.....	22
2.2.8.2	Parteistrategien in Österreich	23
2.2.8.3	Parteistrategien in Schweden.....	24
2.2.8.4	Parteistrategien im Vereinigten Königreich.....	24
2.2.8.5	Parteistrategien in Spanien	25
2.2.8.6	Parteistrategien in Polen	26
2.2.9	Rolle der Medien.....	26
2.3	Entwicklung des Stellenwertes von Frauen in der Politik	27
2.4	Auswirkungen der Präsenz von Frauen in der Politik	29
2.5	Zusammenfassung des Literaturüberblicks	31
3	Gender-Gap bei politischer Repräsentation in Zahlen	33
3.1	Nationale Ebene	33
3.1.1	Nationale Regierungen	33
3.1.2	Nationale Parlamente	35
3.2	Regionale Ebene	40
3.2.1	Landesregierungen	41
3.2.2	Landtage.....	43
3.3	Kommunale Ebene	46
3.3.1	Bürgermeister/innen.....	46
3.3.2	Gemeindevorstände.....	49
3.3.3	Gemeinderäte	50
3.4	EU-Ebene	53
3.5	Zusammenfassung politische Repräsentation in Zahlen	54

4	Quantitative Befragung	56
4.1	Methodischer Hintergrund zum European Social Survey (ESS)	56
4.2	Politisches Interesse	62
4.3	Einschätzung der eigenen Möglichkeiten	65
4.3.1	Überblick Einschätzung der Möglichkeiten	65
4.3.2	Generelle Mitsprachemöglichkeit	68
4.3.3	Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur Beteiligung	71
4.3.4	Einfachheit der eigenen politischen Beteiligung	73
4.4	Formen der politischen Partizipation	76
4.4.1	Teilnahme an Wahlen	76
4.4.2	Unkonventionellere Formen der politischen Partizipation	77
4.4.2.1	Überblick zu speziellen Formen der politische Partizipation	77
4.4.2.2	Mitarbeit in politischen Parteien und Gruppierungen	81
4.4.2.3	Kontakt zu Politiker/innen	88
4.4.2.4	Teilnahme an Unterschriftenaktionen	91
4.4.2.5	Teilnahme an Demonstrationen	93
4.5	Zusammenfassung der quantitativen Befragung	96
5	Qualitative Erhebung	98
5.1	Studiendesign	98
5.2	Ergebnisse	100
5.2.1	Auslöser für den Einstieg in kommunalpolitische Funktionen	100
5.2.1.1	Nicht intendiert: „ <i>Ich bin wirklich nur irgendwie hineingerutscht.</i> “	101
5.2.1.2	Familie als Auslöser: „ <i>Es liegt ein bisschen in der Familie.</i> “	102
5.2.1.3	Vereine, Gruppen, Bewegungen: „ <i>Vom Reden ins Tun zu kommen</i> “	105
5.2.1.4	Der Bürgermeister: „ <i>Natürlich spielt Sympathie eine große Rolle</i> “	107
5.2.2	Push-Faktoren beim Einstieg	107
5.2.2.1	Positive Aufnahme in der Gruppe: „ <i>wertvoll und wertgeschätzt</i> “	107
5.2.2.2	Förderprogramm: „ <i>Es gab da was Unterstützendes</i> “	108
5.2.2.3	Mitbewerber/innen: „ <i>Jetzt machen wir das zu zweit.</i> “	109
5.2.2.4	Die Familie: „ <i>Ohne das, braucht man es nicht versuchen</i> “	109
5.2.3	Erste Kompetenzbereiche: „ <i>Ich war da die einzige Frau.</i> “	112
5.2.4	Hemmnisse und negative Effekte in der kommunalpolitischen Arbeit	116
5.2.4.1	Familie als Hindernis: „ <i>...dass daheim alles läuft</i> “	116
5.2.4.2	Mangelndes Selbstvertrauen: „ <i>Kann ich das überhaupt?</i> “	118
5.2.4.3	Privatleben: „ <i>Ich habe aber jetzt das andere alles zurückgesteckt</i> “	119
5.2.4.4	Wenig Privatsphäre: „ <i>Du bist keine Sekunde mehr Privatmensch</i> “	119
5.2.4.5	Mobbing im Wahlkampf: „ <i>Wozu tue ich mir das an?</i> “	120
5.2.5	Positive Dimensionen von Politik: „ <i>Politik kann etwas so Schönes sein</i> “	121
5.2.6	Zivile Erwerbstätigkeit: „ <i>Wo passt ein Beruf dann noch hinein?</i> “	125
5.2.7	Zukunftspläne in der Politik: „ <i>Mir reicht es jetzt in dem Fall wirklich</i> “	128
5.3	Zusammenfassung der qualitativen Erhebung	130
6	Resümee	133
6.1	Fragestellungen und methodisches Vorgehen	133
6.2	Conclusio und Hauptergebnisse	135
7	Literaturverzeichnis	140
8	Anhang	149

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Regierungsmitglieder der österreichischen Bundesregierungen seit 1945.....	34
Abbildung 2: Regierungsmitglieder der nationalen Regierungen in EWR-Staaten 2016	35
Abbildung 3: Nationalratsabg. in Österreich zu Beginn d. Legislaturperiode seit 1945.....	36
Abbildung 4: Bundesratsabg. in Österreich zu Beginn der Legislaturperiode seit 1945	37
Abbildung 5: Abgeordnete der nationalen Parlamente in EWR-Staaten 2016.....	38
Abbildung 6: Parlamentsabg. im Unterhaus in AT/SE/UK/ES/PL zu Jahresende s. 1997 ...	40
Abbildung 7: Parlamentsabg. im Oberhaus in AT/UK/ES/PL zu Jahresende s. 1997	40
Abbildung 8: Regierungsmitglieder der Landesregierungen in AT/SE/UK/ES/PL s. 2003 ...	43
Abbildung 9: Landtagsabgeordnete in Österreich seit 1974.....	44
Abbildung 10: Landtagsabgeordnete in EWR-Staaten 2017.....	45
Abbildung 11: Landtagsabgeordnete in AT/SE/UK/ES/PL seit 2003.....	46
Abbildung 12: Bürgermeister/innen in EWR-Staaten 2016	48
Abbildung 13: Gemeinderatsabgeordnete in EWR-Staaten 2017	52
Abbildung 14: EU-Parlamentsabgeordnete zu Beginn der Legislaturperiode 2014.....	53
Abbildung 15: Politisches Interesse 2004/05 und 2014/15	62
Abbildung 16: Politisches Interesse nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15	63
Abbildung 17: Politisches Interesse nach Alter 2014/15	64
Abbildung 18: Politisches Interesse nach Bildung 2014/15.....	65
Abbildung 19: Einschätzung der Möglichkeiten zur politischen Teilhabe 2014/15.....	67
Abbildung 20: Generelle Mitsprachemöglichkeit nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15....	69
Abbildung 21: Generelle Mitsprachemöglichkeit nach Alter 2014/15	69
Abbildung 22: Generelle Mitsprachemöglichkeit nach Bildung 2014/15.....	70
Abbildung 23: Vertrauen in eig. Fähigkeiten zur Beteiligung n. Alter d. jüngsten K. 2014/15	71
Abbildung 24: Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur Beteiligung nach Alter 2014/15	72
Abbildung 25: Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur Beteiligung nach Bildung 2014/15.....	73
Abbildung 26: Einfachheit eigene pol. Beteiligung n. Alter des jüngsten Kindes 2014/15	74
Abbildung 27: Einfachheit eigene politische Beteiligung nach Alter 2014/15.....	74
Abbildung 28: Einfachheit eigene politische Beteiligung nach Bildung 2014/15.....	75
Abbildung 29: Teilnahme an den letzten nationalen Wahlen 2004/05 und 2014/15	76
Abbildung 30: Spezielle politische Aktivitäten 2004/05 und 2014/15.....	78
Abbildung 31: In Partei mitgearbeitet nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15	81
Abbildung 32: In Partei mitgearbeitet nach Alter 2014/15	83
Abbildung 33: In Partei mitgearbeitet nach Bildung 2014/15.....	84
Abbildung 34: Vertrauen in eigene politische Fähigkeiten nach Mitarbeit in Partei 2014/15..	85
Abbildung 35: In Partei mitgearbeitet n. Vertrauen in eigene pol. Fähigkeiten 2014/15	86
Abbildung 36: Einfachheit eigene politische Beteiligung nach Mitarbeit in Partei 2014/15 ...	87
Abbildung 37: In Partei mitgearbeitet n. Einfachheit eigene politische Beteiligung 2014/15..	88
Abbildung 38: Politiker/in kontaktiert nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15	89
Abbildung 39: Politiker/in kontaktiert nach Alter 2014/15.....	90
Abbildung 40: Politiker/in kontaktiert nach Bildung 2014/15	90
Abbildung 41: An Unterschriftenaktion teilgenommen n. Alter d. jüngsten Kindes 2014/15 ..	91
Abbildung 42: An Unterschriftenaktion teilgenommen nach Alter 2014/15.....	92
Abbildung 43: An Unterschriftenaktion teilgenommen nach Bildung 2014/15	92
Abbildung 44: An Demonstration teilgenommen nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15 ...	93
Abbildung 45: An Demonstration teilgenommen nach Alter 2014/15	94
Abbildung 46: An Demonstration teilgenommen nach Bildung 2014/15.....	95

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Care Policies der Vergleichsländer in der Typologie von Saxonberg (2013)	9
Tabelle 2:	Bundesratsabgeordnete in Österreich 2018	37
Tabelle 3:	Parlamentsabgeordnete in AT/SE/UK/ES/PL seit 2000	39
Tabelle 4:	Regierungsmitglieder d. Landesregierungen in Österreich, 1984 bis 2018	42
Tabelle 5:	Regierungsmitglieder d. Landesregierungen in AT/SE/UK/ES/PL seit 2005	43
Tabelle 6:	Landtagsabgeordnete in AT/SE/UK/ES/PL seit 2005	45
Tabelle 7:	Bürgermeister/innen in Österreich seit 1999	47
Tabelle 8:	Bürgermeister/innen in AT/SE/UK/ES/PL seit 2005	48
Tabelle 9:	Gemeindevorstandsmitglieder in Ö. nach Bundesland (aktuellste Daten)	50
Tabelle 10:	Gemeinderatsmitglieder in Österreich (aktuellste Daten)	51
Tabelle 11:	Eckdaten zum ESS 2 und ESS 7	57
Tabelle 12:	ESS-Stichprobenbeschreibung	59
Tabelle 13:	Merkmale der Erzählpersonen	100
Tabelle A1:	Nationalratsabgeordnete Österreich n. Region d. Wahlvorschlags 2018	149
Tabelle A2:	Nationalratsabgeordnete Österreich nach Klubzugehörigkeit 2018	149
Tabelle A3:	Bundesratsabgeordnete Österreich nach Klubzugehörigkeit 2018	149
Tabelle A4:	Landtagsabgeordnete im Burgenland nach Klubzugehörigkeit 2018	150
Tabelle A5:	Landtagsabgeordnete in Kärnten nach Klubzugehörigkeit 2018	150
Tabelle A6:	Landtagsabgeordnete in Niederösterreich nach Klubzugehörigkeit 2018	150
Tabelle A7:	Landtagsabgeordnete in Oberösterreich nach Klubzugehörigkeit 2018	151
Tabelle A8:	Landtagsabgeordnete in Salzburg nach Klubzugehörigkeit 2018	151
Tabelle A9:	Landtagsabgeordnete in der Steiermark nach Klubzugehörigkeit 2018	151
Tabelle A10:	Landtagsabgeordnete in Tirol n. Klubzugehörigkeit 2018	152
Tabelle A11:	Landtagsabgeordnete in Vorarlberg nach Klubzugehörigkeit 2018	152
Tabelle A12:	Landtagsabgeordnete in Wien nach Klubzugehörigkeit 2018	152
Tabelle A13:	Landtagsabgeordnete in allen Bundesländern n. Klubzugehörigkeit 2018	153
Tabelle A14:	Abgeordnete im EU-Parlament nach Fraktionszugehörigkeit 2014	153
Tabelle A15:	Überblick zu den Signifikanzen: Politisches Interesse	155
Tabelle A16:	Überblick zu den Signifikanzen: Generelle Mitsprachemöglichkeit	156
Tabelle A17:	Überblick zu den Signifikanzen: Vertrauen in eigene politische Fähigkeiten	157
Tabelle A18:	Überblick zu den Signifikanzen: Einfachheit eigene politische Beteiligung	158
Tabelle A19:	Überblick zu den Signifikanzen: In Partei mitgearbeitet	159
Tabelle A20:	Überblick zu den Signifikanzen: Politiker/in kontaktiert	160
Tabelle A21:	Überblick zu den Signifikanzen: Teilnahme an Unterschriftenaktionen	161

1 Einleitung

Kaum eine gesellschaftliche Veränderung hat sich mit so ähnlicher Dynamik weltweit vollzogen, wie die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen. Dennoch verfügen Frauen heute weiterhin in keinem Land der Erde über einen ebenso großen politischen Einfluss wie Männer. Dies zeigt auf, dass hinsichtlich der weiblichen Teilhabe an Politik ein globaler Prozess im Gange ist, der lange noch nicht abgeschlossen ist. So waren im Jahr 2017 nur rund 23 % der Abgeordneten in den Parlamenten weltweit weiblich. Frauen stellten zudem nur 7 % der amtierenden Regierungschefs und selbst dann haben sie oft weniger Einfluss als ihre männlichen Kollegen (vgl. Jalalzai 2013; Jalalzai/Bolzendahl/Alexander 2017).

In Österreich führte bislang noch nie eine Frau die Bundesregierung an¹, auf Länderebene gab es bislang nur drei weibliche Landeshauptleute. Auch an der Spitze der Gemeinden sind Frauen eher die Ausnahme. Im März 2018 sind nur 7,7 % der Bürgermeister/innen Frauen (Österreichischer Gemeindebund²).

Die vorliegende Studie fokussiert auf den Gender-Gap in der politischen Partizipation und der Beteiligung von Frauen an der politischen Repräsentation und versucht Ursachen und Hintergründe dieser geschlechtsspezifischen Unterschiede zu beleuchten.

1.1 Begriffsdefinitionen

Was wird nun in der wissenschaftlichen Debatte unter politischer Partizipation und politischer Repräsentation verstanden? Während die politische Repräsentation in manchen Definitionen als Teil der politischen Partizipation verstanden wird, ist sie in den gängigeren Definitionen nicht Teil derselben. Im Rahmen dieses Berichts werden die Begriffe politische Partizipation und Repräsentation gemäß den gängigen Definitionen nicht überlappend verwendet, um eine klare Abgrenzung zu schaffen. Lediglich, wenn die Termini „politische Beteiligung“ oder „politische Teilhabe“ verwendet werden, ist damit sowohl politische Repräsentation als auch Partizipation gemeint.

Politische Repräsentation bezeichnet jedenfalls die berufliche Beschäftigung mit der Politik durch die Ausübung eines Mandats oder politischen Amtes. Eine weit verwendete Definition für politische Repräsentation ist jene von Fraenkl (1991: 157), die erstmals in den 1960er Jahren publiziert wurde:

„Repräsentation ist die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstigen Trägers öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten und mit dem Anspruch legitimieren, dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen.“

¹ Zwischen Abschluss der vorliegenden Studie im Mai 2019 und deren Publikation kam es zu einer Auflösung der bestehenden Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Kurz; in weiterer Folge wurde im Juni 2019 eine Übergangsregierung aus Experten/innen durch den Bundespräsidenten Van der Bellen installiert, die von Brigitte Bierlein als Bundeskanzlerin angeführt wird. Damit wird eine Bundesregierung in Österreich zwischenzeitlich erstmals von einer Frau angeführt, was als bewusstes Signal des Bundespräsidenten zur Gleichstellung von Frauen in der Politik interpretiert werden kann.

² <http://gemeindebund.at/unsere-buergermeister-innen/>; abgerufen am 02.03.2018

Die Definition von *politischer Partizipation* wandelt sich insbesondere ab den 1960er Jahren stetig. Die Verbreiterung des Konzepts reflektiert nicht nur einen Wandel der Theorie, sondern auch soziale und technologische Entwicklungen. Ergebnis dieses Prozesses ist eine wachsende Vielfalt an verwendeten Definitionen und Konzepten. Eine Reihe von Definitionsansätzen in der rezenteren Literatur in den Politikwissenschaften und in der politischen Soziologie basieren auf der Definition von Verba et al. (1995), welche unter politischer Partizipation alle Aktivitäten von Bürger/innen subsumieren, die zum Ziel haben oder den Effekt haben, das Handeln von Regierungen zu beeinflussen; entweder direkt durch das Beeinflussen der Entstehung oder Implementierung von Politik oder indirekt durch die Beeinflussung der Auswahl der Menschen, die diese politischen Maßnahmen umsetzen. Dazu zählen nicht nur Aktivitäten innerhalb der politischen Institutionen oder die aktive Beteiligung an Wahlen, sondern auch das Sammeln von Unterschriften, Beteiligung an Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, Demonstrationen oder boykottieren von Produkten.

Norris (2001: 16) definiert politische Partizipation in ähnlicher Weise, wobei sie zwischen direkter und indirekter Beeinflussung unterscheidet:

„...any dimension of activity that are either designed directly to influence government agencies and the political process, or indirectly to impact civil society, or which attempt to alter systematic patterns of social behavior“

Politische Partizipation gilt im wissenschaftlichen Diskurs jedenfalls als unstrittige Voraussetzung für demokratische Entscheidungsfindung. Demokratie kann nicht ohne politische Partizipation funktionieren, da sich Demokratie auf *Regieren durch die Bürger/innen* bezieht (van Deth 2009; Hooghe/Hosch-Dayican/van Deth 2014).

Die Gemeindepolitik gilt dabei als Keimzelle und Trainingsfeld der Demokratie (Gabriel 2013). Die Repräsentation von Frauen in Gemeinderäten und generell in der Kommunalpolitik ist in der Forschung tendenziell unterrepräsentiert und soll aufgrund ihrer Wirkung als Einstiegsmöglichkeit in die Politik und zudem aufgrund der quantitativ hohen Bedeutung hinsichtlich der Vielzahl an politischen Ämtern und Funktionen Gegenstand der vorliegenden Studie sein. Denn diese Ebene wurde bislang eher selten wissenschaftlich untersucht. Die vorliegende Studie will dazu beitragen, dieses Forschungsdefizit zu schließen (siehe insbesondere Kapitel 3 und Kapitel 5).

1.2 Fragestellungen

Sowohl politische Partizipation als auch politische Repräsentation von Frauen ist immer noch deutlich seltener Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung als ökonomische Indikatoren zur Gleichstellung, obwohl beides im direkten Verhältnis zur Zunahme von Gleichheit der Geschlechter steht. Dabei sind neben der weiblichen Rolle in nationalen Parlamenten auch der Frauenanteil bei führenden Ämtern in Parteien, dem Justizwesen und Sicherheitskräften wichtige Bereiche mit hohen Entscheidungsbefugnissen. Untersuchungen deuten zudem darauf hin, dass auch die politische Teilhabe einfacher Bürger/innen einen entscheidenden Einfluss auf das Verhalten der Elite hat, wodurch sich die Chancen von Frauen allgemein verbessern können (vgl. Alexander/Wenzel 2011).

Fokus dieser Studie soll daher sowohl der Gender-Gap bei der politischen Partizipation als auch bei der politischen Repräsentation sein, wobei konkret folgenden Fragen nachgegangen wird:

1. Wie hat sich der Gender-Gap bei der Politikpartizipation einerseits und bei der Teilhabe an der politischen Repräsentation auf verschiedenen politischen Ebenen (Bund, Regionalebene, kommunale Ebene, EU-Ebene) andererseits in den letzten Jahren in Österreich im Vergleich zu anderen ausgewählten Ländern (Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen) entwickelt?
2. Welche grundlegenden Haltungen zur Politik und den Beteiligungsmöglichkeiten an derselben liegen bei Frauen im Vergleich zu Männern in den ausgewählten Ländern vor?
3. Welche Faktoren beeinflussen die Teilhabechancen von Frauen in der Politik (im Sinne von Repräsentation und Partizipation)?
4. Welche Rolle spielen neben dem Geschlecht individuelle Faktoren wie Alter, Bildungsgrad und familiäre Situation sowie generelle Erwartungshaltungen?
5. Welche gesellschaftlichen, strukturellen und individuellen Rahmenbedingungen wirken hemmend oder unterstützend auf die Teilhabechancen von Frauen an politischer Repräsentation auf kommunaler Ebene? Welche Rolle spielt dabei insbesondere Familie?

1.3 Auswahl der Länder

Für die Analyse des Gender-Gap bei der politischen Repräsentation von Frauen auf verschiedenen politischen Ebenen sowie für die quantitativen Auswertungen aus dem European Social Survey (ESS) 2004/05 und 2014/15 zur politischen Partizipation im Geschlechtervergleich werden die Länder Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien, Polen und Österreich betrachtet.

Ausgehend von der Annahme, dass neben der Kultur auch institutionelle Rahmenbedingungen das Geschlechterverhältnis einer Gesellschaft prägen (vgl. Pfau-Effinger 2004a/2004b/2005; Duncan 2000/2004), wirken Gesetze wie Karenzregelungen und infrastrukturelle Angebote für die Betreuung von Kindern maßgeblich auf die Möglichkeiten und letztlich auf das realisierte Verhalten von Frauen und Männern.

Da der Einfluss von Familie auf die Politikpartizipation und die Repräsentation von Frauen im Rahmen dieser Studie untersucht werden soll, werden Typologien von Sozial- bzw. Familienpolitik die Auswahl der Länder einerseits begründen; andererseits ist die Datenlage des European Social Survey (ESS) mitentscheidend für die Länderauswahl (für nähere Erläuterungen siehe Abschnitt 4.1).

Die Typologien der Wohlfahrtsstaaten, die mit dem Werk von Esping-Andersen (1990) „The three worlds of welfare capitalism“ ihren Durchbruch hatten, wurden von verschiedenen Autor/innen in den letzten Jahren durch kritische Betrachtung weiterentwickelt. So kritisiert Saxonberg (2013) in seiner Arbeit, dass die weitverbreitete Dichotomie in den Typologieansätzen „familiaristisch und de-familiaristisch“ die Unterschiede verwischt zwischen *konservativer* Politik, die explizit das männliche Ernährermodell fördert, und sogenannter

Laissez-faire-Politik, die durch Nichteingreifen implizit das männliche Ernährermodell fördert, weil gelebt wird, was den gesellschaftlichen Werterhaltungen entspricht. In seiner Typologie soll dem mit den Begriffen *Genderizing* und *Degenderizing* entgegengewirkt werden: *Genderizing* steht für politische Maßnahmen, die unterschiedliche Geschlechterrollen für Frauen und Männer fördern, wobei zwischen *implizitem* und *explizitem Genderizing* unterschieden wird. Der Terminus *Degenderizing* kennzeichnet politische Maßnahmen, die die Eliminierung von Geschlechterrollen vorantreiben: im Falle der Elternkarenzregelungen durch Förderung einer kurzen, gut bezahlten Auszeit und einer für den Vater reservierten, gut bezahlten Karenzzeit. Außerfamiliale Kinderbetreuung wiederum wirkt *Degenderizing*, wenn ein hoher Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) dafür aufgewendet wird, ein hoher Anteil an Kindern unter 3 Jahren außerfamilial betreut wird und die vorschulischen Betreuungseinrichtungen insgesamt zu einem großen Teil ganztägig geöffnet sind. Schwedische Care Policies für Eltern fallen sowohl bezüglich außerfamiliärer Betreuungsangebote als auch bezüglich der Karenzregelungen in diese Kategorie.

Tabelle 1: Care Policies der Vergleichsländer in der Typologie von Saxonberg (2013)

	Degenderizing	Explizit Genderizing	Implizit Genderizing
Elternkarenz	Schweden	Österreich	Polen, UK, Spanien
Außerfamiliale Kinderbetreuung	Schweden	Österreich, Spanien	Polen, UK

Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Saxonberg (2013)

Explizit Genderizing sind Care-Policies, die Anreize geben, Geschlechterrollen zu verfestigen, indem sie beispielsweise lange Betreuungsauszeiten vom Arbeitsmarkt fördern, mit geringem Anreiz für Väter, sich zu beteiligen sowie vergleichsweise geringe Betreuungsquoten für unter 3-Jährige, geringe Abdeckung von Ganztagsöffnungszeiten bei vorschulischer Betreuung und geringe Ausgaben für Kinderbetreuung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Österreich fällt sowohl bei Karenzregelungen als auch bezüglich der Kinderbetreuung in diese Kategorie, auch wenn die Zugehörigkeit zu diesem Typus in den letzten Jahren insbesondere durch den Ausbau von Betreuungseinrichtungen sowie Reformen des Kinderbetreuungsgeldes nicht mehr so ausgeprägt ist und sich teilweise hin zur Kategorie *Degenderizing* bewegt (Dörfler 2019). Dennoch wurde die österreichische Gesellschaft innerhalb der letzten Jahrzehnte durch diese institutionellen Rahmenbedingungen geprägt und dies ist für die vorliegende Untersuchung von politischer Repräsentation und Partizipation von Frauen relevant.

Die spanische Politik zur außerfamiliären Kinderbetreuung kann als *explizit Genderizing* bezeichnet werden, da der Anteil an unter 3-Jährigen in Betreuung gering ist, wenig Ganztagsbetreuung vorhanden ist und nur eine geringe öffentliche Unterstützung für außerfamiliale Kinderbetreuung in Prozent des BIP geleistet wird. Die Elternkarenzregelungen wirken in Spanien *implizit Genderizing*. Dies bedeutet, durch die Nicht-Intervention des Staates werden letztlich gesellschaftlich verbreitete Geschlechterrollen verfestigt und die Betreuungsverantwortung aufgrund des vorhandenen Werterahmens den Frauen übertragen. In Spanien ist dies insbesondere gegeben, weil keine finanzielle Unterstützung während der Karenzzeit vorgesehen ist, was Väter von einer Beteiligung abhält und Mütter in die finanzielle Abhängigkeit ihrer Partner führt.

Als *implizit Genderizing* erweisen sich zudem die Care Policies sowohl in Form von Elternkarenz als auch öffentlicher Kinderbetreuung im Vereinigten Königreich und Polen. In beiden Ländern ist der Anteil an Kindern unter 3 Jahren in öffentlich finanzierter Kinderbetreuung sehr gering und dementsprechend auch die öffentlichen Ausgaben dafür. Zudem wird die relativ kurze Zeit der Elternkarenz kaum finanziell unterstützt, d. h. der Staat interveniert bei der elterlichen Betreuung kaum, was letztlich implizit zur Verfestigung traditioneller Geschlechterrollen bei der elterlichen Arbeitsteilung führt.

Auf Basis der Analysen der politischen Partizipation und Repräsentation von Frauen in den Vergleichsländern in den nachfolgenden Kapiteln wird im abschließenden Resümee auf die Frage eingegangen, inwiefern sich die Ausrichtung der institutionellen Rahmenbedingungen zur Betreuung von Kindern hinsichtlich des Gender-Aspekts in der politischen Partizipation und Repräsentation der jeweiligen Länder widerspiegeln.

1.4 Methodische Vorgangsweise

Die vorliegende Arbeit realisiert sich methodisch in einem breit angelegten Zugang, der auch dem Aufbau des Berichts entspricht. In Kapitel 2 ist zunächst der aktuelle Stand der Forschungsliteratur zur Thematik dargelegt. Dabei wird zuerst auf ein breites Fundament an Ergebnissen aus der sozialwissenschaftlichen Literatur eingegangen, insbesondere um der Frage nach den hemmenden bzw. fördernden Einflussfaktoren für politische Partizipation und Repräsentation von Frauen (Frage 3 und 4 in Abschnitt 1.2) nachzugehen. Zudem soll untersucht werden, ob sich die Politik von Frauen und Männern hinsichtlich ihrer Inhalte unterscheidet und inwiefern sich ein höherer Frauenanteil auf die Schwerpunktsetzungen der Politik auswirkt.

In Kapitel 3 erfolgen Analysen der Teilhabe von Frauen an politischer Repräsentation auf Basis einer Vielzahl an Verwaltungsdaten auf nationaler und internationaler Ebene, um die Entwicklung der politischen Repräsentation von Frauen in den ausgewählten Ländern zu vergleichen. Konkret wird dargestellt, wie sich der Anteil der Frauen und Männer in den nationalen Parlamenten und Regierungen, auf Ebene der Bundesländer und der Gemeinden sowie auf EU-Ebene entwickelt hat. Diese Analysen werden im internationalen Vergleich über die EWR-Staaten, mit einem speziellen Fokus auf Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Polen durchgeführt. Die Basis hierfür bilden unter anderem Datensammlungen des österreichischen Parlaments, des Europarates und der interparlamentarischen Union (IPU). Auf Bundesebene fallen in Österreich die wichtigsten und weitreichendsten politischen Entscheidungen. Daher liegen auf dieser Ebene die ausführlichsten und vollständigsten Daten zur Entwicklung des Frauenanteils in politischen Funktionen vor. Dennoch stehen auf dieser Ebene nur relativ wenige Positionen (z. B. als Abgeordnete/r im Nationalrat oder als Mitglied der Bundesregierung) zur Verfügung. Entgegengesetzt verhält es sich auf Gemeindeebene. Wegen der hohen Gemeindezahl (im Jahr 2018 gab es 2.098 Gemeinden (Statistik Austria³)), befinden sich auch die meisten politischen Funktionen (z. B. Bürgermeister/innen, Mitglieder im Gemeindevorstand, im Stadtrat oder im Gemeinderat) auf dieser Ebene.

³ http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/index.html; abgerufen am 15.11.2018

In Kapitel 4 werden die Geschlechterunterschiede bei verschiedenen Formen der politischen Partizipation in den Vergleichsländern analysiert. Neben der Mitarbeit in Parteien umfasst dies auch beispielsweise die Beteiligung an NGOs, an Unterschriftenaktionen oder an Demonstrationen. Zudem werden die generellen Haltungen zu Politik und zu den persönlichen Beteiligungsmöglichkeiten geschlechtsspezifisch dargestellt. Als Datenbasis dieser Analysen wird der European Social Survey (ESS) 2004/05 und 2014/15 herangezogen. Dadurch lässt sich die Veränderung über 10 Jahre abbilden. Wie im Kapitel davor werden auch hier die Länder Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen miteinander verglichen.

Im Rahmen des fünften Kapitels der Studie werden die Motivstrukturen, Hemmnisse und Motivatoren für den Einstieg und Aufstieg von Frauen in der österreichischen Kommunalpolitik analysiert. Die Analyse erfolgt auf Basis einer qualitativen Untersuchung, im Rahmen derer zehn telefonische, teilstandardisierte Leitfadenterviews mit Bürgermeisterinnen, Vize-Bürgermeisterinnen und Gemeinderätinnen durchgeführt wurden.

Abschließend sollen die Ergebnisse der verschiedenen Teile zusammengeführt und im Rahmen einer Conclusio interpretiert werden.

2 Literaturüberblick

Einleitend werden in einer Literaturanalyse Erklärungsansätze für die geringe Teilhabe von Frauen an der politischen Repräsentation und Partizipation dargelegt. Es wird analysiert, wie sich individuelle, gesellschaftliche, organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen auf diese Teilhabechancen auswirken und inwiefern sich die Effekte von Politik geschlechtsspezifisch unterscheiden.

2.1 Allgemeine Überlegungen

Trotz der äußerst dynamischen Entwicklung der Teilhabe von Frauen in den nationalen politischen Institutionen in westlichen Demokratien, besteht nach wie vor ein auffälliger Gender-Gap. Wie bei vielen Ergebnissen in den Sozialwissenschaften lässt sich auch die Frage nach dem Gender-Gap in der politischen Repräsentation nicht monokausal beantworten. So sind beispielsweise Ressourcen, Rekrutierung und die psychologische Involvierung in Politik Ursachen für die geringere Beteiligung von Frauen, wie die empirische Untersuchung von Burns/Schlozman/Verba (2001: 246) aufzeigt.

Platon vertrat bereits vor knapp 2.000 Jahren in seiner *Politeia* die Ansicht, dass Frauen Verantwortung in der Politik übernehmen können und dürfen, allerdings sollten sie dafür ihre weibliche Identität und Rolle aufgeben (Platon 1982, zitiert in Bieber 2012: 31). Damit forderte er die Anpassung von Frauen an männliche Rollen bzw. Identitäten als Voraussetzung für ihren Einstieg in die Politik.

Bourdieu, der sich in seinen Theorien mit den Ursachen für soziale Ungleichheit beschäftigte, nennt als Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einer (politischen) Elite das Vorhandensein von ökonomischem, vor allem aber sozialem sowie kulturellem Kapital. Nach Max Weber wiederum ist es das Machtgefühl, konkret das Bewusstsein vom Einfluss auf die Menschen, vom Teilhaben an der Macht über sie und vor allem das Gefühl, historisch wichtiges Geschehen beeinflussen zu können (Bieber 2012: 32).

Hartmann (2004, zitiert in Bieber 2012: 34), untersucht die Entwicklung der Situation von Frauen in Elitepositionen anhand der Karriereverläufe von Promovierten unterschiedlicher Jahrgänge in Deutschland. Dabei stellt er fest, dass die deutschen Eliten – trotz Zuwachs der Frauenanteile – nach wie vor männlich seien, wobei er ein Ansteigen des Frauenanteils fast ausschließlich in der *politischen* Elite sieht. Dort sei der Frauenanteil verglichen mit anderen elitären Bereichen, wie beispielsweise in der Wirtschaft, geradezu hervorragend. Dies führt er vor allem auf die Wirkung gezielter Quotenregelungen in der Politik zurück.

Die Mitgliedsstaaten des Europarates verständigten sich vor einigen Jahren darauf, bezüglich der Zielerreichung einer ausgeglichenen Teilhabe von Frauen und Männern am politischen und öffentlichen Leben regelmäßig Bericht zu erstatten. Die Erreichung dieses Ziels ist als Mindestanteil von 40 % für jedes Geschlecht vom Komitee der Minister des Europarates definiert (Gender Equality Commission 2017: 7).

Bieber (2012: 321) stellt in ihrer Dissertation zu Frauen in der deutschen Politik neben die gängigen Thesen, dass Frauen ihre Interessen nicht vertreten können bzw. nicht aufgefordert werden, zu partizipieren, eine andere These: Eventuell könnten sie ihre Interessen in der Politik vertreten, wollen sich jedoch aufgrund mangelnden Interesses nicht am politischen Prozess beteiligen. Für das Zutreffen der unterschiedlichen Thesen ergäbe sich dementsprechend ein unterschiedlicher politischer Handlungsbedarf: Im ersten Fall müssten das politische System und seine Akteur/innen ihre Mechanismen und Prozedere überarbeiten, um die Ausgrenzung von Frauen zu beheben. Im zweiten Fall müssten Ursachen und Motivationen von Frauen für ihre Nicht-Beteiligung am politischen Prozess untersucht werden und gegebenenfalls strukturelle bzw. gesellschaftlich bedingte Faktoren bearbeitet werden. Ist sichergestellt, dass Frauen nicht systematisch aus dem politischen System ausgeschlossen werden, muss der Frage nachgegangen werden, ob es tatsächlich demokratiegefährdend ist, wenn die Interessen von Frauen nicht direkt von Frauen vertreten werden. Demokratie zeichne sich schließlich durch die *Möglichkeit der Beteiligung* und nicht durch die *Verpflichtung zur Beteiligung* am politischen Prozess aus. Die Übergabe von Macht sei schließlich das grundlegende Prinzip repräsentativer Demokratien.

2.2 Einflussfaktoren auf die politische Beteiligung von Frauen

2.2.1 Interesse an der Politik

Die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung⁴ und Zani/Barrett (2012) sehen *eine* Problematik bei der Rekrutierung von Frauen für politische Funktionen unter anderem in deren geringerem Interesse an der institutionalisierten Parteipolitik. Frauen zeigen demzufolge zwar grundlegendes Interesse an der Politik, sie übernehmen aber eher Aufgaben im nicht-partei-institutionalisierten Bereich, beispielsweise bei der Sammlung von Unterschriften oder der Teilnahme an Bürgerinitiativen oder Demonstrationen. Dass sich Frauen eher im außerparteilichen politischen Bereich, beispielsweise in Bürgerbewegungen engagieren, zeigt beispielsweise auch eine Studie für Spanien von Huke/Wöhl (2018). Die Ergebnisse des European Social Surveys (vgl. Kapitel 4.4) bestätigen diese These nur eingeschränkt. Zwar sind laut ESS deutlich mehr Frauen außerhalb der Parteien politisch aktiv als innerhalb der Parteien, dieser Unterschied zeigt sich im ESS bei den Männern aber in derselben Form. Als Gründe hierfür sieht die Bundeszentrale für politische Bildung die verfestigten Strukturen im politischen System sowie die Art der Kommunikation in den politischen Gremien. Der Formalismus von Versammlungen, sehr lange Diskussionen und das Konkurrenzdenken sowie der Profilierungswunsch vieler männlicher Politiker wirken demnach abschreckend auf Frauen.

Das deutsche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010: 21; zitiert in Reinwald/Damyranovic/Weber 2011: 65) erklärt diese Effekte mit der Sozialisationstheorie. Wachsen Mädchen in einer männlich dominierten Parteipolitik auf, wächst bei Mädchen und jungen Frauen ein geringeres politisches Interesse heran als bei Buben und jungen Männern. Zudem entwickeln sie dadurch ein geringeres Selbstvertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten. Unterschiede in der Erziehung zwischen Mädchen und Buben tragen ebenso dazu bei, dass junge Frauen stärker ihre Kompetenzen hinterfragen als junge Männer und daher

⁴ <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49362/frauen-in-der-politik>; abgerufen am 19.11.2018

seltener einen Politikeinstieg in Erwägung ziehen (Fachbereich Frauen und Gleichstellung des Amtes der Tiroler Landesregierung 2016). Reinwald/Damyranovic/Weber (2011) zeigen auf, dass Bürgermeisterinnen im Burgenland oft aus einem stark politisch geprägten Elternhaus stammen. Das politische Interesse und die politische Beteiligung in der Herkunftsfamilie können demnach die generellen gesellschaftlichen Einflüsse abfedern.

Frauen wünschen sich oft eine persönliche Einladung und Ermunterung, um politisch aktiv zu werden. Eine Befragung des österreichischen Gemeindebundes unter weiblichen Bürgermeisterinnen in ganz Österreich aus dem Jahr 2016 (es wurden damals alle 146 Bürgermeisterinnen kontaktiert, 101 haben an der Befragung auch teilgenommen) zeigt auf, dass nur 11 % das Amt der Bürgermeisterin selbst aktiv angestrebt haben. 33 % der Bürgermeisterinnen wurden gefragt, ob sie kandidieren wollen, 11 % wurden zur Kandidatur überredet und bei 44 % hat es sich aus den (nicht näher definierten) Umständen ergeben. 1 % gab keine Antwort auf die Frage (Österreichischer Gemeindebund⁵). Die externe Motivation spielt somit nicht nur beim Einstieg, sondern auch bei der politischen Karriere eine entscheidende Rolle.

2.2.2 Vereinbarkeit von Politik und Familie

Wie auch bei anderen Berufen werden die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Hemmnis für die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen gesehen. Traditionelle Rollenzuschreibungen bei den Zuständigkeiten für Erwerb und Familie wirken immer noch hemmend auf die Teilhabe von Frauen.

Diverse Studien aus Österreich und Deutschland sehen in dieser Vereinbarkeitsproblematik einen der Hauptgründe für den geringen Frauenanteil in der Gemeindepolitik. Auf kommunalpolitischer Ebene fallen viele Termine am Abend und am Wochenende an, wodurch die Vereinbarkeit mit dem Familienleben schwieriger wird. Eine Studie des Instituts für Landschaftsplanung der Universität für Bodenkultur Wien und der Prospect Unternehmensberatung GesmbH aus dem Jahr 2011 für das Land Burgenland weist in diesem Zusammenhang auf Alterseffekte bei den Gemeinderätinnen hin. Unter den Frauen sind im Vergleich zur burgenländischen Gesamtbevölkerung 45- bis 55-Jährige im Gemeinderat überrepräsentiert. Die Studienautor/innen sehen dies als Indiz, dass der Einstieg für Frauen erst dann verstärkt möglich ist, wenn die Kinder bereits etwas älter sind (Reinwald/Damyranovic/Weber 2011: 63ff.). Gleiche Effekte für andere europäische Länder beschreiben unter anderem Beck (2016), Hoecker (2013) und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (2016).

Auch Lukoschat/Belschner (2014: 87/2017: 9) und Holtkamp/Schnittke (2010: 41ff.) sehen ein Engagement von Frauen auf Gemeindeebene als Bürgermeisterin oder Vize-Bürgermeisterin vorrangig dann ermöglicht, wenn familiäre Verpflichtungen an den Partner delegiert werden können.

⁵ http://gemeindebund.at/images/uploads/downloads/2016/PK-Unterlagen/Frauen-in-der-Kommunalpolitik/Datenpraesentation_Umfrage_Buergermeisterinnen_2016.pdf; abgerufen am 19.11.2018

2.2.3 Netzwerke

Um auf Gemeindeebene politisch aktiv zu werden, ist vor allem in kleineren Gemeinden die Verankerung in lokalen Vereinen von Bedeutung. Frauen sind – auch wegen der Vereinbarkeitsproblematik – im Vergleich zu Männern seltener im Vereinsleben aktiv. Dadurch sind sie schlechter vernetzt und weniger bekannt als Männer. Dies erschwert den Einstieg in die Gemeindepolitik oder die Chancen, für das Bürgermeisteramt nominiert oder in weiterer Folge gewählt zu werden (Hofer/Wolfgruber 2000).

Will man in der politischen Karriere vorankommen, muss viel Zeit in die politische Arbeit und in den Aufbau von Kontakten investiert werden. Übernehmen Frauen neben einer zivilen Erwerbstätigkeit, entsprechend den traditionellen Rollenmustern, auch einen Großteil der Haushalts- und Betreuungsarbeit, bleibt weniger Zeit zum Aufbau politischer Netzwerke und Aktivitäten oder es geht noch stärker zu Lasten der persönlichen Freizeit (Ruhl 2006: 66ff.).

2.2.4 Werthaltungen und Erwartungen an Politiker/innen

Werthaltungen können sich in zweifacher Weise auf die politische Beteiligung von Frauen auswirken, nämlich auf die Bereitschaft, zu kandidieren sowie auch auf die Bereitschaft, weibliche Kandidatinnen zu wählen.

Lorenzini/Bassoli (2015) sehen neben den Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch den grundsätzlichen Wunsch nach der Vereinbarkeit als einen mitentscheidenden Faktor bei der Erwerbspartizipation von Frauen. Frauen mit traditionelleren Wertmustern sind demzufolge weniger bereit, neben der Familie eine politische Karriere zu verfolgen, als egalitär eingestellte Frauen. Lorenzini/Bassoli sehen somit Parallelen zwischen der Bereitschaft und dem Wunsch grundsätzlich erwerbstätig zu sein und der Bereitschaft und dem Wunsch, sich in der institutionalisierten Politik aktiv zu beteiligen.

Von abnehmender Bedeutung scheinen generelle Vorbehalte gegen Frauen in der Politik zu sein. Allerdings konnte sich im Bundesland Salzburg im Jahr 1999 rund ein Fünftel der Befragten nicht vorstellen, eine Frau zur Bürgermeisterin zu wählen. Bei älteren Befragten war die Skepsis gegenüber einer Bürgermeisterin stärker ausgeprägt als bei jüngeren. So konnten sich unter den über 60-Jährigen weniger als die Hälfte (nur 45 %) eine Frau als Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde vorstellen, bei den unter 30-Jährigen immerhin 75 %. Personen mit generell traditionalistischen Haltungen hatten auch öfter Vorbehalte gegenüber einer Frau an der Gemeindespitze (Hofer/Wolfgruber 2000). Arregui Coka/Freier/Mollerstrom (2017) sehen auch positive Folgewirkungen des Ausmaßes der politischen Repräsentation von Frauen auf deren Akzeptanz. Mit der steigenden Anzahl von Frauen in politischen Positionen nehmen auch die Vorbehalte gegen sie ab.

Die Skepsis gegenüber Frauen in der Politik erhöht auch den Leistungsdruck auf weibliche Politikerinnen. Bei Vorbehalten ihnen gegenüber werden ihre Leistungen besonders kritisch betrachtet, weshalb Politikerinnen oft bessere Leistungen und bessere Vorbereitungen erbringen müssen als Politiker (Fachbereich Frauen und Gleichstellung des Amtes der Tiroler Landesregierung 2016; Lorenz-Dittlbacher 2018; Referat für Frauen und Gleichstellung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung 2017).

2.2.5 Ökonomische Faktoren

Mitverursacht durch die Unterschiede bei der Erwerbssituation von Männern und Frauen können sich Unterschiede in den finanziellen Kapazitäten von Männern und Frauen ergeben. Während die berufliche Laufbahn von Männern auch nach der Geburt von Kinder meist kontinuierlich verläuft, ist die Geburt eines Kindes bei Frauen mit einer (zeitweiligen) Erwerbsunterbrechung und eine mittel- bis längerfristigen Arbeitszeitreduktion verbunden. Ruhl (2006: 58ff.) sieht in einer Untersuchung für das Vereinigte Königreich in den geringeren finanziellen Mitteln bei Frauen Nachteile in der Finanzierbarkeit des Wahlkampfes. Im britischen Mehrheitswahlsystem (vgl. Kapitel 2.2.6) können sich solche Einflüsse hemmend auf die Teilhabechancen von Frauen in der institutionalisierten Politik auswirken.

2.2.6 Rolle des Wahlsystems

Auch die Art des Wahlsystems hat aus Sicht einiger Studien Einfluss auf den Frauenanteil in politischen Positionen. Im Folgenden werden zunächst die unterschiedlichen Wahlsysteme kurz beschrieben sowie die Wahlsysteme in den untersuchten Ländern Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen (mit dem Schwerpunkt auf das Wahlrecht für die Parlamente auf nationaler Ebene) überblicksartig dargestellt. Wie sich die einzelnen Systeme auf die Wahlchancen von Frauen auswirken, wird anschließend ebenfalls diskutiert.

2.2.6.1 Wahlsysteme im Überblick

Eine Überblicksdarstellung der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (Bauer 2016) unterscheidet vier Hauptformen von Wahlsystemen. Diese sind:

- Relative Mehrheitswahl
- Absolute Mehrheitswahl
- Verhältniswahl
- Mischformen

Beim System der **relativen Mehrheitswahl** wird das Wahlgebiet in so viele Wahlkreise unterteilt, wie es zu vergebende Sitze gibt. Das heißt, in jedem Wahlkreis wird genau ein/e Abgeordnete/r gewählt. Es handelt sich somit um Einpersonenwahlkreise. Die Wähler/innen haben jeweils eine Stimme und der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen (es reicht die relative Stimmenmehrheit im Wahlkreis) bekommt den Sitz im Parlament. Alle anderen Stimmen gehen somit verloren. Die **absolute Mehrheitswahl** ähnelt der relativen Mehrheitswahl, die Kandidat/innen müssen aber mehr als 50 % der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten. Gelingt dies im ersten Wahlgang nicht, ist eine Stichwahl nötig. In der Regel erfolgt diese zwischen den zwei stimmenstärksten Kandidat/innen des ersten Wahlgangs. Beim Mehrheitswahlrecht liegen in der Regel auch eindeutige Mandatsmehrheiten im Parlament vor. Das erleichtert die Regierungsbildung und die Umsetzung geplanter Maßnahmen. Dies wird als entscheidender Vorteil dargestellt. Das System hat aber auch Nachteile. Es kann vorkommen, dass eine Partei eine Mandatsmehrheit erhält, obwohl sie über das gesamte Wahlgebiet betrachtet keine Stimmenmehrheit hat. Zudem haben kleinere bzw. neu antretende Parteien deutliche Nachteile.

Somit tendieren solche Systeme zu einem Zwei-Parteien-System, (Bauer 2016; Österreichisches Parlament⁶).

Im **Verhältnismehrrecht** wird versucht, die Anteile der abgegebenen Stimmen möglichst genau bei der Verteilung der Abgeordneten widerzuspiegeln. Es ermöglicht auch kleineren Gruppierungen den Einzug in die Parlamente oder Landtage. Mindeststärken (z. B. mindestens 4 % der gültigen abgegebenen Stimmen) können eine Zersplitterung der Parteienlandschaft einbremsen. Aufgrund von erforderlichen Mindeststärken (z. B. mindestens 4 % der abgegebenen Stimmen oder da sich die Stimmanteile nicht vollkommen exakt umsetzen lassen (es kann nur ganze aber keine halben Abgeordneten geben)) sind Vorgaben für Verfahren erforderlich, die diese mathematischen Probleme lösen. Solche Verfahren wurden unter anderem von Victor d'Hondt, Thomas Hare, Horst Niemeyer oder Jean-André Sainte-Laguë entwickelt. Als Nachteil des Verhältnismehrrechts gilt die teilweise schwierige Regierungsbildung. Je nach Wahlergebnis kann es kompliziert sein, eine stabile parlamentarische Mehrheit zu erlangen (Bauer 2016: 7; Demokratiezentrum Wien⁷).

Zudem können **Mischformen** auftreten, in denen zum Beispiel ein Teil der Abgeordneten aus den lokalen Wahlkreisen direkt gewählt wird (im Verfahren des Mehrheitswahlrechts), ein anderer Teil aber über das Verhältnismehrrecht mit Landes- oder Bundeswahllisten. In einigen Ländern gibt es ein verstärktes Verhältnismehrrecht, bei denen die stärkste Partei automatisch die Mehrheit im Parlament erhält und die übrigen Sitze im Stimmanteilsverhältnis unter den übrigen gewählten Parteien aufgeteilt werden (Bauer 2017).

Im Jahr 2018 gab es unter den EWR-Staaten bei den Wahlen zur ersten Kammer der nationalen Parlamente (entspricht in Österreich dem Nationalrat) die relative Mehrheitswahl nur im Vereinigten Königreich und das absolute Mehrheitsprinzip nur in Frankreich. Mischformen gab es in Deutschland, Italien, Litauen und Ungarn. Alle anderen EWR-Staaten haben eine der Formen des Verhältnismehrrechts, in Griechenland und Malta mit einer besonderen Stärkung der größten gewählten Partei (Bauer 2017; Norwegian Centre for Research Data⁸).

Aufbauend auf diesen generellen Hintergrundinformationen zu den Wahlsystemen werden nun die Wahlsysteme in den untersuchten Ländern Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen kurz dargestellt.

2.2.6.2 Wahlsystem in Österreich

Das Mindestalter des aktiven Wahlrechts liegt in Österreich bei 16 Jahren, jenes für das passive Wahlrecht bei 18 Jahren. Nationalratswahlen finden maximal im Abstand von 5 Jahren statt. Die Nationalratswahlen sind Verhältniswahlen mit verbundenen Bundes-, Landes- und Regionallisten.

Die Umlegung der Stimmanteile auf die Mandatsverteilung im Nationalrat erfolgt in einem dreistufigen Verfahren. Das erste findet auf Ebene der Regionalwahlkreise, das zweite auf Ebene

⁶ <https://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/WAHL/>; abgerufen am 20.11.2018

⁷ <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/dhondtsches-system.html>; abgerufen am 20.11.2018

⁸ http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/; abgerufen am 21.11.2018

der Landeswahlkreise und das dritte auf Bundesebene statt. Im ersten Ermittlungsverfahren kann ein so genanntes Grundmandat erreicht werden. Hierfür sind 20 % bis 25 % der Stimmen in einem der Regionalwahlkreise erforderlich. Erzielt eine Partei ein Grundmandat, kann sie in den Nationalrat einziehen, selbst wenn sie die Hürde von 4 % der bundesweit gültig abgegebenen Stimmen nicht erreicht.

Der Frauenanteil der einzelnen gewählten Fraktionen hängt grundsätzlich von der Reihung der Kandidat/innen auf den Wahllisten ab. Vorreihungen kann es aber durch Vorzugsstimmen geben. Auf der Bundeswahlliste muss ein/e Kandidat/in mindestens 7 % der Wahlstimmen der eigenen Partei erhalten, um vorgereiht zu werden, auf der Landesliste liegt die Hürde bei 10 % und auf der Regionalliste bei 14 %.

Auch auf Länder- und Gemeindeebene wird des Verhältniswahlrecht angewandt (Bundesministerium für Inneres⁹; Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort¹⁰; Norwegian Centre for Research Data¹¹; Österreichisches Parlament¹²; Wahlrecht.de¹³).

2.2.6.3 Wahlsystem in Schweden

Das Mindestalter des aktiven Wahlrechts liegt in Schweden bei 18 Jahren, ebenso jenes für das passive Wahlrecht. Parlamentswahlen finden maximal im Abstand von vier Jahren statt.

Es besteht ein Verhältniswahlrecht. Um in das Parlament einzuziehen, benötigen Parteien landesweit zumindest 4 % der Stimmen oder zumindest 12 % in einem Wahlkreis. Von den 349 Sitzen sind 310 direkt an Wahlkreise gekoppelt. Die übrigen 39 Sitze werden so verteilt, dass die Proportionen der Parteien auf nationaler Ebene gewahrt werden.

Auch auf Ebene der Provinzen und Städte bzw. Gemeinden erfolgen die Wahlen nach dem Verhältniswahlprinzip (Bauer 2017: 68ff.; Norwegian Centre for Research Data¹⁴; Wahlrecht.de¹⁵).

2.2.6.4 Wahlsystem im Vereinigten Königreich

Das Mindestalter des aktiven Wahlrechts liegt im Vereinigten Königreich bei 18 Jahren, jenes für das passive Wahlrecht bei 21 Jahren. Unterhauswahlen finden maximal im Abstand von 5 Jahren statt. Die Wahlen zum Unterhaus finden nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl statt.

⁹ <https://www.bmi.gv.at/412/>; abgerufen am 20.11.2018

¹⁰ <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/32/Seite.320260.html>; abgerufen am 20.11.2018

¹¹ http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/austria/; abgerufen am 20.11.2018

¹² <https://www.parlament.gv.at/PERK/GL/ALLG/G.shtml#Grundmandat>; abgerufen am 20.11.2018

¹³ <http://www.wahlrecht.de/ausland/austria.html>; abgerufen am 20.11.2018

¹⁴ http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/sweden/; abgerufen am 21.11.2018

¹⁵ <http://www.wahlrecht.de/ausland/schweden.html>; abgerufen am 21.11.2018

Bei den Regionalparlamenten in Schottland und Wales gibt es eine Mischform aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht und in der Nordirischen Versammlung eine spezielle Form des Verhältniswahlrechts (Bauer 2017: 33 ff.; Bundeszentrale für politische Bildung¹⁶; Norwegian Centre for Research Data¹⁷; Wahlrecht.de¹⁸).

2.2.6.5 Wahlsystem in Spanien

Das Mindestalter des aktiven sowie des passiven Wahlrechts liegt in Spanien bei 18 Jahren. Parlamentswahlen zum Abgeordnetenhaus finden maximal im Abstand von 4 Jahren statt.

Die Wahlen sind Verhältniswahlen mit einer besonderen Bedeutung der Wahlkreise. Eine Partei muss im Wahlkreis zumindest 3 % der Stimmen erhalten, damit die gewählten Kandidat/innen der Liste dieses Wahlkreises ins Parlament einziehen.

Auch bei den Wahlen auf Ebene der autonomen Regionen und Provinzen wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Gleiches gilt für die Wahlen der Gemeindevertretung (Bauer 2017: 76ff.; Norwegian Centre for Research Data¹⁹)

2.2.6.6 Wahlsystem in Polen

Das Mindestalter des aktiven Wahlrechts liegt in Polen bei 18 Jahren, jenes für das passive Wahlrecht bei 21 Jahren. Parlamentswahlen zum Abgeordnetenhaus (Sejm) finden maximal im Abstand von 4 Jahren statt.

Die Wahlen finden nach dem Verhältniswahlrecht statt. Einzelparteien müssen landesweit 5 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, Parteienbündnisse zumindest 8 %. Ausnahmeregelungen gibt es für nationale Minderheiten (Bauer 2017: 60ff.; Norwegian Centre for Research Data²⁰; Wahlrecht.de²¹).

2.2.6.7 Einfluss des Wahlsystems und der Vorzugsstimmen

Einige Untersuchungen zeigen Zusammenhänge des Wahlsystems mit dem Frauenanteil in der Politik. So gehen Multi-Parteiensysteme und Verhältniswahlssysteme mit höheren Anteilen an weiblichen Kandidatinnen einher als Mehrheitswahlssysteme bzw. Systeme mit nur wenigen politischen Parteien. Dies liegt an der Wahlkreisgröße im Verhältniswahlrecht und der Zahl der Sitze, die Parteien verteilen können. Rechnet eine Partei mit dem Gewinn mehrerer Sitze, ist es wahrscheinlicher, dass sie eine Geschlechterbalance in der Kandidaten/innenliste anstrebt (Bieber 2012: 204ff; Lukoschat/Belschner 2017: 13).

Umstritten ist die Wirkung von Vorzugsstimmen: Einige Forscher/innen sehen im Vorzugsstimmensystem Vorteile für Frauen. Systeme mit einer Kombination aus Vorzugsstimmensystem

¹⁶ <https://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62529/wahlssysteme-im-vergleich?p=all>; abgerufen am 21.11.2018

¹⁷ http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/uk/; abgerufen am 21.11.2018

¹⁸ <http://www.wahlrecht.de/ausland/grossbritannien-parlament.html>; abgerufen am 21.11.2018

¹⁹ http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/spain/; abgerufen am 21.11.2018).

²⁰ http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/poland/parliamentary_elections.html; abgerufen am 21.11.2018

²¹ <http://www.wahlrecht.de/ausland/polen.html>; abgerufen am 21.11.2018

und Verhältniswahlrecht weisen diesen Autor/innen zufolge in der Vergangenheit besonders hohe Frauenanteile bei den Parlamentsabgeordneten auf (vgl. Jalusic 1999: 68; Rueschemeyer 2001: 13; Steininger 2000b: 83f.; Rule/Shugart, zit. In Steininger 2000b: 84). Zu konträren Ergebnissen gelangt jedoch Marcelo Jenny von der Universität Innsbruck. In einer Studie (zitiert in diversen Zeitungen²²) untersuchte Jenny die österreichischen Nationalratswahlen 1994 bis 2013 hinsichtlich der Wirkung von Vorzugsstimmen. Dieser Untersuchung zufolge wurden deutlich mehr männliche Kandidaten als weibliche Kandidatinnen mittels Vorzugsstimmen vorgereicht. Demnach nützen Vorzugsstimmen vor allem Männern und schaden Frauen. Dass Männer eher Vorzugsstimmen erhalten als Frauen liegt vor allem an deren Bekanntheit in der Bevölkerung. Wähler/innen neigen eher dazu, Kandidat/innen eine Vorzugsstimme zu geben, die sie bereits aus früheren politischen Funktionen kennen, z. B. weil diese schon einmal Minister/innen waren. Gibt es mehr männliche Kandidaten mit einem solchen Hintergrund, erhalten nach Jenny mehr Männer Vorzugsstimmen. Demnach verfestigen Vorzugsstimmensysteme eher die bestehenden Strukturen, als dass sie diese aufbrechen.

2.2.7 Gesetzliche Regelungen

Um den Frauenanteil in Parlamenten und Regierungen zu erhöhen, können rechtlich verbindliche Quotenvorgaben für die Erstellung von Wahllisten oder die Zusammensetzung der Parlamente und Regierungen beschlossen werden. So kann etwa ein Frauenanteil auf den Wahllisten vorgeschrieben werden, damit sie von der Wahlbehörde zugelassen wird. Solche Quotenregelungen sind allerdings ein umstrittenes Instrument.

Einige Argumente sprechen für die Einführung von Frauenquoten zur Erhöhung des Frauenanteils in politischen Ämtern. Ein häufig genanntes Pro-Argument ist, dass in den politischen Instanzen die Bevölkerung widerspiegelt werden sollte. Vorgaben zum Frauenanteil können dies beim Geschlechteraspekt sicherstellen oder die Abweichungen zumindest vermindern. Das Recht von Personen vertreten zu werden, die einem selbst (in bestimmten Aspekten wie zum Beispiel dem Geschlecht) ähneln, wird dadurch verbessert. Quoten können Barrieren, etwa wegen einer schlechteren Vernetzung von Frauen (vgl. Kapitel 2.2.3), entgegenwirken und so die Chancengleichheit erhöhen. Sie sind auch rasch umsetzbar und zeigen in einigen Ländern die gewünschte Wirkung (Dahlerup/Freidenvall 2008: 19f.)

Allerdings stoßen Quoten auch auf Kritik, sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Ein Kontra-Argument ist, dass die Quoten der Chancengleichheit widersprechen, da einzelne Gruppen bevorzugt würden. Sie könnten hierbei zu einer Umkehr der Diskriminierung führen. Will man mit Quoten die Gesellschaft exakt widerspiegeln, wären auch andere, zusätzliche Kriterien notwendig, zum Beispiel Alter, Bildung, berufliches Umfeld oder Herkunft. Bei der Berücksichtigung (mehrerer) Quotenkriterien wird die Autonomie der Listenerstellung eingeschränkt. Viele Frauen wollten zudem nicht aufgrund ihres Geschlechts gewählt werden, sondern wegen ihrer Qualifikation. Gelangen sie wegen der Quote auf die Wahlliste und ins Parlament, seien sie einem höheren Rechtfertigungsdruck bezüglich ihrer Kompetenzen ausgesetzt (Dahlerup/Freidenvall 2008: 19f.).

²² unter anderem <https://derstandard.at/2000066409470/Warum-Frauen-weniger-Vorzugsstimmen-bekommen>; abgerufen am 26.11.2018 / <https://www.pressreader.com/austria/die-presse/20171021/282750586973962>; abgerufen am 26.11.2018)

Für die Wahlen zu den nationalen Parlamenten haben einige EWR-Staaten Vorgaben zu Frauenquoten für die Erstellung der Wahllisten der Parteien gemacht. Solche Quotenvorgaben gibt es aktuell (2016) in Belgien, Frankreich, Griechenland, Kroatien, Norwegen, Irland, Italien, Polen, Portugal, Slowenien und Spanien. In diesen Ländern müssen zumindest 30 % bis 50 % der Kandidat/innen auf den Listen weiblich sein. Allerdings ist nicht immer geregelt, an welchen Stellen die weiblichen und männlichen Kandidat/innen gereiht sein müssen, wodurch sich die Einzugschancen in die Parlamente unterscheiden können. Bei einer Reihung kann es trotz der gleichen Anzahl von Frauen und Männern auf den Wahllisten zu großen Unterschieden bei den gewählten Mandatar/innen kommen. Zudem untergraben z. B. das französische Mehrheitswahlsystem oder Vorzugsstimmensysteme die Effektivität der Quotenvorgaben. So liegen trotz der Quotenvorgaben nur in Portugal, Slowenien und Spanien die realen Quoten der Abgeordneten etwa auf dem Niveau dieser Vorgaben. Diese drei Länder haben neben Belgien auch Regelung zur Reihung der Kandidat/innen auf den Wahllisten (Gender Equality Commission 2017: 27f.).

Auf Regierungsebene haben unter den EWR-Staaten lediglich Belgien und Albanien gesetzliche Regelungen für die Zusammensetzung der Regierung bezüglich des Geschlechterverhältnisses. In Belgien wird aber lediglich festgehalten, dass beide Geschlechter in den Regierungen des Landes vertreten sein sollen, während in Albanien mindestens 30 % der Regierungsmitglieder weiblich sein müssen.

Effektiv hat Albaniens Regierung tatsächlich einen Frauenanteil von 37,5 % und liegt dabei nahe an der Zielsetzung der europäischen Union von 40 %, während Belgien mit 22,2 % weit davon entfernt ist. Unter den Vergleichsländern Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Polen finden sich bislang keine gesetzlichen Regelungen bezüglich eines Mindestanteils von Frauen in Regierungen (Gender Equality Commission 2017: 47).

2.2.8 Innerparteiliche Regelungen

Nach Norris/Lovendusky (zit. in Steininger 2000b: 82) kann der Rekrutierungsprozess durch die Parteien als ein wesentliches Kriterium für die Chancen von Frauen gesehen werden. Der erste Schritt ist hierbei der grundsätzliche Prozess der Rekrutierung von Bewerber/innen für öffentliche Funktionen. Der zweite Schritt ist die Rekrutierung der Kandidat/innen vom Pool der Bewerber/innen und die letzte Stufe ist schließlich die Wahl in öffentliche Ämter. In diesem gesamten Prozess kommt politischen Parteien ein besonders großer Stellenwert bei der Motivation von Menschen und bei deren Ausstattung mit Ressourcen zu. Ihr größter Einfluss liegt allerdings in ihrer Rolle bei der Nominierung der Kandidat/innen, mit Ausnahme der USA, wo politische Parteien aufgrund der Vorwahlen von Kandidat/innen diese Gate-Keeper-Position nicht in dem Maß innehaben.

Auch wenn es in einigen Ländern keine rechtlichen Vorgaben der Wahlbehörden zu Frauenquoten gibt, legen einige Parteien in ihren Statuten und Parteiprogrammen verbindliche Regeln oder zumindest unverbindliche Empfehlungen fest. Durch die Erstellung der Wahllisten und durch parteiinterne Förderprogramme beeinflussen Parteien die Wahl- und Karrierechancen von Frauen und Männern in der Politik entscheidend mit.

2.2.8.1 Allgemeine Einflüsse

Innerparteiliche Regelungen sind weit verbreitet und haben damit einen großen Einfluss auf die politische Repräsentation von Frauen. 2016 hatten in 40 % der Mitgliedsstaaten des Europarates Parteien Geschlechterquoten bei Wahlen (Wahlquote). Zudem gibt es in 50 % der Mitgliedsstaaten Quoten für interne Parteifunktionen und in einem Drittel gibt es spezielle Trainings für weibliche Kandidatinnen.

Parteiideologie und Parteiorganisation sind dabei ausschlaggebend für unterschiedliche Outcomes bei den Frauenanteilen in den Parlamentsparteien. Es gibt einige empirische Hinweise, dass linke und grüne Parteien tendenziell höhere Frauenanteile in öffentlichen Ämtern aufweisen. Zudem bringt ein höherer Institutionalierungs- und Zentralisierungsgrad des Entscheidungsfindungsprozesses einen höheren Frauenanteil in öffentlichen Ämtern mit sich, wobei diese Zusammenhänge eher schwach ausgeprägt sind. Deutlich stärker wirken sich die parteiinternen Regeln auf die Frauenrepräsentation aus (Millard 2014: 4; Rueschemeyer 2001: 13; Steininger 2000b: 83f.).

Auch die Größe des Wahlkreises und die dabei zu vergebenden Mandate beeinflussen den Frauenanteil auf den Wahllisten. Je mehr Mandate zu vergeben sind, desto höher ist vielfach der Frauenanteil auf den Listen. In kleinen Wahlkreisen mit wenig zu vergebenden Mandaten ist die männliche Dominanz auf den Listen deutlich ausgeprägt. Aus Sicht einiger Untersuchungen begründet sich dies darin, dass Männern größere Gewinnchancen zugeschrieben werden und dass sich Männer parteiintern besser durchsetzen können (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin²³).

Zum Teil sind in den nationalen Parlamenten und insbesondere in den Landtagen die Anzahl der vertretenen Klubs sehr klein. Zählt man in Österreich beispielsweise alle in den neun Landtagen befindliche Klubs zusammen, gelangt man zu 44 Landtagsklubs. Davon haben nur rund ein Drittel (15 Klubs) mehr als 10 Abgeordnete, 13 Klubs bestehen aus 6 bis 10 Abgeordneten und 16 Klubs aus maximal 5 Abgeordneten (vgl. Tabellen A4 bis A12 im Anhang). In den kleinen Klubs können geringe absolute Unterschiede zwischen den Geschlechtern große prozentuale Unterschiede auslösen. Bei einem zahlenmäßigen Frauen-Männer-Verhältnis von 2:3 in einem Klub aus 5 Personen liegt das prozentuale Verhältnis bei 40:60. Würde es in diesem Klub nur um eine einzige Frau mehr und um einen einzigen Mann weniger gehen, würde sich das Geschlechterverhältnis in 60:40 umkehren, ein 50:50 Verhältnis ist aber mathematisch unmöglich. Diese mathematischen Gegebenheiten können auch als Erklärungsansatz dienen, warum viele Parteien intern eine Bandbreite von 40:60 bis 60:40 im Geschlechterverhältnis zwischen Frauen und Männern festgeschrieben haben.

Weiters gilt hier dasselbe wie für die zuvor beschriebenen gesetzlichen Regelungen: Vorzugsstimmen- und Direktmandatssysteme können die parteiinternen Regelungen untergraben und den Frauenanteil senken (vgl. Kapitel 2.2.6).

²³ https://www.frauen-macht-politik.de/fileadmin/Dokumente/Geschlechterquoten_in_Wahlsystemen.pdf; abgerufen am 05.12.2018

2.2.8.2 Parteistrategien in Österreich

Österreich hat keine rechtlich verbindlichen Frauenquoten in der Politik, allerdings haben einige Parteien interne Vorgaben oder Richtlinien.

Die SPÖ sah ab 1985 eine Mindestfrauenquote von 25 % auf den Wahllisten vor. 1993 wurde beschlossen, den Frauenanteil auf allen Parteebenen bis 2013 auf 40 % zu erhöhen, anfangs als Kann-Bestimmung, ab 1998 auch im Parteistatut. Dieses Ziel galt nicht nur für die Bundeshwahlliste, sondern auch für Landeswahllisten. Seit 2014 gibt es im Parteistatut das Reißverschlussystem. Kandidat/innenlisten für öffentliche Mandate sind so zu erstellen, dass auf Bundes-, Landes- und Bezirkslisten das Reißverschlussprinzip durchgehend Anwendung findet. Bei Gemeinderatswahlen ist innerhalb der ersten Hälfte der Gesamtliste das Reißverschlussprinzip anzuwenden (Feigl 2016: 10; Steininger 2000a: 141ff.; SPÖ²⁴).

Die ÖVP legte 1995 in ihrem Grundsatzprogramm (aber nicht im Parteistatut) eine Frauenquote von einem Drittel fest. 2017 wurde beschlossen, die Kandidat/innenaufstellung solle so erfolgen, dass ein möglichst ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern in allen Gremien erreicht werden kann. Hierfür muss die Reihung der Kandidat/innen auf den Wahllisten auf allen drei Ebenen nach dem Reißverschlussystem erfolgen. Die Nationalratslisten auf Landesebene werden im Einvernehmen mit dem Bundesparteiohmann (in den Organisationsstatuten nur in der männlichen Form formuliert) erstellt, dem ein Vetorecht zukommt (International Institute for Democracy and Electoral Assistance²⁵; ÖVP²⁶).

Die FPÖ²⁷, die NEOS²⁸ und die Liste PILZ²⁹ (bzw. nach der Umbenennung JETZT) haben in ihren Parteistatuten keine Vorgabe zum Geschlechterverhältnis. Es ist allerdings festzuhalten, dass die Liste PILZ bei ihrem Einzug ins Parlament im Jahr 2017 als einzige Partei exakt gleich viele weibliche und männliche Abgeordnete hatte (vgl. Tabelle A2).

Die derzeit nicht im Nationalrat vertretenen Grünen haben eine Frauenquote von zumindest 50 % festgelegt. Im aktuellen Parteistatut heißt es *„Für die ab Platz 2 zu wählenden Plätze auf dem Bundeswahlvorschlag ist eine Kandidatur von Männern nur zulässig, wenn dadurch der Männeranteil auf der bis dahin gewählten Liste nicht größer als 50 % werden kann.“* Eine 50 %-Quotenregelung gab es bereits bei der Gründung 1987 (Die Grünen³⁰; International Institute for Democracy and Electoral Assistance³¹).

²⁴ <https://frauen.spoe.at/2014/08/29/die-quote-ist-nicht-kompliziert-man-muss-sie-nur-anwenden/>; abgerufen am 08.12.2018 / <https://www.spoe.at/2014/11/06/frauenquotenregelung-wird-nachgeschaefft/>; abgerufen am 08.12.2018 / https://dev2.spoe.at/sites/default/files/spoe_statut_2014_monitor.pdf; abgerufen am 08.12.2018)

²⁵ <https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-view/53/35>; abgerufen am 08.12.2018

²⁶ <https://res.dieneuevolkspartei.at/Files/Organisationsstatut-sjKWLM.pdf>; abgerufen am 08.12.2018)

²⁷ https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Satzungen_FPOE_2013.pdf; abgerufen am 08.12.2018

²⁸ https://partei.neos.eu/wp-content/uploads/2018/12/NEOS_Satzung_181124.pdf; abgerufen am 08.12.2018

²⁹ https://partei.jetzt/wp-content/uploads/2018/06/28052018_Satzung_LPP.pdf; abgerufen am 08.12.2018

³⁰ <https://www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm/statuten.pdf>; abgerufen am 08.12.2018

³¹ <https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-view/53/35>; abgerufen am 08.12.2018).

2.2.8.3 Parteistrategien in Schweden

In Schweden gibt es wie in Österreich keine gesetzlich vorgeschriebenen Frauenquoten im Parlament. Wegen der parteiinternen Regelungen (Freidenvall 2008: 109 ff.) nimmt Schweden aber eine Spitzenplatzierung bei den Frauenquoten ein.

Die Grünen führten bereits bei ihrer Gründung 1981 Quotenregelungen ein. Damals musste der Geschlechteranteil von Frauen und Männern in den Parteivorständen und in den Parteiausschüssen bei mindestens 40 % liegen. 1987 wurde diese Regelung auch auf die Wahllisten erweitert. 1997 wurde bei den Wahllisten ein 50:50-Verhältnis verbindlich.

Die Linkspartei legte 1987 fest, dass der Anteil der Frauen auf den Wahllisten gleich hoch sein müsse wie der Frauenanteil unter den Parteimitgliedern in diesem Wahlkreis. Somit konnte der Mindestprozentsatz je nach Wahlkreis schwanken. 1990 wurde der Mindestprozentsatz von Frauen auf den Wahllisten auf 40 % erhöht, 1993 auf 50 %.

Die Liberale Partei beschloss intern lediglich Empfehlungen, aber keine verbindlichen Vorgaben. 1973 wurde empfohlen, in allen Parteivorständen und -ausschüssen müsse der Anteil von Frauen und Männern zwischen 40 % und 60 % liegen, 1974 wurde diese Empfehlung auch auf die Wahllisten erweitert. Im Jahr 1984 wurde ein Reißverschlussystem (abwechselnde Reihung von Frauen und Männern) für die Wahllisten empfohlen.

Die Sozialdemokraten führten 1987 ähnlich wie andere Parteien (als Empfehlung) die 40:60-Grenze ein, 1990 jene zur „gleichen Beteiligung der Geschlechter“. Dies mündete 1993 in der Einführung des Reißverschlussystems.

Die Christdemokraten empfehlen ebenfalls seit 1987, dass beide Geschlechter zumindest 40 % der Kandidat/innen auf den Wahllisten stellen sollen, die Konservative Partei tut dies seit 1993. Bei der Zentrumsartei wurde die Gleichstellung der Geschlechter 1996 festgelegt.

Zu den Schwedendemokraten und der Moderaten Sammelpartei liegen keine Informationen vor (Freidenvall 2008: 109 ff.), ein Blick auf die reale Sitzverteilung im schwedischen Parlament zeigt aber im Dezember 2018 bei der Sammelpartei einen leichten Frauenüberhang (39 Frauen, 31 Männer) und bei den Schwedendemokraten einen deutlichen Männerüberschuss (18 Frauen, 44 Männer) (Sveriges Riksdag³²).

2.2.8.4 Parteistrategien im Vereinigten Königreich

Das Mehrheitswahlrecht im Vereinigten Königreich stellt starke Herausforderungen an die Parteien, Quotensysteme umsetzen zu können. Auch wenn in den Wahlkreisen gleich viele Frauen und Männer kandidieren, kann es vorkommen, dass großteils Männer oder großteils Frauen die Wahlkreise gewinnen. Bei einem deutlichen geschlechtsspezifischen Ungleichgewicht der Sieger/innen kommt es zu einem ebenso deutlichen Ungleichgewicht bei den gewählten Abgeordneten.

³² <http://www.riksdagen.se/en/members-and-parties/>; abgerufen am 06.11.2018

Da in Mehrheitswahlsystemen Männer tendenziell öfter die Mandate gewinnen als Frauen (vgl. Kapitel 2.2.6), greift die Labour Party auf das System der „All Women Shortlist“ zurück. Damit sichergestellt wird, dass eine Frau die Abgeordnetenposition des Wahlkreises erhält (falls eine Kandidatin der Labour Partei siegreich ist), dürfen nur weibliche Kandidatinnen auf der Wahl-liste der Partei stehen. Bei einer entsprechenden Auswahl der Wahlkreise, in denen „All Wo-men Shortlists“ eingesetzt werden, kann ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis im Parla-ment erzielt werden. Problematisch an dem System ist allerdings, dass Männer in solchen Wahlkreisen von der Kandidatur grundsätzlich ausgeschlossen sind. Alternativ wurde in Schottland (bei einem gemischten Wahlsystem) für Einmandatswahlkreise das „Twinning-Sys-tem“ angewandt. In zwei geografisch vergleichbaren Wahlkreisen mit ähnlichen Siegeschan-zen für die Labour Partei wurden bewusst jeweils ein Mann und eine Frau aufgestellt. Auch dadurch kann ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis erzielt werden. Befürworter/innen dieses Zugangs sehen hier eine geringere Diskriminierung von Männern, da sie zwar in einem Wahlkreis von der Kandidatur ausgeschlossen sind, in einem anderen Wahlkreis aber einen sicheren Platz haben. Man kann dies aber auch negativ bewerten, da in beiden Wahlkreisen eine Diskriminierung (einmal von Frauen und einmal von Männern) vorliegt. Das System kam nur einmal zur Anwendung, da Probleme bei der Wiederwahl der Abgeordneten in kommen-nden Wahlgängen befürchtet wurden.

Auch die Liberaldemokraten legen eine Ziel-Frauenquote von 40 % fest. Die Konservativen haben keine Quoten (International Institute for Democracy and Electoral Assistance³³).

2.2.8.5 Parteistrategien in Spanien

Das Thema ‚Frauen in der Politik‘ gewann in Spanien im Jahr 1983 mit der Gründung des Fraueninstituts (IM, Instituto de la Mujer) an Bedeutung. Erste Bestrebungen von gesetzlichen Frauenquoten auf den Wahllisten gab es 1998, mit dem Ziel eines maximalen 60:40 Verhältnisses zwischen den Geschlechtern. Umgesetzt wurde dieses Ziel auf gesetzlicher Basis erst 2007. Da bis zu den Wahlen 2004 der Frauenanteil im spanischen Parlament wegen parteiinterner Quoten deutlich angestiegen war (1977: 6,0 %; 2004: 36,0 %), konnten durch die Einführung der gesetzlichen Quoten keine größeren weiteren Steigerungen erzielt werden.

Eine Vorreiterrolle nahm die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE, Partido Socialista Obrero Español) ein. Bereits 1988 führte sie eine 25 %-Mindestquote für Frauen ein; 1997 wurde sie für Führungspositionen und Wahllisten auf 40 % erhöht.

Auch andere Parteien hatten Quoten eingeführt: Die Vereinigte Linke (IU, Izquierda Unida) 1989 eine Mindestquote von 25 % und ab 1997 von 40 %; die Sozialistische Partei Katalonien (PSC, Partit dels Socialistes de Catalunya) hatte ab 1982 eine Quote von 12 %, die sukzessive bis zum Jahr 2000 auf 40 % stieg. Die katalanischen Grünen (ICV, Iniciativa per Catalunya-Verds) hatten 1991 eine Quote von 30 % und 2002 von 40 %, die Republikanischen Linken Kataloniens (ERC, Esquerra Republicana de Catalunya) hatten ab 2004 die Quote von 40 %, der Nationale Galizische Block (BNG, Bloque Nacionalista Galego) ab 2002 die Quote von 40 % und die Kanarische Koalition (CC, Coalición Canaria) hatte ab 2000 ebenfalls eine Quote

³³ <https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-view/137/35>; abgerufen am 06.12.2018

von 40 % (Anevall 2008: 101ff.; Gender Equality Commission 2017: 33f.; International Institute for Democracy and Electoral Assistance³⁴).

2.2.8.6 Parteistrategien in Polen

In Polen und einigen anderen postkommunistischen Ländern, wurden mit deutlicher zeitlicher Verzögerung Frauenquoten eingeführt. Bis Mitte der 1990er-Jahre war die Mobilisierung von Frauen für die Politik in Polen bemerkenswert schwach. Mit der Zunahme von international orientierten Akteuren in der polnischen Politik, welche die externen Werte der Geschlechtergleichheit in die Politik integrieren wollten, stieg auch der Widerstand von traditionell orientierten politischen Kräften, die stets die Vorrangstellung und die Hinlänglichkeit der polnischen Institutionen und Normen betonten.

Erste Versuche zur Einführung von gesetzlichen Frauenquoten auf den Wahllisten gab es in Polen im Jahr 2001. Das Ziel war eine Mindestquote von 35 %. Der Gesetzesantrag fand damals allerdings keine Mehrheit im Parlament. Erst 2011 wurde eine rechtliche 35 %-Quote auf den Listen beschlossen.

Auf Parteiebene wurden schon früher Quotenregelungen eingeführt. Für die Wahlen im Jahr 2001 legten die Demokratischen Linken (SLD), die Union der Arbeit (UP) und die Freiheitsunion (UW) einen Mindestfrauenanteil von 30 % auf ihren Wahllisten fest. 2007 beschloss auch die Bürgerliche Plattform (PO) eine parteiintern unverbindliche Resolution, wonach einer der drei ersten Plätze auf jeder Liste mit einer Frau besetzt sein soll. Auf den meisten Wahllisten der PO wurde dies auch eingehalten (Fuszara 2008: 78f.; Millard 2014: 1ff.).

2.2.9 Rolle der Medien

Medien beeinflussen die Wahrnehmung von Politik und können zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung beitragen. Die Art und der Umfang, wie über Politikerinnen und Politiker berichtet wird, können die öffentliche Wahrnehmung von Frauen und Männern in der Politik beeinflussen.

Pernegger (2018) untersuchte die Medienpräsenz von weiblichen und männlichen Politiker/innen in den österreichischen Medien im Jahr 2017. So nehmen Frauen zwar rund ein Drittel der politischen Spitzenpositionen (Anteil der Ministerinnen und weiblichen Nationalratsabgeordneten) ein, deren Anteil in den Print-Medienberichten ist aber deutlich geringer, wodurch sie öffentlich weniger wahrnehmbar sind. Dieses Bild zeigt sich (mit Ausnahme der damals noch im Nationalrat vertretenen Grünen) in allen Parteien. So lag auf dieser Ebene der Frauenanteil unter den Politiker/innen in der SPÖ bei rund 35 %, der mediale Anteil der Frauen bei Berichten über die SPÖ aber nur bei 15 %. Bei der ÖVP lagen die Anteile bei 27 % (Politiker/innen) bzw. 7 % (Medien). Bei den Grünen hingegen war der Frauenanteil bei 52 %

³⁴ <https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-view/103/35>; abgerufen am 06.12.2018)

(Politiker/innen) und bei 55 % in den Medienberichten. Bei der Bildpräsenz³⁵ lag der Frauenanteil in den österreichischen Printmedien im Bereich der nationalen und internationalen Politik bei jeweils rund einem Viertel (national: 25 %, international: 23 %).

Für Pernegger erklärt sich diese Abweichung aus den unterschiedlichen Funktionen von Frauen und Männern (es gab 2017 im Nationalrat nur bei den Grünen eine weibliche Klubobfrau, sonst nur männliche Klubobleute) und den unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten bei den Ministerien (männliche Minister hatten 2017 medial interessantere Ressorts als weibliche Ministerinnen). Durch die geringere Sichtbarkeit fehlt es den jungen Frauen an Vorbildern, wodurch ein Einstieg in die Politik seltener erwogen wird. Dem gegenübergesetzt sieht Bieber (2012: 315) allerdings keinerlei Einfluss der politischen Themen und Handlungsfelder auf die Wahlchancen.

Mangelnde Medienpräsenz kann ein Hindernis für die politische Karriere darstellen. Wahlkämpfe finden seit Jahren sehr stark in den Medien statt. Eine geringe mediale Beachtung führt zu einer geringeren Bekanntheit in der Bevölkerung. Speziell bei Mehrheitswahlsystemen, aber auch bei Vorzugsstimmenvergabe können die medialen Berichterstattungen die Chancen von männlichen und weiblichen Kandidat/innen beeinflussen (Beck 2016).

Einige Studien sehen auch Unterschiede, wie über Politikerinnen und Politiker berichtet wird. So steht bei weiblichen Politikerinnen das Aussehen und der familiäre Hintergrund stärker im Fokus der Berichterstattung als bei männlichen Politikern (Reinsch 2018: 61f.).

2.3 Entwicklung des Stellenwertes von Frauen in der Politik

Generell gilt die Frauenbewegung als entscheidender Faktor bei der Steigerung der Teilnahme von Frauen an politischer Repräsentation (Steininger 2000a: 141ff.). Innerhalb Europas treten aber Unterschiede bei der Art und der Geschwindigkeit der Steigerung des Frauenanteils auf. Während in einigen Ländern eine eher langsame, auf gesellschaftlichen Wandel basierende Steigerung erfolgte, wurde in anderen Ländern eine eher sprunghafte Steigerung angestrebt, beispielsweise durch die Einführung verpflichtender Quoten.

Nordeuropäische Länder gelten aktuell als Vorzeigebispiele für die politische Repräsentation von Frauen. In diesen Ländern gab es aber eine eher langsame, dafür kontinuierliche Entwicklung des Frauenanteils in der Politik. So stellen Dahlerup und Freidenvall (2008: 21f.) fest, dass Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden etwa 60 Jahre ab Einführung des Frauenwahlrechts benötigten, um die 20 %-Schwelle zu überschreiten und 70 Jahre, um einen 30 % Frauenanteil zu erreichen.

Erste Diskussionen um Frauenquoten gab es in Schweden bereits 1928 (Freidenvall 2008: 109). Im Jahr 1972 wurde die erste Gleichstellungskommission etabliert. Seit den 1990er Jahren entstand in Schweden das Konzept des „Staatsfeminismus“, in dem der Staat eine sehr

³⁵ Für die Bild-Analyse zählt MediaAffairs die Fotos von Frauen und Männern in den Printmedien. Die Zahl der Fotos wird nach Themen kategorisiert sowie nach Größe und Reichweite des Mediums gewichtet (Pernegger 2018: 11).

aktive Rolle in der Arbeit für die Geschlechtergleichstellung einnimmt und so zur Bewusstseinsbildung und zur Gleichbehandlung beiträgt (Futur drei³⁶). Schweighofer-Brauner (2018) sieht auch religiös begründete Wurzeln in der stärkeren Verankerung der Gleichbehandlung der Geschlechter. Die gleichheitsorientierte schwedische Gesellschaft ist seit dem 16. Jahrhundert lutheranisch-protestantisch geprägt, andere Länder wie Österreich oder Spanien sind hingegen katholisch geprägt. Traditionen der Geschlechterpolarisierung und der getrennten Geschlechterräume wirkten ihrer Meinung nach in katholisch geprägten Ländern stärker und länger als in protestantischen, nordischen Gesellschaften.

Spanien ist für Süd- bzw. Westeuropa ein gewisser Sonderfall, da erst 1978 eine moderne Verfassung mit der formalen Gleichstellung der Geschlechter in Kraft trat. Davor waren die Frauenrechte in Spanien generell nur schwach ausgeprägt. Die Rolle der Frau war stark auf die der Mutter und zur Unterstützung des Mannes ausgelegt. In der Ideologie des Franco-Regimes der Periode 1939 – 1975 wurden schon in der Schule die Kinder angehalten, sich entsprechend der traditionellen Geschlechterrollen zu verhalten. Entsprechend schlechter war 1975 die Ausgangslage für Frauen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (Pérez-Samaniego/Santamaría-García, 2013). Bis 1988 durften in Spanien keine Frauen in das Parlament einberufen werden (Just Landed³⁷). Der rasche Anstieg des Frauenanteils beruht vor allem an den zuerst freiwilligen und dann verpflichtenden Frauenquoten.

Das britische Unterhaus war in den 1990er Jahren stark männlich dominiert. Der Frauenanteil lag meist unter 5 % und stieg erst 1992 auf 9,2 % an. Deutlich höhere Frauenanteile gibt es erst in den letzten Jahren (z. B. 2016: 29,5 %; Gender Equality Commission 2017: 33f.). Wie in Kapitel 2.2.6 angedeutet, dürfte das Mehrheitswahlssystem mitverantwortlich hierfür sein. Das Mehrheitswahlrecht und die unterschiedlichen Frauenanteile zwischen Labour Partei und Konservativer Partei tragen zu größeren Schwankungen des Frauenanteils im gesamten Unterhaus bei, je nachdem, welche Partei wie stark gewonnen hat. So ist nach Siegen der Labour Partei der Frauenanteil meist etwas höher. Allerdings neigen laut Ruhl (2006: 21) britische Frauen stärker als die Frauen anderer Nationen dazu, sich außerhalb der Parteien politisch zu beteiligen, beispielsweise in Bürgerbewegungen.

In den kommunistischen Gesellschaften Osteuropas wurde auf die Bildung und berufliche Position von Frauen grundsätzlich besondere Aufmerksamkeit gelegt, wobei es große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gab. Auch wenn die politische Motivation dahinter nicht unbedingt die Gleichstellung der Geschlechter, sondern vielmehr wirtschaftliche Interessen waren, lernten Frauen dadurch ihren Status nicht nur aus jenem der Ehemänner, sondern auch aus ihrer eigenen Ausbildung und beruflichen Position abzuleiten (Rueschemeyer 2001: 7). Dennoch gab es nach Jalusic (1999: 70f.) deutliche qualitative Unterschiede in der Etablierung von Feminismus zwischen den ex-kommunistischen und den westeuropäischen Ländern, die Erklärungsansätze für die antifeministischen Strömungen nach Zusammenbruch des Kommunismus darstellen würden: Feminismus galt im Sozialismus als bürgerliches, kapitalistisches Phänomen, es gab keine unabhängige Frauenbewegung mit jahrzehntelanger Tradi-

³⁶ <http://www.futur-drei.com/gender-equality-7-dinge-die-wir-uns-von-schweden-abgucken-koennen/>; abgerufen am 10.12.2018

³⁷ <https://www.justlanded.com/deutsch/Spanien/Artikel/Kultur/Frauen>; abgerufen am 10.12.2018

tion. Die Frauenfrage war im Sozialismus nicht als politisches Problem anerkannt. Die Gleichstellung und Emanzipation war bereits gültiger, teils gesetzlich legitimierter Teil des sozialistischen Systems, die Emanzipation der Frauen erfolgte von oben durch Rechtsgleichheit und war nicht Ergebnis langer Kämpfe der Bevölkerung. Im Vordergrund der sozialistischen Systeme standen die Elite-Frauen aus der Partei. Feminismus wurde von vielen Frauen und Männern in den postkommunistischen Ländern in den Jahren nach der Wende abgelehnt, als eine die Freiheit bedrohende Forderung nach Gleichheit, der man sich nach jahrzehntelanger Unterdrückung entledigt hatte. Die kleine Elite der weiblichen Politiker/innen der postkommunistischen Ära bezeichnete sich öffentlich ganz explizit als Nichtfeministinnen und konnte sich damit profilieren.

Mit dem Niedergang des Kommunismus wurden die alten Sicherungssysteme, welche kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung garantierten, nicht mehr aufrechterhalten. Dies betraf auch Polen, wo sich Gruppeninteressen von Männern in den Gemeinden durchsetzen und die problematischer werdenden Arbeitsbedingungen von Frauen herabgestuft und gegenüber anderen Themenbereichen als untergeordnete Interessen behandelt wurden (Rueschemeyer 2001: 8ff.)

Die gestiegene Arbeitslosigkeit und Armut in den 1990er Jahren in den Ländern des Postkommunismus betraf Frauen stärker als Männer, was auch in anderen Transformationsgesellschaften zu beobachten war. Dieser Gender-Gap sozialer Betroffenheit ist nach Rueschemeyer (2001: 9) ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die eingeschränkte politische Partizipation und Repräsentation von Frauen dieser Länder in der Zeit des Übergangs. Das verstärkte Aufkommen von Nationalismus und ethnischen Konflikten ging zudem häufig einher mit dem Propagieren von traditionellen Geschlechterkonzepten. Es gab in vielen postkommunistischen Ländern heftigen Widerstand gegen die Einführung einer Frauenquote in repräsentativen Gremien. Die Idee der Frauenquote wurde von konservativeren und nationalistischen Parteien häufig mit dem Vorwurf der Rückkehr zum Kommunismus belegt, während zur gleichen Zeit in vielen westeuropäischen Staaten bereits Frauenquoten in die politischen Systeme bzw. Parteien eingeführt wurden.

Einen Überblick über die Entwicklung des quantitativen Stellenwerts von Frauen in der österreichischen Politik liefert Kapitel 3.

2.4 Auswirkungen der Präsenz von Frauen in der Politik

Ob Frauen anders Politik betreiben und andere Schwerpunktsetzungen haben als Männer, wird in der Literatur nicht einheitlich bewertet.

Einige Untersuchungen zeigen Unterschiede bereits in der Themenschwerpunktsetzung von weiblichen und männlichen Politiker/innen auf. In experimentellen Forschungsdesigns wurde aufgezeigt, dass weibliche Abgeordnete andere Entscheidungen über die Bereitstellung öffentlicher Güter treffen und mit diesen Entscheidungen eher die Themen aufgreifen, die Wählerinnen wichtig sind (Arregui Coka/Freier/Mollerstrom 2017: 763). Laut Szalais (1998) zeigen

sich Unterschiede in der Verwendung von finanziellen Mitteln. Haben Frauen auf lokalpolitischer Ebene eine Mehrheit, werden deutlich höhere Mittel für Wohlfahrtsausgaben aufgewandt.

Als weniger deutlich werden die Effekte von Steininger (2000a: 141 ff.) beschrieben: Zwar sieht auch sie rollentypische Schwerpunktsetzungen als vorhanden an, Frauen und Männer nähern sich hier aber einander an. Lovenduski (zitiert in Steininger 2000a) nimmt die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in einer anderen Form wahr: Demnach werden zwar die einzelnen politischen Themenfelder hinsichtlich ihrer Relevanz ähnlich eingestuft, innerhalb der Themenfelder aber andere Schwerpunkte gesetzt. So liegt laut Lovenduski das Thema „Wirtschaftspolitik“ bei weiblichen und männlichen Politiker/innen oft an erster Stelle. Innerhalb der Wirtschaftspolitik legen Frauen aber eher den Schwerpunkt auf die Aspekte Teilzeitarbeit, Niedriglöhne und Pensionen während Männer eher am Aspekt Arbeitslosigkeit interessiert sind.

Dass es kaum grundlegende Interessensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Politiker/innen gibt, zeigt auch die „Deutschen Kandidatenstudie 2009“ (Bieber 2012: 315). Hierbei muss aber berücksichtigt werden, dass trotz ähnlicher Interessenslagen in der Praxis unterschiedliche Einstiegsthemen in die Politik vorhanden sein können, das heißt, es kann in der Realität geschlechtsspezifisch typische Einstiegsthemen geben.

Betrachtet man den Frauenanteil in den Ausschüssen des österreichischen Nationalrates (diese bestehen aus jeweils 28 Abgeordneten), erweisen sich die Themenbereiche Familie, Bildung, Gesundheit und Gleichbehandlung eher als Frauenthemen und die Bereiche Sicherheit und Finanzen eher als Männerthemen. Im März 2017 lag (bei einem damaligen Frauenanteil von rund 31 % unter den Nationalratsabgeordneten) der Frauenanteil im Tourismus-Ausschuss bei 10,7 %, im Finanz-Ausschuss bei 17,9 %, in den Ausschüssen zu den Themen Budget, Inneres, Landesverteidigung, Land-/Forstwirtschaft, Umwelt, Verfassung und Verkehr bei jeweils 21,4 % sowie bei den Ausschüssen zu den Themenbereichen Außenpolitik, Bauten, Forschung/Innovation/Technologie, Sport und Wirtschaft/Industrie bei 28,6 %. Somit lag der Frauenanteil bei diesen Themenbereichen unterhalb des Anteils im gesamten Nationalrat. Über dem Gesamtanteil war er im Ausschuss für Arbeit/Soziales (32,1 %), in den Ausschüssen für Konsumentenschutz, Justiz und Menschenrechte (jeweils 35,7 %), im Gesundheitsausschuss (39,3 %) und in den Ausschüssen zu den Bereichen Unterricht und Wissenschaft (46,4 %). Mehrheitlich weibliche Ausschussmitglieder gab es mit 53,6 % in den Bereichen Familien und Kultur sowie mit 82,1 % im Gleichbehandlungsausschuss (Angaben des österreichischen Nationalrates³⁸).

Solche Zusammenhänge zeigen sich auf Regierungsebene auch in anderen Ländern (Holtz-Bacha 2008: 3ff.; der Standard³⁹). Hierfür wurde die Zahl der männlichen und weiblichen Minister/innen und Staatssekretär/innen in den 28 EU-Mitgliedsstaaten erfasst und nach Aufgabenbereichen kategorisiert. Bei einem generellen Frauenanteil über alle Länder und Ressorts lag im vierten Quartal 2016 der Frauenanteil bei 27 %. In den Basis-Ressorts (hier wurden die

³⁸ zitiert in: <https://derstandard.at/2000053778998/Frauenthemen-Maennerthemen-Die-Aufgabenverteilung-in-der-Politik-folgt-noch-immer>; abgerufen am 11.12.2018

³⁹ <https://derstandard.at/2000053778998/Frauenthemen-Maennerthemen-Die-Aufgabenverteilung-in-der-Politik-folgt-noch-immer>; abgerufen am 11.12.2018

Bereiche Äußeres, Inneres, Verteidigung und Justiz zugeordnet) lag der Frauenanteil bei 22 %, bei den Wirtschafts-Ressorts (Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft und Außenhandel) lag der Anteil bei 22 % und bei den Infrastruktur-Ressorts (Energie, Verkehr, Raumplanung und Umwelt) bei 23 %. Deutlich über dem Gesamtschnitt war der Frauenanteil mit 42 % nur in den Sozial-Ressorts (Sozialpolitik, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Familien).

Beim Geschlechteraspekt stellt sich grundsätzlich die Frage, ob Frauen und Männer in politischen Funktionen „typische Durchschnittsfrauen“ oder „typische Durchschnittsmänner“ sind oder nicht. Studien zu Frauen in Spitzenpositionen in der Wirtschaft lassen daran zweifeln. So zeigt u. a. eine Arbeit von Müller/Schwieren (2012), dass Frauen in Spitzenfunktionen in vielen Kriterien eher Männern in vergleichbaren Positionen ähneln als den meisten Frauen in der Gesamtgesellschaft.

2.5 Zusammenfassung des Literaturüberblicks

Die Gründe, warum Frauen und Männer sich in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlichen Formen politisch beteiligen, sind vielfältig. Diese Multikausalität legt den Schluss nahe, dass an mehreren Stellen Veränderungen notwendig wären, um den Frauenanteil in allen Politikbereichen zu erhöhen.

In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass es geschlechtsspezifische Unterschiede in der Art der Politikbeteiligung gibt. Frauen neigen demzufolge weniger stark zu einer parteipolitischen Tätigkeit, sie zeigen aber durchaus Interesse, sich in anderen Organisationen und Formen politisch zu beteiligen, beispielsweise in Bürgerinitiativen oder bei Unterschriftenaktionen. Als Gründe für das geringere Interesse an der Parteipolitik werden die Strukturen und Abläufe, zum Beispiel hinsichtlich der Diskussionskultur und des Konkurrenzverhaltens in der Gemeinde-, Landes- und Bundespolitik vorgebracht. Ein geringeres Selbstvertrauen von Frauen und ein erhöhter Leistungsdruck auf sie können ebenfalls abschreckend wirken. Um Frauen für den Einstieg in die (Partei)politik zu motivieren, wünschen sich diese oft eine persönliche Einladung hierzu. Fehlt diese, steigen sie auch seltener in die Parteipolitik ein.

Die politischen Parteien haben dadurch eine zentrale Rolle beim Ausmaß der Repräsentation von Frauen. Einerseits können sie den Frauenanteil dadurch beeinflussen, in welcher Form sie potenzielle Kandidat/innen direkt ansprechen bzw. mit ihnen in Kontakt treten, andererseits wird das politische Vorankommen bei legislativen Funktionen durch die Erstellung der Wahllisten beeinflusst. Je nachdem, an welcher Listenposition Frauen und Männer gereiht werden, erhöhen oder verringern sich die Chancen, in die Parlamente oder Landtage einzuziehen. Parteiinterne verpflichtende Quoten oder Empfehlungen zeigen hierbei deutliche Auswirkungen auf den realen Frauenanteil in den Landtags- und Parlamentsklubs.

Neben diesen parteiinternen Regelungen setzen einige Staaten auf rechtlich verpflichtende Quoten bei der Erstellung der Wahllisten. Es muss ein bestimmter Geschlechteranteil auf den Wahllisten vorhanden sein, damit diese von den Wahlbehörden zugelassen werden. Solche Quoten erhöhen die Frauenquoten in den Parlamenten und Landtagen, indem sie Barrieren entgegenwirken, sie sind aber nicht unumstritten, da sie die Autonomie bei der>Listenerstellung

einschränken und zu Rechtfertigungsproblemen führen können, wenn man eine Position aufgrund der Quote bekommen hat.

Die Wahlsysteme können die Wirkung von verpflichtenden oder freiwilligen Quoten untergraben. Durch Vorzugsstimmensysteme können die Wähler/innen Kandidat/innen vorreihen. Tendenziell profitieren männliche Kandidaten stärker von Vorzugsstimmen als weibliche Kandidatinnen. Speziell ältere Wähler/innen haben oft traditionellere Einstellungen und sind weniger bereit, Frauen in Spitzenpositionen zu wählen, beispielsweise zur Bürgermeisterin. Auch das generelle Wahlsystem scheint die Chancen von Frauen und Männern zu beeinflussen. So werden Mehrheitswahlsysteme im Vergleich zu Verhältniswahlsystemen als vorteilhaft für Männer beschrieben. In Systemen mit vielen Parteien und bei vielen zu vergebenden Positionen (z. B. Gesamtzahl der Abgeordneten) haben Frauen eine höhere Chance nominiert oder gewählt zu werden als in Zwei-Parteien-Systemen oder bei kleinen Abgeordnetenzahlen.

Dass die Wahlchancen von Männern höher sind als jene von Frauen, liegt unter anderem an der Berichterstattung in den Medien. Über weibliche Politikerinnen wird seltener berichtet als über männliche. Dies erklärt sich zum Teil aus den medial weniger interessanten Positionen und Tätigkeitsfeldern, führt aber zu einer geringeren Bekanntheit und dadurch zu geringeren Wahlchancen, besonders bei Vorzugsstimmen oder in Mehrheitswahlsystemen. Zudem scheinen Männer stärker vernetzt zu sein als Frauen. Vor allem auf Gemeindeebene führt dies vermutlich zu einem Ungleichgewicht bei der Bekanntheit und somit bei den Wahlchancen.

Traditionelle Rollenzuschreibung und -erwartungen und die institutionellen Rahmenbedingungen führen bei Frauen mit kleinen Kindern generell zu Vereinbarkeitsproblematiken von Familie und Beruf. Dies gilt auch für die Politik im engeren Sinn. Speziell auf Gemeindeebene sind politische Funktionen wegen der geringen Entlohnung meist nur ergänzend zu einer außerpolitischen Erwerbstätigkeit möglich, wodurch sich Vereinbarkeitsprobleme mit der Familie ergeben können. Da viele Termine am Abend oder am Wochenende anfallen, wird die Vereinbarkeit von Zivilberuf, politischer Funktion und Familie schwierig.

Die unterschiedlichen Themenschwerpunkte – Frauen sind vielfach stärker in den Bereich Familie, Bildung und Soziales aktiv – führen zu einer anderen Schwerpunktsetzung und zur Verteilung der finanziellen Mittel bei einer Steigerung des Frauenanteils. Um auch die weibliche Sichtweise in die Politik einzubringen, scheint eine ausreichende Repräsentation von Frauen in der Parteipolitik als sinnvoll und notwendig.

3 Gender-Gap bei politischer Repräsentation in Zahlen

In diesem Kapitel wird die geschlechtsspezifische Teilhabe an der politischen Repräsentation im europäischen Vergleich analysiert. Dabei stehen die für die vorliegende Studie ausgewählten Länder Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen im Fokus. Die Teilhabe an der politischen Repräsentation kann auf unterschiedlichen regionalen Ebenen und hinsichtlich unterschiedlicher Funktionen betrachtet werden. Funktional lässt sich zwischen exekutiven Positionen (z. B. Minister/innen, Staatssekretär/innen, Landeshauptleuten, Landesrät/innen, Bürgermeister/innen) und legislativen Positionen (z. B. Abgeordneten in Parlamenten und Landtagen) differenzieren. Bei den Gebietskörperschaften werden im Folgenden die gesamte nationale Ebene (in Österreich die Bundesebene), die Länderebene und die Gemeindeebene dargelegt. Als übernationale Einrichtung wird das EU-Parlament einbezogen.

Die dem Bericht zugrunde liegenden Daten haben je nach Quelle zum Teil unterschiedliche Stichtage (z. B. Beginn der Regierungsperiode, Jahresanfang, Jahresende, Tag der Abfrage aus der Datenbank). Da sich die Zusammensetzung der Regierungen, der Parlamente und der Landtage im Lauf eines Jahres ändern können, kann es zu (geringen) Abweichungen der Zahlen zwischen den einzelnen Quellen kommen. Da für internationale Vergleiche mehrere nationale und internationale Quellen herangezogen werden müssen, lassen sich diese Abweichungen bei den folgenden Darstellungen nicht immer vermeiden.

3.1 Nationale Ebene

Auf gesamtnationaler Ebene wird der Gender-Gap an der politischen Repräsentation bei Bundesregierungen sowie im National- und Bundesrat aktuell und insbesondere für Österreich und teilweise für die anderen vier Vergleichsländer im Zeitverlauf betrachtet. Auf dieser Ebene sind für Österreich und die übrigen europäischen Staaten die umfangreichsten Daten vorhanden.

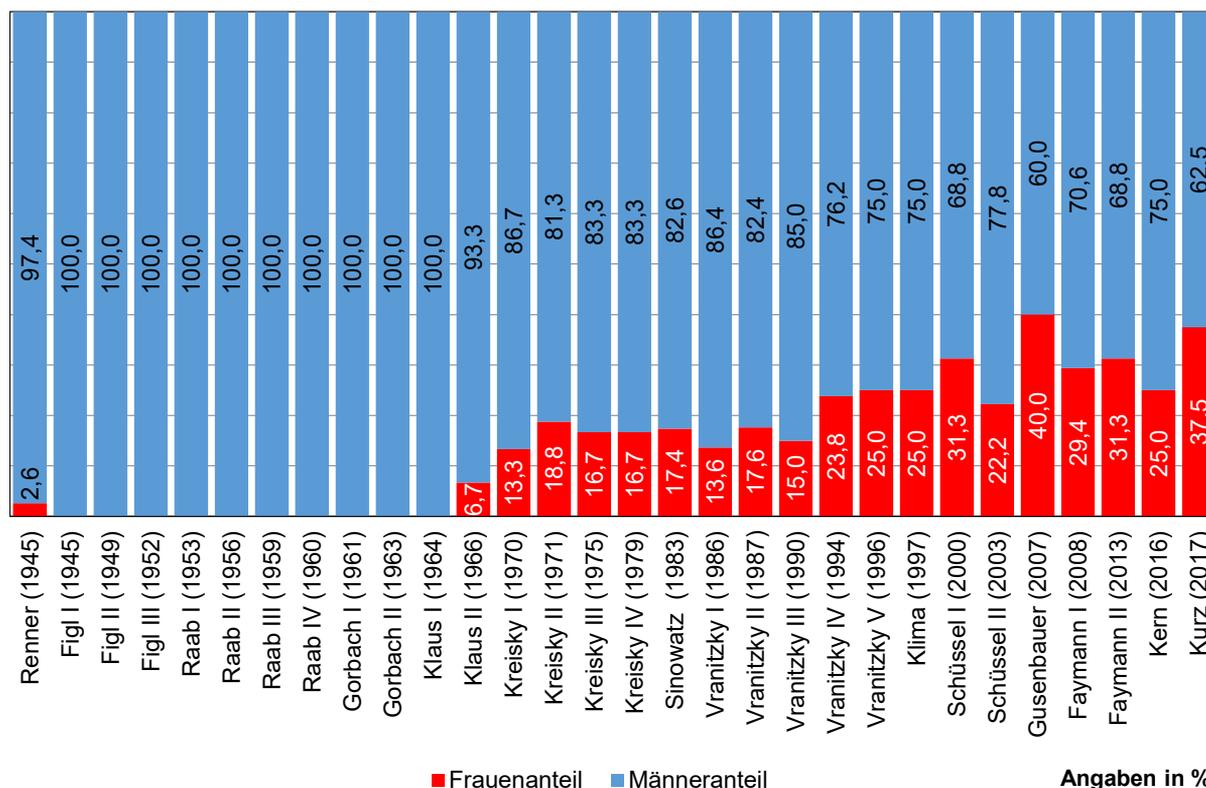
3.1.1 Nationale Regierungen

Abbildung 1 bietet einen Überblick über die Entwicklung der Frauen- und Männeranteile in den österreichischen Bundesregierungen der gesamten Zweiten Republik seit 1945. Der Frauenanteil wird in den Säulen jeweils rot im unteren Teil dargestellt, der Männeranteil in blau im oberen Teil der Abbildungen. Es werden hierbei Bundeskanzler, Minister/innen und Staatssekretär/innen berücksichtigt. Der Anteil bezieht sich jeweils auf den Zeitpunkt des Regierungsantritts, d. h. gegebenenfalls im Laufe der Zeit durchgeführte Regierungsumbildungen werden nicht berücksichtigt. Die Regierungszeiträume können zudem nicht mit den Legislaturperioden des Nationalrates gleichgesetzt werden. Wechselt der Bundeskanzler, kann es auch im Laufe einer Legislaturperiode zu einer neuen *Regierung kommen*.

Abgesehen von einer einzigen Staatssekretärin in der provisorischen Staatsregierung unter Staatskanzler Karl Renner (1945) gab es in Österreich bis zur Regierung Klaus II (1966) keine weiblichen Regierungsmitglieder. Erst 1966 hatte die erste Frau ein Minister/innenamt inne. Mit leichten Schwankungen ist der Frauenanteil in den österreichischen Bundesregierungen bis Mitte der 1990er-Jahre (Regierungen Vranitzky I und II in den Jahren 1996 und 1997) auf

25,0 % angestiegen. Den höchsten Frauenanteil gab es bislang 2007 in der Regierung Gusenbauer mit 40,0 %.⁴⁰ Danach sank er allerdings wieder ab und erreichte 2016 zum Start der Regierung Kern mit erneut 25,0 % einen zwischenzeitlichen Tiefststand. Die zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Studie aktuelle Regierung unter Bundeskanzler Kurz startete 2018 mit einem Frauenanteil von 37,5 %. Dies ist der zweithöchste Wert seit 1945.

Abbildung 1: Regierungsmitglieder der österreichischen Bundesregierungen seit 1945



Quelle: Geisberger (2010: 363); <https://www.parlament.gv.at/WWER/BREG/REG/>
abgerufen am 23.01.2018

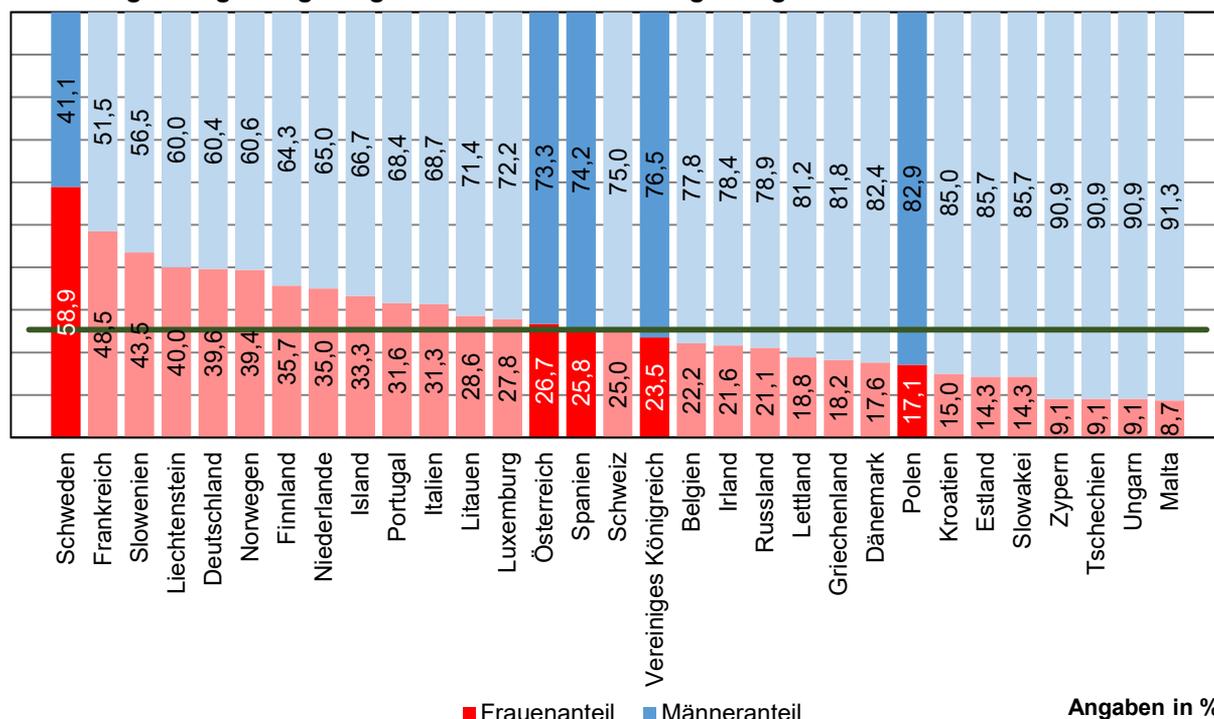
Im Ländervergleich liegt Österreich beim Frauenanteil der Regierungsmitglieder aktuell im Schnitt aller EWR-Staaten, wie eine Statistik des Europarates zeigt. Neben den Fokussländern der Studie (Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen) werden in Abbildung 2 zu Vergleichszwecken auch die Geschlechteranteile der nationalen Regierungen in den übrigen EWR-Ländern (in etwas helleren Rot- und Blautönen) dargestellt. Die Länder werden dabei absteigend nach dem Frauenanteil angeordnet. Die grüne Linie in der Abbildung entspricht dem Durchschnittswert über alle Länder (Frauenanteil: 25,3 % / Männeranteil: 74,7 %).

Den bei weitem höchsten Frauenanteil in den nationalen Regierungen weist 2016 Schweden auf. Nur dort lag er mit rund 59 % über der 50 %-Marke. Österreich, Spanien und das Vereinigte Königreich liegen mit jeweils rund einem Viertel etwa im europäischen Durchschnitt. Deutlich niedriger ist der Frauenanteil in der polnischen Regierung mit nur 17,1 %. Nach grö-

⁴⁰ Die Übergangsregierung unter Bundeskanzlerin Bierlein, eingesetzt von Bundespräsident Van der Bellen im Juni 2019, erreichte mit einem 50%-Frauenanteil erstmals einen ausgeglichenen Geschlechteranteil.

ßeren Regionen betrachtet ist der Frauenanteil in süd- und osteuropäischen Staaten tendenziell geringer, während er in Nord- und Zentraleuropa tendenziell höher ist. So liegen etwa Schweden, Frankreich, Deutschland, Norwegen, Finnland und Island über dem europäischen Durchschnitt. In Zypern, Tschechien und Ungarn liegt der Frauenanteil hingegen unter 10 %.

Abbildung 2: Regierungsmitglieder der nationalen Regierungen in EWR-Staaten 2016



Quelle: Gender Equality Commission (2017: 44f.)

Anm.: Mittelwert: Frauenanteil: 25,3 % / Männeranteil: 74,7 %

3.1.2 Nationale Parlamente

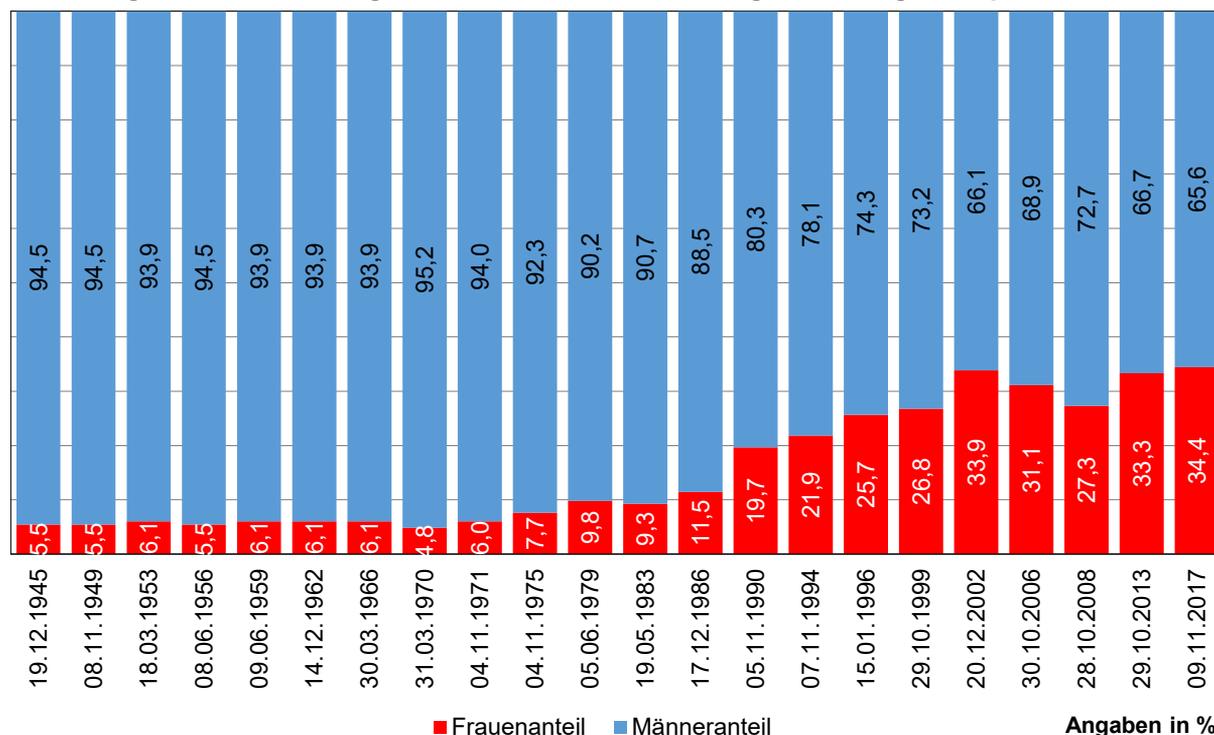
Die Entwicklung des Frauenanteils im österreichischen Nationalrat ab 1945 (Abbildung 3) zeigt erst ab den 1970er Jahren einen klaren Aufwärtstrend. Bis Anfang der 1970er-Jahre blieb der Frauenanteil im Nationalrat konstant niedrig bei rund 5 % bis 6 % und stieg danach bis 1986 nur leicht auf 11,5 % an. Danach gab es größere Sprünge auf 19,7 % im Jahr 1990 und einen rascheren Anstieg bis 2002 auf rund ein Drittel. Abgesehen von einem kurzen, vorübergehenden Rückgang 2008 hat sich am Anteil seither kaum etwas verändert.

Differenziert man den aktuellen Nationalrat nach Klubs, so hat im Jänner 2018 nur jener von JETZT – Liste PILZ einen exakt ausgewogenen Frauen- und Männeranteil (jeweils 4 weibliche und 4 männliche Abgeordnete). An zweiter Stelle liegt der SPÖ-Klub mit einem Frauenanteil von 46,2 % und an dritter Stelle jener der NEOS (40,0 %). Deutlich dahinter befinden sich die Klubs der ÖVP mit 32,3 % und der FPÖ mit 25,5 % (Österreichisches Parlament⁴¹; vgl. Tabelle A2 im Anhang).

⁴¹ <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/AKT/index.shtml>; abgerufen am 24.01.2018

Unterschiede beim Geschlechteranteil der Abgeordneten zeigen sich auch nach deren regionaler Herkunft (Bundesland des Wahlvorschlags). Nur Abgeordnete, die über einen Listenplatz eines Wiener Wahlvorschlags in den Nationalrat eingezogen sind, sind mehrheitlich (51,7 %) Frauen. Bei Abgeordneten aus Oberösterreich und Salzburg sowie dem Bundeswahlvorschlag sind mehr als ein Drittel Frauen. Im Burgenland liegt der Frauenanteil bei 20,0 % und aus Vorarlberg wurde gar keine Frau entsandt (vgl. Tabelle A1 im Anhang).

Abbildung 3: Nationalratsabgeordnete in Österreich zu Beginn der Legislaturperiode seit 1945



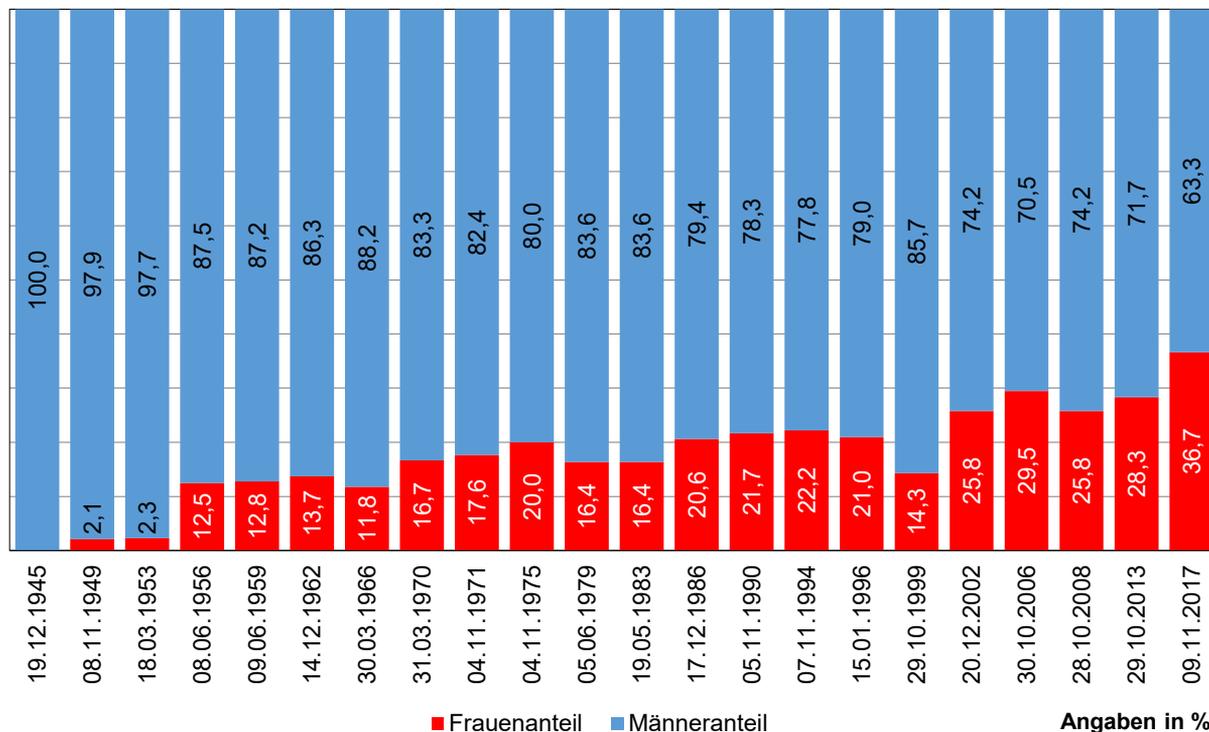
Quelle: https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml; abgerufen am 12.02.2018

Anm.: Die Geschlechteranteile beziehen sich auf den Beginn der Legislaturperiode des Nationalrates.

Im österreichischen Bundesrat (Abbildung 4) liegt der Frauenanteil bereits seit Mitte der 1950er-Jahre über 10 % und seit Mitte der 1980er-Jahre über 20 %. Somit ist im Bundesrat über viele Jahre der Frauenanteil höher als im Nationalrat. Wegen der danach eher geringen Steigerungsraten fiel der Bundesrat Mitte der 1990er-Jahre hinter den Nationalrat zurück. Ende 2017 war der Frauenanteil im Bundesrat aber mit 36,7 % wieder etwas höher als im Nationalrat.

Bei der Analyse der Bundesratsabgeordneten auf Bundesländerebene (Tabelle 2) muss die geringe Anzahl der Abgeordneten berücksichtigt werden. Zum Teil sind nur 5 oder weniger Abgeordnete aus einem Bundesland im Bundesrat vertreten. Somit ist eine Analyse des Geschlechteranteils eher auf Basis der Absolutzahlen als auf Basis der Prozentverteilung sinnvoll. Aus Kärnten und Niederösterreich werden jeweils gleich viele Frauen und Männer entsandt, aus dem Burgenland und Tirol jeweils um eine Frau mehr und aus Wien um einen Mann mehr. Große Unterschiede zugunsten der Männer gibt es in Oberösterreich (um 7 Abgeordnete) und Vorarlberg (um 3 Abgeordnete) und zugunsten der Frauen in Salzburg (um 2 Abgeordnete).

Abbildung 4: Bundesratsabgeordnete in Österreich zu Beginn der Legislaturperiode seit 1945



Quelle: https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_BR.shtml; abgerufen am 12.02.2018

Anm.: Obwohl sich die Zusammensetzung des Bundesrates nicht mit den Nationalratswahlen, sondern vorrangig mit den jeweiligen Landtagswahlen in den Bundesländern ändert, werden auf der Homepage des österreichischen Parlaments auch für den Bundesrat die Zusammensetzungen zu Beginn der Legislaturperioden des Nationalrates ausgewiesen.

Tabelle 2: Bundesratsabgeordnete in Österreich 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Burgenland	2	1	66,7	33,3
Kärnten	2	2	50,0	50,0
Niederösterreich	6	6	50,0	50,0
Oberösterreich	2	8	20,0	80,0
Salzburg	3	1	75,0	25,0
Steiermark	1	8	11,1	88,9
Tirol	3	2	60,0	40,0
Vorarlberg	0	3	0,0	100,0
Wien	5	6	45,5	54,5
Bundesrat gesamt	24	37	39,3	60,7

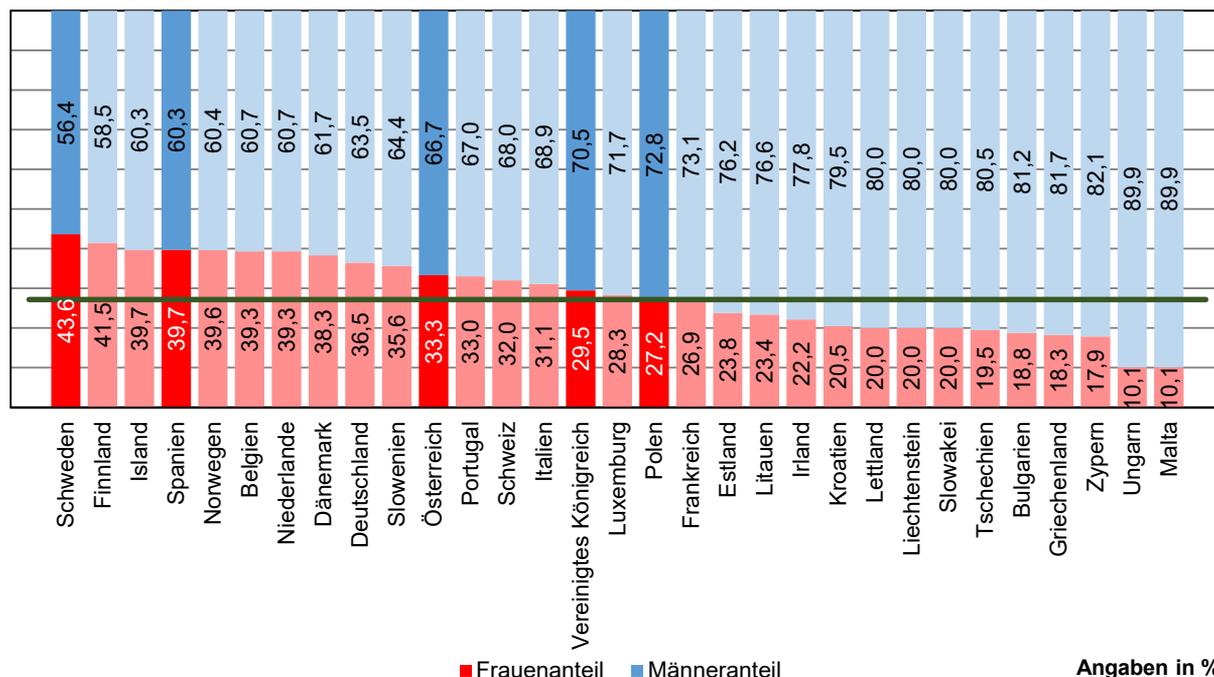
Quelle: <https://www.parlament.gv.at/WWER/BR/AKT/index.shtml>; abgerufen am 12.02.2018

Ein internationaler Vergleich des Europarates bezieht sich für das Jahr 2016 auf die erste oder einzige Kammer in den nationalen Parlamenten. Diese wird als Unterhaus bezeichnet. Für Österreich entspricht dies dem Nationalrat. In dieser Darstellung (Abbildung 5) hat wiederum das schwedische Parlament mit 43,6 % den höchsten Frauenanteil im erfassten EWR-Raum.

Auch Spanien (39,7 %) und Österreich (33,3 %) liegen zu diesem Zeitpunkt deutlich über dem EWR-Schnitt (27,1 %). Etwa im Durchschnitt liegen das Vereinigte Königreich und Polen.

Abgesehen von einigen Ausreißern, wie zum Beispiel Spanien, ist ein deutliches Gefälle von Nord-West nach Süd-Ost feststellbar. Die fünf Länder mit dem höchsten Frauenanteil im nationalen Parlament sind Schweden, Finnland, Island, Norwegen und der Ausreißer Spanien, die fünf Länder mit dem niedrigsten Anteil sind Malta, Ungarn, Zypern, Griechenland und Bulgarien.

Abbildung 5: Abgeordnete der nationalen Parlamente in EWR-Staaten⁴² 2016



Quelle: Gender Equality Commission (2017: 33f.)

Anm.: Nationalrat oder vergleichbare Kammern in den Parlamenten (Unterhaus)

Mittelwert: Frauenanteil: 27,1 % / Männeranteil: 72,9 %

Betrachtet man die Entwicklung des Frauenanteils in den nationalen Parlamenten der fünf Vergleichsländer im Rahmen einer Zeitreihenanalyse seit dem Jahr 2000 (Tabelle 3), erweist sich wiederum Schweden durchgängig als das Land mit den höchsten Frauenanteilen. Im nationalen Parlament bzw. Unterhaus liegen sie im gesamten Vergleichszeitraum über 40 %, in den übrigen Ländern durchgängig darunter. In Spanien und dem Vereinigten Königreich ist die Frauenquote seit dem Jahr 2000 um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen, in Polen sogar um 15 Prozentpunkte. In diesen drei Ländern zeigt die Einführung der parteiinternen bzw. in Spanien sowie Polen später verpflichtenden Frauenquoten (vgl. Kapitel 2.2.7 und 2.2.8) deutliche reale Auswirkungen auf den Frauenanteil im Parlament. Allerdings hatte Polen unter den fünf Ländern den niedrigsten Ausgangswert und liegt trotz der höchsten Steigerung immer noch

⁴² Die Schweiz ist hier ebenso enthalten, obwohl sie weder EU- noch EWR-Mitglied ist. Sie ist aber durch eine Reihe von bilateralen Verträgen mit der EU verbunden, weshalb Schweizer Staatsangehörige in vielen Bereichen EU-Bürger/innen gleichgestellt sind.

an letzter Stelle. In Österreich ist die Entwicklung in die Richtung zu mehr Geschlechterausgewogenheit im Parlament mit einer Steigerung um 7,6 Prozentpunkte vergleichsweise eher gering ausgeprägt.

Im Gegensatz zum Unterhaus gab es im polnischen Oberhaus (Österreich: Bundesrat) in den letzten zwei Jahrzehnten kaum eine Steigerung des Frauenanteils. Mit nur 14,0 % liegt er immer noch deutlich hinter den anderen Ländern. In Österreich und im Vereinigten Königreich sind die Frauenquoten um jeweils rund 10 Prozentpunkte gestiegen, in Spanien sogar um rund 15 Prozentpunkte, und dies, obwohl Spanien im Jahr 2000 den höchsten Ausgangswert hatte. Damit führt Spanien beim Frauenanteil in diesem Vergleich. Da es in Schweden kein Oberhaus gibt, lassen sich hierfür auch keine Zeitreihen bilden.

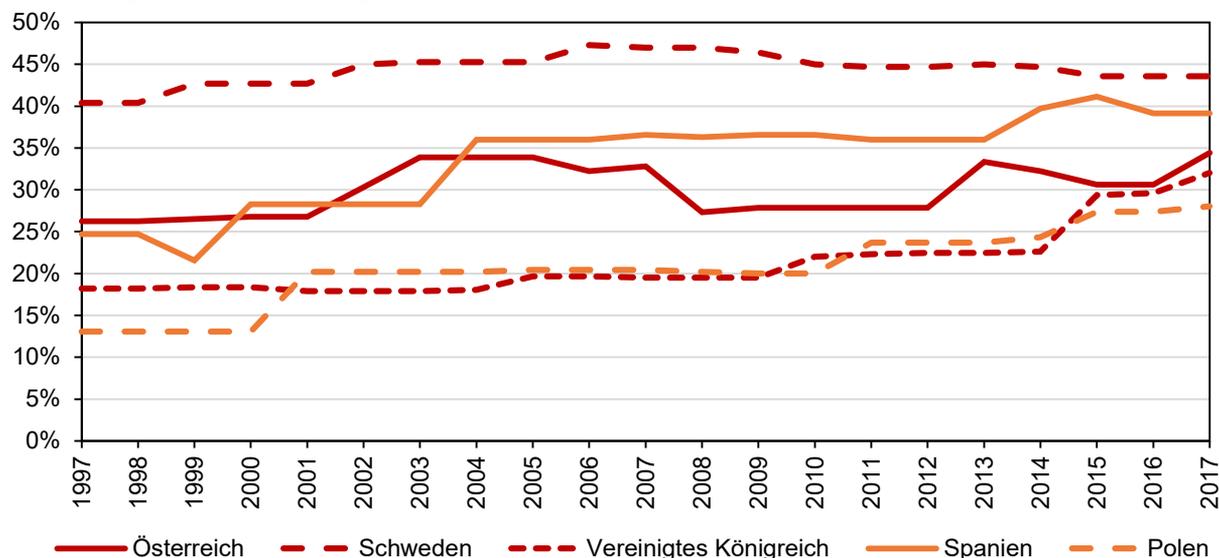
Tabelle 3: Parlamentsabgeordnete in AT/SE/UK/ES/PL seit 2000

		Frauenanteil in %				
		2000	2005	2010	2015	2017
Unterhaus	Österreich	26,8	33,9	27,9	30,6	34,4
	Schweden	42,7	45,3	45,0	43,6	43,6
	Vereinigtes Königreich	18,4	19,7	22,0	29,4	32,0
	Spanien	28,3	36,0	36,6	41,1	39,1
	Polen	13,0	20,4	20,0	27,4	28,0
Oberhaus	Österreich	20,3	27,4	29,5	29,5	31,1
	Schweden	-	-	-	-	-
	Vereinigtes Königreich	15,6	17,5	20,1	24,6	25,7
	Spanien	22,8	23,2	30,8	33,8	38,0
	Polen	11,0	13,0	8,0	13,0	14,0

Quelle: <http://archive.ipu.org/wmn-e/classif.htm>; abgerufen am 22.01.2018

Anm.: Der österreichische Nationalrat wird internationalen Darstellungen dem Unterhaus zugeordnet, der österreichische Bundesrat dem Oberhaus; das schwedische Parlament besteht nur aus einer Kammer

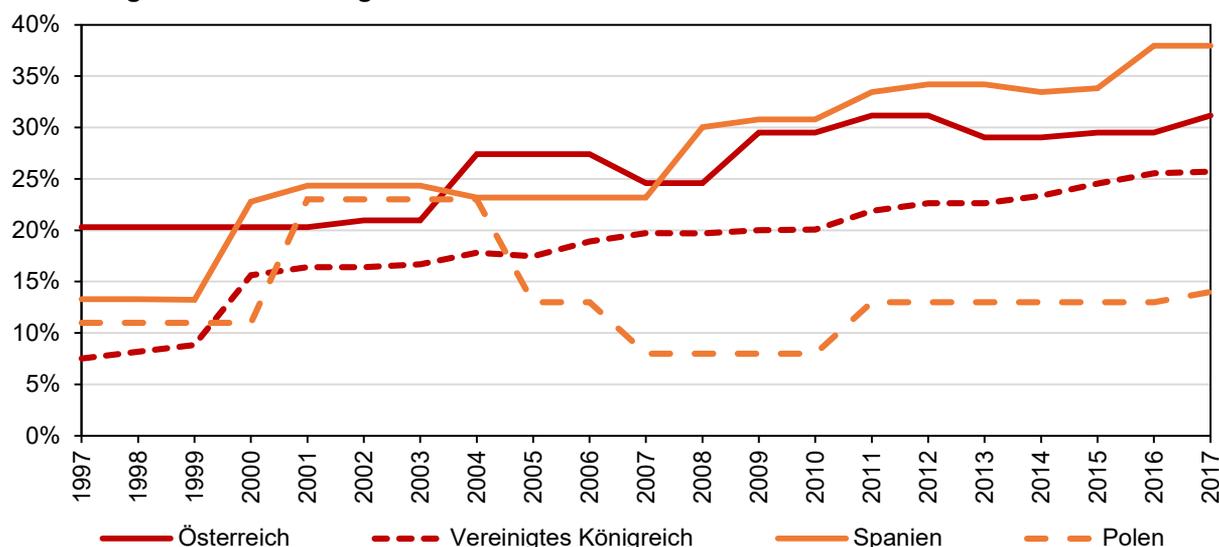
Abbildung 6: Parlamentsabgeordnete im Unterhaus in AT/SE/UK/ES/PL zu Jahresende seit 1997



Quelle: <http://archive.ipu.org/wmn-e/classif.htm>; abgerufen am 22.01.2018

Anm.: Nationalrat (in Österreich) oder vergleichbare Kammern in den Parlamenten (Unterhaus)

Abbildung 7: Parlamentsabgeordnete im Oberhaus in AT/UK/ES/PL zu Jahresende seit 1997



Quelle: <http://archive.ipu.org/wmn-e/classif.htm>; abgerufen am 22.01.2018

Anm.: Bundesrat (in Österreich) oder vergleichbare Kammern in den Parlamenten (Oberhaus)

3.2 Regionale Ebene

Auf regionaler Ebene werden im Folgenden Analysen zu dem Geschlechterverhältnis in den Bundesländern (bzw. vergleichbare Gebietskörperschaften in anderen Staaten) durchgeführt. Auch hier werden die Regierung und die legislativen Organe differenziert betrachtet. Für die leichtere Verständlichkeit werden für alle Staaten die in Österreich üblichen Bezeichnungen „Landesregierung“ und „Landtag“ verwendet, auch wenn in den anderen Staaten andere Bezeichnungen für die vergleichbaren Einrichtungen gebräuchlich sind.

3.2.1 Landesregierungen

In den Landesregierungen der österreichischen Bundesländer gab es lange Zeit keine Landesrätinnen. So waren beispielsweise im Jahr 1984 in keiner Landesregierung (mit Ausnahme von Wien und Niederösterreich) Frauen vertreten. Ein weitgehend ausgewogenes Geschlechterverhältnis gibt es aktuell in Kärnten, Niederösterreich und Tirol. In Wien gibt es dieses bei den amtsführenden Stadträt/innen⁴³ (Anfang 2018 waren es inkl. Bürgermeister jeweils 4 Frauen und 4 Männer); wegen des starken männlichen Überhangs bei den nicht-amtsführenden Stadträt/innen (1 Frau und 4 Männer) ist das Gesamtgeschlechterverhältnis aber deutlich unausgeglichen.

Bei der Betrachtung der Absolutzahlen in Tabelle 4 ist die schwankende Anzahl der Regierungsgrößen zu berücksichtigen. Wird die Landesregierung größer oder kleiner, wirkt sich dies automatisch auf das Geschlechterverhältnis aus. Aufgrund der unterschiedlich großen, aber insgesamt zumeist sehr kleinen Landesregierungen (meist unter 10 Mitglieder) lassen sich die Prozentwerte nur eingeschränkt vergleichen. Auch wenn sich die absolute Anzahl der weiblichen und männlichen Regierungsmitglieder nur um eines unterscheiden (wie im Jahr 2018 in Niederösterreich (4 Frauen – 5 Männer) und Kärnten (3 Frauen – 4 Männer)), ist das relative Geschlechterverhältnis dennoch ein anderes. An der Spitze der Landesregierungen sind Frauen die Ausnahme. Derzeit gibt es nur in Niederösterreich eine Landeshauptfrau (seit 2017), davor gab es nur jeweils eine in der Steiermark (1996 bis 2005) und eine in Salzburg (2004 bis 2013).

⁴³ Da Wien zugleich Stadtgemeinde und Bundesland ist, ergibt sich eine Sonderstellung. Stadt- und Landesregierung sind personell ident. Durch die Stellung als Stadt ergibt sich die rechtliche Notwendigkeit von nicht-amtsführenden Stadträt/innen. Diese gelten als Teil der Regierung, haben aber kein inhaltliches Ressort.

Tabelle 4: Regierungsmitglieder der Landesregierungen in Österreich, 1984 bis 2018

	1984		1994		2007		2018	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	Anzahl absolut							
Burgenland	0	7	1	7	2	5	2	5
Kärnten	0	7	2	7	1	6	3	4
Niederösterreich	2	9	2	9	4	5	4	5
Oberösterreich	0	6	1	9	1	8	2	7
Salzburg	0	7	0	7	3	4	2	5
Steiermark	0	9	2	9	2	7	3	5
Tirol	0	8	2	8	2	7	4	4
Vorarlberg	0	7	1	7	1	6	2	5
Wien	3	15	4	15	7	7	5	8
Landesreg. ges.	5	75	15	78	23	55	27	48
	Anteil in %							
Burgenland	0,0	100,0	12,5	87,5	28,6	71,4	28,6	71,4
Kärnten	0,0	100,0	22,2	77,8	14,3	85,7	42,9	57,1
Niederösterreich	18,2	81,8	18,2	81,8	44,4	55,6	44,4	55,6
Oberösterreich	0,0	100,0	10,0	90,0	11,1	88,9	22,2	77,8
Salzburg	0,0	100,0	0,0	100,0	42,9	57,1	28,6	71,4
Steiermark	0,0	100,0	18,2	81,8	22,2	77,8	37,5	62,5
Tirol	0,0	100,0	20,0	80,0	22,2	77,8	50,0	50,0
Vorarlberg	0,0	100,0	12,5	87,5	14,3	85,7	28,6	71,4
Wien	16,7	83,3	21,1	78,9	50,0	50,0	38,5	61,5
Landesreg. ges.	6,3	93,8	16,1	83,9	29,5	70,5	36,0	64,0

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (2017: 46)

<https://www.burgenland.at/land-politik-verwaltung/politik-verwaltung/landesregierung/>; abgerufen am 12.02.2018

<https://www.ktn.gv.at/Politik/Landesregierung/>; abgerufen am 09.07.2018

<http://www.noel.gv.at/noel/Landesregierung/Landesregierung.html>; abgerufen am 27.03.2018

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/12160.htm>; abgerufen am 12.02.2018

<https://www.salzburg.gv.at/pol/landesregierung/>; abgerufen am 09.07.2018

<http://www.politik.steiermark.at/>; abgerufen am 12.02.2018

<https://www.tirol.gv.at/regierung/>; abgerufen am 09.07.2018

http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/land_politik/land_politik.htm; abgerufen am 12.02.2018

<https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/koerperschaft/land/landesregierung.html>; abgerufen am 12.02.2018

Anm.: Für Wien werden auch die nicht-amtsführenden Stadträt/innen miteinbezogen.

Im Ländervergleich liegt Schweden auch auf regionaler Ebene beim Frauenanteil im Spitzenfeld. Wie Tabelle 5 und Abbildung 8 veranschaulichen, weist Schweden in den vergangenen 15 Jahren fast durchgängig eine Frauenquote in den Landesregierungen von knapp unter 50 % auf. Durch den hohen Ausgangswert am Beginn der Untersuchungsperiode besteht weniger Steigerungspotenzial als bei den übrigen Ländern. Deutliche Steigerungen des Frauenanteils gab es hingegen im Vereinigten Königreich und in Polen. Im Jahr 2006 war der Frauenanteil in den Landesregierungen des Vereinigten Königreichs mit 16,7 % nur etwa halb so

groß wie in Österreich. Mittlerweile liegt das Vereinigte Königreich aber bereits deutlich über Österreich (um 7,8 Prozentpunkte). Auch Spanien, das im Jahr 2003 noch unter dem Österreichniveau lag, hat nun eine etwas höhere Frauenquote. Die eher geringen Steigerungsraten haben Österreich in diesem Ranking etwas abrutschen lassen. Polen konnte die Frauenquote von 2005 auf 2015 um über 10 Prozentpunkte steigern, allerdings liegt Polen aktuell mit 21,3 % immer noch deutlich hinter den anderen vier Ländern.

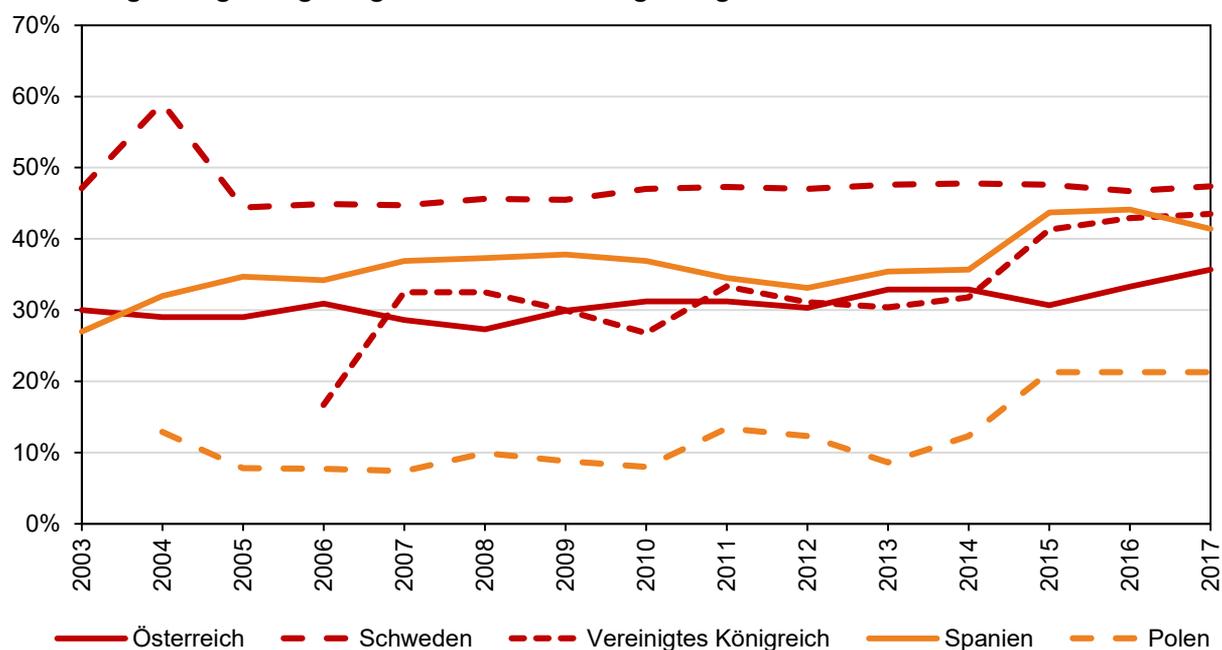
Tabelle 5: Regierungsmitglieder der Landesregierungen in AT/SE/UK/ES/PL seit 2005

	Frauenanteil in %			
	2005	2010	2015	2017
Österreich	29,0	31,2	30,7	35,7
Schweden	44,4	47,0	47,6	47,4
Vereinigtes Königreich	16,7 *	26,8	41,3	43,5
Spanien	34,7	36,9	43,7	41,4
Polen	7,8	8,0	21,3	21,3

Quelle: http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_gov_wmid_regall_exec/bar/table; abgerufen am 26.02.2018

Anm.: * Wert für das Jahr 2006

Abbildung 8: Regierungsmitglieder der Landesregierungen in AT/SE/UK/ES/PL seit 2003



Quelle: http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_gov_wmid_regall_exec/bar/table; abgerufen am 26.02.2018

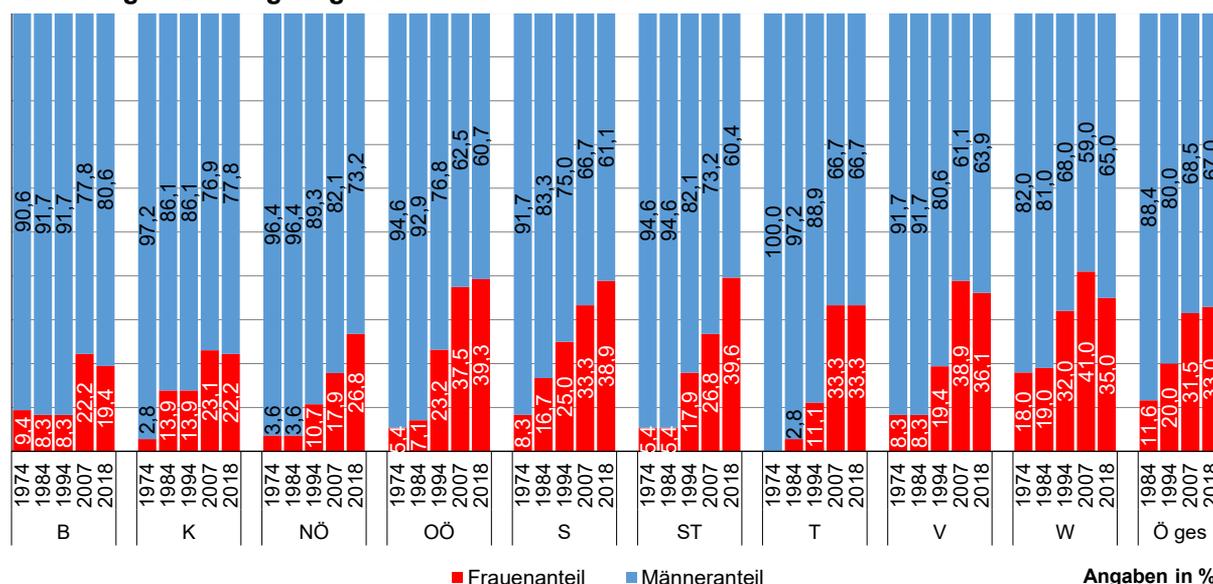
3.2.2 Landtage

Der Frauenanteil in den österreichischen Landtagen unterscheidet sich zwischen den Bundesländern über den gesamten Zeitraum von 1974 bis heute sehr deutlich. Mitte der 1970er und 1980er-Jahre lag die Frauenquote unter den Abgeordneten in vielen Bundesländern weit unter 10 %. Der Tiroler Landtag bestand 1974 sogar noch ausschließlich aus Männern. Nur in Wien war bereits in den 1970er Jahren rund ein Fünftel der Abgeordneten weiblich. Bis zum Jahr

2007 hat sich der Frauenanteil in allen Bundesländern deutlich erhöht, allerdings sind seither teilweise wieder leichte Rückgänge zu beobachten (im Burgenland, in Kärnten, Vorarlberg und Wien).

Mit jeweils rund 40 % am höchsten sind aktuell die Anteile in Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark. Vorarlberg und Wien sind wieder etwas abgerutscht. Die 40 %-Marke scheint somit derzeit eine Barrieregrenze für den Frauenanteil in Landtagen darzustellen. Der Aufwärtstrend ist allerdings auch in Bundesländern mit sehr niedrigen Frauenanteilen wie zum Beispiel im Burgenland oder Kärnten in den letzten zehn Jahren gestoppt bzw. sogar leicht rückläufig.

Abbildung 9: Landtagsabgeordnete in Österreich seit 1974



Quelle: Bundesministerin für Frauenangelegenheiten/Bundeskanzleramt (1995: 636)

Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt (1985: Heft 5, 43ff.)

<http://www.bgld-landtag.at/>; abgerufen am 12.02.2018

https://www.ktn.gv.at/280711_DE-Landtag-Politisches; abgerufen am 09.07.2018

<http://www.landtag-noe.at/>; abgerufen am 09.07.2018

<http://www.ooe-landtag.at/der-landtag.html>; abgerufen am 12.02.2018

<https://www.salzburg.gv.at/pol/landtag/lt-klubs>; abgerufen am 09.07.2018

<http://www.landtag.steiermark.at/>; abgerufen am 12.02.2018

<https://www.tirol.gv.at/landtag/>; abgerufen am 09.07.2018

<http://www.vorarlberg.at/landtag/landtag/>; abgerufen am 12.02.2018

<https://www.wien.gv.at/politik/landtag/zusammensetzung.html>; abgerufen am 12.02.2018

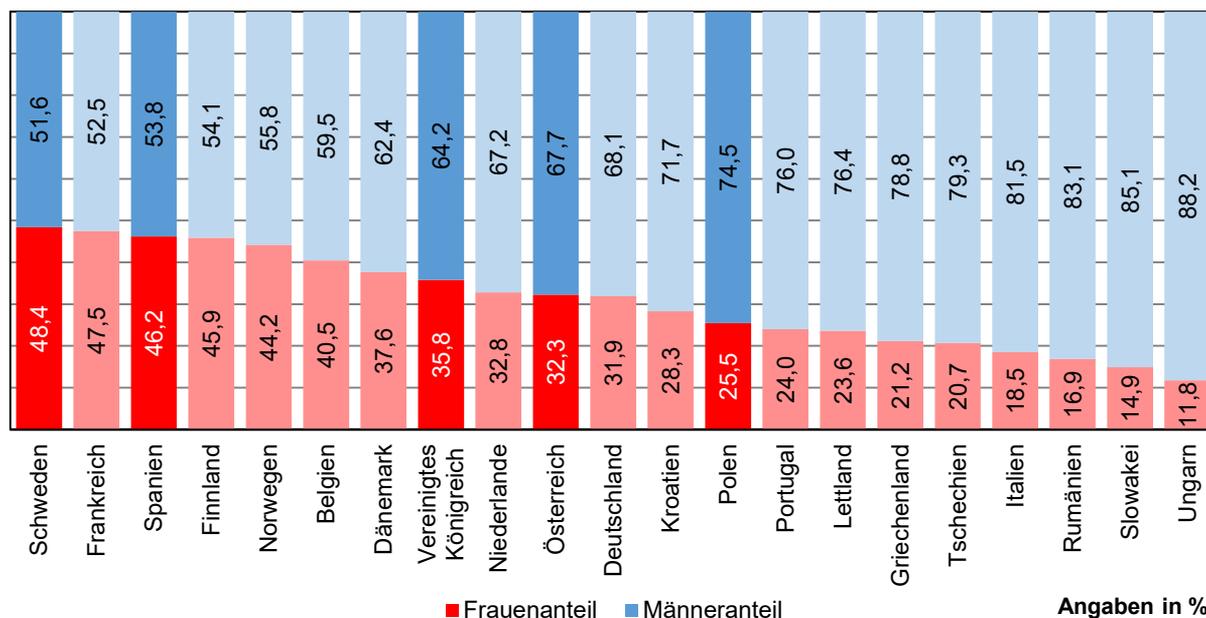
Anm.: Für Österreich gesamt sind die Werte erst seit 1984 verfügbar.

Wie auf den anderen politischen Ebenen liegt Schweden zudem bei den weiblichen Landtagsabgeordneten an der europäischen Spitze (Abbildung 10). Auch hier ist etwa die Hälfte der Abgeordneten weiblich. Dieser beinahe 50 %-Anteil besteht schon seit vielen Jahren.

Das bereits 2003 fast ausgeglichene Geschlechterverhältnis in Schweden (Abbildung 11) trägt zur geringen Veränderung des Frauenanteils in diesem Land über die vergangenen Jahre zentral bei. In Spanien fand ein starker Anstieg der Frauenquote im Jahr 2004 statt und seither gab es weitere deutliche Steigerungsraten, wodurch nun fast das schwedische Niveau erreicht ist. Im Vereinigten Königreich stieg die Frauenquote im Jahr 2007 um über 10 Prozentpunkte an, seither waren die Zuwächse hingegen recht gering. Diese Entwicklungen führten dazu,

dass Österreich mit seinen sehr geringen Steigerungsraten deutlich hinter Spanien und knapp hinter das Vereinigte Königreich zurückgefallen ist. Dies bedeutet, dass Österreich beim absoluten Frauenanteil zwar nicht schlechter geworden ist, sich aber in den letzten zwei Jahrzehnten langsamer entwickelt hat als andere Länder. In Polen gab es von allen betrachteten EWR-Ländern den höchsten Aufholbedarf und bis zum Jahr 2012 auch merkliche Steigerungen der Frauenquote. Seither ist dieser Aufwärtstrend allerdings weitgehend zum Stillstand gekommen.

Abbildung 10: Landtagsabgeordnete in EWR-Staaten 2017



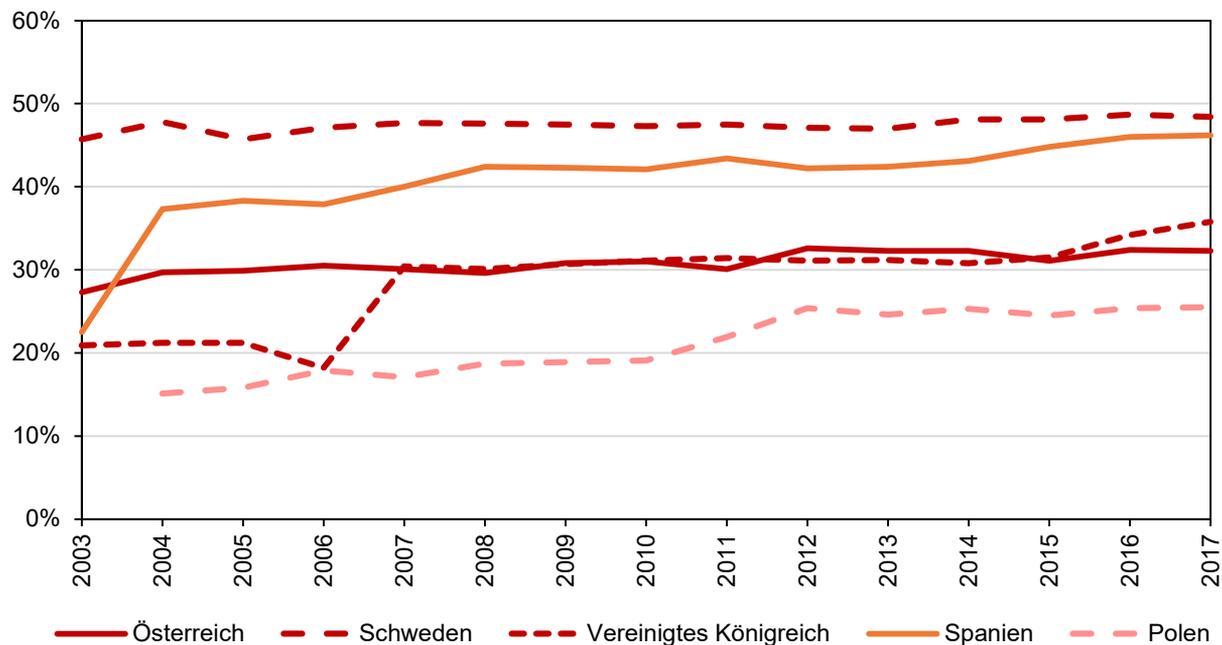
Quelle: http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_gov_wmid_regall_exec/bar/table; abgerufen am 26.02.2018

Tabelle 6: Landtagsabgeordnete in AT/SE/UK/ES/PL seit 2005

	Frauenanteil in %			
	2005	2010	2015	2017
Österreich	29,9	31,0	31,1	32,3
Schweden	45,7	47,3	48,1	48,4
Vereinigtes Königreich	21,2	31,1	31,5	35,8
Spanien	38,3	42,1	44,8	46,2
Polen	15,8	19,1	24,5	25,5

Quelle: http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_gov_wmid_regall_exec/bar/table; abgerufen am 26.02.2018

Abbildung 11: Landtagsabgeordnete in AT/SE/UK/ES/PL seit 2003



Quelle: http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_gov_wmid_regall_exec/bar/table; abgerufen am 26.02.2018

3.3 Kommunale Ebene

Auf der kommunalen Ebene wird im Rahmen dieser Studie der Frauenanteil unter den Bürgermeister/innen sowie in den Gemeindevorständen und Gemeinderäten analysiert. Detaillierte Untersuchungen zu den Gemeinden gibt es in Österreich bisher kaum. Zentrale, systematische Aufzeichnungen sind nur für einige Bundesländer zu finden und auch auf Nachfrage nicht immer erhältlich. Die Stichtage der Erfassung für die Mitglieder im Gemeindevorstand (Tabelle 9) und im Gemeinderat (Tabelle 10) sind daher unterschiedlich, sie liegen aber meist (außer im Burgenland) unmittelbar nach den letzten landesweiten Gemeinderatswahlen. Allerdings können vereinzelt manche Städte und Gemeinden auch zu einem späteren Zeitpunkt gewählt haben.

Beim Bundesländervergleich nimmt Wien eine Sonderstellung ein, da Wien Bundesland und gleichzeitig Stadtgemeinde ist. Der Frauenanteil unter den Bürgermeister/innen kann in Wien somit grundsätzlich nur 0 % oder 100 % betragen. Auch bei den Mitgliedern im Gemeinderat und im Gemeindevorstand (Stadtregierung) ist der Vergleich problematisch, da eine Einzelstadt (Wien) mit dem Durchschnitt aller Gemeinden eines Bundeslandes verglichen wird. Dass die politischen Stadtorgane in Wien gleichzeitig auch die Landesorgane sind, verzerrt das Bild ebenfalls etwas.

3.3.1 Bürgermeister/innen

Die Zahlen zu den Bürgermeister/innen lassen sich nicht direkt mit jenen zu den Institutionen auf nationaler Ebene oder auf Landesebene vergleichen. Hier wird nur die Gemeindegipfel erfasst, nicht aber alle Mitglieder des Gemeindevorstandes oder des Gemeinderates. Dass hier nur die Spitzenfunktion betrachtet wird, trägt dazu bei, dass der Frauenanteil unter Bürgermeister/innen in fast allen Staaten niedriger ist als jener bei den Regierungsmitgliedern und

den Abgeordneten auf nationaler und auf Bundesländerebene, da Frauen in Spitzenpositionen generell seltener vertreten sind als Männer.

Bürgermeisterinnen sind in Österreich extrem rar, im Jahr 1999 gab es nur 45 (bei damals insgesamt 2.346 Gemeinden). Dies entspricht einem Anteil von 1,9 %. Im März 2018 gab es in Österreich 161 Bürgermeisterinnen (bei insgesamt 2.098 Gemeinden). Dies entspricht einem Anteil von 7,7 %. Den höchsten Frauenanteil gibt es derzeit in Niederösterreich (11,0 %), den niedrigsten (ohne Wien) in Salzburg (4,2 %). Der Anstieg verläuft auf der kommunalen Ebene sehr langsam. Im Burgenland, in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg werden die Bürgermeister/innen direkt von der Bevölkerung gewählt, in Niederösterreich, der Steiermark und Wien vom Gemeinderat. Einflüsse auf den Frauenanteil scheinen diese Unterschiede nicht zu haben.

Tabelle 7: Bürgermeister/innen in Österreich seit 1999

	Frauenanteil in %							
	1999	2004	2010	2014	2015	2016	2017	2018
Burgenland	1,8	3,5	3,5	4,1	4,1	5,3	7,0	7,0
Kärnten	1,6	3,0	2,3	2,3	5,3	6,1	6,1	6,1
Niederösterreich	2,8	3,5	7,3	7,7	9,8	11,0	11,2	11,0
Oberösterreich	1,8	2,5	6,3	6,5	7,7	6,8	6,8	6,8
Salzburg	0,0	2,5	3,4	2,5	2,5	3,4	4,2	4,2
Steiermark	2,4	2,2	5,0	5,4	5,6	5,9	5,9	6,6
Tirol	0,7	0,7	2,9	3,9	3,9	5,7	6,1	6,1
Vorarlberg	1,0	1,0	2,1	6,3	7,3	7,3	7,3	7,3
Wien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Österreich gesamt	1,9	2,5	5,1	5,6	6,7	7,3	7,6	7,7

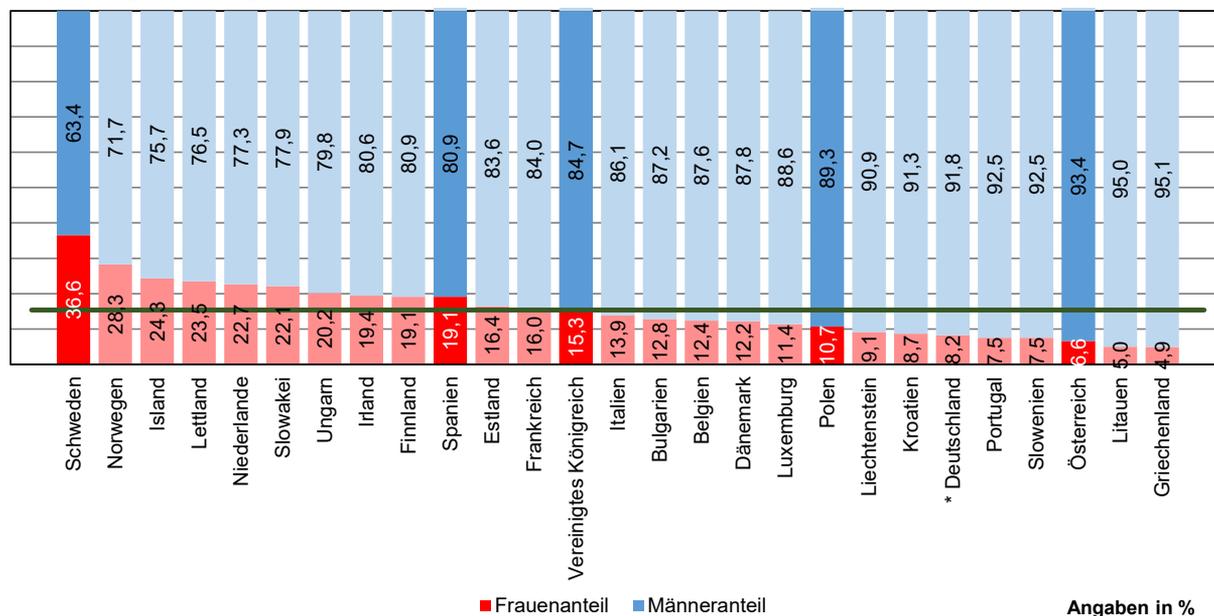
Quelle: <http://gemeindebund.at/unsere-buergermeister-innen/>; abgerufen am 02.03.2018

Etwas höher liegt der Anteil beim Vize-Bürgermeisteramt. So sind laut einer Berechnung des Gemeindebundes rund 16 % der Vize-Bürgermeister/innen Frauen. In Tirol liegt dieser Anteil bei 9 %, in Kärnten bei 14 %, im Burgenland bei 15 %, in Niederösterreich, Salzburg und der Steiermark bei jeweils 16 %, in Vorarlberg bei 20 % und in Oberösterreich bei 22 %. Aufgrund der unregelmäßigen Erfassung beruhen diese Daten laut Gemeindebund auf einer nicht vollständigen Datenbasis (Kommunalnet⁴⁴).

Im europäischen Vergleich (Abbildung 12) liegt Österreich beim Anteil weiblicher Bürgermeister/innen beinahe am Ende des Rankings und somit deutlich unter dem EWR-Schnitt von 15,3 % (im Jahr 2016). Auch Polen liegt 2016 unter dem europäischen Durchschnitt, jedoch hier weit vor Österreich. Schweden ist mit rund 37 % auch auf kommunaler Ebene bei den Bürgermeisterinnen europäischer Spitzenreiter. Auch Spanien liegt beim Bürgermeisterinnenanteil etwas über dem europäischen Durchschnitt, das Vereinigte Königreich liegt genau im Schnitt. Eindeutige geografische Tendenzen (z. B. zwischen Nord- und Südeuropa) sind hier nicht vorhanden.

⁴⁴ <https://www.kommunalnet.at/news/einzelansicht/eine-woche-im-zeichen-des-ermutigens/news/detail.html>; abgerufen am 05.03.2018

Abbildung 12: Bürgermeister/innen in EWR-Staaten 2016



Quelle: Gender Equality Commission (2017: 51)

<http://gemeindebund.at/zu-wenige-ortschefinnen-in-oesterreich/>; abgerufen am 02.03.2018

Anm.: * Der Wert für Deutschland stammt aus dem Jahr 2017

Mittelwert: Frauenanteil: 15,3 % / Männeranteil: 84,7 %

Zur internationalen Entwicklung im Zeitverlauf liegen nur sehr wenige Daten vor (Tabelle 8). Für Polen lassen sich gar keine Zeitreihen abbilden, für das Vereinigte Königreich erst ab dem Jahr 2008. In Österreich, Schweden und Spanien haben sich die Frauenanteile an den Gemeindegipfeln seit dem Jahr 2005 kaum verändert. Allerdings hatte Schweden zwischenzeitlich einen Einbruch bei der Frauenquote. Soweit Daten für diese fünf Länder vorliegen, befindet sich Österreich immer am Ende und Schweden immer an der Spitze der Rangreihenfolge. Die Reihung der Länder ist somit seit längerer Zeit konstant.

Tabelle 8: Bürgermeister/innen in AT/SE/UK/ES/PL seit 2005

	Frauenanteil in %		
	2005	2008	2016
Österreich	2,0	3,9	6,6
Schweden	32,1	26,9	36,6
Vereinigtes Königreich	k.A.	8,3	15,3
Spanien	12,5	14,9	19,1
Polen	k.A.	k.A.	10,7

Quelle: Gender Equality Commission (2017: 51)

Bürgermeister/innen können auf anderen Ebenen weitere politische Funktionen innehaben. So gab es im österreichischen Nationalrat zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode am 9. November 2017 vier Bürgermeisterinnen und zwölf Bürgermeister (Österreichischer Gemeindebund⁴⁵). Auch in den Landtagen sind einige Abgeordnete gleichzeitig Bürgermeister/innen.

⁴⁵ <http://gemeindebund.at/17-buergermeisterinnen-im-nationalrat/>; abgerufen am 13.03.2018

3.3.2 Gemeindevorstände

Der Gemeindevorstand (bzw. Stadtrat oder Stadtsenat) lässt sich eher mit der Landes- oder der Bundesregierung vergleichen, da hier nicht nur die Spitzenfunktion betrachtet wird, wie es beim Bürgermeisteramt der Fall ist. Bis auf Niederösterreich und Vorarlberg sind Bürgermeister/innen in Österreich allerdings auch automatisch Mitglied des Gemeindevorstands.

Auf Bundesländerebene zentral zusammengestellte Daten zu den Gemeindevorständen sind nur zum Teil vorhanden. Für einige Bundesländer müssen daher die Homepages der Gemeinden als Quelle herangezogen werden. Die Darstellungen hierbei sind je nach Gemeinde unterschiedlich. Für einzelne Gemeinden in Salzburg sind keine Informationen zum Gemeindevorstand auffindbar (Diese Lücken sind aber sehr selten).

Die Daten in Tabelle 9 umfassen alle Mitglieder der Gemeindevorstände (inkl. Bürgermeister/innen und Vize-Bürgermeister/innen falls diese im Gemeindevorstand vertreten sind). Für das Burgenland liegen nur Prozentdaten ohne Bürgermeister/innen und Vize-Bürgermeister/innen für das Jahr 2016, also vor den letzten Gemeinderatswahlen, vor (Frauenanteil 22 %). Für das Jahr 2016 gibt es auch Prozentwerte zu den Bürgermeister/innen (Frauenanteil 4 %) und Vize-Bürgermeister/innen (Frauenanteil 16 %) im Burgenland (Bezirksblätter⁴⁶). Anhand dieser Daten wurden für das Burgenland (und in Folge teilweise auch für Österreich) die Frauen- und Männeranteile im Gemeinderat inkl. Bürgermeister/innen und Vize-Bürgermeister/innen geschätzt.

⁴⁶ <https://www.meinbezirk.at/eisenstadt/politik/mehr-frauen-fuer-die-politik-gewinnen-d1914442.html>; abgerufen am 02.03.2018)

Tabelle 9: Gemeindevorstandsmitglieder in Österreich nach Bundesland (aktuellste Daten)

	Bezugs-jahr	Anteil in %	
		Frauen	Männer
Burgenland	2016	17,7	82,3
Kärnten	2018	14,3	85,7
Niederösterreich	2018	18,9	81,1
Oberösterreich	2018	16,9	83,1
Salzburg	2018	18,0	82,0
Steiermark	2018	12,9	87,1
Tirol	2016	12,8	87,2
Vorarlberg	2018	18,2	81,8
Wien	2018	38,5	61,5
Österreich ges.	2016/18	16,7	83,3

Quelle: <https://www.meinbezirk.at/eisenstadt/politik/mehr-frauen-fuer-die-politik-gewinnen-d1914442.html>; abgerufen am 02.03.2018

Homepages der Gemeinden in Kärnten; abgerufen am 21.03.2018

Auskunft Land Niederösterreich vom 05.04.2018

Auskunft Land Oberösterreich vom 14.03.2018

Homepages der Gemeinden in Salzburg; abgerufen am 21.03.2018

Auskunft Land Steiermark vom 21.03.2018; <https://www.graz.at/cms/ziel/7765844/DE/>; abgerufen am 21.03.2018

Auskunft Land Tirol vom 14.03.2018

Auskunft Land Vorarlberg vom 20.03.2018; Homepages der Gemeinden in Vorarlberg; abgerufen am 20.03.2018

<https://www.wien.gv.at/>; abgerufen am 12.02.2018

Anm.: Bei Salzburg sind zu 3 von 119 Gemeinden keine Angaben verfügbar.

Im März 2018 liegt der durchschnittliche Frauenanteil in den Gemeindevorständen (inkl. Bürgermeister/innen und Vize-Bürgermeister/innen) bei rund 13 % bis 19 %. Dies ist zwar deutlich mehr als bei den Bürgermeister/innen und etwa auf dem Niveau der Vize-Bürgermeister/innen, im Vergleich zur Bundesländerebene sind diese Anteile aber eher gering. Im Wiener Stadtrat liegt der Frauenanteil im Jahr 2018 bei 38,5 %, da dieser aber gleichzeitig die Landesregierung darstellt, können die Wien-Werte nur eingeschränkt mit jenen der anderen Bundesländer verglichen werden (Stadt Wien⁴⁷).

Internationale Vergleiche lassen sich wegen der schlechten Datenlage bei den Gemeindevorständen nicht ziehen.

3.3.3 Gemeinderäte

Quantitativ am bedeutendsten sind in Österreich die Gemeinderäte. 2017 gab es in Österreich 39.638 Mandatar/innen in den Gemeinderäten (European Institute for Gender Equality⁴⁸). Die Größe der Gemeinderäte hängt ähnlich wie bei den Gemeindevorständen von der Zahl der

⁴⁷ <https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/koerperschaft/land/landesregierung.html>; abgerufen am 12.02.2018

⁴⁸ http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl__wmid_locpol; abgerufen am 19.03.2018

Einwohner/innen ab. Daher schwankt deren Anzahl im Laufe der Zeit recht deutlich. Da für die Darstellung auf Bundesländerebene wegen der schlechten Datenlage unterschiedliche Stich-tage herangezogen werden müssen, weicht in Tabelle 10 die Anzahl der Männer und Frauen in der Österreich-Zeile von der Summe der Bundesländer ab. Diese Abweichungen erklären sich aus der Änderung der Größe der einzelnen Gemeinderäte.

Bei den Gemeinderäten ist die Datenlage in Österreich ähnlich schwierig wie bei den Gemeindevorständen. Vollständige, zentral gesammelte und aktuelle Aufzeichnungen sind nicht immer vorhanden. Zum Teil gibt es nur gerundete Prozentwerte zum Anteil der Frauen und Männer (im Burgenland) und eine Absolutzahl der Gemeinderät/innen insgesamt. Die Berechnung der Anzahl der weiblichen und männlichen Mitglieder erfolgt im Burgenland somit auf Basis der gerundeten Anteile. Die Burgenlanddaten stammen aus dem Jahr 2016 und liegen somit vor den letzten Gemeinderatswahlen 2017. Aktuelle Daten nach den Gemeinderatswahlen 2017 sind nur unvollständig vorhanden. 2017 waren 3.143 Gemeinderatsmandate zu vergeben. Mitte März 2018 lagen nur Angaben zu 2.775 Gemeinderäten (dies sind 88,3 % der zu vergebenden Mandate) vor. Von diesen waren 683 (bzw. 24,6 %) Frauen und 2.092 (bzw. 75,4 %) Männer (Auskunft Land Burgenland vom 16.03.2018).

Tabelle 10: Gemeinderatsmitglieder in Österreich (aktuellste Daten)

	Bezugs-jahr	Anzahl absolut		Anteil in %	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer
Burgenland	2016	792	2.254	26,0	74,0
Kärnten	2018	460	1.381	25,0	75,0
Niederösterreich	2018	2.826	8.982	23,9	76,1
Oberösterreich	2018	1.914	5.076	27,4	72,6
Salzburg	2017	433	1.683	20,5	79,5
Steiermark	2018	1.127	3.993	22,0	78,0
Tirol	2016	619	1.831	25,3	74,7
Vorarlberg	2016	427	1.379	23,6	76,4
Wien	2018	35	65	35,0	65,0
Österreich ges.	2017	9.126	30.512	23,0	77,0

Quelle: <https://www.meinbezirk.at/eisenstadt/politik/mehr-frauen-fuer-die-politik-gewinnen-d1914442.html>; abgerufen am 02.03.2018
<https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Gemeinden/BuergermeisterInnen-Mandatare>; abgerufen am 02.03.2018
 Auskunft Land Niederösterreich vom 05.04.2018
 Auskunft Land Oberösterreich vom 14.03.2018
<https://www.meinbezirk.at/salzburg-stadt/politik/warum-die-politik-so-maennlich-ist-d2000243.html?cp=Kurationsbox>; abgerufen am 02.03.2018
 Auskunft Land Steiermark vom 21.03.2018; <https://www.graz.at/cms/bei-trag/10205181/7768104/Gemeinderatsmitglieder.html>; abgerufen am 21.03.2018
 Auskunft Land Tirol vom 14.03.2018
<https://www.vorarlberg.at/pdf/vorarlberggleichstellun.pdf>; abgerufen am 02.03.2018
<http://gemeindebund.at/zu-wenige-ortschefinnen-in-oesterreich/>; abgerufen am 02.03.2018
<https://www.wien.gv.at/politik/landtag/zusammensetzung.html>; abgerufen am 12.02.2018
http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl__wmid_locpol;
 abgerufen am 19.03.2018

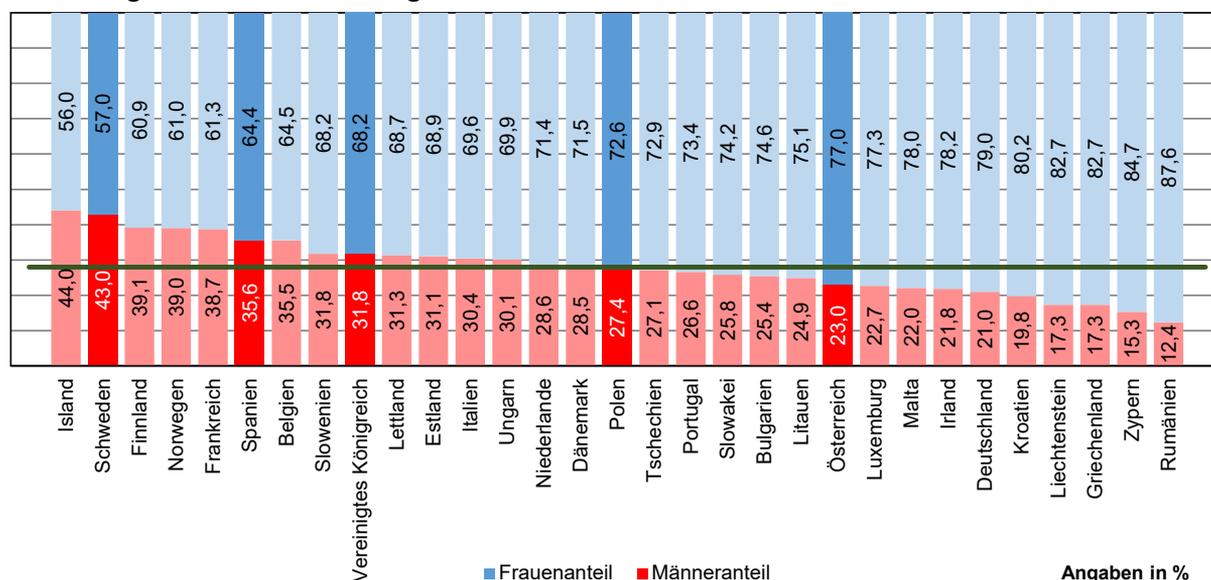
2017 gab es in Österreich 39.638 Mandatar/innen in den Gemeinderäten. Davon waren 9.126 Frauen (European Institute for Gender Equality⁴⁹). Dies entspricht einem Anteil von 23,0 %.

Außerhalb von Wien liegt die Frauenquote in den Gemeinderäten derzeit zwischen 20,5 % (Land Salzburg) und 27,4 % (Oberösterreich). Damit ist der Frauenanteil auf Gemeindeebene in den meisten Bundesländern niedriger als auf Landes- oder Bundesebene. Parallelen zur Landespolitik lassen sich nicht erkennen. So ist der Frauenanteil im Landtag in Salzburg am höchsten (vgl. Abbildung 9), in den Gemeinderäten aber am niedrigsten. Das Burgenland liegt zwar beim Frauenanteil im Landtag am unteren Ende, bei den Gemeinderäten befindet es sich aber im Spitzenfeld. Dass sich Bundesländer generell im vorderen oder hinteren Feld beim Frauenanteil befinden, lässt sich somit nicht feststellen.

Österreich liegt wie beim Frauenanteil bei Bürgermeister/innen auch bei den Gemeinderät/innen unter dem europäischen Durchschnitt und deutlich hinter Schweden und Spanien sowie knapp hinter Polen und dem Vereinigten Königreich an letzter Stelle der Vergleichsländer. Im Gegensatz zu den Anteilen der Bürgermeisterinnen befindet sich Österreich allerdings deutlich näher an der europäischen Mitte als am unteren Ende.

Der Sprung von der politischen Mitarbeit in der Gemeinde an die Gemeindespitze erfolgt bei Frauen in Österreich nur sehr selten. Der Anteil unter den Bürgermeister/innen (6,6 %) ist in Österreich im Jahr 2016 um rund 18 Prozentpunkte niedriger als bei den Mitgliedern im Gemeinderat (2017: 23,0 %). Ähnlich stark sind die Unterschiede in Spanien und Polen. Im Gegensatz dazu sind in Schweden die beiden Anteile wesentlich ähnlicher (Anteil Gemeinderätinnen: 43,0 % (2017), Anteil Bürgermeister/innen 36,6 % (2016)).

Abbildung 13: Gemeinderatsabgeordnete in EWR-Staaten 2017



Quelle: http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl__wmid_locpol; abgerufen am 05.03.2018

Anm.: Mittelwert: Frauenanteil: 28,0 % / Männeranteil: 72,0 %

⁴⁹ http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl__wmid_locpol; abgerufen am 19.03.2018

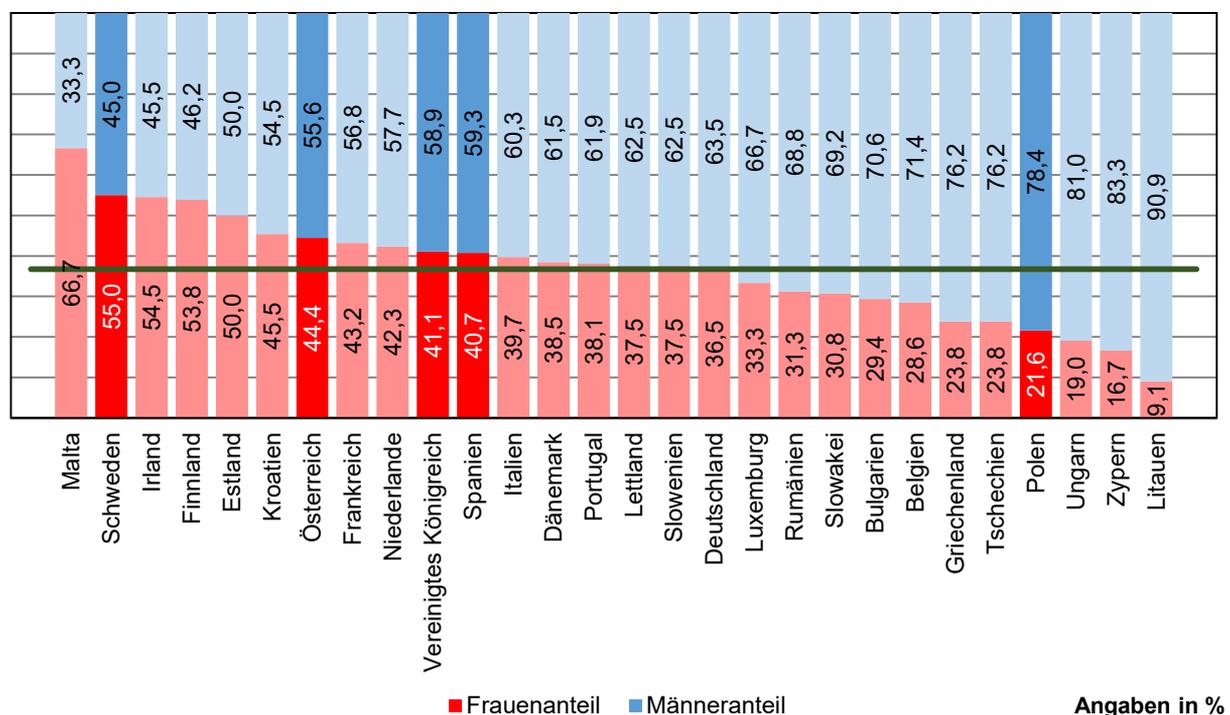
3.4 EU-Ebene

Als übernationale Einrichtung wird abschließend der Frauenanteil des EU-Parlaments betrachtet. Eine länderspezifische Auswertung der Europäischen Kommission ist hingegen nicht sinnvoll, da alle Länder je einen Kommissar bzw. eine Kommissarin stellen. Der Geschlechteranteil je Land liegt in der Kommission somit bei 0 % oder bei 100 %. Insgesamt betrachtet sind rund zwei Drittel (bzw. 19 Kommissare) männlich und ein Drittel (9 Kommissarinnen) weiblich. Die derzeitigen Kommissar/innen aus Österreich, Spanien und dem Vereinigte Königreich sind Männer, jene aus Schweden und Polen Frauen.

Im EU-Parlament (im Jahr 2014 gesamt 751 Abgeordnete) sind die Frauenanteile bei den Abgeordneten der einzelnen Staaten zum Teil deutlich höher als in den nationalen Parlamenten. Nach den Wahlen 2014 betrug der Frauenanteil unter den österreichischen Abgeordneten 44,4 %. Damit liegt Österreich (mit allerdings nur 18 Abgeordneten) über dem Gesamtschnitt von 36,8 %. Schweden (gesamt 20 Abgeordnete) hat auch hier eine der höchsten Frauenquoten, liegt allerdings im Gegensatz zu den meisten anderen betrachteten Ebenen „nur“ auf Platz zwei (hinter Malta mit allerdings nur 6 Abgeordneten).

Knapp über dem Schnitt befinden sich Spanien (gesamt 54 Abgeordnete) und das Vereinigte Königreich (gesamt 73 Abgeordnete); Polen (gesamt 51 Abgeordnete) liegt hingegen, wie auch bei den meisten anderen analysierten Einrichtungen, deutlich im unteren Bereich (Frauenanteil: 21,6 %).

Abbildung 14: EU-Parlamentsabgeordnete zu Beginn der Legislaturperiode 2014



Quelle: http://www.europarl.europa.eu/pdf/elections_results/ElectedMEPs.pdf; abgerufen am 12.02.2018

Anm.: Mittelwert: Frauenanteil: 36,8 % / Männeranteil: 63,2 %

3.5 Zusammenfassung politische Repräsentation in Zahlen

Ausgeglichene Geschlechterverhältnisse oder sogar einen leichten Frauenüberhang gibt es unter den fünf analysierten Ländern auf nationaler und auf regionaler Ebene nur in Schweden und dies bereits seit mehr als 10 Jahren. Schweden ist auf allen politischen Ebenen führend beim Frauenanteil. Das weitgehend ausgeglichene Geschlechterverhältnis trägt dazu bei, dass sich die Geschlechteranteile bei der politischen Repräsentation in den letzten Jahren stabilisiert haben und sich kaum noch verändern.

Abgesehen von der Gemeindeebene bildet Polen bei den betrachteten Staaten durchgehend das Schlusslicht mit einem Frauenanteil von jeweils 17 % bis 27 %. Polen zeigt seit der Jahrtausendwende zwar vielfach einen starken Aufholprozess beim Frauenanteil in der Politik, die niedrigen Ausgangswerte tragen zur aktuell hinteren Stellung Polens in dieser Frage aber entscheidend bei. Auch in Spanien und dem Vereinigten Königreich stiegen in den vergangenen 20 Jahren die Frauenanteile, speziell auf nationaler Ebene, an. Dies erklärt sich zum Teil durch die Einführung von Frauenquoten in den politischen Parteien (vgl. Kapitel 2.2.8). In Österreich treten die deutlichsten Steigerungen bei den Frauenquoten auf allen Ebenen von Mitte der 1980er-Jahre bis etwa zur Jahrtausendwende auf, seither stagniert diese Entwicklung.

Österreich, Spanien und das Vereinigte Königreich liegen bei der politischen Repräsentation von Frauen meist zwischen Schweden und Polen im oder knapp über bzw. unter dem europäischen Durchschnitt. Unter diesen drei Ländern hat Spanien tendenziell den höchsten Frauenanteil.

Speziell in Österreich zeigen sich starke Zusammenhänge zwischen der geografischen Ebene und dem Frauenanteil in der Politik. Je größer die geografische Einheit ist, desto höher ist der Frauenanteil, je kleinräumiger die Einheit ist, desto niedriger ist der Frauenanteil. Den höchsten Anteil findet man somit im EU-Parlament. 44,4 % der österreichischen Abgeordneten sind hier weiblich. Im österreichischen Parlament lag der Frauenanteil im Jahr 2017 im Nationalrat bei 34,4 % und im Bundesrat bei 36,7 %. Geringfügig niedriger war im Jahr 2017 der Frauenanteil in den Landtagen (insgesamt 32,2 %). Die aktuelle Bundesregierung⁵⁰ weist einen Frauenanteil (Minister/innen und Staatssekretär/innen) von 37,5 % auf, die Landesregierungen (2017) einen von 35,7 %.

Der Anstieg hat dabei auf Bundesebene etwas früher eingesetzt als auf Landesebene. Deutlich geringer fällt die Frauenquote auf Gemeindeebene aus. Hier sind aktuell nur rund 23 % der Gemeinderatsmitglieder weiblich. Bei den Bürgermeister/innen liegt der Frauenanteil in Österreich unter 10 %. Laut dem früheren Gemeindevorstandpräsidenten Mödlhammer werden politische Aktivitäten auf Gemeindeebene meist neben einer anderen Erwerbstätigkeit ausgeführt. Sie stellen somit stärker als auf anderen Ebenen eine zusätzliche zeitliche Belastung dar, was sich für Frauen in Österreich deutlich hemmender auswirkt, da sie einen höheren Anteil der unbezahlten Arbeit leisten als österreichische Männer. In dieser Zusatzbelastung

⁵⁰ Gemeint ist die Bundesregierung unter Bundeskanzler Kurz, im Amt bis Mai 2019.

sieht Mödlhammer einen wesentlichen Punkt für den geringen Frauenanteil auf Gemeindeebene (der Standard⁵¹). Zudem gelten auf Gemeindeebene zum Teil andere parteiinterne Vorgaben für den Anteil von Frauen und Männern auf den Wahllisten.

Für die anderen vier Vergleichsländer gelten diese Effekte nur eingeschränkt. Im legislativen und im Regierungsbereich sind die Frauenanteile in Schweden, Spanien und im Vereinigten Königreich auf Bundesländerebene höher als auf nationaler und auf Gemeindeebene. In Polen zeigen sich nur geringe Unterschiede.

⁵¹ <https://derstandard.at/3014238/Gemeindebund-will-mehr-Buergermeisterinnen>;
abgerufen am 04.04.2018

4 Quantitative Befragung

Ob und in welcher Form man an Politik partizipiert, kann vom generellen politischen Interesse der einzelnen Personen (siehe Kapitel 2.2.1) sowie von deren subjektiven Einschätzung der Partizipationsmöglichkeiten abhängen. Wie diese Haltungen von Frauen und Männern in Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Polen ausgeprägt sind und in welcher Form Frauen und Männer politisch partizipieren, wird in diesem Kapitel anhand von Auswertungen des European Social Survey (ESS) analysiert.

4.1 Methodischer Hintergrund zum European Social Survey (ESS)

Der European Social Survey (ESS) ist ein wissenschaftlich basiertes europaweites Untersuchungsprogramm. Die erste Erhebungswelle des ESS fand im Jahr 2002 statt. Seither wird alle 2 Jahre eine ESS-Welle durchgeführt. Grundsätzlich befinden sich derzeit 36 Länder im ESS-Programm, allerdings nehmen nicht immer alle Länder an allen ESS-Wellen teil. So hat sich beispielsweise Österreich an der 1. Welle (2002) und an der 6. Welle (2012) nicht beteiligt. Dies führt zu Einschränkungen bei den Auswahlmöglichkeiten der Länder bzw. Vergleichsjahre.

Der ESS ist eine Mehr-Themen-Studie. Alle bisherigen Wellen enthielten Themenblöcke zu den Bereichen Politik, Medien, soziales Vertrauen und subjektives Wohlbefinden. Andere Themen wurden nur in einer oder in einigen wenigen Wellen erfasst, zum Beispiel Gesundheit oder Migration. Allerdings werden auch in den durchgängigen Themenblöcken nur einige Fragen in allen ESS-Wellen in identer Form gestellt, andere nur in einzelnen Wellen oder in unterschiedlichen Formen (z. B. mit abweichenden Antwortkategorien). Vergleiche zwischen den Wellen lassen sich somit nur bei wenigen Fragen ziehen.

Bei der Auswahl der Wellen muss auf diese Einschränkungen Bedacht genommen werden. Für die nachstehenden Auswertungen wurden die 2. Welle (aus den Jahren 2004 und 2005) und die 7. Welle (aus den Jahren 2014 und 2015) ausgewählt. Somit lässt sich ein Überblick über die Veränderungen innerhalb einer Dekade darstellen.

Beim ESS werden in den untersuchten Ländern jeweils rund 1.600 bis 2.300 Personen ab 15 Jahren in persönlichen Face-to-Face-Interviews befragt. Um demografische Abweichungen zwischen den Untersuchungsteilnehmer/innen und der Grundgesamtheit (Bevölkerung ab 15 Jahren) auszugleichen, wurden die Daten in allen Ländern anhand von soziodemografischen Merkmalen gewichtet. Der ESS weist hierfür GewichtungsvARIABLEN auf. Allerdings musste die GewichtungsvARIABLE für die 7. Welle in Österreich vom ÖIF nachgebessert werden, da die vorgegebene ESS-Gewichtung die Stichprobenverzerrung nur unzureichend ausgleichen konnte.

Einen Überblick über die Eckdaten der Erhebungen in den 5 Ländern bietet die Übersichtstabelle auf der nächsten Seite.

Tabelle 11: Eckdaten zum ESS 2 und ESS 7

		ESS Welle 2	ESS Welle 7
Österreich	Methode	standardisierte Face-to-Face Interviews (PAPI)	standardisierte computerunterstützte Face-to-Face Interviews (CAPI)
	Grundgesamtheit	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren
	Stichprobengröße	2.256	1.795
	Männer	1.041	853
	Frauen	1.215	942
	Erhebungszeitraum	06.01.2005 - 25.04.2005	14.10.2014 - 05.05.2015
	Datenerhebung	IPR - Sozialforschung, Wien	IFES, Wien
Schweden	Methode	standardisierte computerunterstützte Face-to-Face Interviews (CAPI)	standardisierte computerunterstützte Face-to-Face Interviews (CAPI)
	Grundgesamtheit	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren
	Stichprobengröße	1.948	1.791
	Männer	981	893
	Frauen	967	898
	Erhebungszeitraum	29.09.2004 - 19.01.2005	01.08.2014 - 30.01.2015
	Datenerhebung	SCB, Stockholm	Ipsos Observer Sweden, Stockholm
Vereinigtes Königreich	Methode	standardisierte computerunterstützte Face-to-Face Interviews (CAPI)	standardisierte computerunterstützte Face-to-Face Interviews (CAPI)
	Grundgesamtheit	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren
	Stichprobengröße	1.895	2.064
	Männer	863	1.024
	Frauen	1.032	1.240
	Erhebungszeitraum	27.09.2004 - 16.03.2005	01.09.2014 - 25.02.2015 02.10.2015 - 07.12.2015
	Datenerhebung	BMRB	National Centre for Social Research
Spanien	Methode	standardisierte computerunterstützte Face-to-Face Interviews (CAPI)	standardisierte Face-to-Face Interviews (PAPI)
	Grundgesamtheit	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren
	Stichprobengröße	1.662	1.925
	Männer	849	988
	Frauen	813	937
	Erhebungszeitraum	27.09.2004 - 31.01.2005	22.01.2015 - 25.06.2015
	Datenerhebung	TNS Demoscopia, Madrid	Centro de Investigaciones Sociológicas
Polen	Methode	standardisierte Face-to-Face Interviews (PAPI)	standardisierte Face-to-Face Interviews (PAPI)
	Grundgesamtheit	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren	Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren
	Stichprobengröße	1.716	1.615
	Männer	833	740
	Frauen	883	875
	Erhebungszeitraum	10.10.2004 - 22.12.2004	17.04.2015 - 14.09.2015
	Datenerhebung	Centre of Sociological Research, Institute of Philosophy and Sociology, Polish Academy of Sciences, Warschau	Centre of Sociological Research, Institute of Philosophy and Sociology, Polish Academy of Sciences, Warschau

 Quelle: <http://www.europeansocialsurvey.org/>; abgerufen am 14.02.2018

Alle Auswertungen dieses Kapitels erfolgen grundsätzlich getrennt nach Frauen und Männern. Da neben dem Geschlecht auch andere sozio-demografische Merkmale relevant sein können, wird bei der politischen Partizipation und beim grundlegenden politischen Interesse zusätzlich nach dem eigenen Alter bzw. jenem des jüngsten Kindes sowie nach der höchsten abgeschlossenen Bildung differenziert.

Beim höchsten Schulabschluss ist das Alter der Befragten zu berücksichtigen. Da Personen ab 15 Jahren befragt wurden, befinden sich viele noch in Ausbildung. Bei Personen in Ausbildung sind im Datensatz keine Angaben zu den bisherigen Abschlüssen vorhanden. Die vielen fehlenden Angaben erklären sich in erster Linie aus dieser Erfassungspraxis. Bei Befragten ab 30 Jahren fehlen kaum Angaben zum höchsten Schulabschluss. Beim Schulabschluss wurde auch versucht, die Abschlüsse der anderen Länder an die österreichische Systematik anzupassen. Aufgrund der Datenlage war dies aber nur für die Welle 7, nicht aber für die Welle 2 möglich.

In Österreich haben die Befragten im Vergleich zu den anderen Vergleichsländern relativ selten Maturaniveau erreicht. Betrachtet man nur jene, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben, so haben in Österreich nur 34,5 % der Männer zumindest die Matura (höchster Abschluss Matura oder Studium). Dies ist unter den untersuchten Ländern der niedrigste Anteil. Auch bei den Frauen liegt Österreich gemeinsam mit Spanien am unteren Ende (beide etwa ein Drittel). Im Vergleich dazu verfügen im Vereinigten Königreich etwas mehr als die Hälfte und in Schweden rund zwei Drittel der Befragten über einen mit der Matura vergleichbaren Abschluss. In Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich und in Spanien sind diese Anteile bei den Männern und den Frauen annähernd gleich hoch, große Unterschiede sind aber in Polen festzustellen. Während in Polen nur 39 % der Männer zumindest die Matura vorweisen können, sind es bei den Frauen mit 47 % deutlich mehr, d. h. polnische Frauen sind deutlich besser gebildet als polnische Männer.

Das Durchschnittsalter der Befragungsteilnehmer/innen ist in der Welle 7 in allen Ländern bei den Männern relativ ähnlich. Die Mittelwerte reichen von 44,8 Jahren in Polen bis 47,1 Jahren in Spanien. Bei den Frauen sind die Unterschiede etwas größer und reichen von 43,9 Jahren in Österreich bis 48,8 Jahren in Spanien. In allen Ländern ist das Durchschnittsalter von der 2. auf die 7. Welle angestiegen. In Schweden und im Vereinigten Königreich war dieser Anstieg mit unter 2 Jahren relativ gering, in Spanien und Polen mit rund 2 bis 3 Jahren ebenfalls nicht besonders hoch. Sehr deutliche Anstiege gab es hingegen in Österreich. Bei den Frauen stieg das Durchschnittsalter um 4,1 Jahre und bei den Männern sogar um 7,5 Jahre an. Somit waren 2004/2005 in der 2. ESS-Welle die österreichischen Befragten im Vergleich zu den anderen sehr jung und 2004/2005 noch ein Viertel der befragten Frauen und ein Drittel der befragten Männer Jugendliche unter 25 Jahren; 2014/2015 hingegen jeweils weniger als 15 %.

Relevant für die eigenen politischen Aktivitäten kann auch die Zusammensetzung des Haushalts und der Familie sein. Speziell das Vorhandensein und das Alter der Kinder können eine mitentscheidende Rolle spielen (vgl. Kapitel 2.2.2). In den Auswertungen wird differenziert, ob das jüngste Kind im Haushalt unter 6 Jahre alt ist, ob es 6 bis unter 18 Jahre alt ist, oder ob kein Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt. Letzteres kann bedeuten, dass man (noch) keine Kinder hat, diese bereits ausgezogen sind oder dass alle Kinder im Haushalt (in der österreichischen Regelung) bereits volljährig sind. Bezüglich des Alters des jüngsten Kindes sind die

Unterschiede zwischen den Ländern sowie zwischen Frauen und Männern gering. Jeweils zwei Drittel bis drei Viertel haben keine Kinder unter 18 Jahren im Haushalt und bei rund 10 % bis 15 % lebt ein unter 6-jähriges Kind im Haushalt. Nur in Spanien sind Befragte mit Kleinkindern geringfügig seltener in der Stichprobe vertreten.

Andere Differenzierungen der Haushaltsform, zum Beispiel nach Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden, lassen sich aufgrund der Stichprobengröße nicht treffen. Die Fallzahl der Gruppen wäre hier zu klein, um vertrauenswürdige Aussagen treffen zu können.

Einen Überblick über die ungewichteten Fallzahlen sowie die ungewichteten und gewichteten Verteilungen der relevanten sozio-demografischen Variablen bietet die nachstehende Tabelle. Alle Auswertungen des ESS wurden auf Basis der gewichteten Daten durchgeführt. Damit ersichtlich ist, wie viele reale Untersuchungsteilnehmer/innen hinter den einzelnen Subgruppen stehen, werden in der Tabelle 12 als Hintergrundinformation auch die ungewichteten Fallzahlen und Verteilungen ausgewiesen.

Tabelle 12: ESS-Stichprobenbeschreibung

		ESS Welle 2 (2004/2005)						ESS Welle 7 (2014/2015)					
		Frauen			Männer			Frauen			Männer		
		Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet
Österreich	alle Befragten												
	gesamt	1.215	100,0	100,0	1.041	100,0	100,0	942	100,0	100,0	853	100,0	100,0
	Alter												
	unter 25 Jahre	203	16,7	25,5	238	22,9	32,8	91	9,7	14,6	70	8,2	12,7
	25 bis unter 45 Jahre	433	35,6	38,1	348	33,4	31,6	309	32,8	41,0	287	33,6	37,1
	45 bis unter 65 Jahre	400	32,9	27,3	313	30,1	26,7	319	33,9	29,4	295	34,6	32,9
	65 Jahre oder älter	178	14,7	9,1	142	13,6	8,8	223	23,7	15,0	195	22,9	16,7
	keine Angabe	1	0,1	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	6	0,7	0,5
	Höchster Schulabschluss												
	Pflichtschule	-	-	-	-	-	-	209	22,2	23,3	133	15,6	16,5
	Lehre/BMS	-	-	-	-	-	-	412	43,7	33,0	444	52,1	42,2
	Matura	-	-	-	-	-	-	141	15,0	13,9	119	14,0	13,6
	Studium	-	-	-	-	-	-	114	12,1	19,4	98	11,5	17,3
	keine Angabe	-	-	-	-	-	-	66	7,0	10,4	59	6,9	10,3
	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt												
	unter 6 Jahre	102	8,4	11,6	57	5,5	7,2	81	8,6	14,9	68	8,0	13,3
	6 bis unter 18 J.	269	22,1	25,4	138	13,3	16,2	153	16,2	20,8	104	12,2	17,0
	keine Kinder im HH.	844	69,5	63,0	846	81,3	76,6	707	75,1	64,2	681	79,8	69,6
	keine Angabe	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	1	0,1	0,1	0	0,0	0,0

Fortsetzung auf den nächsten Seiten

Fortsetzung von Tabelle 12

	ESS Welle 2 (2004/2005)						ESS Welle 7 (2014/2015)						
	Frauen			Männer			Frauen			Männer			
	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	
Schweden	alle Befragten												
	gesamt	967	100,0	100,0	981	100,0	100,0	898	100,0	100,0	893	100,0	100,0
	Alter												
	unter 25 Jahre	135	14,0	15,1	141	14,4	13,9	107	11,9	15,2	124	13,9	17,0
	25 bis unter 45 Jahre	300	31,0	30,8	337	34,4	34,8	266	29,6	29,3	252	28,2	28,9
	45 bis unter 65 Jahre	333	34,4	38,3	319	32,5	33,5	282	31,4	29,6	269	30,1	31,0
	65 Jahre oder älter	199	20,6	15,8	184	18,8	17,8	242	26,9	25,8	248	27,8	23,2
	keine Angabe	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	1	0,1	0,1	0	0,0	0,0
	Höchster Schulabschluss												
	Pflichtschule	-	-	-	-	-	-	123	13,7	15,6	160	17,9	16,3
	Lehre/BMS	-	-	-	-	-	-	105	11,7	11,2	113	12,7	13,2
	Matura	-	-	-	-	-	-	311	34,6	33,8	331	37,1	37,1
	Studium	-	-	-	-	-	-	243	27,1	24,1	171	19,1	17,6
	keine Angabe	-	-	-	-	-	-	116	12,9	15,3	118	13,2	15,8
	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt												
	unter 6 Jahre	109	11,3	11,3	122	12,4	12,5	114	12,7	12,2	98	11,0	11,1
	6 bis unter 18 J.	174	18,0	16,8	157	16,0	16,2	135	15,0	13,7	121	13,5	14,9
	keine Kinder im HH.	684	70,7	72,0	702	71,6	71,3	648	72,2	74,0	674	75,5	74,0
	keine Angabe	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	1	0,1	0,1	0	0,0	0,0
	Vereinigtes Königreich	alle Befragten											
gesamt		1.032	100,0	100,0	863	100,0	100,0	1.240	100,0	100,0	1.024	100,0	100,0
Alter													
unter 25 Jahre		113	10,9	13,9	101	11,7	16,2	81	6,5	12,3	78	7,6	14,5
25 bis unter 45 Jahre		377	36,5	35,7	326	37,8	37,2	385	31,0	33,9	281	27,4	33,0
45 bis unter 65 Jahre		293	28,4	30,1	239	27,7	28,5	421	34,0	32,8	339	33,1	30,4
65 Jahre oder älter		246	23,8	19,9	196	22,7	18,1	339	27,3	20,1	319	31,2	21,4
keine Angabe		3	0,3	0,3	1	0,1	0,1	14	1,1	0,9	7	0,7	0,7
Höchster Schulabschluss													
Pflichtschule		-	-	-	-	-	-	451	36,4	32,2	305	29,8	26,2
Lehre/BMS		-	-	-	-	-	-	83	6,7	6,3	116	11,3	10,5
Matura		-	-	-	-	-	-	330	26,6	27,1	258	25,2	25,2
Studium		-	-	-	-	-	-	280	22,6	23,5	260	25,4	26,4
keine Angabe		-	-	-	-	-	-	96	7,7	10,9	85	8,3	11,6
Alter des jüngsten Kindes im Haushalt													
unter 6 Jahre		161	15,6	14,9	89	10,3	10,6	182	14,7	16,4	108	10,5	12,8
6 bis unter 18 J.		187	18,1	18,1	114	13,2	16,0	178	14,4	15,1	102	10,0	12,2
keine Kinder im HH.		681	66,0	66,7	659	76,4	73,3	877	70,7	68,2	811	79,2	74,7
keine Angabe		3	0,3	0,3	1	0,1	0,1	3	0,2	0,3	3	0,3	0,3

Fortsetzung von Tabelle 12

	ESS Welle 2 (2004/2005)						ESS Welle 7 (2014/2015)						
	Frauen			Männer			Frauen			Männer			
	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	Anzahl ungewichtet	Anteil ungewichtet	Anteil gewichtet	
Spanien	alle Befragten												
	gesamt	813	100,0	100,0	849	100,0	100,0	937	100,0	100,0	988	100,0	100,0
	Alter												
	unter 25 Jahre	113	13,9	13,2	127	15,0	15,2	104	11,1	11,3	114	11,5	11,5
	25 bis unter 45 Jahre	320	39,4	37,9	322	37,9	38,8	298	31,8	32,4	325	32,9	35,0
	45 bis unter 65 Jahre	215	26,4	26,5	225	26,5	26,8	318	33,9	33,7	351	35,5	35,0
	65 Jahre oder älter	157	19,3	21,5	160	18,8	17,6	217	23,2	22,6	198	20,0	18,5
	keine Angabe	8	1,0	1,0	15	1,8	1,6	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
	Höchster Schulabschluss												
	Pflichtschule	-	-	-	-	-	-	446	47,6	46,6	513	51,9	47,2
	Lehre/BMS	-	-	-	-	-	-	70	7,5	6,9	59	6,0	5,4
	Matura	-	-	-	-	-	-	104	11,1	10,4	131	13,3	13,9
	Studium	-	-	-	-	-	-	180	19,2	21,0	161	16,3	20,4
	keine Angabe	-	-	-	-	-	-	137	14,6	15,1	124	12,6	13,0
	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt												
	unter 6 Jahre	94	11,6	11,0	86	10,1	10,1	83	8,9	8,9	83	8,4	9,1
	6 bis unter 18 J.	116	14,3	13,2	109	12,8	13,3	153	16,3	16,2	167	16,9	17,4
	keine Kinder im HH.	597	73,4	75,0	651	76,7	76,2	696	74,3	74,3	737	74,6	73,4
	keine Angabe	6	0,7	0,8	3	0,4	0,4	5	0,5	0,5	1	0,1	0,1
	Polen	alle Befragten											
gesamt		883	100,0	100,0	833	100,0	100,0	875	100,0	100,0	740	100,0	100,0
Alter													
unter 25 Jahre		180	20,4	18,5	184	22,1	21,1	116	13,3	14,0	115	15,5	15,8
25 bis unter 45 Jahre		297	33,6	32,0	295	35,4	35,6	276	31,5	33,5	256	34,6	36,4
45 bis unter 65 Jahre		272	30,8	32,4	255	30,6	31,5	278	31,8	30,6	241	32,6	32,0
65 Jahre oder älter		134	15,2	17,0	99	11,9	11,8	205	23,4	21,9	128	17,3	15,8
keine Angabe		0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Höchster Schulabschluss													
Pflichtschule		-	-	-	-	-	-	315	36,0	35,3	306	41,4	42,1
Lehre/BMS		-	-	-	-	-	-	95	10,9	11,0	87	11,8	11,8
Matura		-	-	-	-	-	-	207	23,7	23,6	152	20,5	20,1
Studium		-	-	-	-	-	-	152	17,4	17,4	112	15,1	14,7
keine Angabe		-	-	-	-	-	-	106	12,1	12,6	83	11,2	11,4
Alter des jüngsten Kindes im Haushalt													
unter 6 Jahre		123	13,9	13,0	90	10,8	10,5	91	10,4	11,6	73	9,9	10,6
6 bis unter 18 J.		155	17,6	17,2	158	19,0	19,7	144	16,5	16,9	104	14,1	14,6
keine Kinder im HH.		600	68,0	69,3	583	70,0	69,6	634	72,5	70,8	555	75,0	73,7
keine Angabe		5	0,6	0,6	2	0,2	0,3	6	0,7	0,7	8	1,1	1,1

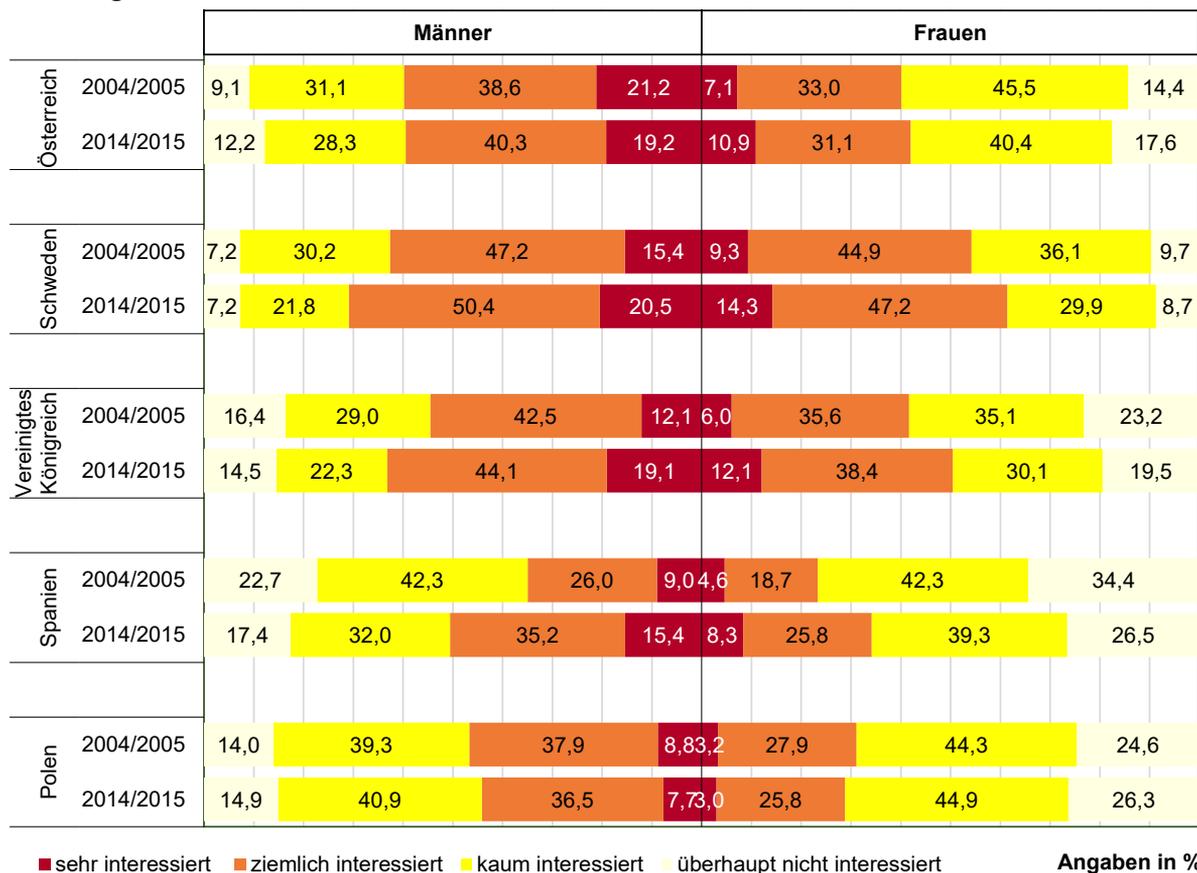
Quelle: ESS Wellen 2 und 7; eigene Berechnung ÖIF

In allen nun folgenden Abbildungen dieses Kapitels wird zumindest nach dem Land und dem Geschlecht differenziert. Österreich wird dabei immer oben angeordnet, danach folgen Schweden, das Vereinigte Königreich, Spanien und Polen. Links von der vertikalen Achse werden jeweils die Antworten der Männer dargestellt, rechts jene der Frauen. Wird im Text auf Unterschiede hingewiesen, so sind diese (auf 95 %-Niveau) grundsätzlich auch statistisch signifikant. Sollten die Unterschiede statistisch betrachtet zu gering sein, werden sie im Text als „tendenziell“ beschrieben. Einen Überblick über die Signifikanzen möglicher Unterschiede bieten auch die Tabellen A15 bis A21 im Anhang.

4.2 Politisches Interesse

Das generelle politische Interesse kann Auswirkungen auf die eigene politische Partizipation haben (siehe Kapitel 2.2.1). Erfasst wurde das Interesse mit folgender Frage: „Wie sehr sind Sie persönlich an Politik interessiert? Sind Sie sehr interessiert, ziemlich interessiert, kaum interessiert oder überhaupt nicht interessiert?“

Abbildung 15: Politisches Interesse 2004/05 und 2014/15



Quelle: ESS Wellen 2 und 7; eigene Berechnung ÖIF

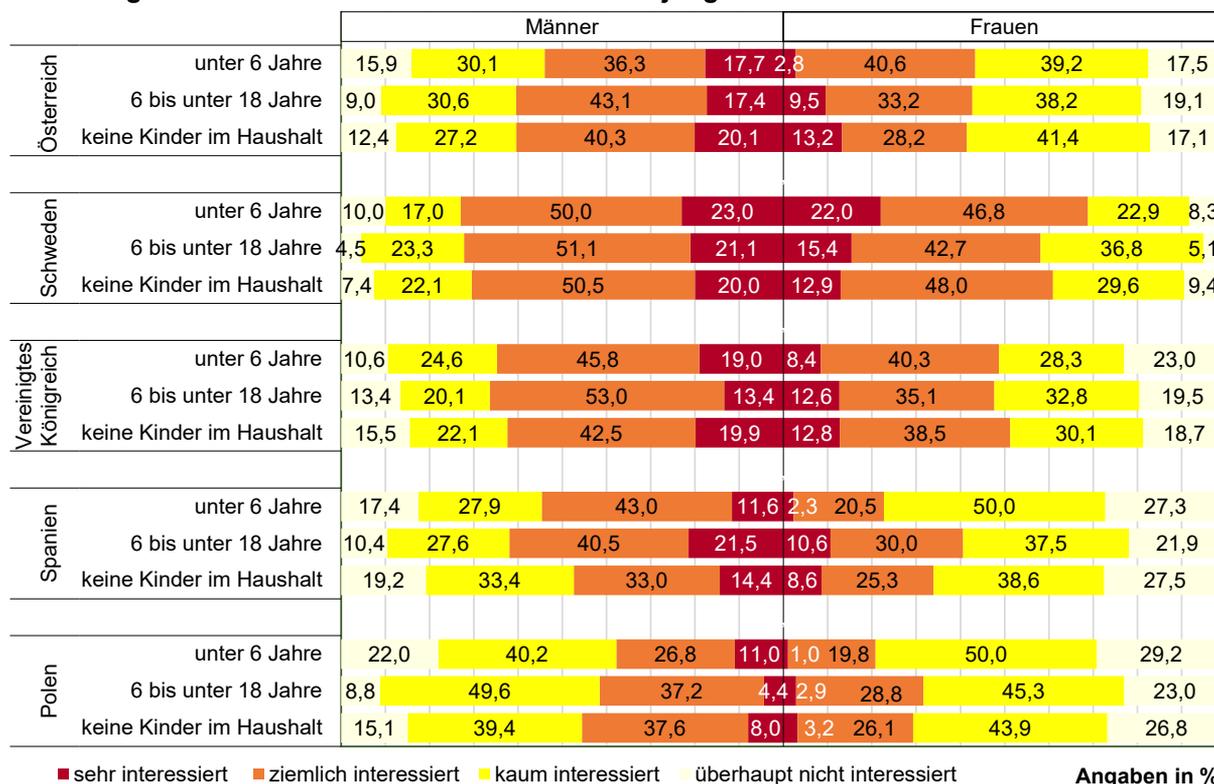
Wie schon die Ergebnisse der Literaturanalyse erahnen lassen (Kapitel 2.2.1), zeigen sich in allen Ländern und zu beiden Zeitpunkten Männer interessierter als Frauen. Schweden weist das höchste politische Interesse in der Bevölkerung auf. Polen und Spanien zeigen das geringste politische Interesse. In Polen 2014/15 ist ein Viertel der Frauen an der Politik überhaupt nicht interessiert und weitere 45 % sind es eher nicht. Bei den polnischen Männern liegen

diese Anteile bei 15 % (überhaupt nicht) und bei 41 % (kaum). Schweden ist das einzige Land, in dem deutlich mehr als die Hälfte der Frauen (62 %) ziemlich oder sogar sehr an der Politik interessiert sind, bei den Männern sind dies sogar 71 %. Österreich liegt im Mittelfeld. 42 % der Frauen und 60 % der Männer zeigen ein höheres politisches Interesse. Der Gender-Gap beim politischen Interesse ist in Österreich am größten von allen fünf Ländern.

Im Vergleich zu 2004/05 ist das Interesse in Schweden, dem Vereinigten Königreich und in Spanien angestiegen. In Österreich und in Polen hat es sich kaum verändert.

Familiäre Verpflichtungen, beispielsweise bei der Kindererziehung, können zeitintensiv sein, sie beeinflussen das politische Interesse jedoch kaum (Abbildung 16). Fasst man die Antwortkategorien „sehr interessiert“ und „ziemlich interessiert“ sowie „kaum interessiert“ und „überhaupt nicht interessiert“ zusammen, treten nur in Spanien signifikante Unterschiede auf. In Spanien sind Frauen und Männer mit Kindern von 6 bis unter 18 Jahren stärker an Politik interessiert als Eltern von Kindern unter 6 Jahren sowie Befragte ohne Kinder unter 18 Jahren. Bei Letzteren dürfte das Alter der Befragten eine mitentscheidende Rolle spielen. Diese Effekte im höheren Alter sind in Spanien besonders deutlich ausgeprägt (Abbildung 17).

Abbildung 16: Politisches Interesse nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15



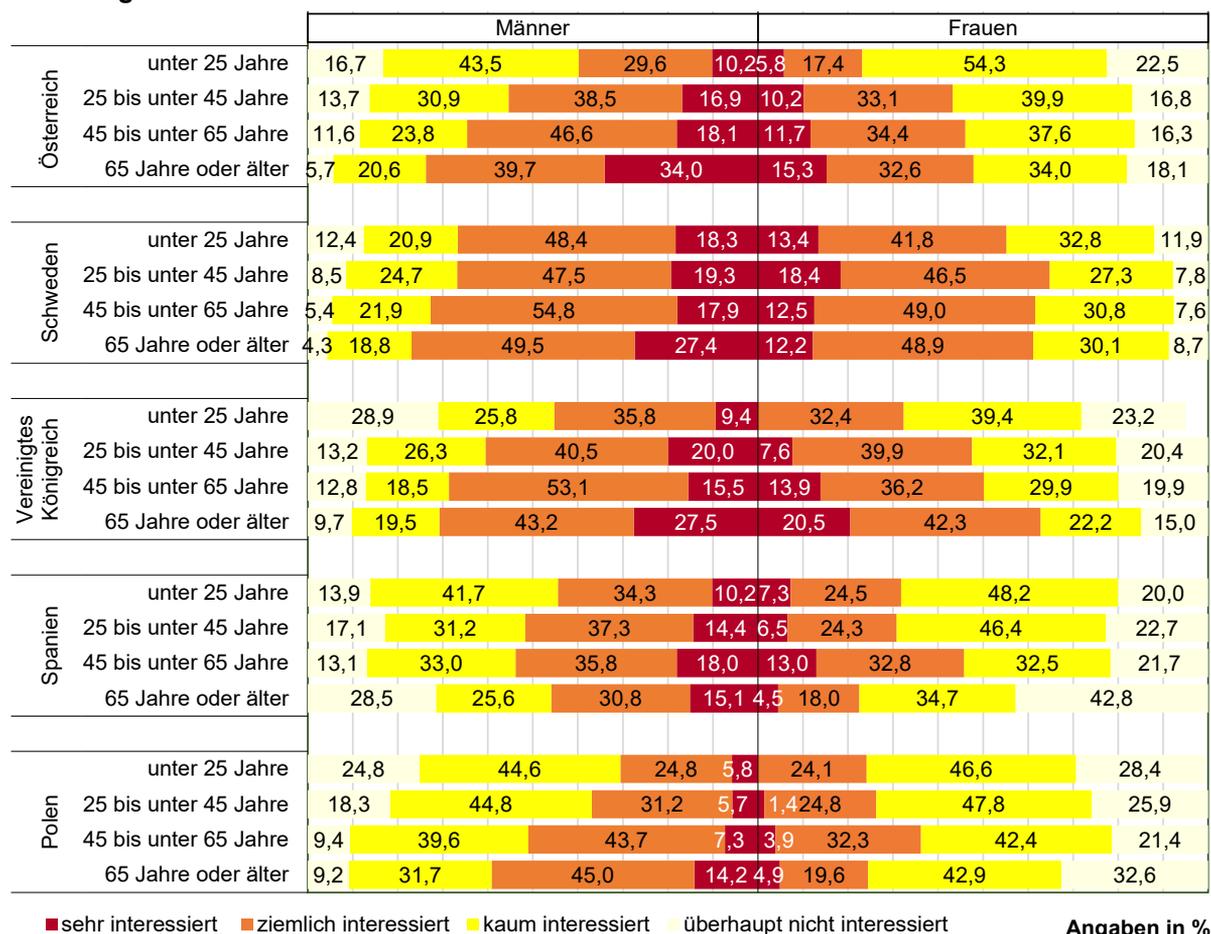
Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Das eigene Alter stellt (außer bei den Frauen in Schweden) in allen Ländern einen starken Einflussfaktor auf das Politikinteresse dar. In Schweden, Österreich, dem Vereinigten Königreich und Polen (und in abgeschwächter Form auch in Spanien bei den Männern bis 65 Jahre) steigt das politische Interesse mit dem Alter an. Am stärksten ist dieser Trend dabei in Österreich und dem Vereinigten Königreich ausgeprägt. Die Jugend in Österreich ist für die Politik nur schwer erreichbar. 77 % der unter 25-jährigen Frauen und 60 % der unter 25-jährigen

Männer haben keinerlei Interesse an der Politik; bei den über 65-Jährigen sind es nur 52 % (Frauen) bzw. 26 % (Männer). Bei den Männern in Österreich steigt das politische Interesse mit dem Alter durchgängig an, bei den Frauen gibt es einen großen Sprung von den unter 25-Jährigen zu den 25- bis unter 45-Jährigen, danach treten aber kaum noch Interessenssteigerungen auf.

In Spanien zeigt sich ein teilweise umgekehrter Trend. Hier stechen vor allem die älteren Befragten negativ heraus. Bei den über 65-jährigen Frauen zeigen 43 % überhaupt kein Interesse, in den jüngeren Altersgruppen nur etwas mehr als 20 %. Die Sozialisation in der Franco-Phase und die in der Kindheit vermittelten Werte dürften zu diesen negativen Alterseffekten beitragen (vgl. Kapitel 2.3). Auch bei den Männern ab 65 Jahren ist das Interesse deutlich geringer als bei den jüngeren. 29 % der älteren Spanier sind überhaupt nicht interessiert, bei den jüngeren Altersgruppen sind dies nur 13 % bis 17 %.

Abbildung 17: Politisches Interesse nach Alter 2014/15

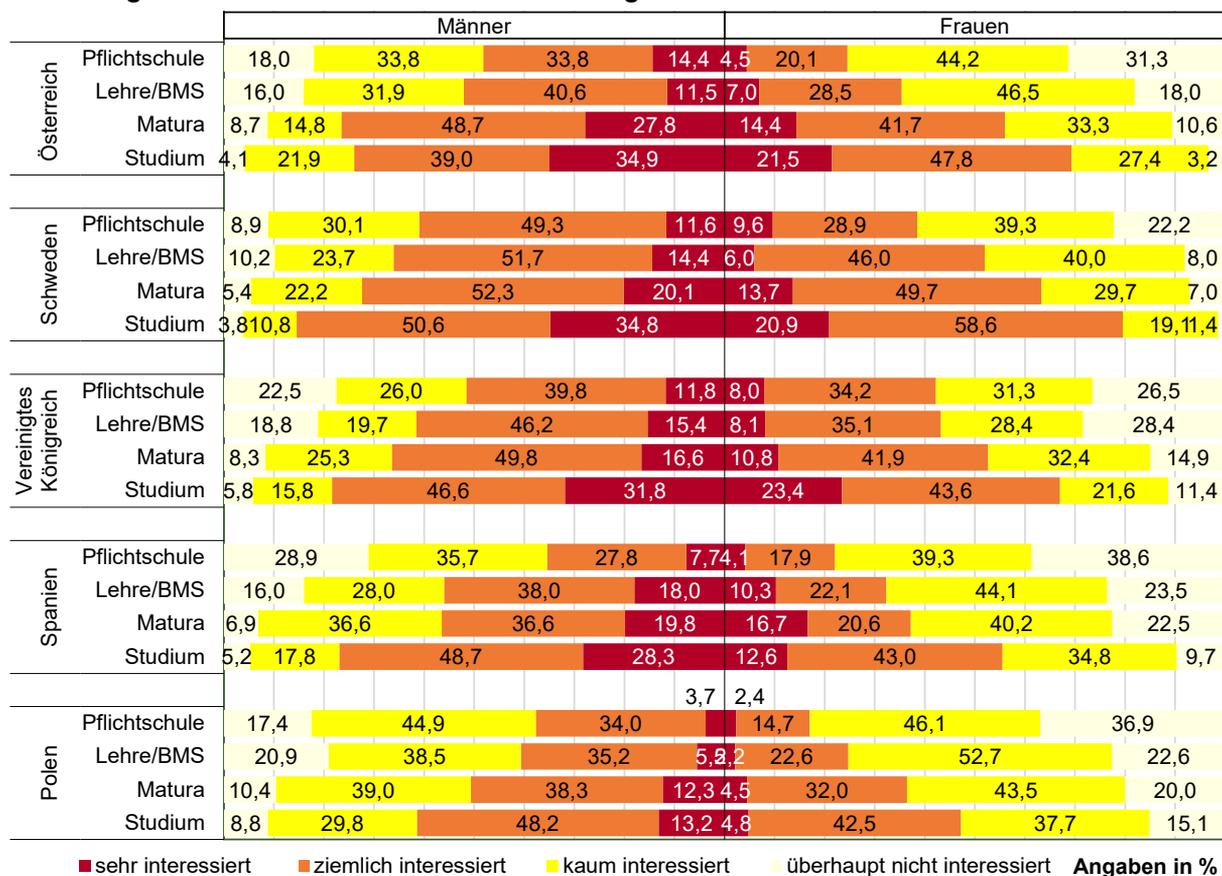


Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Auch bei der Einteilung nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung zeigen sich signifikante Unterschiede: So steigt das Interesse an Politik mit der Höhe des Bildungsabschlusses. Personen mit Pflichtschulausbildung und ohne weitere Berufsausbildung sind in Österreich mehrheitlich nicht an Politik interessiert. Dies gilt auch für Frauen mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss (Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule). Frauen mit Matura oder Studienabschluss sind zwar mehrheitlich politisch interessiert, allerdings ist auch ihnen die Politik

weniger wichtig als den Männern mit dem gleichen Bildungsniveau. Diese Unterschiede treten in ähnlicher Form auch in Schweden, dem Vereinigten Königreich, in Spanien und in Polen auf.

Abbildung 18: Politisches Interesse nach Bildung 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

4.3 Einschätzung der eigenen Möglichkeiten

Die Bereitschaft zur aktiven politischen Partizipation und deren reale Umsetzung können von der Einschätzung der grundsätzlichen Möglichkeiten zur Teilhabe abhängen. Unterschiede beim Selbstvertrauen werden auch in der Literatur (Kapitel 2.2) beschrieben und in den qualitativen Interviews (Kapitel 5.2.4.2) eingebracht. Die Betrachtung der subjektiv wahrgenommenen Möglichkeiten bildet somit die Basis für die spätere Analyse der Beteiligungsformen (Kapitel 4.4).

4.3.1 Überblick Einschätzung der Möglichkeiten

Im Rahmen des ESS wurden die Befragten gebeten, anzugeben, wie sie die politischen Beteiligungsmöglichkeiten einschätzen. Eine Frage bezieht sich auf die **generellen Möglichkeiten**. Diese lautet: „Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Österreich Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?“ Die Frage konnte mit einer 11-stufigen Skala beantwortet werden. Die Skala reicht von 0 („überhaupt nicht“) bis 10 („voll und ganz“). Die Antwortkategorien dazwischen haben nur Zahlenwerte und

keine verbal formulierten Ausprägungen. In der Abbildung 19 werden die Antworten auf diese Frage im Balken „*generelle Mitsprachemöglichkeit*“ dargestellt.

Neben dieser allgemein gehaltenen Frage wurde auch die Einschätzung der **eigenen Möglichkeiten** erfasst. Dies geschah mit folgenden Fragen:

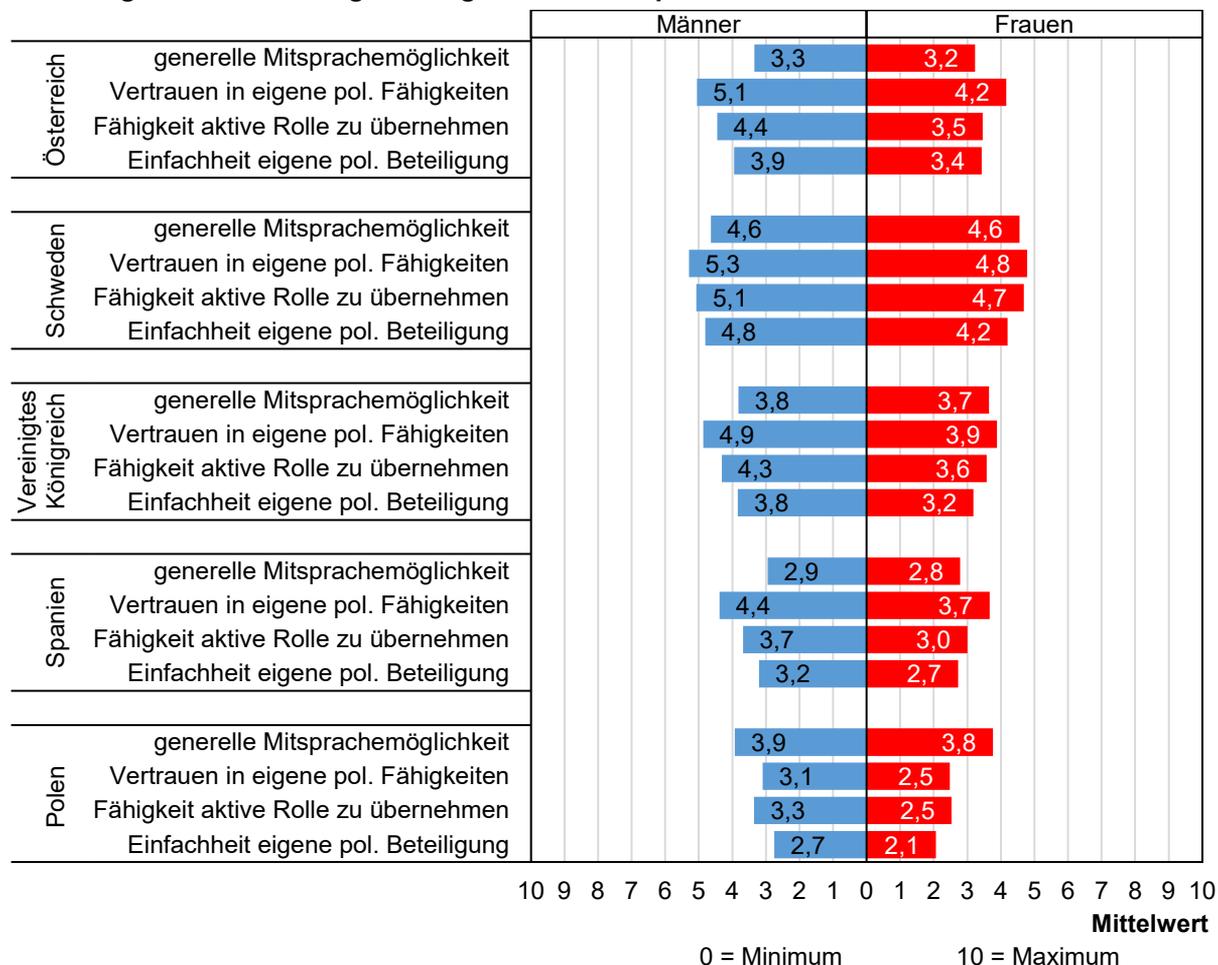
„*Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen beteiligen zu können?*“ Die 11-stufige Antwortskala reicht von 0 („*vertraue meinen Fähigkeiten überhaupt nicht*“) bis 10 („*vertraue meinen Fähigkeiten voll und ganz*“). In der Abbildung 19 werden die Antworten auf diese Frage im Balken „*Vertrauen in eigene pol. Fähigkeiten*“ dargestellt.

„*Wie fähig fühlen Sie sich, eine aktive Rolle in einer Gruppe zu übernehmen, die sich für politische Themen engagiert?*“ Die 11-stufige Antwortskala reicht von 0 („*überhaupt nicht fähig*“) bis 10 („*voll und ganz fähig*“). In der Abbildung 19 werden die Antworten auf diese Frage im Balken „*Fähigkeit, aktive Rolle zu übernehmen*“ dargestellt.

„*Wie leicht finden Sie es, sich selbst am politischen Geschehen zu beteiligen?*“ Die 11-stufige Antwortskala reicht von 0 („*überhaupt nicht leicht*“) bis 10 („*äußerst leicht*“). In der Abbildung 19 werden die Antworten auf diese Frage im Balken „*Einfachheit eigene pol. Beteiligung*“ dargestellt.

Abbildung 19 bietet einen Überblick über alle Fragen; hier werden die Mittelwerte der Antworten abgebildet. Je länger die Balken sind, desto positiver werden die Möglichkeiten eingeschätzt. Genauere Differenzierungen nach dem eigenem Alter, dem Alter des jüngsten Kindes und der höchsten Schulausbildung erfolgen im Anschluss.

Abbildung 19: Einschätzung der Möglichkeiten zur politischen Teilhabe 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Die Einschätzung der generellen Mitsprachemöglichkeit (der jeweils oberste Balken bei den Ländern in Abbildung 19) unterscheidet sich in keinem Land signifikant zwischen Männern und Frauen, die eigenen Möglichkeiten (jeweils zweiter bis vierter Balken) werden hingegen in allen Ländern von den Männern signifikant positiver eingestuft als von den Frauen.

Insgesamt herrscht eine eher pessimistische Grundhaltung vor: Die Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten werden als recht beschränkt wahrgenommen. Bei den generellen Möglichkeiten ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern durchwegs gering und die Mittelwerte liegen zum Teil deutlich unter der Skalenmitte von 5,0. Schlusslicht ist Spanien (mit Mittelwerten von 2,8 bei Frauen und 2,9 bei Männern), gefolgt von Österreich (mit Mittelwerten von 3,2 bei Frauen und 3,3 bei Männern). In Schweden – dem Spitzenreiter – liegen die Werte mit jeweils 4,6 nur knapp unter der Skalenmitte und damit am höchsten.

Die eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten (2. bis 4. Frage) werden von Frauen durchwegs deutlich geringer eingeschätzt als von Männern; in Schweden ist der Geschlechterunterschied dabei insgesamt am geringsten. In Polen werden die eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten bei beiden Geschlechtern im Ländervergleich am negativsten gesehen: Bei den Frauen liegen die Mittelwerte dieser drei Fragen bei 2,5 oder niedriger; bei den Männern bei 3,3 oder niedriger. In Schweden hingegen fällt diese Wahrnehmung vergleichsweise positiv aus: Die Mittelwerte bei den Männern liegen bei zumindest 4,8; jene der Frauen bei zumindest 4,2. Das

Interesse an Politik zeigt somit deutliche Wechselwirkungen zur Einschätzung der eigenen Möglichkeiten.

In Polen werden als einziges Land die generellen Beteiligungsmöglichkeiten positiver eingeschätzt als die eigenen Möglichkeiten, bei den Frauen etwas stärker als bei den Männern. In Österreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich werden – bei den Männern stärker als bei den Frauen – hingegen die eigenen Möglichkeiten positiver bewertet als die generellen. Das Selbstvertrauen dürfte in diesen Ländern somit höher sein.

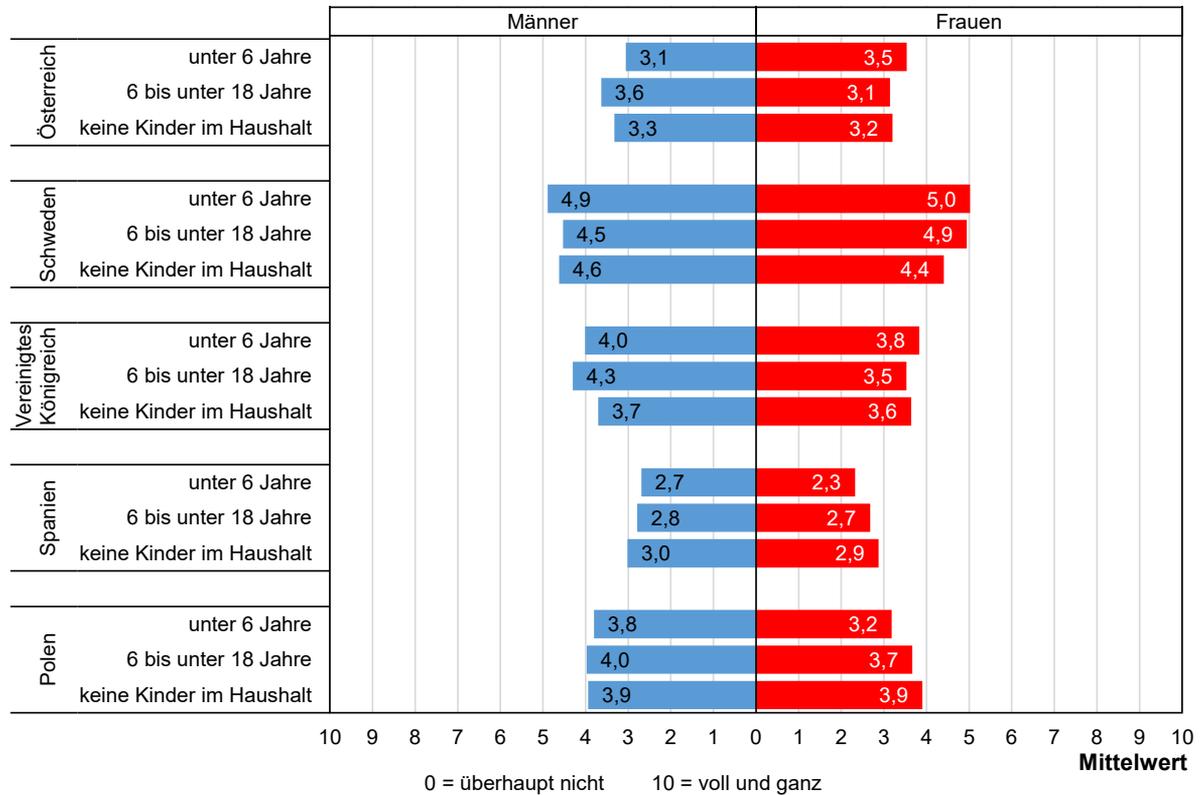
4.3.2 Generelle Mitsprachemöglichkeit

Nachdem die vier Fragen miteinander verglichen wurden, werden Sie nun detaillierter nach demografischen Merkmalen differenziert ausgewertet, zunächst jene zur Einschätzung der generellen Möglichkeiten.

Bei der Einschätzung der generellen Mitsprachemöglichkeiten (Frage: *„Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Österreich Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?“*) haben mögliche Kinder im Haushalt keinen Einfluss auf das Antwortverhalten. Unabhängig davon, ob man Kinder im Haushalt hat oder wie alt diese sind (Abbildung 16), werden die generellen Möglichkeiten als gleich gut oder schlecht eingestuft und dies trifft sowohl auf Frauen als auch auf Männer zu. Nur die schwedischen Frauen ohne Kinder unter 18 Jahren sehen die generellen Einflussmöglichkeiten etwas pessimistischer.

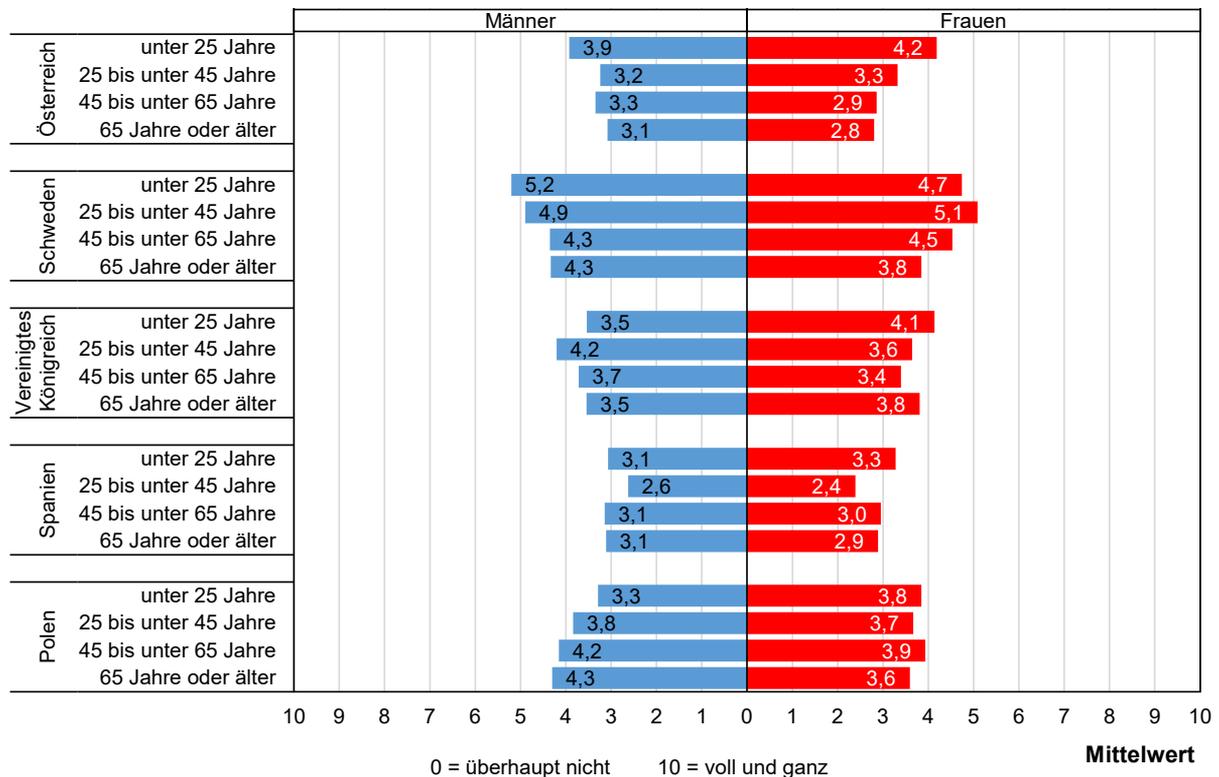
Da es sich hier um die generellen Möglichkeiten handelt, scheint die eigene Haushaltssituation wenig relevant zu sein. Es scheint die eigene Elternposition im Gegensatz zu anderen soziodemografischen Merkmalen (z. B. eigenes Alter (Abbildung 21) oder der eigene Schulabschluss (Abbildung 22) nicht oder zumindest wesentlich seltener einbezogen zu werden.

Abbildung 20: Generelle Mitsprachemöglichkeit nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Abbildung 21: Generelle Mitsprachemöglichkeit nach Alter 2014/15

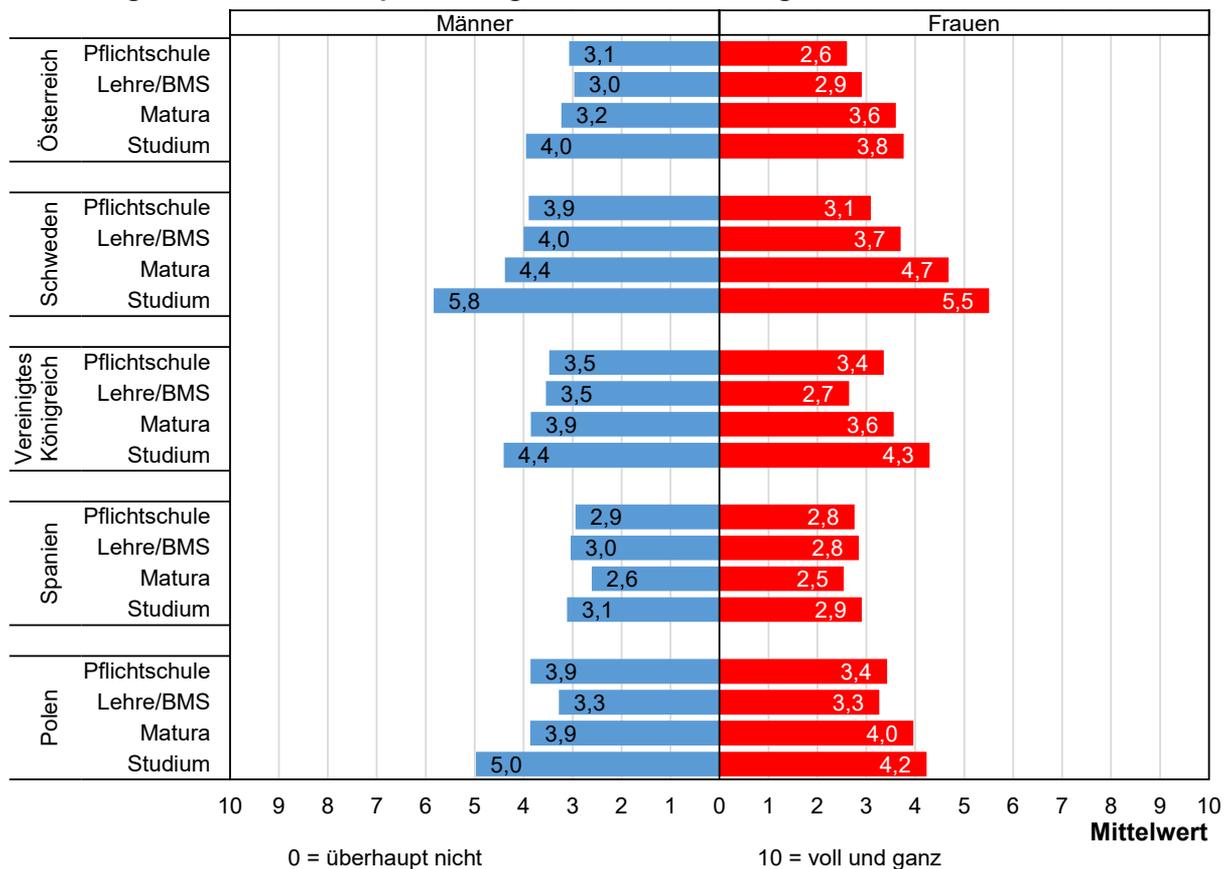


Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Das eigene Alter wirkt sich bei der Einstufung der generellen Möglichkeiten vor allem bei den Frauen aus. Mit Ausnahme von Polen stufen jüngere weibliche Befragte die allgemeinen Beteiligungschancen signifikant höher ein als ältere Befragte. So liegt der Mittelwert der Frauen in Österreich bei den unter 25-Jährigen bei 4,2 und bei den zumindest 65-Jährigen bei 2,8. Unter den Männern ist dieser Trend nur in Schweden signifikant. In Polen zeigt sich bei den Männern tendenziell ein gegenläufiger Zusammenhang. Dort stufen ältere Befragte die allgemeinen Möglichkeiten höher ein als jüngere. Dieser Zusammenhang ist allerdings (wenn auch nur sehr knapp) nicht signifikant.

Neben dem Alter hat auch die eigene Bildung einen Einfluss auf die Einstufung der generellen Chancen. Je höher die formale Bildung ist, desto positiver werden diese Möglichkeiten wahrgenommen. In Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich sind diese Zusammenhänge sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern signifikant, in Polen nur bei den Männern, in Spanien gar nicht. In den positiven Bereich – also über 5,0 – kommen aber nur die Akademiker/innen in Schweden. Die österreichischen weiblichen Pflichtschulabsolventinnen sehen die Lage am negativsten und somit fast keine Mitsprachmöglichkeiten. Mit nur 2,6 ist deren Mittelwert sehr gering.

Abbildung 22: Generelle Mitsprachemöglichkeit nach Bildung 2014/15



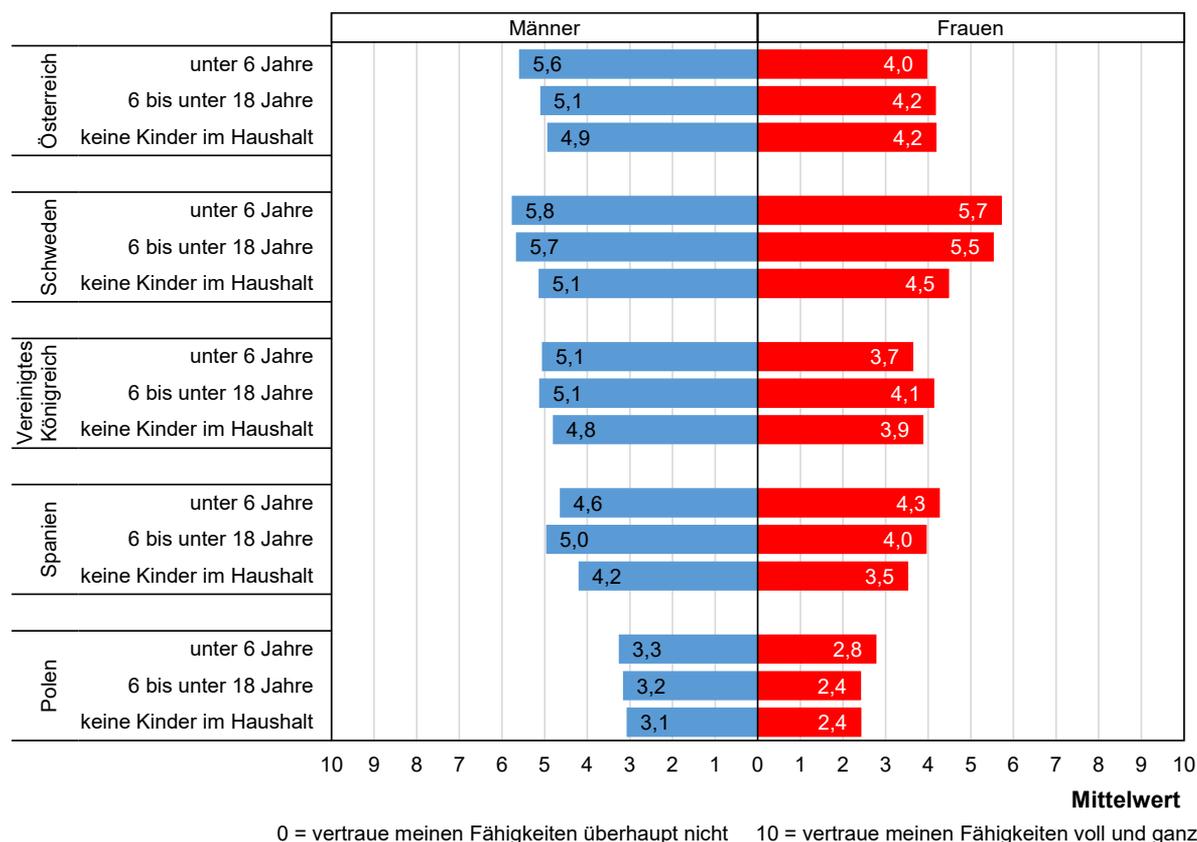
Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

4.3.3 Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur Beteiligung

Hinsichtlich der eigenen Möglichkeiten wird zunächst das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zur politischen Teilhabe analysiert (Frage: „Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen beteiligen zu können?“). Bei dieser Frage wird stärker auf die persönlichen Chancen abgezielt.

Bezüglich des Vorhandenseins von Kindern im Haushalt (Abbildung 23) sind auch auf dieser sehr persönlichen Ebene kaum signifikante Effekte vorhanden. Bei den Männern sind die Zusammenhänge nur in Spanien signifikant, bei den Frauen nur in Schweden. Die Wahrnehmung der grundsätzlichen eigenen Fähigkeiten – diese müssen nicht zwangsweise angewandt werden, indem man tatsächlich politisch aktiv wird – wird durch familiäre Aufgaben wie etwa die Kindererziehung kaum negativ beeinflusst. Schwedische Eltern mit Kleinkindern stufen ihre Fähigkeiten tendenziell sogar am positivsten ein.

Abbildung 23: Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur Beteiligung nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15



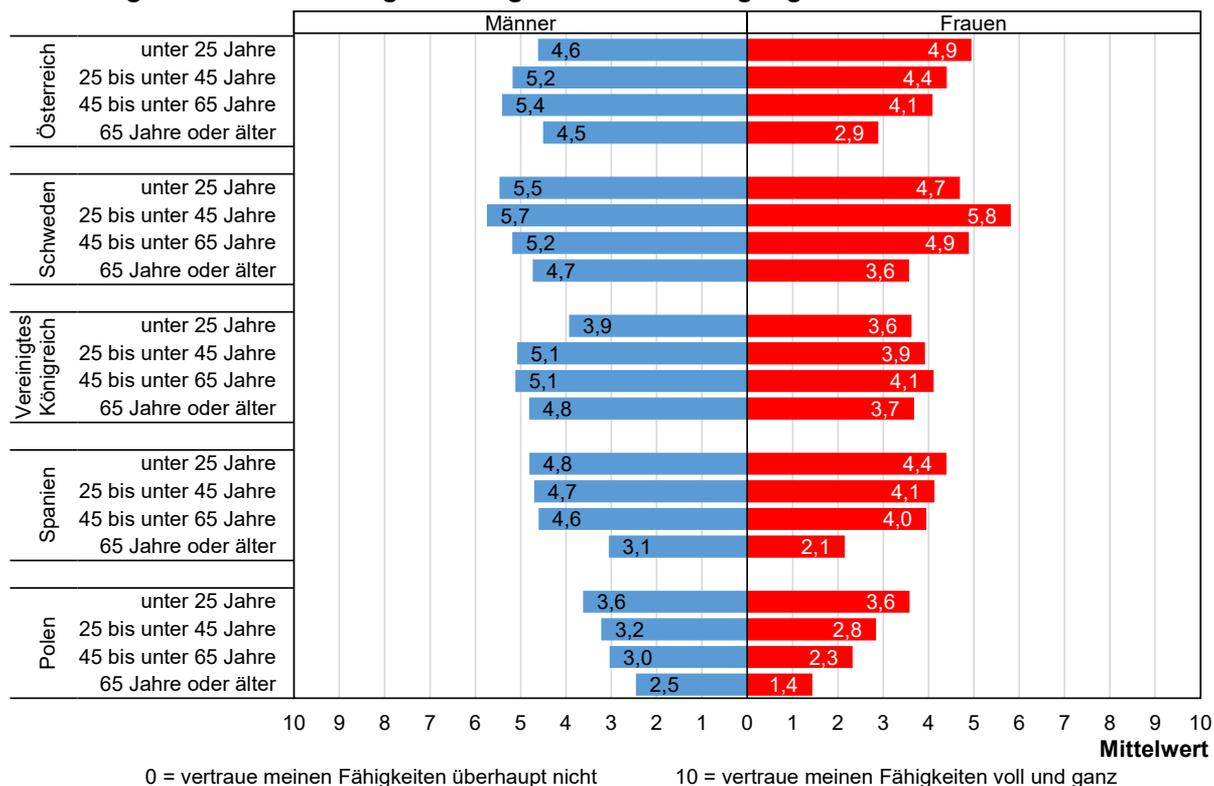
Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Wesentlich stärker auf das Selbstvertrauen bezüglich politischer Partizipation wirkt das eigene Alter. Abgesehen von Frauen im Vereinigten Königreich sind die Zusammenhänge zwischen dem Alter und dem Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten immer signifikant. Wie sich das Alter auswirkt, ist jedoch sehr unterschiedlich.

In Österreich, Polen und in abgeschwächter Form in Spanien sehen jüngere Frauen ihre eigenen Möglichkeiten positiver als ältere Frauen. So liegt der Mittelwert (auf einer Skala von 0

(kein Vertrauen) bis 10 (völliges Vertrauen) bei den österreichischen Frauen unter 25 Jahren bei 4,9 und bei den zumindest 65-Jährigen nur bei 2,9. Dies überrascht, da jüngere Frauen in Österreich weniger Interesse an Politik zeigen als ältere (vgl. Abbildung 17). Veränderungen in der Sozialisation im Kindesalter, beispielsweise bei den geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen, scheinen diese Alters- und Generationseffekte auszulösen. Bei den Männern zeigt sich dieser Trend deutlich in Polen und in schwächerer Form in Spanien. In Österreich und tendenziell auch im Vereinigten Königreich hingegen sehen die Männer im mittleren Alter ihre Teilhabechancen höher als die unter 25-Jährigen und die zumindest 65-Jährigen.

Abbildung 24: Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur Beteiligung nach Alter 2014/15

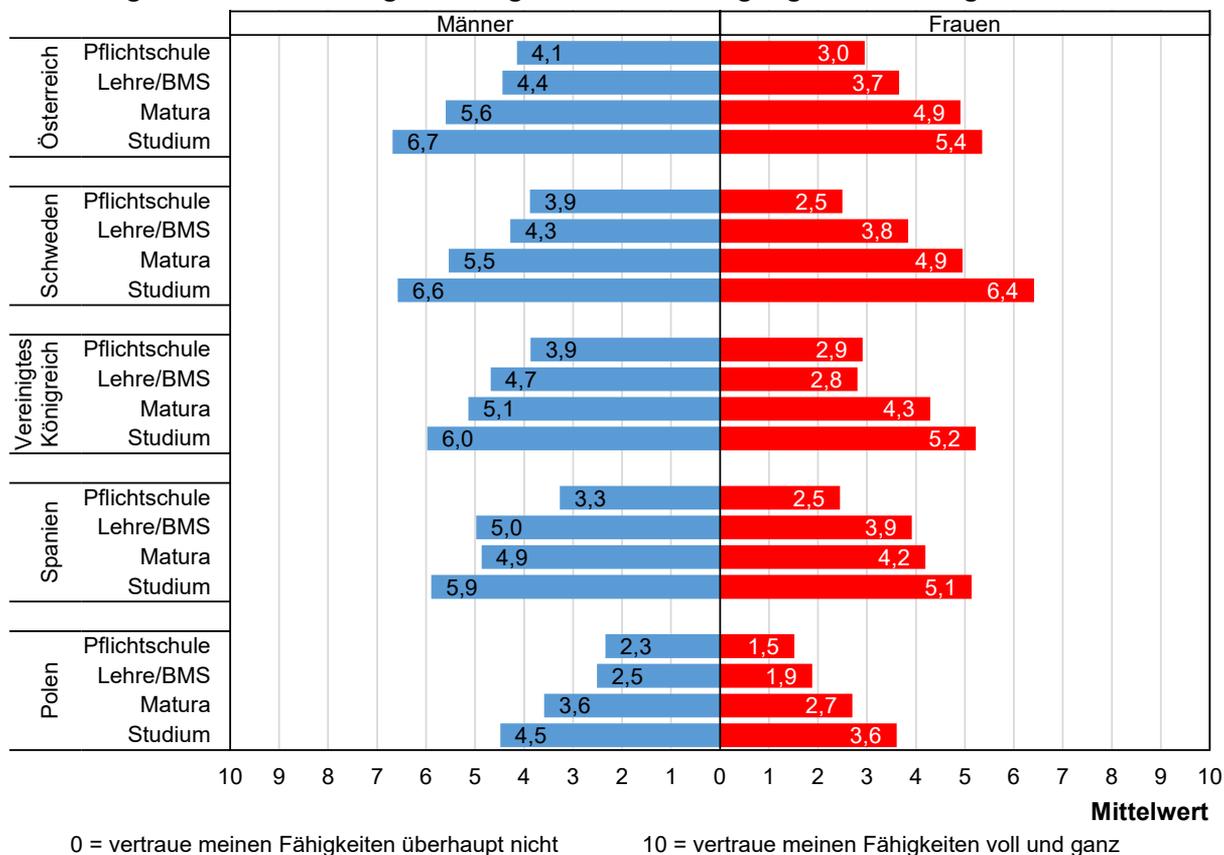


Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Die eigene Bildung hat den stärksten und eindeutigsten Einfluss auf die Wahrnehmung der eigenen politischen Fähigkeiten. Wie Abbildung 25 veranschaulicht, steigt in allen Ländern mit dem Bildungsgrad die positive Selbsteinschätzung.

Vergleicht man die Situation nach Ländern, sind sich Österreich und Schweden bei den Einschätzungen innerhalb der gleichen Bildungsniveaus sehr ähnlich. Polen liegt überall deutlich unter den anderen Ländern. So haben in Polen die Akademiker/innen ein ähnlich niedriges Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten wie die Lehr-/BMS-Absolvent/innen in Österreich.

Abbildung 25: Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur Beteiligung nach Bildung 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

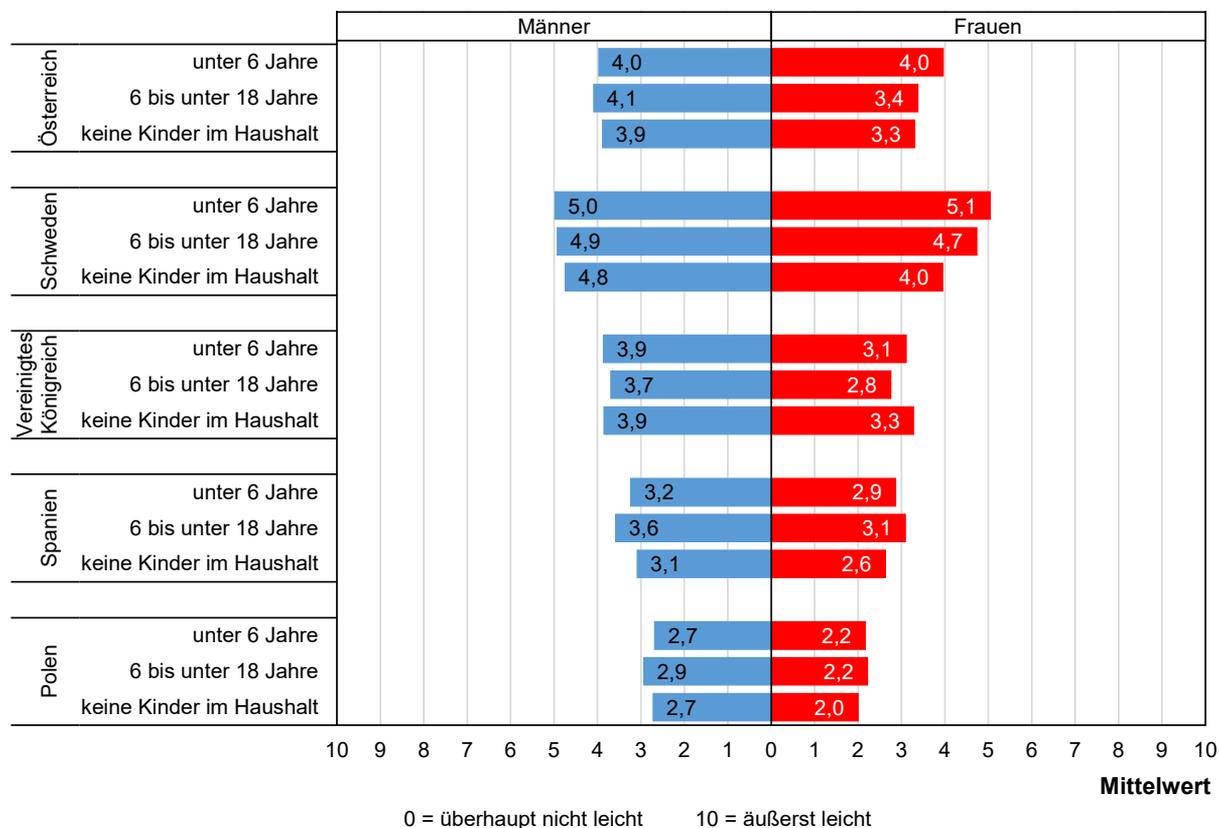
4.3.4 Einfachheit der eigenen politischen Beteiligung

Neben der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten wurde auch gefragt, wie leicht es einem fällt, sich politisch zu beteiligen. Die Frage hierzu lautet: „Wie leicht finden Sie es, sich selbst am politischen Geschehen zu beteiligen?“ Diese Frage wurde allen Untersuchungsteilnehmer/innen gestellt, unabhängig davon, ob und in welcher Weise sie tatsächlich politisch aktiv sind. Zusammenhänge mit der Mitarbeit in Parteien werden in Kapitel 4.4.2.2, Abbildung 36 behandelt.

Wie leicht oder schwer die Möglichkeit der politischen Beteiligung erscheint, hängt kaum vom Alter der Kinder ab (Abbildung 26). Bei den Männern sind die Zusammenhänge in keinem Land signifikant, bei den Frauen nur in Schweden und im Vereinigten Königreich. In Schweden empfinden es Mütter von Kleinkindern am leichtesten, sich politisch zu beteiligen. Dass Frauen ohne Kinder unter 18 Jahren dies schwieriger empfinden, hängt zum Teil mit dem eigenen Alter zusammen. Denn über 65-Jährige, die meist keine Kinder unter 18 Jahren haben, erachten eine eigene politische Beteiligung als recht schwierig (Abbildung 27).

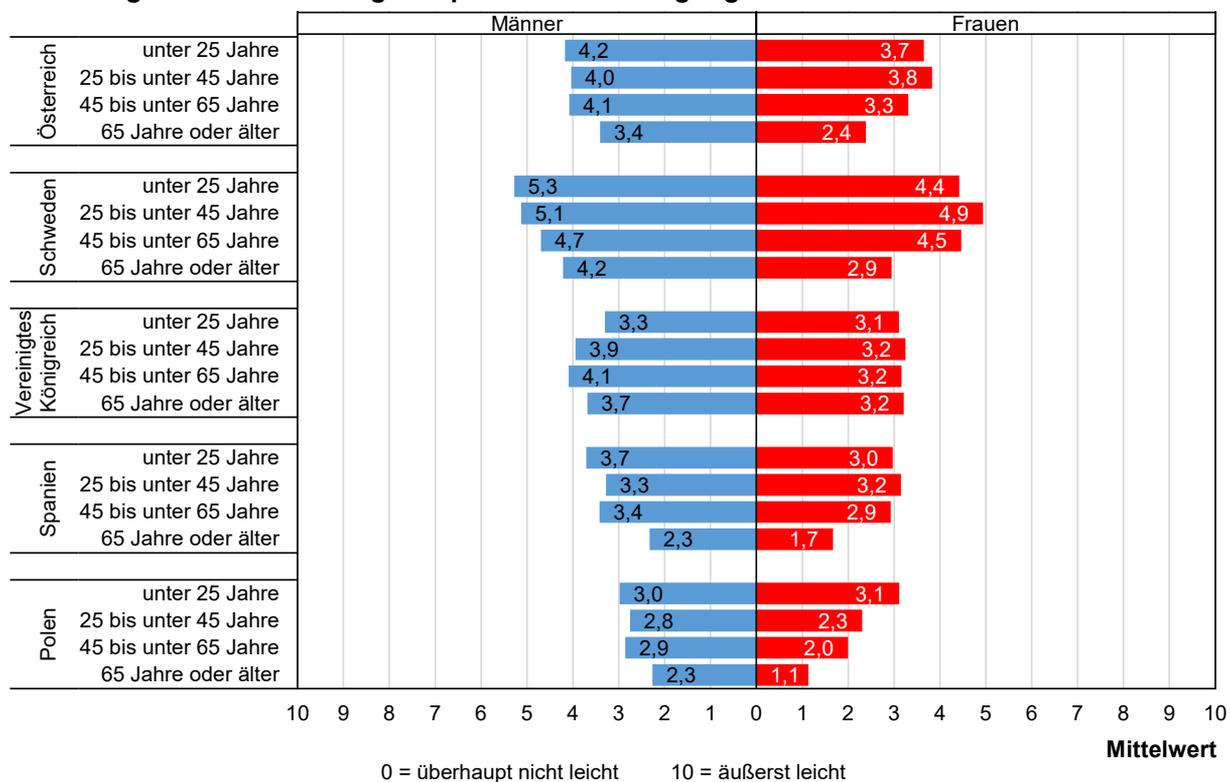
Der geringe Einfluss von eigenen Kindern scheint mit dem im ESS sehr weit gefassten Politikbegriff zusammenzuhängen. Bei der realisierten Beteiligung zeigen sich je nach Betätigungsfeld zum Teil sehr deutliche Effekte bezüglich der Kinder. (vgl. Kapitel 4.4).

Abbildung 26: Einfachheit eigener politischer Beteiligung nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Abbildung 27: Einfachheit eigener politischer Beteiligung nach Alter 2014/15



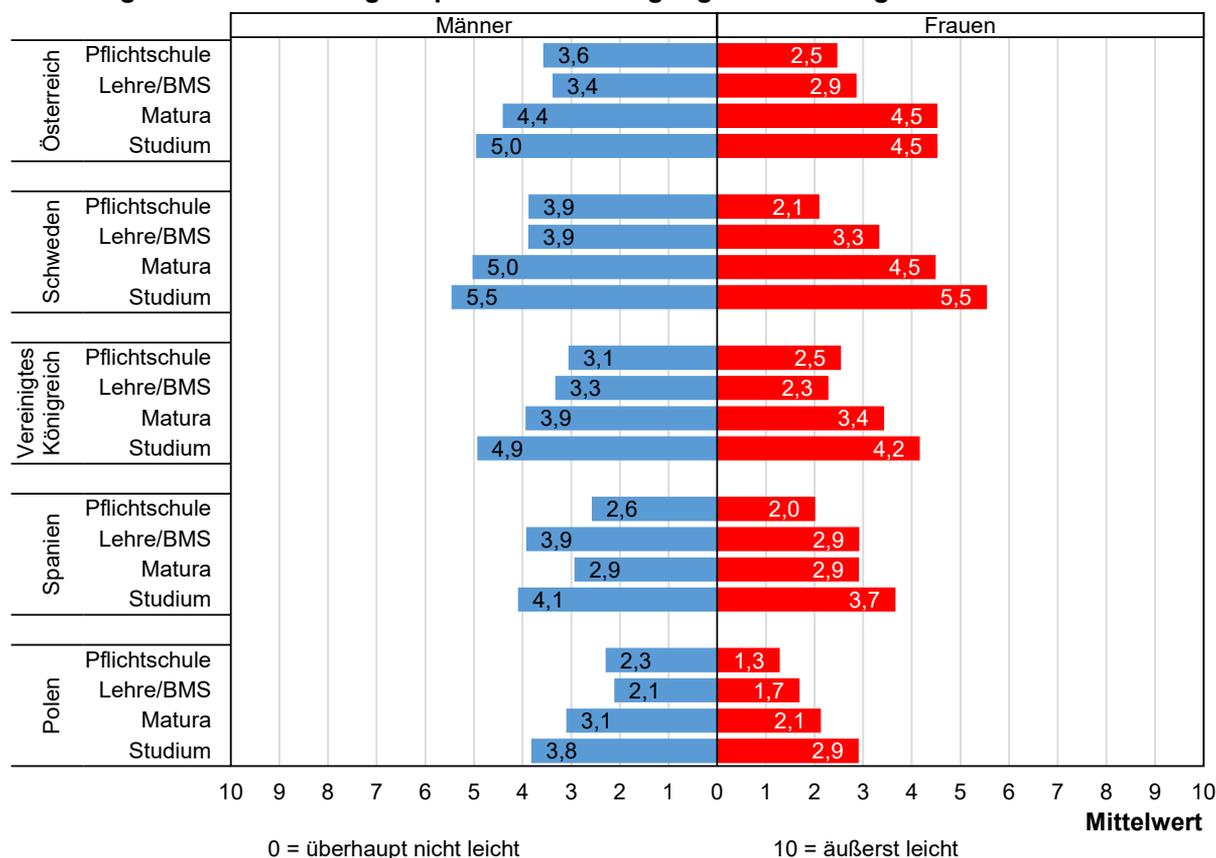
Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Mit Ausnahme der österreichischen und polnischen Männer sowie der Frauen aus dem Vereinigten Königreich sind die Zusammenhänge zwischen dem Alter und der Schwierigkeit, sich zu beteiligen, immer signifikant. Speziell Personen ab 65 Jahren halten eine eigene Teilhabe am politischen Geschehen für schwierig. Bei dieser Fragestellung wirken neben den eigenen tatsächlich vorhandenen oder fehlenden Kompetenzen auch Umfeldfaktoren mit, stärker als bei der vorigen Frage zum Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Eine etwas abweichende Entwicklung über das Alter zeigen die Männer im Vereinigten Königreich. Die jüngeren Männer stufen die Beteiligungsmöglichkeit als schwerer ein als Befragte im mittleren Alter, bei den Frauen im Vereinigten Königreich gibt es überhaupt keine signifikanten Alterseffekte.

Wie bei den Fragen zuvor wirkt sich auch eine höhere Bildung positiv auf die Einschätzungen aus. Die Abgrenzung durch die Matura ist in Österreich an dieser Stelle markant ausgeprägt. Personen mit Pflichtschul- und Lehre-/BMS-Abschluss antworten in Österreich sehr ähnlich, ebenso Personen mit Studium oder mit Matura als höchstem Abschluss. Ein Studium nach der Matura scheint die wahrgenommenen Teilhabechancen nicht massiv zu erhöhen. Dies spiegelt sich auch bei der realisierten Partizipation (vgl. Kapitel 4.4) wider. In den anderen Ländern ist diese Zweiteilung weniger stark ausgeprägt.

Abbildung 28: Einfachheit eigene politische Beteiligung nach Bildung 2014/15



Quelle: ESS Wellen 7; eigene Berechnung ÖIF

4.4 Formen der politischen Partizipation

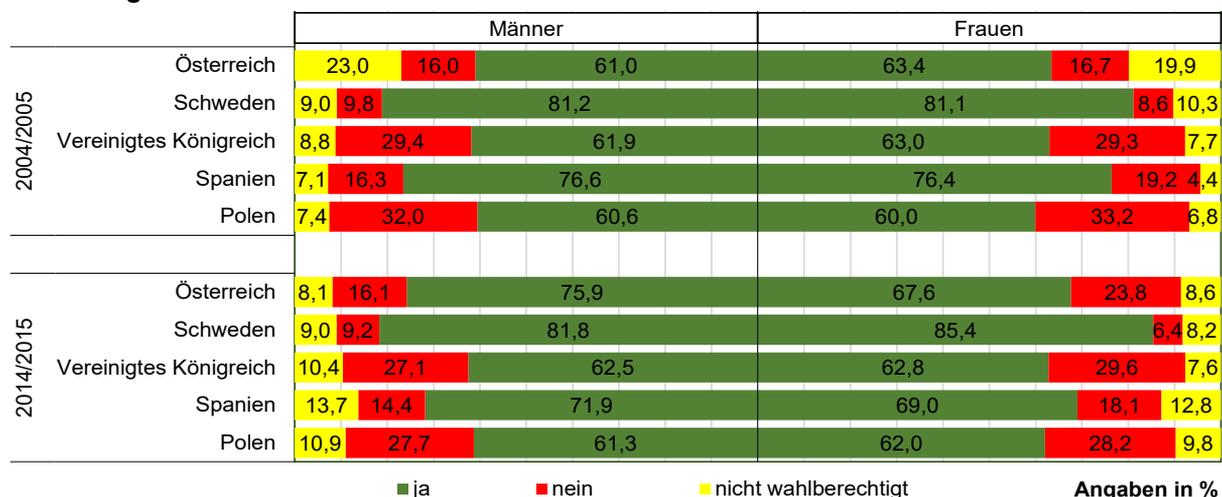
Zuvor wurden Einstellungen zur Politik und die Wahrnehmung der grundsätzlichen Chancen dargestellt. Dieses Kapitel widmet sich der realen Umsetzung der Möglichkeiten der Politikpartizipation, indem die konkreten Formen der politischen Aktivitäten untersucht werden.

Eine institutionalisierte Form der politischen Partizipation ist die Teilnahme an Wahlen. Wie sehr die Befragten des ESS diese Möglichkeit genutzt haben, wird in Kapitel 4.4.1 beschrieben. Neben dieser Beteiligungsform gibt es auch Formen, die eher themenzentriert bzw. punktuell sind, wie zum Beispiel die Beteiligung an Unterschriftenaktionen oder Demonstrationen; es können auch langfristige Aufgaben übernommen werden, beispielsweise durch die Mitarbeit in einer Partei. Diese speziellen Partizipationsformen werden in Kapitel 4.4.2 analysiert.

4.4.1 Teilnahme an Wahlen

Im ESS wurde die Wahlbeteiligung bei den letzten nationalen Wahlen (dies sind in Österreich die Nationalratswahlen 2002 bzw. 2013) erhoben. Die österreichische Version der Frage im ESS 2014/15 hierzu lautete: *„Manche Menschen wählen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht mehr. Haben Sie bei der letzten Nationalratswahl im September 2013 gewählt?“* Aufgrund der Grundgesamtheit (auch Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und Personen, die das notwendige Alter noch nicht erreicht haben) gab es neben den Antwortmöglichkeiten „ja“ und „nein“ auch die Option „nicht wahlberechtigt“.

Abbildung 29: Teilnahme an den letzten nationalen Wahlen 2004/05 und 2014/15



Quelle: ESS Wellen 2 und 7; eigene Berechnung ÖIF

In Österreich ist der Anteil der nicht-wahlberechtigten Befragten von 2004/05 auf 2014/15 um über 10 Prozentpunkte gesunken. Zum Teil erklärt sich dies durch die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre. 2004/05 gab es in der österreichischen Stichprobe zudem mehr junge Befragte als 2014/15. Dies verstärkt den Effekt der Herabsetzung des Wahlalters. In Schweden und dem Vereinigten Königreich hat sich dieser Anteil kaum verändert, in Polen ist er leicht, in Spanien etwas deutlicher angestiegen. Betrachtet man nur die Wahlberechtigten, ist die Wahlbeteiligung in Polen und im Vereinigten Königreich am niedrigsten. Sie liegt zu beiden Zeitpunkten bei Männern und Frauen bei etwa zwei Drittel. Besonders hoch ist sie hingegen in Schweden mit rund 90 %. Das hohe politische Interesse spiegelt sich in Schweden

in der hohen Wahlbeteiligung wider. Österreich und Spanien liegen mit rund 80 %⁵² im Mittelfeld. Im Laufe der Zeit haben sich Geschlechterunterschiede bei der Wahlbeteiligung herausgebildet. War sie 2004/05 in allen Ländern in etwa gleich hoch, so war sie 2014/15 in Österreich und Spanien bei den Männern und in Schweden bei den Frauen höher. In Österreich und in Spanien gehen 2014/15 diese Wahlbeteiligungsunterschiede mit den Interessensunterschieden (Abbildung 15) einher, in Schweden stehen sie allerdings im Widerspruch dazu. Obwohl schwedische Frauen weniger an Politik interessiert sind als schwedische Männer, gehen sie öfter wählen.

4.4.2 Unkonventionellere Formen der politischen Partizipation

Im Rahmen der Literaturanalyse wurde die These aufgestellt, dass es verschiedene Formen der politischen Beteiligung gibt und dass Frauen und Männer in den einzelnen Bereichen unterschiedlich stark partizipieren. Neben politischen Funktionen im engeren Sinn ist auch eine Beteiligung beispielsweise über Bürgerinitiativen oder Unterschriftenaktionen möglich. Im ESS werden auch diese weiteren Mitgestaltungsformen näher beleuchtet.

4.4.2.1 Überblick zu speziellen Formen der politischen Partizipation

Die speziellen politischen Aktivitäten der Befragten wurden mit folgender Frage und den dazugehörigen **Unterfragen (mit den Antwortmöglichkeiten „ja“ und „nein“ erhoben: „Es gibt verschiedene Wege, die Lage in Österreich zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt? Haben Sie ...“**

„... in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet?“ In der Abbildung 30 wird der Anteil der Ja-Antworten auf diese Frage im Balken „in Partei mitgearbeitet“ dargestellt.

„... in irgendeiner anderen Organisation oder Vereinigung mitgearbeitet?“ In der Abbildung 30 wird der Anteil der Ja-Antworten auf diese Frage im Balken „in anderer Organisation mitgearbeitet“ dargestellt.

„... einen Politiker oder einen Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierung oder der Gemeindeverwaltung kontaktiert?“ In Abbildung 30 wird der Anteil der Ja-Antworten auf diese Frage im Balken „Politiker/in kontaktiert“ dargestellt.

„... sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt?“ In der Abbildung 30 wird der Anteil der Ja-Antworten auf diese Frage im Balken „an Unterschriftensammlung beteiligt“ dargestellt.

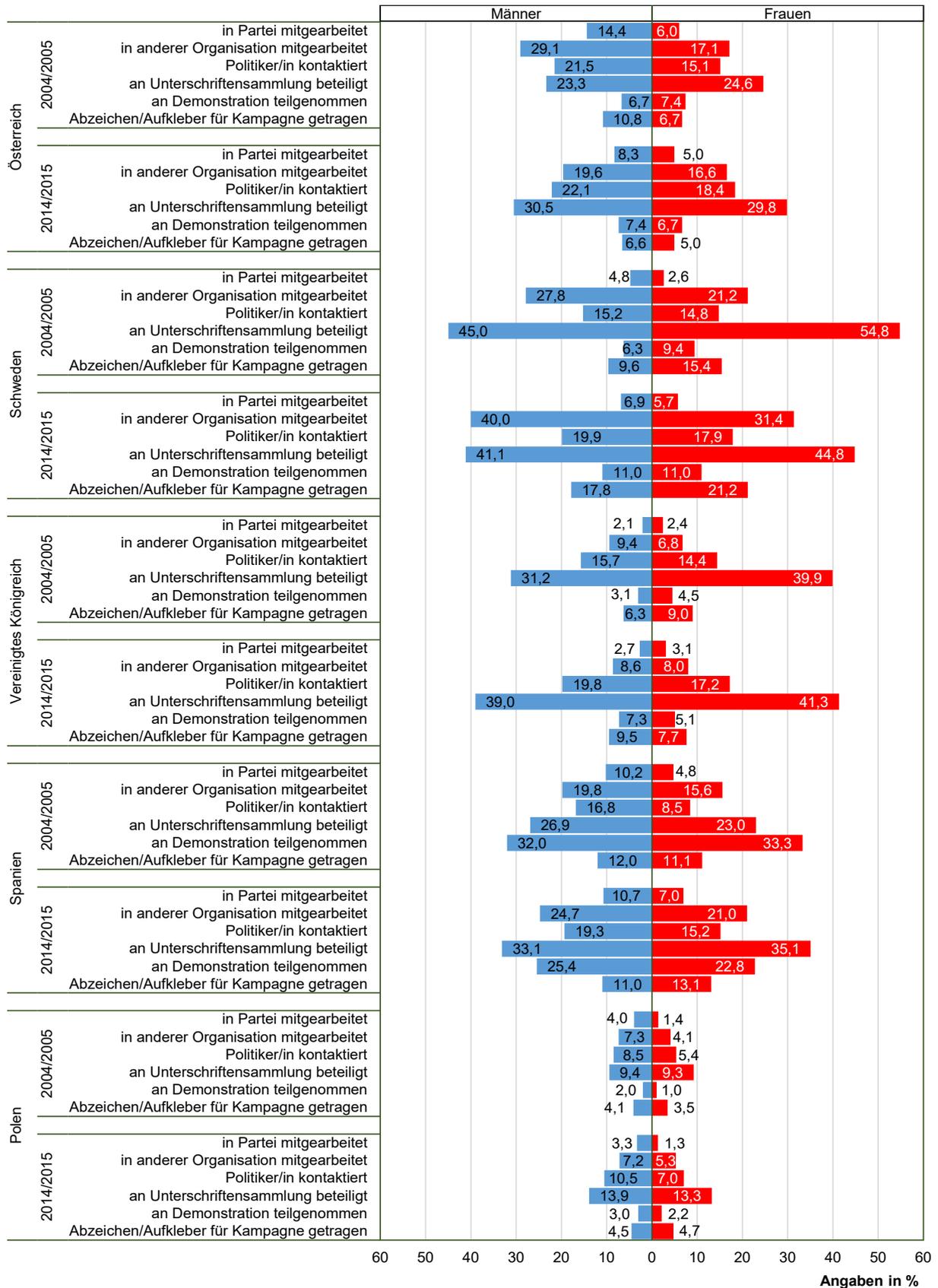
„... an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?“ In der Abbildung 30 wird der Anteil der Ja-Antworten auf diese Frage im Balken „an Demonstration teilgenommen“ dargestellt.

„... ein Abzeichen oder einen Aufkleber für eine politische Kampagne getragen oder irgendwo befestigt?“ In der Abbildung 30 wird der Anteil der Ja-Antworten auf diese Frage im Balken „Abzeichen/Aufkleber für Kampagnen getragen“ dargestellt.

⁵² Die 80 % entsprechen den gerundeten Werten im ESS. Die tatsächliche Wahlbeteiligung betrug laut Innenministerium bei den Nationalratswahlen 2002 84,3 % (https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2013/start.aspx; abgerufen am 11.04.2019) und bei den Nationalratswahlen 2013 74,9 % (https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2002/start.aspx; abgerufen am 11.04.2019).

Abbildung 30 bietet einen Überblick über alle Fragen. Die detaillierten Auswertungen nach den demografischen Merkmalen erfolgen anschließend in den Kapiteln 4.4.2.2 bis 4.4.2.5.

Abbildung 30: Spezielle politische Aktivitäten 2004/05 und 2014/15



Quelle: ESS Wellen 2 und 7; eigene Berechnung ÖIF

Vor allem bei den punktuellen Aktivitäten ist zu beachten, dass nur gefragt wurde, ob man **zumindest einmal** im letzten Jahr diese Form der Beteiligung genutzt hat oder nicht. Die Intensität der Beteiligung wurde hingegen nicht erfasst. Ob jemand einmal oder mehrmals an Demonstrationen teilgenommen hat, ist daher nicht ersichtlich.

Ob und in welcher Form man politisch aktiv wird, ist stark länderabhängig. In Polen sind in allen Bereichen nur sehr wenige Befragte aktiv. Von 2004/05 auf 2014/15 gab es kaum Veränderungen. In Schweden und Spanien sind die Befragten hingegen meist aktiver als in den anderen Ländern.

Die Beteiligung an Unterschriftenaktionen ist die am häufigsten genutzte Form der politischen Partizipation. Abgesehen von Polen haben sich 2014/15 jeweils rund 30 % bis 40 % der Frauen und Männer an zumindest einer Unterschriftenaktion beteiligt. Geschlechtsspezifische Unterschiede treten aktuell nicht auf. Mit Ausnahme von Schweden hat diese Beteiligungsform seit 2004/05 an Bedeutung gewonnen. Die Leistung einer Unterschrift ist ein punktuelles Ereignis mit eher geringem zeitlichem Aufwand. Somit lässt es sich leichter umsetzen als andere Formen der politischen Mitgestaltung. Die generellen Unterschiede zwischen den Ländern können sich aus der Anzahl der grundsätzlich durchgeführten Unterschriftenaktionen und aus der Teilnahmebereitschaft an diesen erklären. Welcher Faktor stärker wirkt, kann aus den ESS-Daten nicht abgeleitet werden.

Die Teilnahme an Demonstrationen erfolgt ebenso nur punktuell, sie erfordert aber zum Teil einen höheren Aufwand. Während man Unterschriften meist auch in ländlichen Regionen leisten kann, finden Demonstrationen eher im städtischen Bereich statt. Die potenziell längere Anreise ist für viele mit einem höheren Zeit- und Kostenaufwand verbunden. An Demonstrationen beteiligen sich daher weniger Befragte, meist weniger als 10 %. Nur Spanien sticht deutlich heraus: 2004/05 haben rund ein Drittel und 2014/15 ein Viertel an Demonstrationen teilgenommen. Frauen und Männer unterscheiden sich in ihrem Demonstrationsverhalten kaum voneinander (2014/15 nur im Vereinigten Königreich, 2004/05 nur in Schweden).

Das Tragen von Aufklebern und Abzeichen für Kampagnen hat in Österreich und Polen kaum Bedeutung. Jeweils weniger als 7 % setzten 2014/15 auf diese Weise ein Zeichen. An der Spitze liegt Schweden mit über 15 %. Seit 2004/05 hat sich dieser Anteil in Schweden sogar deutlich erhöht. Zwischen Männern und Frauen treten 2014/15 keine signifikanten Unterschiede auf.

Eine deutlich aktivere, politikverbundene Handlung ist der direkte Kontakt zu Politiker/innen. Man trägt damit zwar nicht unmittelbar zur Umsetzung einer Forderung oder Maßnahme bei, kann aber den politischen Entscheidungsträger/innen eine inhaltliche Position näherbringen. In Österreich wird diese Form der politischen Partizipation tendenziell öfter genutzt als in den anderen Ländern, der Abstand zu diesen ist aber meist gering. Abgesehen von Polen haben jeweils 15 % bis 22 % der Männer und 15 % bis 18 % der Frauen zumindest einmal innerhalb des letzten Jahres vor der Befragung eine/n Politiker/in kontaktiert. 2014/15 treten in Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Ob man Politiker/innen kontaktiert oder nicht, hängt erwartungsgemäß stark von der eigenen Mitarbeit in einer Partei ab. In Österreich kontaktieren 56 % der Frauen, die in einer Partei mitarbeiten, Politiker/innen; unter denen, die nicht in Parteien aktiv sind,

hingegen nur 14 %. Bei den österreichischen Männern liegen diese Anteile bei 64 % (in Partei tätig) bzw. bei 16 % (nicht in Partei tätig).

Die zuvor beschriebenen Partizipationsformen sind eher punktuell und wenig zeitintensiv. Die aktive Mitarbeit in Parteien oder in anderen Organisationen ist in der Regel längerfristig und somit mit einem anhaltend hohen Zeitaufwand verbunden.

In allen fünf Ländern ist man eher in allgemeinen Organisationen als in Parteien aktiv. Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen. Angesichts der vergleichsweise größeren Anzahl an Organisationen ist dies auch zu erwarten. Der in der Literatur beschriebene Effekt, dass Frauen eher Interesse und Aktivität im außerparteilichen Politikbereich haben, zeigt sich auch im ESS, er gilt in dieser Form aber auch für Männer. Das Geschlecht als Erklärungsfaktor für die Art der politischen Beteiligung ist aus dem ESS somit nur eingeschränkt ablesbar. Eine relativ geringe Bedeutung hat die Organisationsmitarbeit im Vereinigten Königreich und in Polen. Jeweils weniger als 10 % der Befragten üben ein solches Engagement aus. Besonders aktiv ist man hingegen in Schweden: 40 % der befragten Männer und 30 % der befragten Frauen engagieren sich in Organisationen. Gegenüber 2004/05 ist dies eine Steigerung um rund 10 Prozentpunkte. Bei den österreichischen Männern ging eine solche Beteiligung hingegen um knapp 10 Prozentpunkte zurück, bei den österreichischen Frauen gab es kaum Veränderungen. Die Angleichung zwischen Männern und Frauen fand in Österreich somit nach unten statt. Die Frauen haben ihre Aktivitäten nicht auf das frühere Männer-Niveau angehoben, sondern die Männer ihres annähernd auf das Frauen-Niveau herabgesetzt. Diese Entwicklung ist in den anderen Ländern nicht gegeben. Um welche Art von Organisation es sich handelt, ist aus den ESS-Daten nicht ersichtlich. In der Frageformulierung heißt es zwar *„die Lage in Österreich zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden“*, wie sehr und in welcher Form diese Organisationen dies aber tatsächlich versuchen, ist unklar.

Die Mitarbeitsmöglichkeiten in Parteien und politischen bzw. parteinahen Gruppierungen sind vielfältig und reichen über die Position als Politiker/in weit hinaus. So fallen zum Beispiel Mitarbeiter/innen in Parlamentsklubs in diese Gruppe, aber auch Personen, die an der Parteibasis oder in Vorfeldorganisationen (z. B. Jugend- oder Pensionist/innen- und Senior/innenorganisationen, Studierendenvertretungen, Gewerkschaften) arbeiten. Eine bloße Parteimitgliedschaft (diese wurde im ESS 2014/15 nicht abgefragt) fällt allerdings nicht unter eine Parteimitarbeit. Welche Art der Partei- und Gruppierungsmitarbeit genau geleistet wird, wurde im ESS nicht erfasst. Somit lässt sich auch nicht sagen, ob Frauen und Männer an ähnlichen oder vorwiegend an anderen Partei- oder parteinahen Funktionen beteiligt sind. Eine direkte Gegenüberstellung der ESS-Ergebnisse mit den Daten aus Kapitel 3 ist daher nicht möglich.

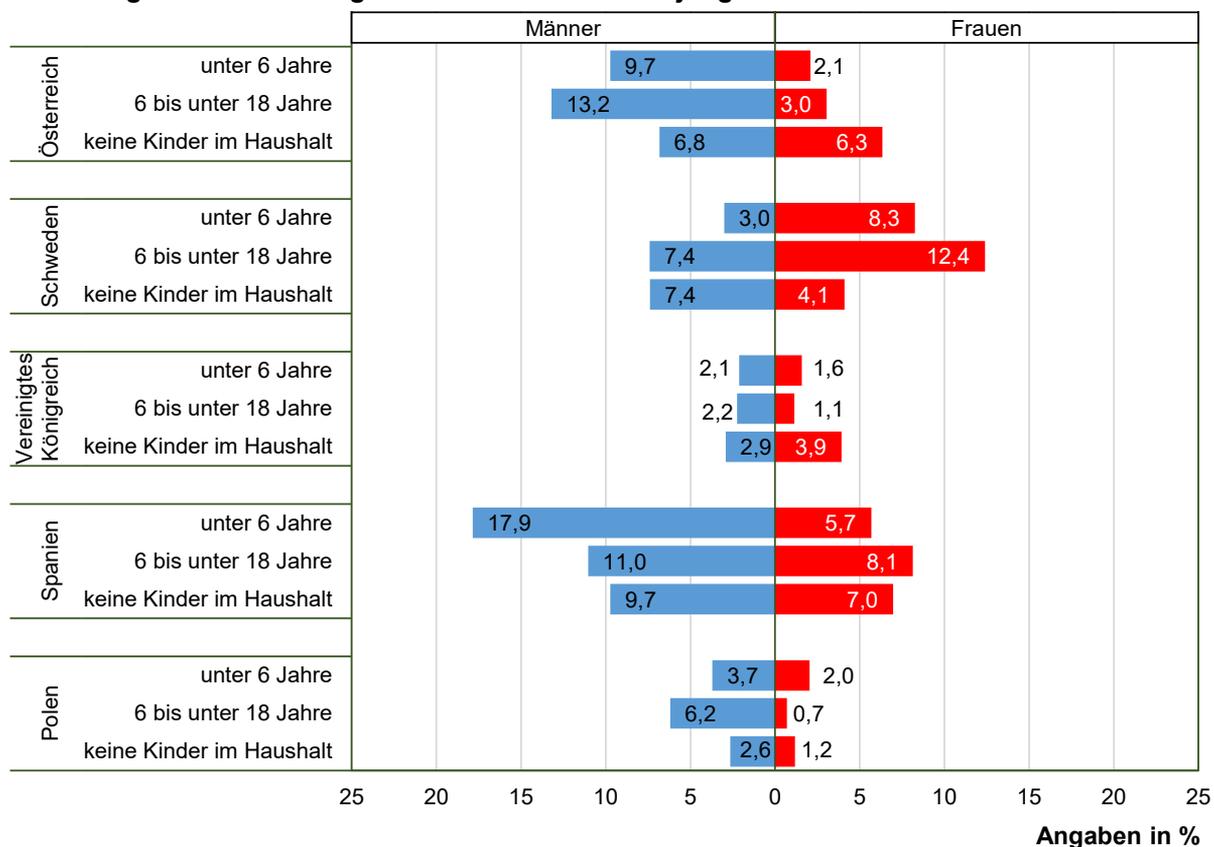
Bei der Parteimitarbeit ist in Österreich ein ähnlicher Trend erkennbar wie bei der Mitarbeit in anderen Organisationen: Männer sind 2014/15 deutlich seltener in Parteien aktiv als 2004/05 (- 6,1 Prozentpunkte). Kaum Rückgänge gab es hingegen bei den Frauen (- 1,0 Prozentpunkte). Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind wegen des sinkenden Engagements der Männer zurückgegangen; sie sind aber immer noch signifikant. Im Ländervergleich waren 2004/05 die österreichischen Frauen und Männer aktiver als in den übrigen Ländern. Der deutliche Rückgang bei den Männern kann somit zum Teil als Anpassung an den europäischen

Durchschnitt gesehen werden. Neben Österreich ist auch die spanische Bevölkerung vergleichsweise oft in Parteien aktiv. In Polen hat politische Partizipation durch Mitarbeit in Parteien kaum Bedeutung für Männer wie Frauen.

4.4.2.2 Mitarbeit in politischen Parteien und Gruppierungen

Das Alter des jüngsten Kindes (Abbildung 31) steht nur in Österreich (bei Männern und Frauen) sowie in Schweden (nur bei den Frauen) in signifikantem Zusammenhang mit der parteipolitischen oder parteinahen Partizipation der Befragten, wobei dieser Zusammenhang in den beiden Ländern genau entgegengesetzt besteht. In Österreich scheinen Kinder wegen der Vereinbarkeitsproblematiken von Familie und Beruf für Frauen einen Hemmfaktor für die Arbeit im Umfeld einer Partei darzustellen. Dass österreichische Frauen, wie in der Literatur angedeutet, eine Politikkarriere im engeren Sinne oft erst dann starten, wenn die Kinder bereits älter sind, scheinen die ESS-Daten zu bestätigen. Frauen ohne Kinder unter 18 Jahren sind doppelt so oft in diesem Bereich aktiv wie Frauen mit minderjährigen Kindern. Ob die Kinder unter 6 Jahre oder 6 bis unter 18 Jahre alt sind, spielt dabei keine Rolle. Die Vereinbarkeitsproblematiken bestehen demnach auch noch, wenn die Kinder bereits zur Schule gehen. Entgegengesetzt verhält es sich bei den österreichischen Männern sowie bei schwedischen Frauen: Haben diese keine Kinder unter 18 Jahren, sind sie am seltensten in einer Partei tätig. Schwedische Mütter und österreichische Väter mit Kindern von 6 bis unter 18 Jahren beteiligen sich in diesem Bereich am häufigsten. In Spanien sind jüngere Väter tendenziell öfter in die Parteiarbeit eingebunden als andere Männer; diese Unterschiede sind jedoch nicht signifikant.

Abbildung 31: In Partei mitgearbeitet nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

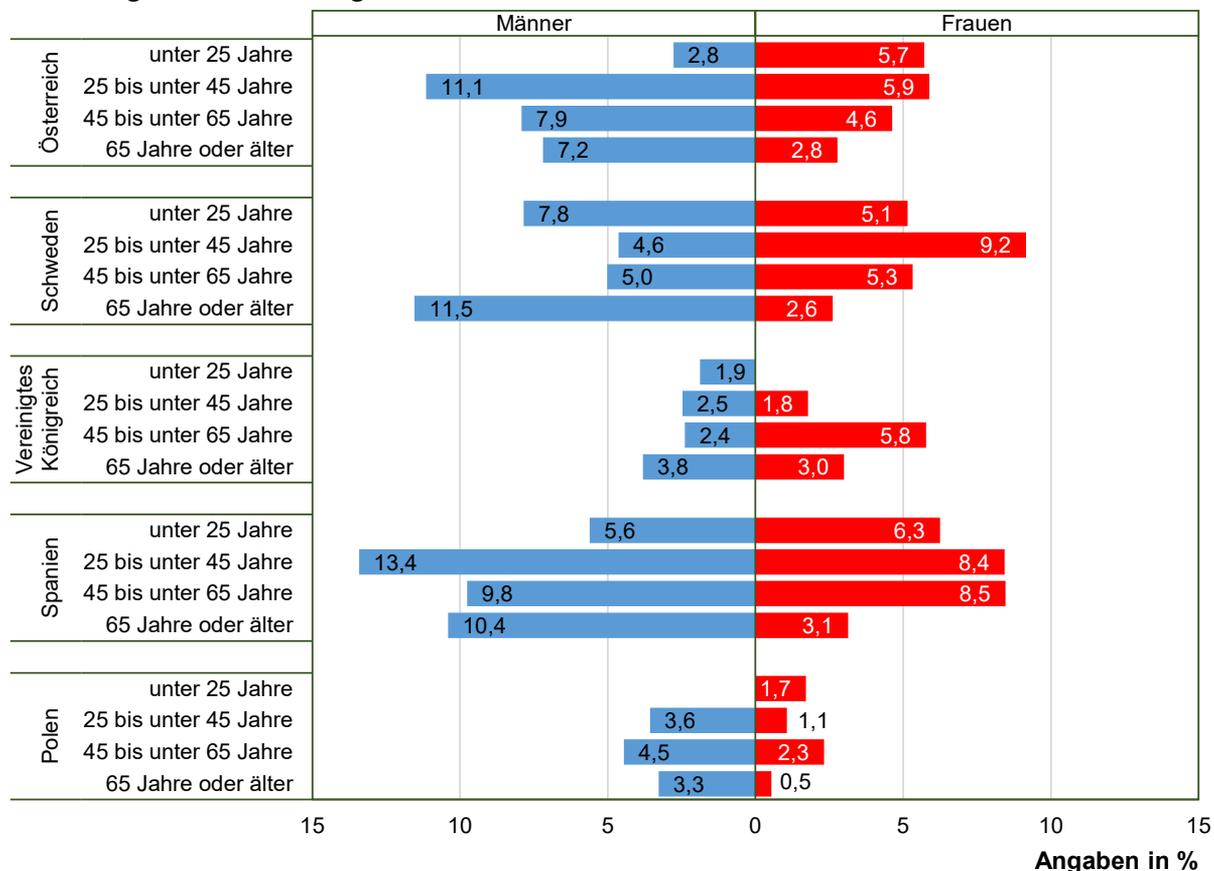
Das eigene Alter (Abbildung 32) wirkt sich nur selten signifikant auf eine Mitarbeit in einer Partei aus. Signifikant ist der Zusammenhang nur bei den Männern in Österreich und Schweden sowie bei den Frauen in Schweden und dem Vereinigten Königreich. Der Alterstrend verläuft in Schweden bei Männern und Frauen dabei vollkommen konträr. Unter 25-jährige und zumindest 65-jährige Schweden arbeiten besonders oft in einer Partei, 25- bis unter 65-Jährige hingegen deutlich seltener. Bei den Schwedinnen sind hingegen jene im mittleren Alter aktiver als die unter 25-Jährigen und die zumindest 65-Jährigen. Bei den 25- bis unter 45-Jährigen leisten in Schweden die Frauen signifikant öfter parteinahe Arbeit als die gleichaltrigen Männer. Signifikante Abweichungen in diese Richtung gibt es sonst nur bei den 45- bis unter 65-Jährigen im Vereinigten Königreich.

In Österreich sind junge Männer besonders selten für die Parteiarbeit zu motivieren. Der Sprung von den unter 25-Jährigen zu den 25- bis unter 45-Jährigen ist hier größer als in allen anderen Ländern. Tendenziell zeigt sich dieser Sprung bei den österreichischen Männern auch im grundlegenden politischen Interesse (vgl. Abbildung 17). Bei den österreichischen Frauen wirkt sich der ebenfalls große Interessensunterschied aber nicht auf das Ausmaß der parteipolitischen Beteiligung aus. Junge, grundsätzlich interessierte Männer scheinen somit in Österreich schwerer für eine aktive parteinahe Tätigkeit zu motivieren zu sein als junge interessierte Frauen.

In Abbildung 32 gibt es bei den unter 25-Jährigen keinen Frauen-Balken für das Vereinigte Königreich und keinen Männer-Balken für Polen. In diesen beiden Ländern sind keine befragten Frauen bzw. Männer unter 25-Jahren in einer Partei aktiv. Dies bedeutet nicht, dass im ganzen Land tatsächlich niemand eine solche Position innehat, sondern dass dies nur sehr selten der Fall ist. Da nur wenige unter 25-Jährige in der Gesamtbevölkerung in einer Partei tätig sind, gelangte niemand von ihnen in die Stichprobe.

Beim Alter zeigen sich in Österreich Zusammenhänge zwischen der Einschätzung der Möglichkeiten und der tatsächlichen Partizipation in Form einer Mitarbeit in einer politischen Partei (Abbildung 32). Frauen unter 45 Jahren und Männer von 25 bis unter 65 Jahren schätzen nicht nur ihre Fähigkeiten zur Politikbeteiligung höher ein, sie arbeiten auch öfter in Parteien mit.

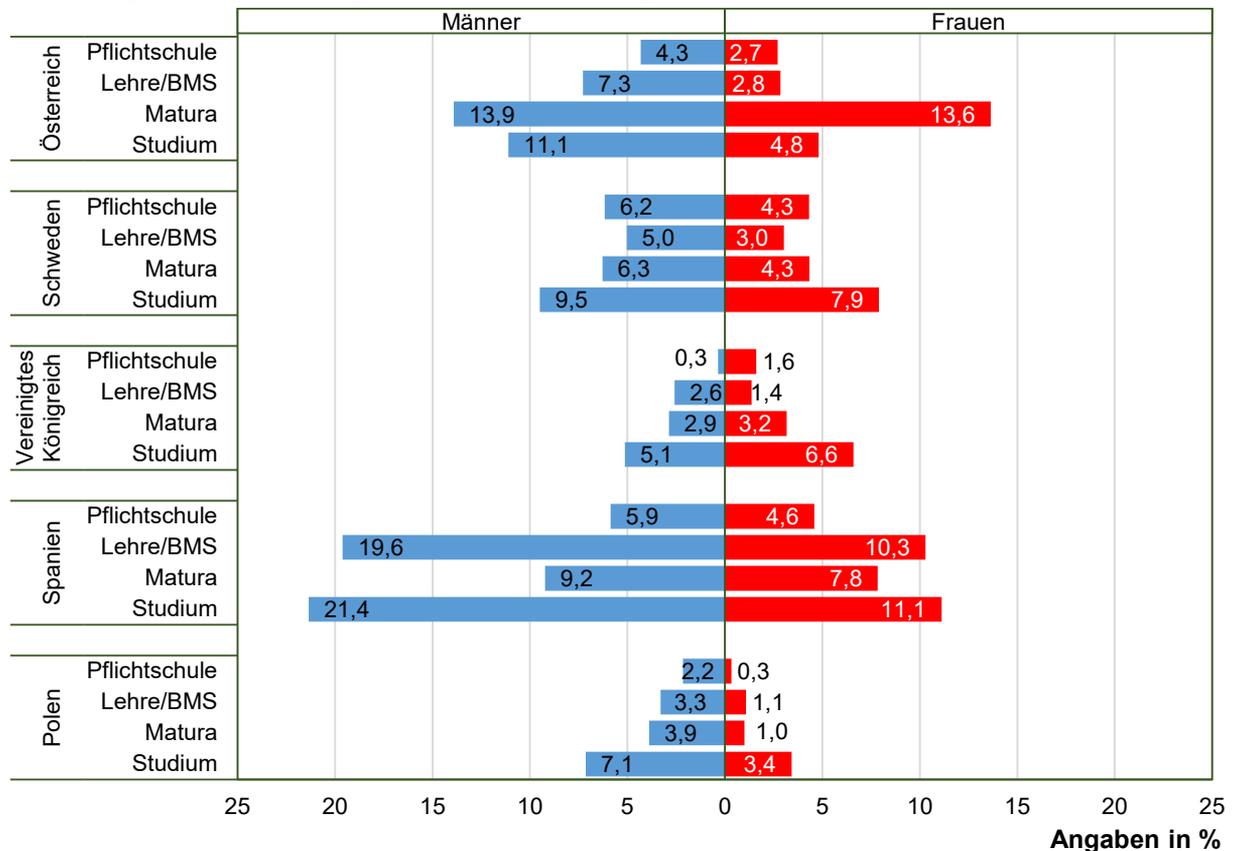
Abbildung 32: In Partei mitgearbeitet nach Alter 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Tendenziell steigt mit dem Bildungsgrad die Häufigkeit der parteibezogenen Partizipation. Österreich weicht im oberen Bereich von den anderen untersuchten Ländern etwas ab. Männer und Frauen mit Matura aber ohne Studienabschluss arbeiten in Österreich öfter für Parteien als Akademiker/innen; in den übrigen Ländern verhält es sich umgekehrt. In Spanien weichen die Befragten mit einer Berufsausbildung ohne Matura deutlich vom Trend ab; dies ist allerdings nur eine sehr kleine Gruppe unter den Befragten.

Abbildung 33: In Partei mitgearbeitet nach Bildung 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

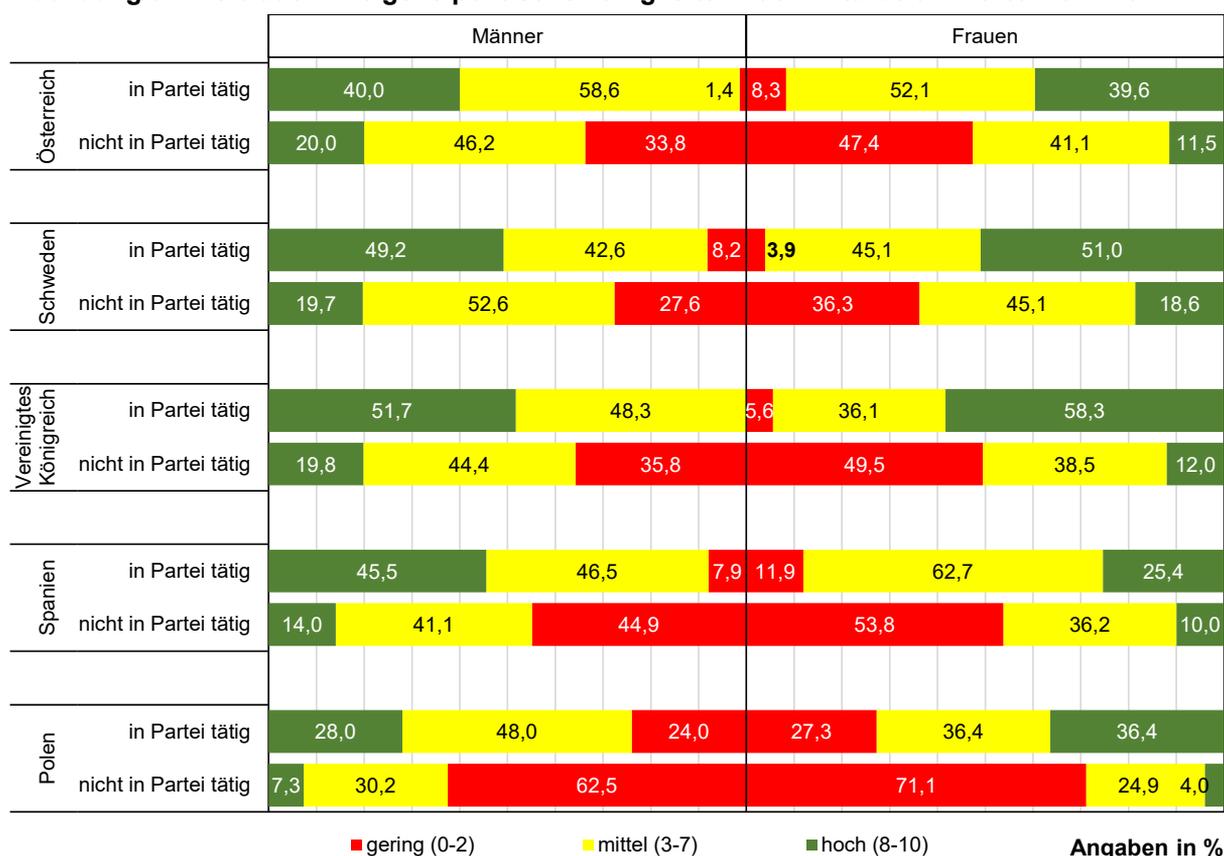
Ob man sich im Umfeld einer Partei engagiert oder nicht, hängt nicht nur von demografischen Merkmalen, sondern auch von der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten (vgl. Kapitel 4.3) ab. In Abbildung 34 werden diese beiden Aspekte zusammengeführt. Im jeweils oberen Länderbalken werden die Antworten der Befragten abgebildet, die in einer Partei mitarbeiten, im jeweils unteren Balken jene, die nicht auf diese Weise partizipieren. Dafür wurde die Frage „Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen beteiligen zu können?“ herangezogen. Deren Antwortmöglichkeiten 0 bis 2 wurden zur Kategorie „gering“, die Antwortmöglichkeiten 3 bis 7 zu „mittel“ und die Antwortmöglichkeiten 8 bis 10 zu „hoch“ zusammengefasst.

Erwartungsgemäß haben in Parteien aktive Personen ein höheres Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten als Personen, die keine Parteiarbeit leisten. Unter den Aktiven unterscheiden sich die Männer und die Frauen nur in Spanien in ihren Haltungen. Spanische Parteimitarbeiter haben ein höheres Selbstvertrauen als spanische Parteimitarbeiterinnen. Bemerkenswert ist hierbei Polen. Rund ein Viertel der in Parteien aktiven Frauen und Männer haben nur ein geringes Vertrauen in die eigenen Teilnahmefähigkeiten. Ein geringes Selbstvertrauen wirkt in Polen weniger hemmend, sich in einer Partei aktiv zu beteiligen als in anderen Ländern. Das andere Extrem ist das Vereinigte Königreich: Mehr als die Hälfte der in einer Partei Aktiven schätzt die eigenen Möglichkeiten als sehr hoch ein, nur 6 % der Frauen und keiner der befragten Männer als niedrig. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Funktionen in einer Partei im engeren Sinn politisch sein müssen. Dies können beispielsweise auch Verwaltungsaufgaben sein.

Bei den Nicht-Aktiven unterscheiden sich Männer und Frauen in allen Ländern signifikant voneinander. In Polen sieht fast niemand (unter 10 % der Frauen und Männer) persönliche Fähigkeiten, sich politisch zu beteiligen, wenn man nicht bereits in einer Partei tätig ist. Unter diesen polnischen Frauen sehen knapp drei Viertel für sich keine Möglichkeiten, unter den Männern knapp zwei Drittel. In Schweden hält sich fast ein Fünftel der Nicht-Aktiven für fähig, eine politische Rolle zu übernehmen.

In Österreich sind die Einschätzungsunterschiede zwischen Frauen und Männern besonders groß: 20 % der nicht-parteiaktiven Österreicher würden sich eine politische Funktion zutrauen, unter den Frauen sind dies nur halb so viele. Etwa der Hälfte der nicht-aktiven Frauen fehlt das Vertrauen, unter den Männern nur einem Drittel. Würde man bei Frauen das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten stärken, könnte auch die reale politische Teilhabe steigen. Diese Zusammenhänge spiegeln sich nicht nur in Abbildung 34, sondern auch in der analysierten Literatur wider.

Abbildung 34: Vertrauen in eigene politische Fähigkeiten nach Mitarbeit in Partei 2014/15



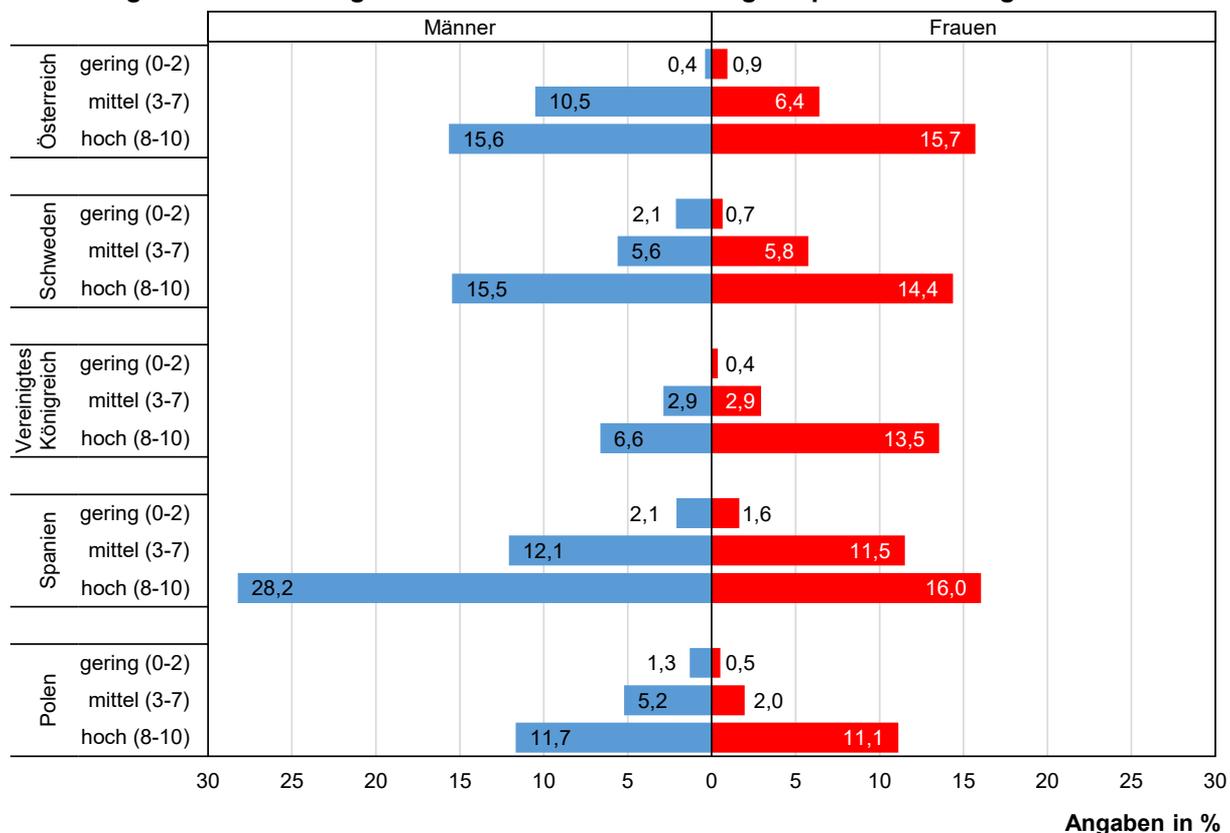
Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Dass sich in Österreich Frauen und Männer mit hohem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten ähnlich oft in einer Partei einbringen, zeigt Abbildung 35. Die Länge der Balken stellt den Anteil der Befragten dar, die in einer Partei mitarbeiten.

Bei einem sehr hohen oder einem sehr niedrigen Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zur politischen Teilhabe sind Frauen und Männer ähnlich häufig in einer Partei aktiv. Nur bei als mittel eingeschätzten Fähigkeiten sind Männer tendenziell aktiver. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Polen; in Schweden sind auch bei den mittleren subjektiv wahrgenommenen Fähigkeiten

keine Geschlechterunterschiede vorhanden. Im Gegensatz zu Österreich wirkt ein hohes Vertrauen im Vereinigten Königreich vor allem bei Frauen, in Spanien vor allem bei Männern positiv auf die reale Beteiligung in den Parteien.

Abbildung 35: In Partei mitgearbeitet nach Vertrauen in eigene politische Fähigkeiten 2014/15



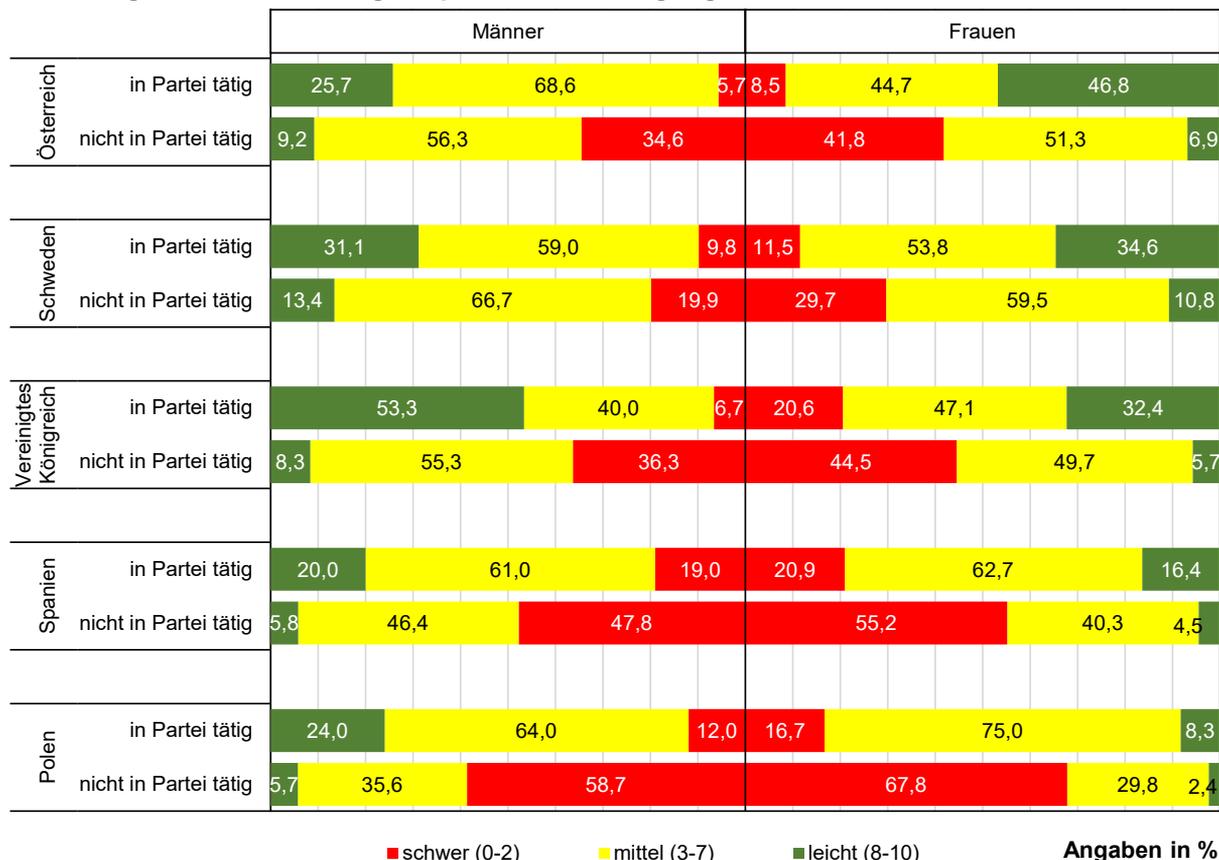
Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Ob man sich an der Parteiarbeit beteiligt, kann auch davon abhängen, wie leicht man die reale Umsetzung einschätzt. Dies wird mit der Frage „Wie leicht finden Sie es, sich selbst am politischen Geschehen zu beteiligen?“ erhoben (Abbildung 36). Auch hier wurden die Antworten 0 bis 2 zur Kategorie „schwer“, die Antwortmöglichkeiten 3 bis 7 zu „mittel“ und die Antwortmöglichkeiten 8 bis 10 zu „leicht“ zusammengefasst. Nur in Österreich unterscheidet sich das Antwortverhalten von Frauen und Männern, die in Parteien tätig sind, signifikant voneinander. Fast die Hälfte der österreichischen, in Parteien aktiven Frauen, empfindet die Möglichkeit, sich politisch zu beteiligen, als leicht. Dies sind deutlich mehr als unter den österreichischen Männern (rund ein Viertel) oder unter den Frauen in den anderen Ländern (Schweden und Vereinigtes Königreich rund ein Drittel, Spanien rund 16 % und Polen rund 8 %). Große Probleme sehen nur 9 % der in Parteien aktiven österreichischen Frauen. In Parteien aktive Österreicherinnen scheinen somit (individuelle) Lösungen gefunden zu haben, die eine solche Tätigkeit ohne Probleme ermöglichen.

Unter den Nicht-Aktiven nehmen Frauen in allen Ländern größere Schwierigkeiten wahr als Männer. Allerdings scheint hier die Lage in Österreich weniger problematisch zu sein als in anderen Ländern. In Österreich sehen 42 % der nicht aktiven Frauen Schwierigkeiten, unter den Männern 35 %. Am schwierigsten schätzen es die Nicht-Aktiven in Polen (Frauen 67,8 %, Männer 58,7 %), am leichtesten in Schweden (Frauen 29,7 %, Männer 19,9 %) ein.

Als leicht wird die Beteiligung kaum gesehen, wenn man sie nicht tatsächlich umgesetzt hat. In solchen Fällen müssen die Rahmenbedingungen nicht immer tatsächlich hemmend sein, es können auch falsche Erwartungen vorliegen. Das in der Literatur und in den qualitativen Interviews beschriebene geringere Selbstvertrauen und die Zweifel, ob man die Verantwortung tragen und die erwarteten Leistungen erfüllen könnte, deuten auf solche falschen Erwartungen und Befürchtungen hin.

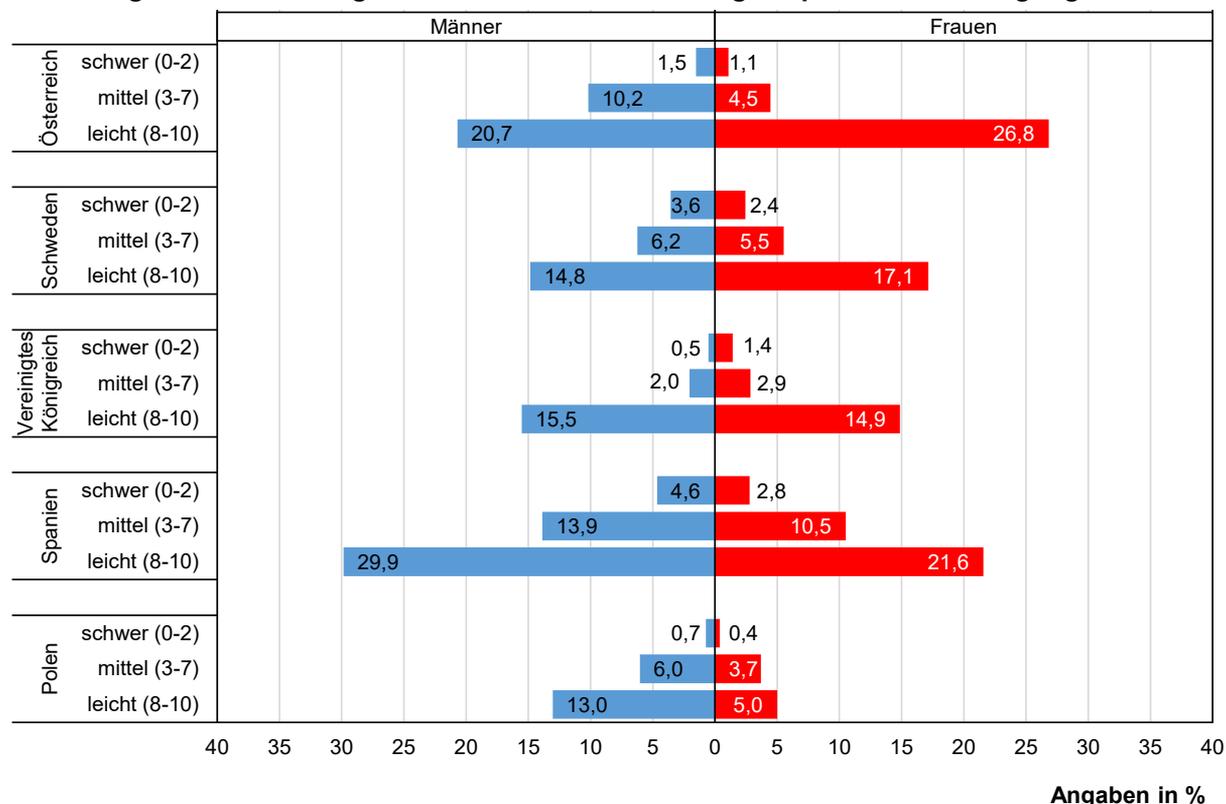
Abbildung 36: Einfachheit eigene politische Beteiligung nach Mitarbeit in Partei 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Aus der anderen Richtung betrachtet (Abbildung 37) zeigt sich das zu erwartende Bild: Je leichter man die Beteiligung einschätzt, desto eher realisiert man sie auch. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind kaum vorhanden. Nur bei einem mittleren Schwierigkeitsempfinden beteiligen sich in Österreich Männer etwas öfter als Frauen, in allen anderen Fällen sind die Unterschiede nicht signifikant.

Abbildung 37: In Partei mitgearbeitet nach Einfachheit eigene politische Beteiligung 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

4.4.2.3 Kontakt zu Politiker/innen

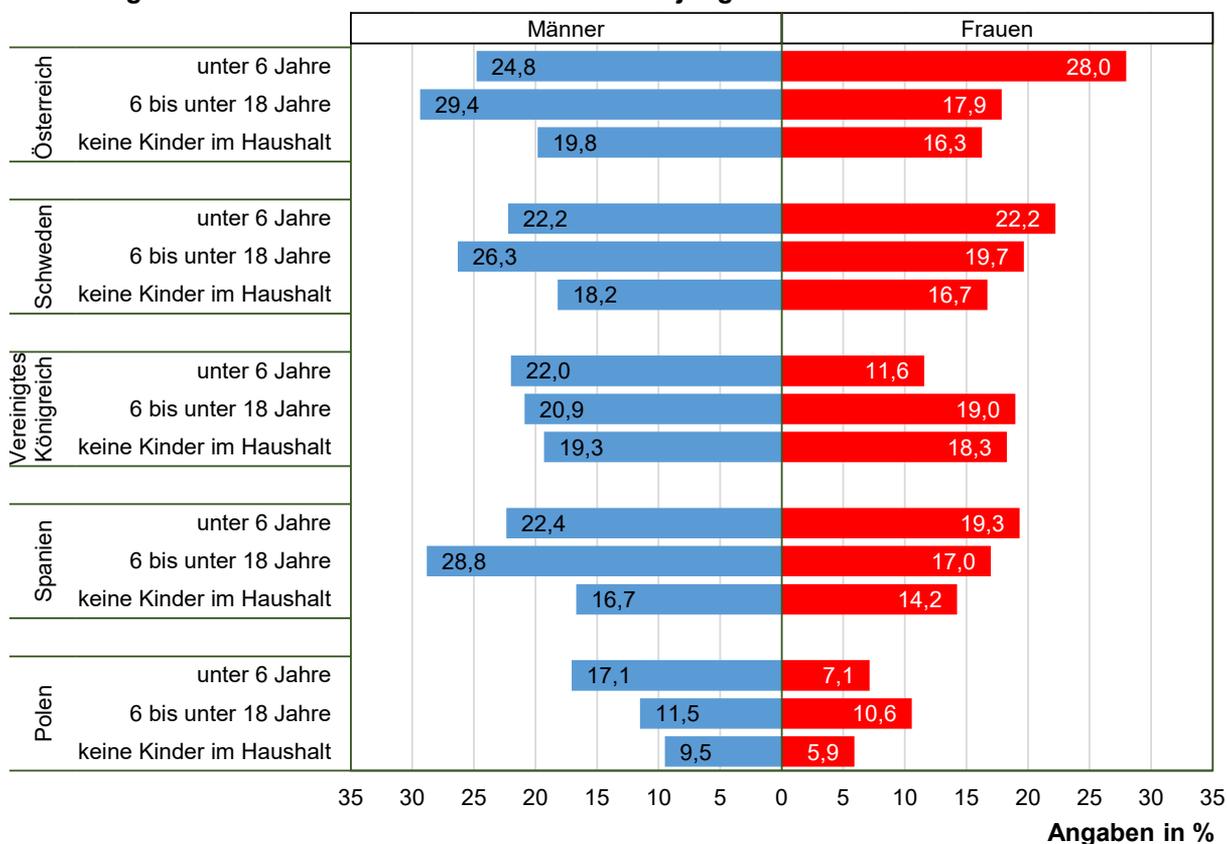
Mütter von Kleinkindern sind in Österreich eher selten in einer Partei aktiv (Abbildung 31), sie kontaktieren aber öfter Politiker/innen als Mütter von älteren Kindern oder kinderlose Frauen (Abbildung 38). Tendenziell suchen auch in Schweden und Spanien Mütter von Kindern unter 6 Jahren öfter den Kontakt zu Politiker/innen als andere Frauen, signifikant sind diese Zusammenhänge 2014/15 aber nur in Österreich. Im Vereinigten Königreich und in Polen sind die Mütter von unter 6-Jährigen tendenziell (aber nicht signifikant) seltener in Kontakt mit Politiker/innen als Mütter mit älteren Kindern.

Im Vergleich zu anderen Ländern und zu den Müttern von 6- bis unter 18-jährigen Kindern sind die österreichische Mütter von Kindern unter 6 Jahren in der ESS-Stichprobe wesentlich seltener aktiv erwerbstätig. Dies kann dazu beitragen, dass sie mehr zeitliche Kapazitäten für einen möglichen Politiker/innenkontakt haben.

Ein etwas anderes Bild bietet sich bei den Männern. Unter ihnen kontaktieren in Österreich und Spanien vor allem Väter mit 6- bis unter 18-jährigen Kindern Politiker/innen. Tendenziell gilt dies auch für Schweden.

Zu welchen Themen und Wünschen man Politiker/innen kontaktiert, wurde im ESS nicht erhoben. Ob sich Eltern von minderjährigen Kindern öfter an Politiker/innen wenden, da sie zusätzliche familien- oder kinderrelevante Interessen und Wünsche haben, kann anhand der Daten nicht überprüft werden.

Abbildung 38: Politiker/in kontaktiert nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15



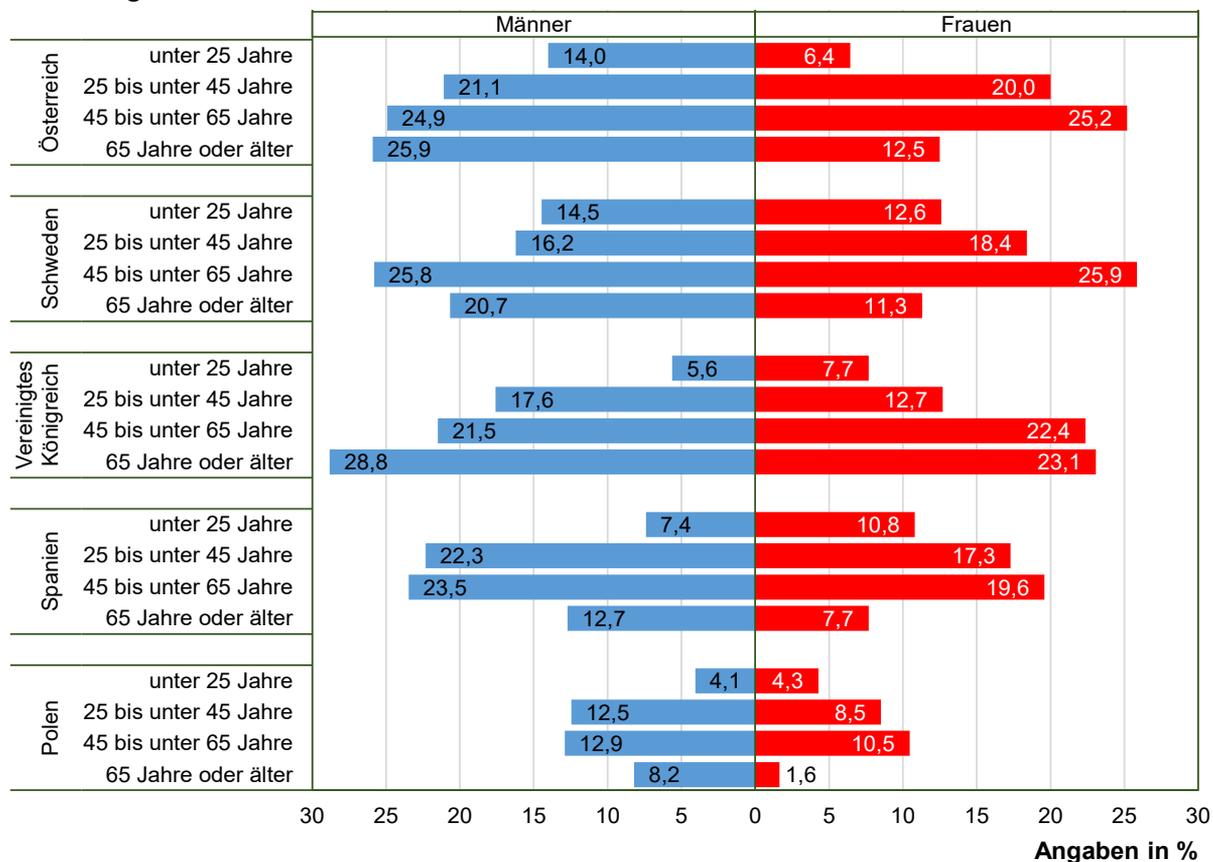
Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Auch bei dieser Form der politischen Aktivität spielt das eigene Alter eine wesentlich größere Rolle als jenes der Kinder im Haushalt. Mit Ausnahme der Männer in Österreich sind alle Alterseffekte in Abbildung 39 signifikant. Bis zur Gruppe der 45- bis 65-Jährigen nimmt der Anteil der Kontaktierenden mit dem Alter deutlich zu. So kontaktierte 2014/15 etwa ein Viertel der 45- bis unter 65-Jährigen in Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich zumindest einmal einen Politiker oder eine Politikerin im vergangenen Jahr.

Abgesehen vom Vereinigten Königreich kehrt sich diese Entwicklung nach dem 65. Geburtstag um und der Anteil der Kontaktierenden geht deutlich zurück. Die geringere Partizipation im höheren Alter ist somit auch hier erkennbar.

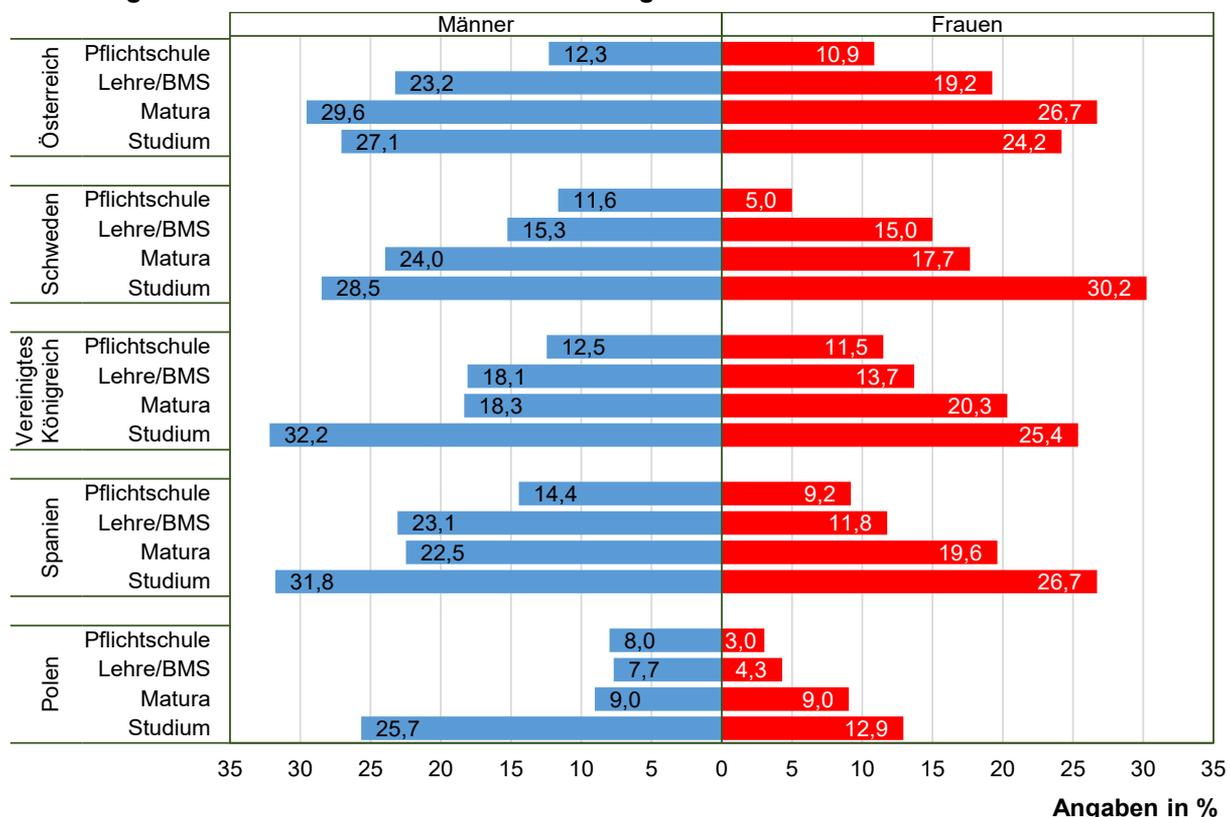
Ebenso deutlich wirkt sich der Bildungsgrad auf die Kontaktaufnahme zu Politiker/innen aus (Abbildung 40). Je höher der formale Bildungsgrad ist, desto eher werden Politiker/innen angesprochen. Nur in Österreich ist dieser Trend ab der Matura gestoppt. Ein Studienabschluss führt in Österreich zu keiner weiteren Steigerung. Im Gegensatz dazu ist – vor allem bei den Männern – der Sprung in Polen und im Vereinigten Königreich bei einem Studienabschluss besonders groß. In Polen sind die Anteile der Kontaktierenden allerdings in den Bildungsstufen bis inklusive Matura extrem niedrig (unter 10 %). Polnische Maturant/innen wenden sich seltener an Politiker/innen als Pflichtschulabsolvent/innen in anderen Ländern. Diese Form der politischen Partizipation startet in Polen somit erst bei einem sehr hohen Bildungsniveau.

Abbildung 39: Politiker/in kontaktiert nach Alter 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Abbildung 40: Politiker/in kontaktiert nach Bildung 2014/15

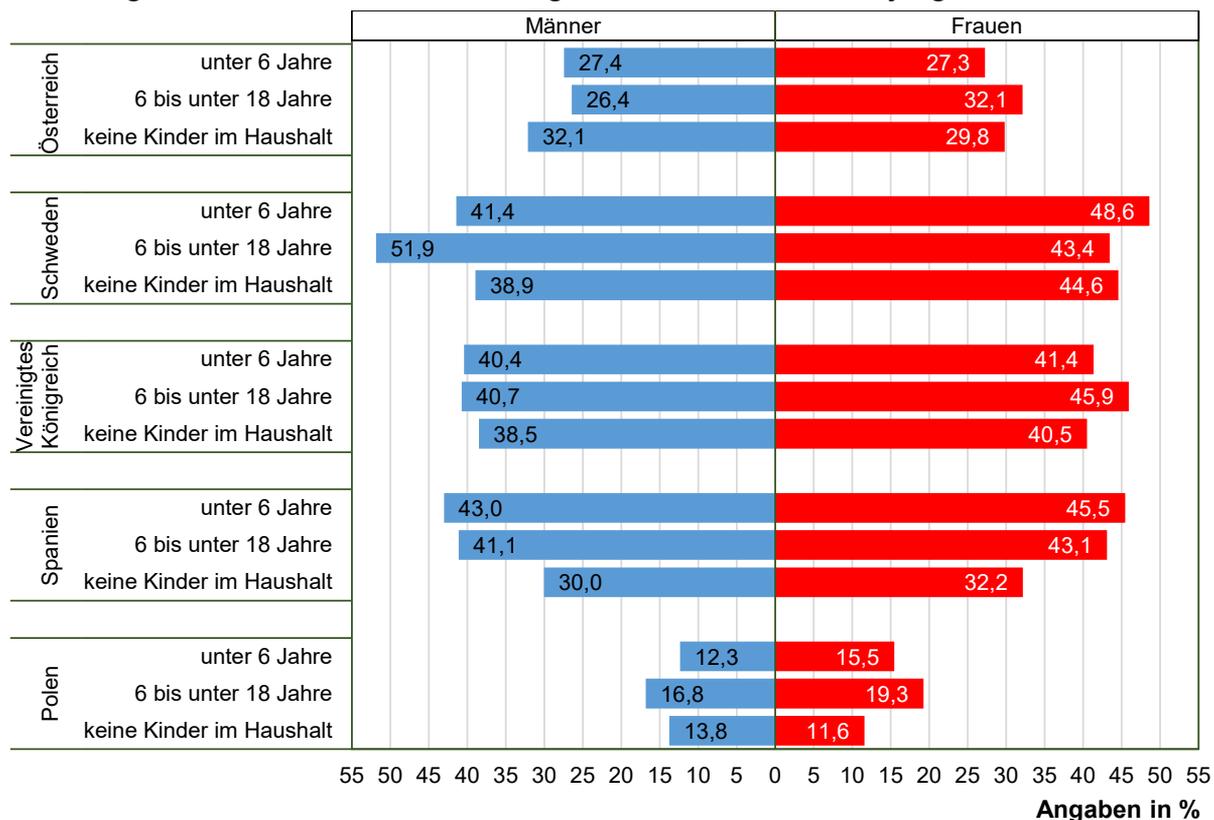


Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

4.4.2.4 Teilnahme an Unterschriftenaktionen

Wie Abbildung 30 gezeigt hat, ist die Teilnahme an Unterschriftenaktionen eine der verbreitetsten Formen der politischen Beteiligung. Ob man Kinder hat oder wie alt diese sind (Abbildung 41), spielt in Österreich und im Vereinigten Königreich keine entscheidende Rolle. In Spanien beteiligen sich Männer und Frauen ohne Kinder unter 18 Jahren und in Polen nur Frauen ohne Kinder unter 18 Jahren seltener an solchen Aktionen. In Polen sind dies weitgehend Frauen, die nie Kinder hatten oder deren Kinder bereits älter sind; in Spanien sind es neben diesen auch Befragte, die noch keine Kinder haben.

Abbildung 41: An Unterschriftenaktion teilgenommen nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15

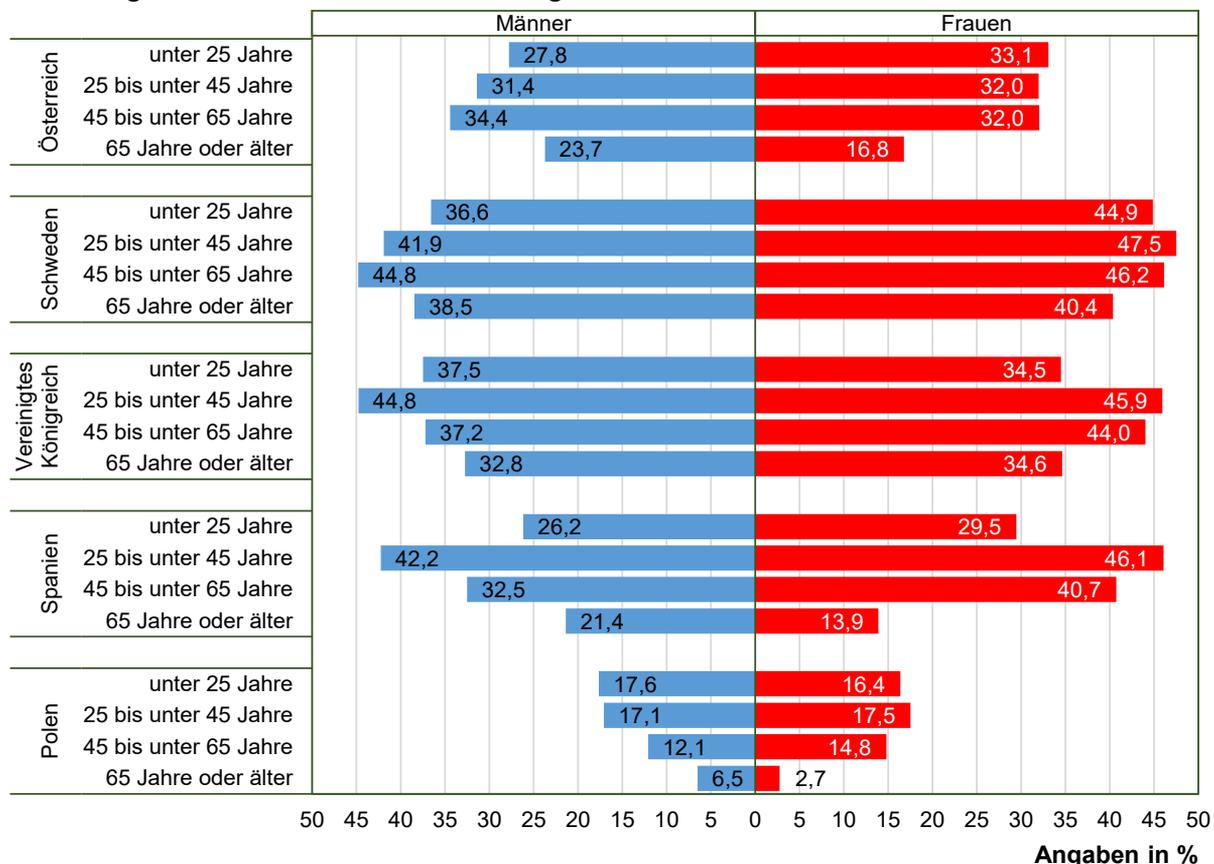


Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Abgesehen von Schweden und den Männern in Österreich wirkt sich das eigene Alter signifikant auf die Teilnahme an Unterschriftenaktionen aus (Abbildung 42), der Verlauf über das Alter ist allerdings unterschiedlich. In Österreich sind junge Frauen unter 25 Jahren ähnlich aktiv wie im Vereinigte Königreich und in Spanien, danach folgt in Österreich allerdings kein Sprung nach oben. Der Anteil der Frauen, die bei Unterschriftenaktionen mitmachen, bleibt bei etwa einem Drittel, in Spanien oder dem Vereinigten Königreich steigt er hingegen auf knapp 50 % an. Der Rückgang im höheren Alter ist in Österreich und Spanien deutlicher ausgeprägt als im Vereinigten Königreich.

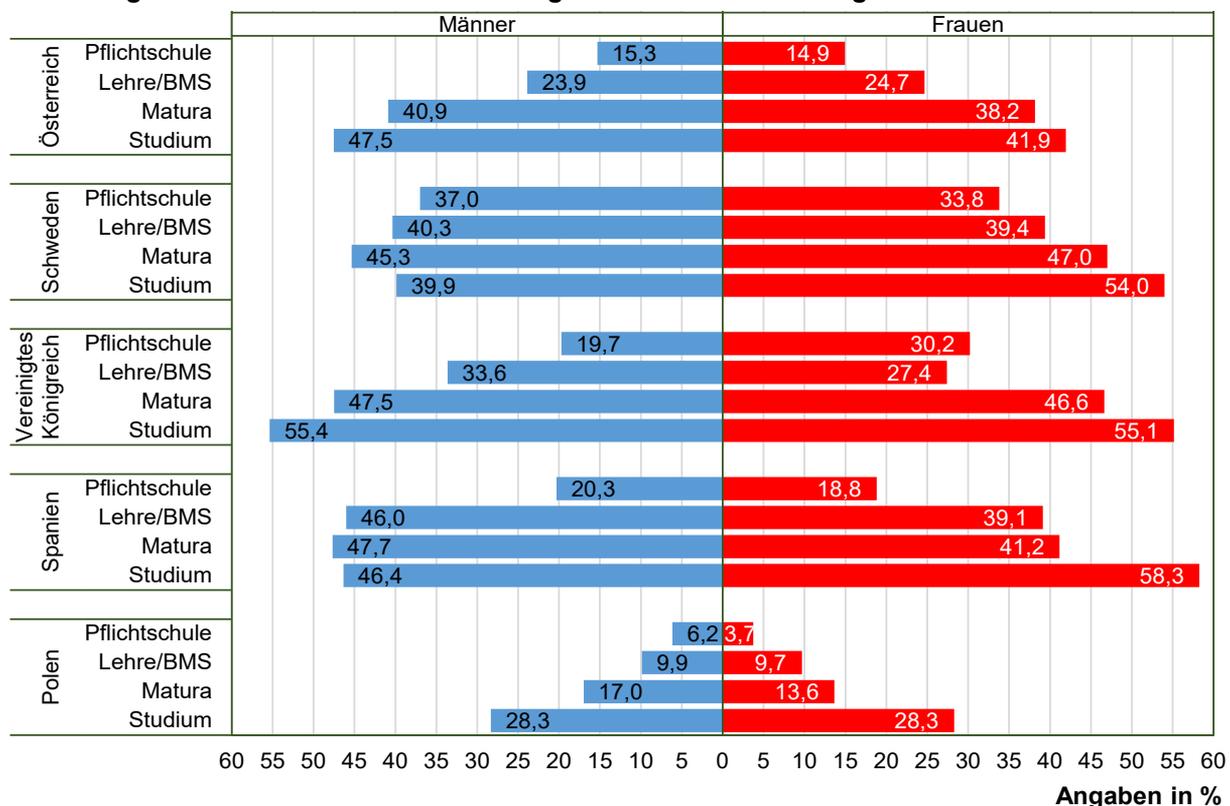
Inwieweit mögliche unterschiedliche Themenschwerpunkte der Aktionen in den jeweiligen Ländern für die Abweichungen mitverantwortlich sind, lässt sich nicht aussagen. Wofür bzw. wogegen unterschrieben wurde, ist im ESS nicht erfasst.

Abbildung 42: An Unterschriftenaktion teilgenommen nach Alter 2014/15



Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Abbildung 43: An Unterschriftenaktion teilgenommen nach Bildung 2014/15



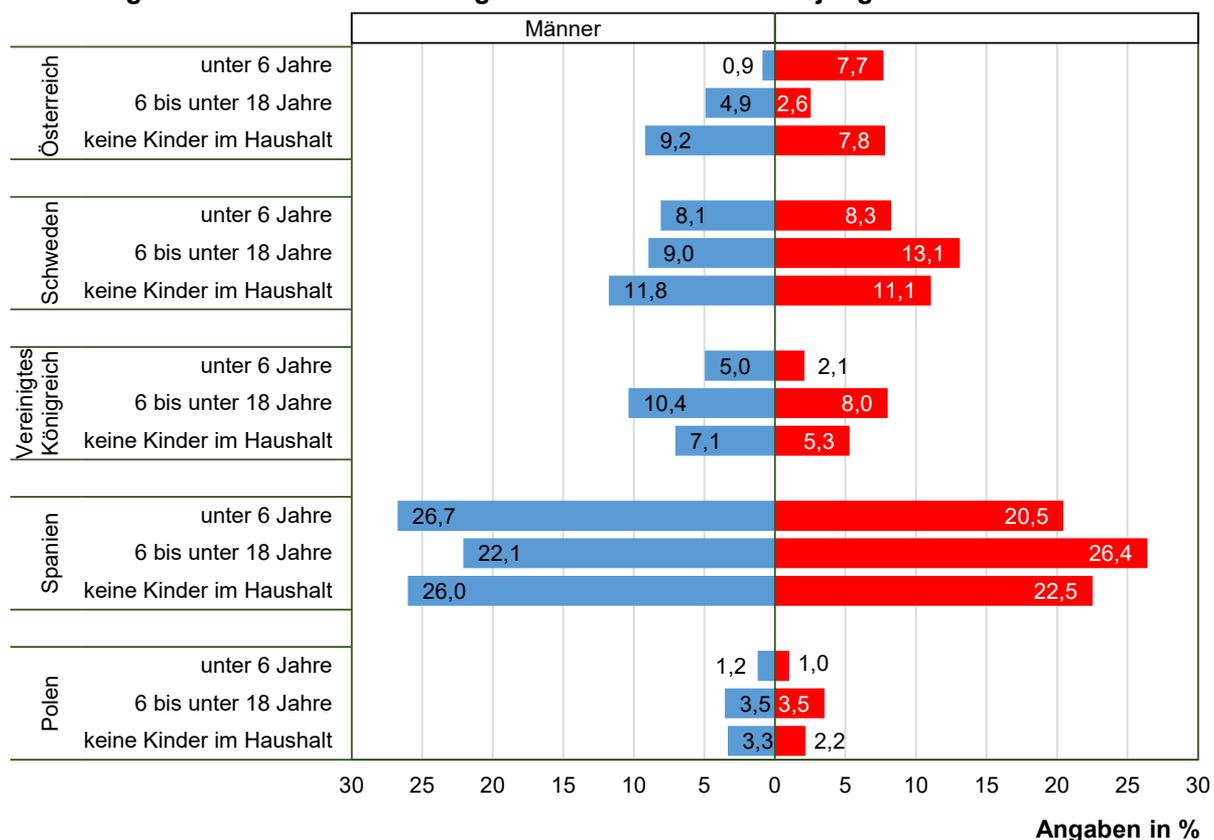
Quelle: ESS Wellen 7; eigene Berechnung ÖIF

Wie auch bei den anderen Formen der politischen Partizipation steigt mit dem Bildungsgrad der Anteil der Unterschriftleistenden (Abbildung 43). Diese Zusammenhänge sind überall signifikant. Bei den Männern in Spanien und in Schweden ist dieser Trend nach der Matura allerdings gestoppt. In diesen beiden Ländern unterschreiben die Akademikerinnen öfter als die Akademiker.

4.4.2.5 Teilnahme an Demonstrationen

Bei der Teilnahme an Demonstrationen sind die Unterschiede zwischen den Ländern größer als zwischen den Familientypen, bezogen auf das Alter des jüngsten Kindes (Abbildung 44). Signifikante Unterschiede nach dem Alter des jüngsten Kindes gibt es nur in Österreich und bei den Frauen im Vereinigten Königreich.

Abbildung 44: An Demonstration teilgenommen nach Alter des jüngsten Kindes 2014/15



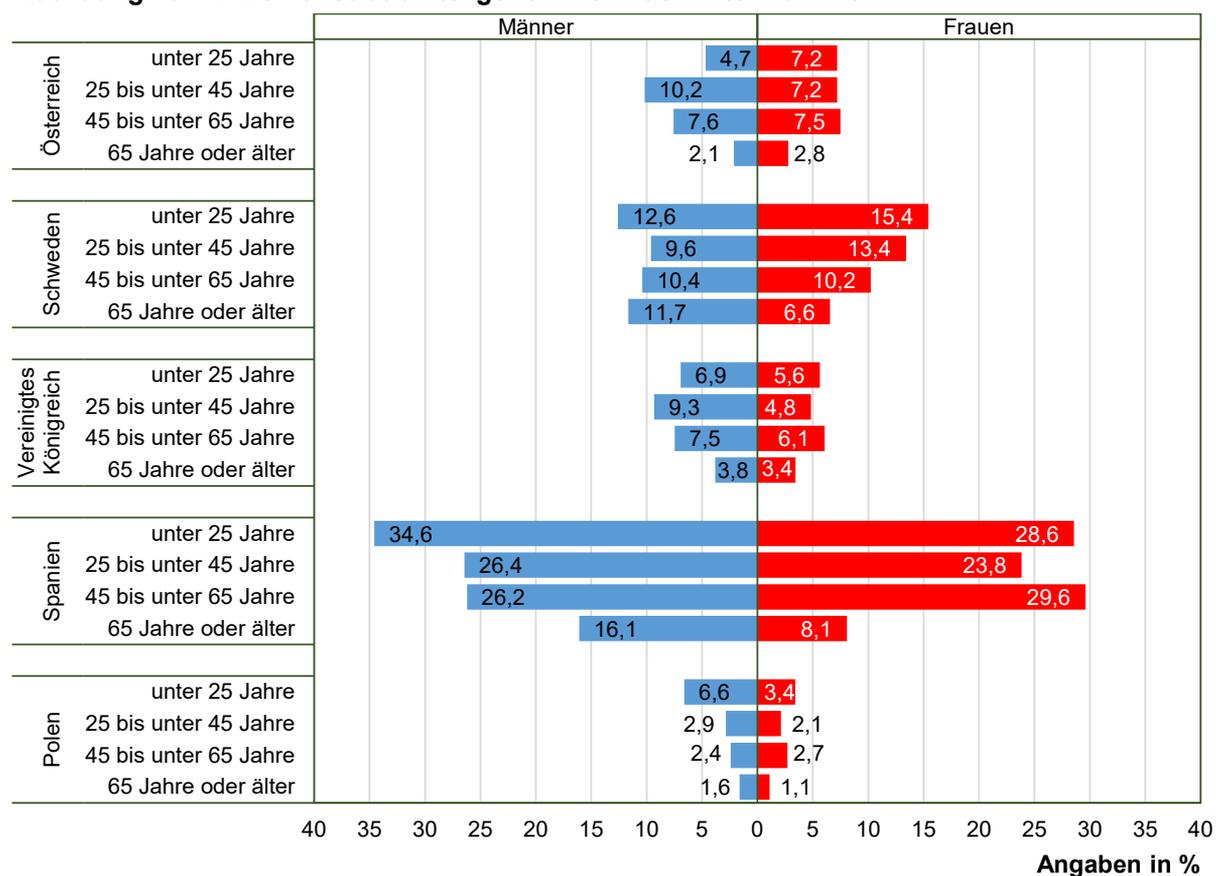
Quelle: ESS Wellen 7; eigene Berechnung ÖIF

In Österreich wirkt sich das Alter des jüngsten Kindes bei Frauen deutlich anders aus als bei Männern. Väter von Kleinkindern unter 6 Jahren demonstrieren fast nie (mit 0,9 % der niedrigste Wert unter allen Ländern). Sind die Kinder 6 bis unter 18 Jahre steigt der Anteil auf 5 % an, haben sie keine Kinder unter 18 Jahren steigt er auf 9 %. Bei den österreichischen Müttern sind hingegen jene mit Kleinkindern vor dem Schuleintritt wesentlich aktiver als jene mit Kindern im Schulalter.

Der geringere Anteil an aktiv Erwerbstätigen und das geringere Arbeitszeitausmaß⁵³ können dazu beitragen, dass solche Mütter mehr Möglichkeit zum Demonstrieren haben als Väter. Nach dem Schuleintritt der Kinder scheinen Mütter wegen der häufigeren Erwerbstätigkeit deutlich weniger Zeit für Demonstrationen zu haben. Nur wenn die Kinder bereits volljährig sind oder gar keine Kinder vorhanden sind, demonstrieren Frauen ähnlich häufig wie jene mit Kleinkindern.

In anderen Ländern sind Mütter, deren jüngstes Kind 6 bis unter 18 Jahre alt ist, zwar auch mehr erwerbstätig als Mütter mit jüngeren Kindern, der Unterschied bei der Erwerbsquote ist aber deutlich geringer. Dies kann zur abweichenden Entwicklung in Österreich beitragen.

Abbildung 45: An Demonstration teilgenommen nach Alter 2014/15



Quelle: ESS Wellen 7; eigene Berechnung ÖIF

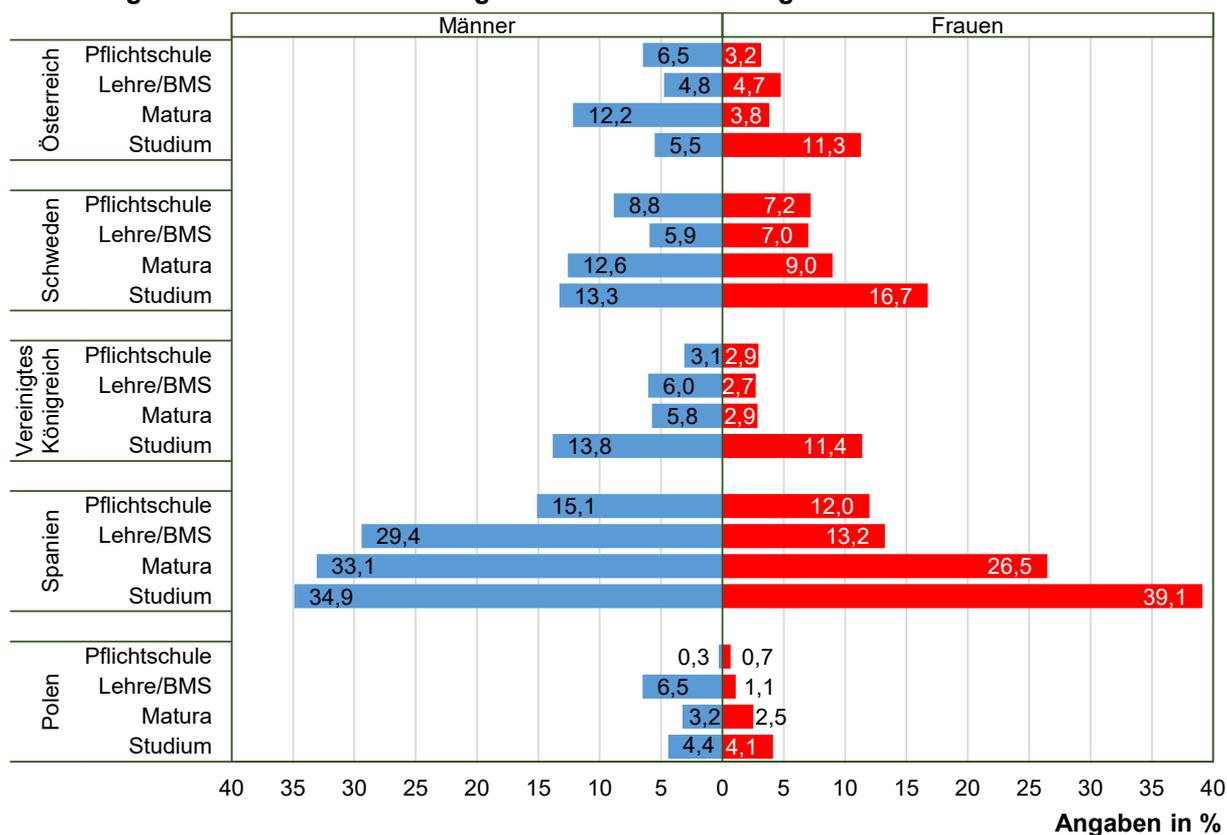
Im Gegensatz zu den anderen erfassten Aktivitäten hängt die Teilnahme an Demonstrationen wesentlich schwächer vom eigenen Alter ab (Abbildung 45). In Spanien, dem Land, in dem am meisten demonstriert wird, sind deutliche, signifikante Zusammenhänge feststellbar. Über 65-Jährige nehmen auch in Spanien seltener an Demonstrationen teil. In Österreich demonstrieren unter 25-jährige und zumindest 65-jährige Männer etwas seltener als Männer im mittleren

⁵³ Laut Mikrozensus 2014 war rund die Hälfte der Mütter von unter 6-Jährigen nicht aktiv erwerbstätig; unter den aktiv erwerbstätigen arbeiteten 82 % in Teilzeit (bis 35 Wochenstunden). Unter den Vätern waren nur 9 % nicht aktiv erwerbstätig, die Teilzeitquote lag bei nur 9 %. Tendenziell spiegelt sich dies auch bei der Stichprobenszusammensetzung des ESS wider.

Alter, in Schweden nimmt bei den Frauen die Demonstrationshäufigkeit mit dem Alter kontinuierlich ab. Bei einer generell geringen Demonstrationsbereitschaft bestehen in Polen und im Vereinigten Königreich keine signifikanten Zusammenhänge mit dem Alter.

Auch auf die Teilnahme an Demonstrationen wirkt sich der höchste Bildungsabschluss signifikant aus (Abbildung 32). Eine durchgängige Steigerung mit dem Bildungsgrad gibt es aber nur in Spanien. Im Vereinigten Königreich sowie bei den Frauen in Österreich und Schweden tritt ein größerer Sprung erst zwischen den Maturant/innen und den Akademiker/innen auf; davor gibt es aber kaum Unterschiede. Die österreichischen Männer weichen etwas vom Trend ab. Hier heben sich nur die Maturanten ohne Studienabschluss deutlich ab, männliche Akademiker nehmen in Österreich hingegen ähnlich selten an Demonstrationen teil wie Pflichtschulabsolventen oder Männer mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss.

Abbildung 46: An Demonstration teilgenommen nach Bildung 2014/15



Quelle: ESS Wellen 7; eigene Berechnung ÖIF

4.5 Zusammenfassung der quantitativen Befragung

Bei den Auswertungen der ESS-Wellen 2004/05 und 2014/15 treten deutliche Unterschiede im politischen Verhalten zwischen Männern und Frauen, aber auch zwischen den Ländern Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Polen hervor.

In allen Ländern und zu beiden Erhebungszeitpunkten erweisen sich Männer stärker an der Politik interessiert als Frauen. Die Interessensunterschiede haben sich im Laufe dieser 10 Jahre nicht verringert. In Österreich zeigen in beiden Erhebungswellen rund 40 % der Männer und rund die Hälfte der Frauen kein oder nur ein geringes Interesse an Politik. Am interessiertesten (sehr und eher interessiert) waren 2014/15 die Schwed/innen (Männer: 71 %, Frauen: 61 %), am wenigsten interessiert waren die Pol/innen (Männer: 44 %, Frauen: 29 %). Diese Länderunterschiede spiegeln sich auch bei der Einstufung der eigenen Partizipationschancen und bei der realen Beteiligung wider.

Mit dem Alter und dem Bildungsgrad steigt in allen Ländern das politische Interesse an. Nur in Spanien und bei den polnischen Frauen sinkt es im höheren Alter (65 Jahre oder älter) wieder ab. Kinder im Haushalt wirken sich kaum auf das politische Interesse aus.

Bei der Einschätzung der Beteiligungsmöglichkeiten an der Politik und bei der tatsächlichen Partizipation zeigen sich in erster Linie Parallelen mit der Bildung. Die eigenen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe werden generell als niedrig bis höchstens mittelmäßig eingestuft. Am optimistischsten sind hierbei die Befragten in Schweden, am pessimistischsten jene in Spanien und Polen. Frauen sehen dabei ihre Möglichkeiten und politischen Fähigkeiten in allen Ländern pessimistischster als Männer, wobei der Geschlechterunterschied in Österreich bei der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten besonders groß ist. Zum Teil kommen hier Generationeneffekte zum Tragen. Bei älteren Befragten fallen die Einschätzungen von Frauen und Männern weiter auseinander als bei jüngeren Befragten. Die Aufweichung traditioneller Geschlechterrollen scheint hier allmählich Wirkung zu zeigen.

Beim Ausmaß der tatsächlichen Partizipation haben sich Frauen und Männer in den meisten Bereichen von 2004/05 bis 2014/15 einander angenähert. Speziell in Österreich geschah dies aber nicht wegen einer Steigerung bei den Frauen, sondern wegen Rückgängen bei den Männern. So engagieren sich österreichische Männer 2014/15 deutlich seltener in Parteien oder anderen Organisationen als 10 Jahre zuvor. Deutliche Anstiege gab es in Österreich nur bei Unterschriftenaktionen, wobei dies für Frauen und Männern gilt. In Schweden und Spanien gab es in den meisten Bereichen der Partizipation Steigerungen bei Frauen und Männern.

Inhaltlich betrachtet ist – abgesehen von der Teilnahme an Wahlen – die Beteiligung an Unterschriftenaktionen die häufigste ausgeübte Form der Politikpartizipation. Abgesehen von Polen unterschrieben 2014/15 30 % bis 45 % der Befragten eine Petition oder eine ähnliche Kampagne. In Parteien oder anderen politischen Gruppierungen hat man eher selten mitgearbeitet, ebenso selten war man (mit Ausnahme der Demonstrationsfreudigen Spanier/innen) bei einer Demonstration (jeweils um oder unter 10 %).

Ob man politisch aktiv wird, hängt in erster Linie von der Bildung ab. Über alle Formen und Länder zeigt sich ein positiver Zusammenhang vom Bildungsniveau und der politischen Partizipation. Je höher die Bildung ist, desto eher beteiligt man sich an den erfassten Formen. Auch das eigene Alter spielt vielfach eine mitentscheidende Rolle, ob man politisch Zeichen und Aktionen setzt oder nicht. Tendenziell sind Frauen und Männer im mittleren Alter von 25 bis 65 Jahren besonders aktiv. Einzelne Abweichungen, wie beispielsweise bei der Parteimitarbeit der Männer in Schweden (hier sind die unter 25-Jährigen und die zumindest 65-Jährigen besonders aktiv) sind selten.

Die Vermutung, familiäre Verpflichtungen – hier in Form der Erziehung und Betreuung von Kindern – würden die Partizipation vor allem bei Frauen hemmen, bestätigen sich nur bei der Mitarbeit in Parteien und auch dies nur in Österreich. Österreich ist das einzige Land, indem Frauen ohne Kinder unter 18 Jahren signifikant öfter in Parteien und parteinahen Institutionen arbeiten als Mütter von Kleinkindern unter 6 Jahren. Bei Formen der punktuellen Beteiligung (Kontaktieren von Politiker/innen, Teilnahme an Unterschriftenaktionen oder Demonstrationen) sind in der Regel keine Zusammenhänge mit dem Alter oder dem grundsätzlichen Vorhandensein von Kindern gegeben; teilweise sind Mütter von Kleinkindern sogar aktiver.

Dass österreichische Frauen mit Kleinkindern seltener für Parteien und parteinahe Gruppen arbeiten als in anderen Ländern, hängt auch mit dem generellen Erwerbsverhalten von Müttern zusammen. In Österreich sind viele Mütter mit Kleinkindern nicht aktiv erwerbstätig. Die geringere Mitarbeit in Parteien scheint sich eher aus den allgemeinen Vereinbarkeitsproblematiken von Familie und Beruf zu ergeben als aus der Parteinähe der Arbeit.

5 Qualitative Erhebung

Im Rahmen der qualitativen Untersuchung soll die Beteiligung von Frauen an der politischen Repräsentation auf Kommunalebene im Zentrum stehen. Die Hauptforschungsfrage ist dabei allgemein jene nach den Motivstrukturen und Hemmnissen von Gemeinderätinnen und Bürgermeisterinnen sowie Vize-Bürgermeisterinnen beim Einstieg sowie beim weiteren Karriereverlauf in der Politik und konkret inwieweit Familie den Einstieg und den weiteren Karriereverlauf in der Politik hemmen bzw. fördern kann.

5.1 Studiendesign

Die Gesamtstudie wurde neben der Sekundärdatenanalyse des ESS (siehe Kapitel 4) zusätzlich in einem methodisch qualitativen Design konzipiert. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird die biografische Perspektive sowie die aktuelle Erlebenswelt von Frauen in kommunalpolitischen Funktionen in Österreich aus deren Sicht dargestellt, interpretiert und analysiert. Die Methodik folgt dem interpretativen Paradigma in den Traditionen der ‚Verstehenden Soziologie‘ Max Webers und des ‚Symbolischen Interaktionismus‘, dessen Blick das Erleben der Akteure und ihre subjektive Deutung in den Mittelpunkt der Interpretation stellt (Blumer 1979; Lamnek 2005: 33).

Als Instrument der Erhebung wurde ein Leitfaden entwickelt, in dessen Rahmen die folgenden forschungsleitenden Fragestellungen formuliert wurden:

- Was hat die Frauen motiviert, in die Politik zu gehen?
- Wer war beim Einstieg in die Politik hilfreich bzw. motivierend?
- Was waren die auslösenden Themen für den Politikeinstieg?
- Was waren die ersten Kompetenzbereiche in der ersten politischen Funktion?
- Wie haben sich diese Themenbereiche in weiterer Folge gewandelt?
- Welche Hemmnisse gab es beim Einstieg in die Politik?
- Was wirkt im Verlauf der politischen Laufbahn hemmend?
- Inwieweit wird die eigene Familie beim politischen Engagement der Frauen als hemmend oder fördernd erlebt?
- Wie sind die weiteren Vorstellungen und Pläne bezüglich des politischen Engagements?
- Welche positiven Effekte hat das politische Engagement für die Frauen persönlich?

Als Datenerhebungsinstrument wurden leitfadengestützte telefonische Interviews gewählt. Das sind Interviews, bei denen die Gesprächspartner/innen sich zu Themen und Fragen äußern, die stichwortartig auf dem entworfenen Leitfaden notiert sind.

Alle Gespräche wurden unter Zustimmung der Erzählpersonen digital aufgezeichnet und später wörtlich transkribiert. Die interviewten Frauen wurden darauf hingewiesen, dass ihre Daten als wörtliche Zitate nur anonymisiert verwendet werden. Danach wurde ihnen in alphabetischer Reihenfolge ein Pseudonym aus Buchstaben (z. B. Frau A) zugewiesen. Weitere Eigennamen, wie z. B. Ortsnamen, Namen von Organisationen aber auch Parteiennamen, sofern sie Rückschlüsse auf die konkrete Person zulassen, wurden ebenfalls anonymisiert.

Die Auswertung der Interviews wurde als themenbasierte Inhaltsanalyse durchgeführt. Die Entwicklung des Kategoriensystems und die Zuordnung der Codes und Subcodes wurden unter Zuhilfenahme der Software *maxqda* vorgenommen. Damit ist gemeint, dass alle transkribierten Interviews auf die in den forschungsleitenden Fragestellungen enthaltenen Themen sowie weitere dominante Themenbereiche durchsucht und deren manifesten und latenten Inhalte miteinander verglichen wurden. Darauf aufbauend wurde ein themenbasiertes System entwickelt, das es erlaubt, die Vielfalt der Erfahrungen, Einstellungen und deren Interpretation sinnhaft zu ordnen. Die Interpretation der Texte ist die Essenz qualitativer Forschung, weshalb die Interviewausschnitte in Form von Zitaten nicht nur illustrierend wiedergegeben werden, sondern Zusammenhänge und tiefere Strukturen in deutender Weise formuliert werden (z. B.: „es scheint so, dass ...“).

Tabelle 13 beinhaltet eine Übersicht über die Merkmale der Erzählpersonen. Insgesamt wurde versucht, ein möglichst breites Spektrum bezüglich der Parteizugehörigkeit, regionaler Merkmale sowie soziodemografischer Merkmale bei der Auswahl der Erzählpersonen abzudecken.

Es wurden insgesamt 10 Frauen in kommunalpolitischer Funktion interviewt, davon 6 Gemeinderätinnen, wovon eine zugleich Landtagsabgeordnete ist, sowie 3 Bürgermeisterinnen und eine Vize-Bürgermeisterin. Das Alter der Frauen liegt zwischen 24 und 59 Jahren, wobei der überwiegende Teil über 40 Jahre alt ist. Die Erzählpersonen sind mehrheitlich Mütter: Sieben der zehn Frauen haben Kinder; wobei die Kinderzahl zwischen einem und vier Kindern liegt. Die Hälfte der Erzählpersonen ist verheiratet; drei leben in einer Lebensgemeinschaft und jeweils eine Frau ist alleinstehend bzw. verwitwet. Bei vier der interviewten Frauen bildet die höchste abgeschlossene Ausbildung ein tertiärer Bildungsabschluss und jeweils drei haben Matura bzw. den Abschluss an einer berufsbildenden mittleren Schule. Die Erzählpersonen sind in den unterschiedlichsten politischen Parteien aktiv: bei den Sozialdemokraten (SPÖ), der Volkspartei (ÖVP), den Grünen und der Freiheitlichen Partei (FPÖ). Eine genaue Zuordnung der Parteizugehörigkeit zu den jeweils interviewten Personen wird zur Aufrechterhaltung der Anonymität nicht vorgenommen. Die Dauer der politischen Laufbahn unserer Erzählpersonen variiert stark und liegt zwischen 2 und 35 Jahren. Jeweils drei Erzählpersonen sind in Kärnten und in Niederösterreich sowie jeweils eine in Wien, Salzburg, der Steiermark und Tirol in kommunalpolitischen Funktionen tätig. Die Erzählpersonen sind in unterschiedlich großen Gemeinden aktiv: Vier Gemeinden haben bis 2.000 Einwohner/innen; eine 2.001 bis 5.000; zwei 5.001 bis 10.000; eine 10.001 bis 20.000; eine 100.001 bis unter eine Million sowie eine weitere über einer Million Einwohner/innen.

Der Erhebungszeitraum für die zehn Interviews lag zwischen April und September 2018.

Tabelle 13: Merkmale der Erzählpersonen

Pseudonym	politische Funktion	Dauer politische Laufbahn in Jahren	Alter	Kinder	Familienstand	höchste abgeschl. Ausbildung	Bundesland	Gemeindegröße (Bevölkerung)
Frau A	BM	24	56	4	Ehe	BMS	NÖ	bis 2.000
Frau B	GMR/LtAbg	18	48	keine	LG	tertiär	Wien	über 1 Mio.
Frau C	BM	20	52	2	Ehe	Matura	Slbg	unter 2.000
Frau D	GMR	2	59	2	verwitwet	tertiär	Tirol	unter 2.000
Frau E	GMR	3	24	keine	LG	Matura	NÖ	2.001 - 5.000
Frau F	Vize-BM	35	55	3	Ehe	tertiär	NÖ	10.001 - 20.000
Frau G	GMR	5	39	2	Ehe	tertiär	Stmk.	über 100.000
Frau H	BM	15.	48	2	Ehe	Matura	Knt.	unter 2.000
Frau I	GMR	20	58	1	Single	BMS	Knt.	5.001 -10.000
Frau J	GMR	9	54	keine	LG	BMS	Knt.	5.001 - 10.000

Anm.: BM = Bürgermeisterin; GMR = Gemeinderätin; LtAbg = Landtagsabgeordnete; LG = Lebensgemeinschaft; abgeschl. = abgeschlossen; tertiär = Abschlüsse an Fachhochschule, Akademien, Universität; BMS = Berufsbildende mittlere Schulen

5.2 Ergebnisse

Die Ergebnisse der Analyse der qualitativen Interviews mit den Erzählpersonen aus der Kommunalpolitik sind in den folgenden Abschnitten dargestellt und werden immer wieder durch Zitate aus den Interviews illustriert.

Im ersten Abschnitt werden die, aus Sicht der Erzählpersonen, auslösenden Gegebenheiten für ihren Einstieg in die Kommunalpolitik analysiert. Der zweite Abschnitt befasst sich mit jenen Faktoren, die nach ersten Kontakten mit der Kommunalpolitik den Verbleib der Erzählpersonen in einer kommunalpolitischen Laufbahn verfestigen. In einem dritten Abschnitt wird analysiert, welche ersten Kompetenzbereiche die Erzählpersonen in einer kommunalpolitischen Funktion innehaben, wie es dazu kommt und wie sich diese Themenbereiche im Laufe der politischen Laufbahn gewandelt haben. Im vierten Abschnitt werden für die Erzählpersonen hinderliche Faktoren bzw. negative Aspekte bei der politischen Laufbahn identifiziert. Im fünften Abschnitt dieses Kapitels werden die positiven Dimensionen der kommunalpolitischen Arbeit aus Sicht der Erzählpersonen analysiert. Der nächste Abschnitt befasst sich mit dem Zusammenspiel von ziviler Erwerbstätigkeit und politischer Funktion und der letzte Abschnitt gibt einen Einblick in die Zukunftspläne der Erzählpersonen für ihr weiteres politisches Engagement.

5.2.1 Auslöser für den Einstieg in kommunalpolitische Funktionen

Der Einstieg in eine politische Funktion auf Gemeindeebene kann auf ganz unterschiedliche Arten erfolgen bzw. ausgelöst werden. In der Eröffnungsfrage der qualitativen Interviews wurden die Erzählpersonen aufgefordert, über den Verlauf ihres Politikeinstiegs zu erzählen. In der Analyse wurden die auslösenden Faktoren bzw. Momente identifiziert, wobei durchaus mehrere Bereiche bei jeweils einer Erzählperson zutreffen können.

5.2.1.1 Nicht intendiert: „Ich bin wirklich nur irgendwie hineingerutscht.“

Auffällig häufig wird von Erzählpersonen hervorgehoben, dass sie ihr **politisches Amt gar nicht zielgerichtet und bewusst angestrebt** haben, sondern eher **zufällig** und häufig über gemeinschaftliches Engagement **passiv dazu gekommen** sind. Dies betrifft vor allem Frauen in politischen Funktionen kleinerer Gemeinden. Die Rede ist vom „aufgefordert werden“, ein Amt anzunehmen, „nicht dahinsteuern“ bis dahin, dass sie sich sogar „gewehrt“ hätten, das Amt anzunehmen.

Die Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde, Frau A, beschreibt, den Prozess, wie sie zur Vize-Bürgermeisterin wurde, als geradezu passiv: Sie habe dieses Amt nicht angestrebt, sondern wurde aufgefordert bzw. nachdrücklich darum gebeten, da **niemand anderer zur Verfügung stand**. Dies sei nicht wirklich ihr Wille gewesen, sie hätte lediglich den Bitten nachgegeben, als ein anderer ausfiel. Es wären damit nicht-beeinflussbare Faktoren gewesen, die dazu führten, dass sie von der Gemeinderätin zur Vize-Bürgermeisterin aufstieg:

Frau A: „... Wenn dann der Zweite damals als Vize-Bürgermeister nicht zur Verfügung gestanden wäre, dann wäre ich immer noch normaler Gemeinderat gewesen. Oder vielleicht einmal geschäftsführender, mit den Jahren geworden. Aber wenn der ‚Ja‘ gesagt hätte, dann wäre das für mich niemals zur Diskussion gestanden. Ich glaube, das sind schon immer gewisse Faktoren, die man gar nicht beeinflussen kann. ... Ich hätte es zumindest nicht dahin gesteuert. Ich hätte sicher nie den Gedanken gehabt. Ein anderer, der vielleicht sehr politisch interessiert ist und aktiv ist, vielleicht, der würde sich schon dementsprechend einmal positionieren und sagen ‚Ich will‘ oder ‚Ich kandidiere auch‘. Ich bin eigentlich nur noch aufgefordert worden ‚Bitte mach das. Bitte tue. Wir brauchen Dich. Bitte kandidiere‘. Das war nicht wirklich so mein Wille. Ich habe eigentlich immer nachgegeben.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 45)

Auch die Gemeinderätin Frau D meint, sie sei zu ihrem Gemeinderatsmandat gekommen, weil niemand anderer zur Verfügung stand und sie deshalb gefragt wurde, wie sie es selbst deutet:

Frau D: „.... also ich bin oft in Ämter und Geschichten hineingekommen, oft, weil – Im Rückblick muss ich dann vielleicht sagen, weil es sonst niemand gemacht hätte [lacht] ‚Fragen wir sie halt, dann tut sie es‘.“ (Frau D, Gemeinderätin: 56)

Bei den Gemeinderätinnen Frau D und Frau I, beide aus kleineren Ortschaften, zeigt sich ebenfalls dieser **zufällige Charakter ihres Einstiegs** in die Gemeindepolitik. Sie bezeichnen den Prozess ihres Politikeinstiegs beide als „Hineinrutschen“, wobei dies bei beiden **über die aktive Beteiligung am Dorfgeschehen** bzw. bei Frau D zusätzlich über ihren sozialen Beruf, verläuft:

Int: „... Aber was hat Sie dann letztlich motiviert, das zu tun? Was war die Motivation in die Politik zu gehen?“

Frau D: „Naja, ich bin da schon ein bisschen hineingerutscht, mehr oder weniger. ... Aber ich muss ehrlich sagen, so im Laufe der Zeit, sei es vom Beruf her oder dann als wir da im Dorf waren, schaut man sich natürlich das alles an. Und dann waren natürlich auch so Veranstaltungen, wo es auch darum gegangen ist, aktiv am Dorfgeschehen mitzuhelfen. Oder Dorfentwicklung. Und das wird dann schon recht schnell politisch.“ (Frau D, Gemeinderätin: 19f.)

Frau I: „Also bei mir war es nicht so, dass ich mich mit Politik auseinandergesetzt habe, sondern ich bin eigentlich nur – Wir haben eine Frauenorganisation gehabt im Nachbarort. Und die ist von einer Freundin von mir geleitet worden ... Und irgendwann einmal hat sie gesagt ‚Möchtest Du nicht einmal mitarbeiten‘ Und das habe ich dann eigentlich gemacht, so schön langsam. Aber habe mit der Politik trotzdem nichts am Hut gehabt. Also ich bin gegangen, weil das einfach eine nette Runde war ... Und da bin ich dann so schön langsam hineingerutscht, sagen wir mal so. Habe ich eigentlich gar nicht bemerkt, was da – Also mir hat – Am Spaß an der Freude haben ich das gemacht ...“ (Frau I, Gemeinderätin: 6)

Die Bürgermeisterin Frau C meint, dass sie sich gegen eine Kandidatur als Gemeinderätin anfangs sogar gewehrt hätte, und dass das spätere Amt der Bürgermeisterin nicht Teil ihrer Karriereplanung war, sondern sich quasi aus der aktiven Beteiligung am Dorfgeschehen ergeben habe. Zu Beginn habe sie sich nicht allzu sehr für Politik interessiert. Zudem habe sie die **Verantwortung abgeschreckt** und das **Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten sei gering** gewesen. Sie beschreibt **einen innerlichen Kampf**, auch bei dem Schritt von der Vize-Bürgermeisterin zur Bürgermeisterin. Dies hätte sie weder geplant noch angestrebt; konnte der Verantwortung dieses Amtes aber letztlich „nicht entkommen“, weil sie das starke Bedürfnis verspürte, die Gemeinde maßgeblich mitzugestalten:

Int: „Verstehe. Als man kann jetzt sagen, es war nicht so ganz geplant, von Anfang an...“

Frau C: „Niemals, nein. Nein, gar nicht, Ich habe mich immer bis zum Schluss eigentlich eher gewehrt. Aber irgendwo war es dann immer stimmig und sinnig und ja. Es war dann einfach durch die ganzen Veranstaltungen und wenn man sich einfach engagiert, Soziales, etc., wo ist ja egal, ist das irgendwann automatisch ein Thema, ja.“ (Frau C, Bürgermeisterin: 7f.)

Frau C: „Für mich war es ein bisschen anders, weil ich das eigentlich nie machen wollte. Ich habe mich da eigentlich eher vehement dagegen gewehrt. ... Es ist eher so, dass ich gesagt habe ‚Bah, das interessiert mich nicht wirklich‘. Mich interessiert, ich tue gerne organisieren, ich tue gerne veranstalten aber alles andere. Mich hat natürlich auch die Verantwortung erschreckt. Also das klingt natürlich, wenn man da drinnen sitzt, schon ‚Bah, die reden da über Summen. Und Wahnsinn‘. Und ich bin schon der Meinung, das kann ich nicht, das ist mir zu viel. Das ist eine Verantwortung, die ich definitiv nicht tragen könnte. ... Als Vize-Bürgermeister ist man – Wie gesagt, es hat ja immer den Bürgermeister gegeben, der ja im Endeffekt die Entscheidungen trifft. Das war dann nicht so schwierig. ... Und ich wollte ja niemals Bürgermeisterin werden, also wirklich nicht. Ich habe mich da gewehrt. Aber es ist im Grunde genommen egal, was ich probiert habe und gemacht habe, es ist der Job immer wieder zu mir hergekommen. ...“ (Frau C, Bürgermeisterin: 26)

5.2.1.2 Familie als Auslöser: „Es liegt ein bisschen in der Familie.“

Die eigene Familie erweist sich bei einem großen Teil der Erzählpersonen – insbesondere in kleineren Gemeinden – als ein wichtiger Auslöser für den Einstieg in die kommunale Politik. Die Familie spielt dabei auf zwei Ebenen eine Rolle: Einerseits durch **Vorbildwirkung und Motivation durch Männer aus der Herkunftsfamilie** und andererseits durch die eigenen Kinder, aus der **Mutterrolle** heraus.

Die Vorbilder bzw. Motivatoren aus der Herkunftsfamilie sind Väter, Großväter und Onkel, die selbst auf kommunaler Ebene als Gemeinderäte oder Bürgermeister tätig sind oder in der Vergangenheit waren. Bei allen drei interviewten Bürgermeisterinnen Frau A, Frau C und Frau H war ein männliches Familienmitglied ein Vorbild bzw. Motivator für den Einstieg in die Gemeindepolitik. Auch bei den Gemeinderätinnen Frau J und Frau E spielt dieser Auslöser eine wichtige Rolle: Bei der Gemeinderätin Frau E waren sowohl der Großvater als auch der Cousin politisch aktiv, was Vorbildwirkung für ihren eigenen Einstieg in eine kommunalpolitische Funktion hatte. Für Frau J wiederum erweisen sich der Einfluss ihres politisch interessierten Elternhauses und der politisch aktive Onkel, der ebenfalls Gemeinderat war, als Auslöser für ihren Politikeinstieg:

Int: „... erzählen Sie mir ein bisschen bitte, wie ist es dazu gekommen, dass Sie politisch aktiv geworden sind?“

Frau J: „Durch mein Elternhaus, eigentlich, ja. Durch das, dass sich meine Eltern immer schon sehr für Politik interessiert haben, mein Onkel auch Gemeinderat war. Und dadurch bin ich dazu gekommen, ja.“ (Frau J, Gemeinderätin: 5f.)

Frau E: „Mein Opa war früher auch politisch aktiv. Es liegt ein bisschen in der Familie. Mein Cousin hat auch angefangen. ...“ (Frau E, Gemeinderätin: 8)

Die Bürgermeisterin Frau H hatte ebenfalls einen Onkel, der Gemeinderat war, der sie außerdem aktiv aufgefordert hat, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. In der Familie der Bürgermeisterin Frau C waren, neben dem Vater als Gemeinderat, auch einige ihrer Onkel kommunalpolitisch tätig. Sie selbst spricht von „einer **Familie, die schon immer irgendwie politisch aktiv** war“. Dies sei allerdings „den Männern vorbehalten“ gewesen, weshalb sie ursprünglich nicht in die Politik wollte. Es sei „in der Familie stets politisiert worden“ und ihr **Vater** habe ihr die **Werthaltungen für die politische Arbeit vermittelt**, „dass man für die Menschen ist und das ist für ihn Politik“. Zudem hätten sich alle Kinder der Familie durch den Einfluss des Vaters immer in Vereinen oder in der Sozialarbeit der Gemeinde engagiert. Darüber sei sie letztlich sukzessive in die Kommunalpolitik gekommen. Bei der dritten Bürgermeisterin Frau A war der eigene Vater selbst Bürgermeister in der gleichen Gemeinde. Sie sei allerdings anfangs gar nicht politisch interessiert gewesen und dachte, ähnlich wie Frau C, nicht an eine Karriere auf kommunalpolitischer Ebene. Erst als ihr Vater nicht mehr politisch aktiv war, wurde sie Gemeinderätin. Sie habe ihn nie um Rat fragen können, da er bereits ernsthaft erkrankt war, als sie Vize-Bürgermeisterin wurde. Dennoch meint sie, dass sie durch die Arbeit des Vaters als Bürgermeister schon als Jugendliche punktuell **Einblick in die Kommunalpolitik** bekommen habe:

Frau A: „...Weil wie damals mein Vater Bürgermeister war, da haben viele gesagt, ich hab's ja gut, ich habe meinen Vater, den kann ich viel fragen, aber in der Zeit wo er aktiv war, war ich eine Jugendliche, das hat mich überhaupt nicht interessiert. Und Vize-Bürgermeisterin bin ich geworden, da hat mein Vater schon Alzheimer gehabt. Da hätte ich ihn überhaupt nichts fragen können. Aber vielleicht hat man einiges mitgekriegt, doch immer wieder, durch die Probleme und viele sind dann zu uns ins Geschäft gekommen und haben ein paar kleine Probleme besprochen oder ihre Wünsche geäußert, also ich habe sicher vom Umfeld her, immer was mitbekommen. ...“ (Frau A, Bürgermeisterin: 22)

Int: „Wenn Sie jetzt an die Anfänge Ihres politischen Lebens zurückdenken, können Sie mir da bitte erzählen, wie ist es dazu gekommen, dass Sie politisch aktiv geworden sind?“

Frau H: „[lacht] Das was ganz witzig. Und zwar mein Onkel - Wir haben frisch ein Haus gebaut gehabt und die Kinder waren noch sehr klein. Und dann ist mein Onkel auf Besuch gekommen und der war einmal Gemeinderat bei uns in der Gemeinde. Und der ist gekommen und hat gesagt ‚Hast Du nicht Lust, ein bisschen in der Gemeinde mitzuarbeiten, für die Gemeinde etwas zu gestalten?‘. Und ich habe dann gesagt ‚Ja ok, das mache ich‘. Und das war eigentlich mein Einstieg in die Politik.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 7f.)

Int: „... wie ist es dazu gekommen, dass Sie überhaupt politisch aktiv geworden sind?“

Frau C: „Ja das ist eine gute Frage. Also es war so, dass ich eigentlich generell – Also ursprünglich komme ich aus einer Familie, die schon immer irgendwo politisch aktiv war. Und es war für mich eigentlich keine – Ich wollte nie in die Politik, niemals. Weil das ist damals eigentlich eher den Männern vorbehalten gewesen. Aber was wir natürlich gelernt haben, ist, ja, sich in die Gemeinde oder das soziale Leben einzubringen. Durch Veranstaltungen, durch Mitwirken bei diversen Organisationen, das war selbstverständlich. ...“ (Frau G, Bürgermeisterin: 5f.)

Die **Tradition der politischen Repräsentation innerhalb der Familie** zeigt sich bei der Bürgermeisterin Frau A, auch schon in der nächsten Generation. Ihr jüngster Sohn engagiere sich bereits aus eigenem Antrieb in der Jugendpartei; ohne ihr aktives Zutun, wie sie betont:

Frau A: „... Und der Jüngste [Sohn] eigenartigerweise, weiß ich nicht, ob man da irgendwie eine Erblinie hat, der ist da sehr interessiert. Der ist jetzt auch schon in der Jugendpartei drinnen und engagiert sich. Und man merkt auch, dass das für ihn keine Verpflichtung ist, sondern dass er ohne meinem Wissen, ich habe gar nicht gewusst, dass er da schon im Vorstand ist. Oder dass er sich auch bewirbt bei der Sitzung. Ich frage Ihn ‚Wo gehst Du hin bei der Sitzung‘ ‚Ja ich habe die Vorstandssitzung von der Jungen.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 111)

Die zweite Ebene, auf der die Familie einen Politikeinstieg der Erzählpersonen forciert, ist die Mutterrolle. Bei den drei Bürgermeisterinnen Frau A, Frau H und Frau C ist ihre **Rolle als Mutter ein wichtiger Faktor beim Einstieg in die Kommunalpolitik**. Über die eigenen Kinder waren sie in die örtliche Kinderbetreuung und/oder schulischen Einrichtungen involviert, was zu ihrem politischen Engagement führte. Frau A, die Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde, war zuvor als Mutter mehrerer Kinder stundenweise in einem Einzelhandelsunternehmen ihres Vaters erwerbstätig bis dieser in Pension ging und sie schließlich mit drei Kindern einige Jahre nicht erwerbstätig war. Für sie bedeutete der Einstieg in die Gemeindepolitik eine Abwechslung zu ihrem Dasein als Hausfrau und Mutter und gleichzeitig war sie durch diese Mutterrolle in die Bildungs- und Kinderbetreuungsinstitutionen der Gemeinde bereits vor ihrem Einstieg in die Politik involviert. Sie sagt klar, dass ihr Politikeinstieg nicht geplant war, sondern über ihre Kinder „passiert ist“:

Frau A: „... also ich hätte eigentlich nie Gusto gehabt, dass ich da einmal in die Politik gehe. Also das ist dann irgendwie passiert über diese schulischen Sachen.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 6)

Frau A: „... Und irgendwie habe ich mir gedacht es wäre ein bisschen Abwechslung und doch auch interessant. Das ging so nebenbei und man ist doch ein bisschen in der Öffentlichkeit und ein bisschen beschäftigt. Und Schule, Kindergarten, da war ich ja immer wieder mit meinen Kindern involviert.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 14)

Auch die Bürgermeisterin Frau C kam über ihre Kinder zur Kommunalpolitik, konkret durch ihr Engagement als Mutter für Familienangebote in der Gemeinde, wie beispielsweise das Organisieren des Kinderfaschings. Sie meint, der Kommunalpolitikeinstieg über das Familienthema und die Mutterrolle, sei bei ihr typisch, „wie bei den meisten Frauen“, erfolgt:

Frau C: „...Und ja, irgendwann habe ich gemerkt natürlich, ja, es gibt zum Beispiel keinen Kinderfasching, es sind jetzt nur Kleinigkeiten. ... Dann habe ich das halt organisiert. Also ich bin da eigentlich eher über Veranstaltungen und Diverses hineingerutscht. Und dann hat es geheißen ‚Du machst das eh schon, möchtest Du nicht gerne in die Gemeindevertretung‘. Wollte ich eigentlich zuerst nicht, aber dann habe ich mir gedacht ‚Ok, dann sitze ich wenigstens an der Quelle und kann auch ein bisschen mitbestimmen‘ Ja und so ist das dann immer mehr und mehr geworden.“ (Frau C, Bürgermeisterin: 6)

Int: „... Mhmm, also durchaus aus der Mutterrolle heraus sozusagen?“

Frau C: „Absolut, ja. Absolut. Also wie gesagt, einfach das, wo man gemerkt hat, das fehlt. Und ja, man engagiert sich und es sind wenige Personen für viele freiwillige Sachen und dann rutscht man da hinein. Sicher aus der Familie, absolut ja.“ (Frau C, Bürgermeisterin: 49f.)

Der Einstieg in eine kommunalpolitische Funktion der Bürgermeisterin Frau H wurde ebenfalls durch ihre ganz praktischen Erfahrungen als Mutter über den Mangel an Angeboten für Fami-

lien in der Gemeinde wesentlich motiviert. Konkret war die eigene Betroffenheit durch die mangelnde Nachmittagsbetreuung in der Volksschule ihrer Kinder ein wichtiger Auslöser für ihr politisches Engagement.

5.2.1.3 Vereine, Gruppen, Bewegungen: „Vom Reden ins Tun zu kommen“

Ein wichtiger Auslöser dafür, sich auf Gemeinde- bzw. Bezirkspolitik politisch zu betätigen, ist ein vorangegangenes Engagement in sozialen Bewegungen, Gruppierungen oder Vereinen. Dieser Faktor war bei der Landtagsabgeordneten Frau B, bei der Gemeinderätin Frau D, Frau F und Frau E **Wegbereitung für den Einstieg** in eine kommunalpolitische Funktion.

Die Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin Frau B war zu Beginn ihrer kommunalpolitischen Laufbahn Bezirksrätin. Davor war sie bereits außerhalb von parteipolitischen Organisationen politisch aktiv: Sie beteiligte sich als Schülerin bei Protesten gegen den Bau einer Autobahn und einige Jahre später als Studentin bei regelmäßigen Protestmärschen. Eine konkrete Protestbewegung war der Auslöser für ihren Einstieg in die Kommunalpolitik. Es sei für sie nicht mehr ausreichend gewesen, ihre Unzufriedenheit bei Demonstrationen in einer doch wenig strukturierten, sozialen Bewegung auszudrücken. Sie wollte „vom Reden ins Tun kommen“ und in einer Gruppe mit hohem Organisationsgrad, einer politischen Partei, **zielgerichtet Aktionen** setzen. Dieser Schritt brachte ihr als positive Effekte die **sichtbare Zugehörigkeit zu einer Gruppe** und **das Gefühl, nicht mehr alleine** zu sein:

Frau B: „Also für mich hat es da einen ganz wirklich konkreten Auslöser gegeben. Und das war Schwarz-Blau I. ... Die Regierungsbeteiligung von Schwarz-Blau I, 1998 oder 99, so um diese Zeit herum, war für mich dann letztendlich wirklich ausschlaggebend, zu sagen, das Wohnzimmer-Politisieren hilft nicht, man muss raus. Also auch nicht nur diese Donnerstags-Demos, die es gegeben hat, sondern auch ganz konkret in – mich an eine Organisation, an eine Partei auch zu binden. Beziehungsweise die ersten Schritte waren jetzt nicht so ‚Jetzt gehe ich dort hin und bleibe dort für immer und ewig‘ sondern, ‚Das schaue ich mir einmal an‘. ... Und das habe ich dann auch gemacht, genau. ... Also einfach tatsächlich vom Reden ins Tun zu kommen.“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 10)

Frau B: „... Also ich bekenne mich auch nach außen, trete in eine Organisation ein und mache zielgerichtet mit anderen Aktionen und was halt alles zum politischen Tun dazugehört. Das war mir schon wichtig, nicht mehr so alleine zu sein, sondern Teil von etwas Größerem.“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 18)

Die Vize-Bürgermeisterin Frau F, die wie Frau B in einer **urbanen Gemeinde** in einer politischen Funktion tätig ist, kam ebenso durch **soziale Protestbewegungen** zur Kommunalpolitik. Begonnen hatte ihr nicht-parteiliches Engagement in der Gruppe eines Jugendzentrums ihrer Gemeinde und führte über die Friedensbewegung, Anti-Atombewegung und Frauenbewegung zu **Protestaktionen im Rahmen der Umweltbewegung**. Diese Bewegungen scheinen sie so nachhaltig geprägt zu haben, dass sie sich schließlich kommunalpolitisch engagieren wollte, um die Gesellschaft zu verändern:

Frau F: „... Wir waren damals eine sehr starke Gruppe in einem Jugendzentrum in [Name der Gemeinde, ist auch jene Gemeinde, in der sie Vize-Bürgermeisterin ist]. Und wir haben damals viele politische Filme gesehen, zum Beispiel in diesem Jugendzentrum. Und es war sicher der Jugendleiter von damals, wo ich sage, der wohnt nicht einmal hier... hat das mitinitiiert, dass wir uns als politische Gruppe gegründet haben. Wir sind quasi diesem Jugendalter entwachsen und haben da eigentlich eine große Aufgabe gesehen.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 106)

Frau F: „...Und dann war es damals sicher auch die Friedensbewegung, die Anti-Atombewegung, die Frauenbewegung, also unterschiedliche, dem Zeitgeist damals entsprechende Strömungen,

die sicher einen Beitrag dazu auch geliefert haben. ... Ich glaube, ich wurde schon von diesem Zeitgeist damals geprägt. ... Ja, später ist auch noch Besetzung der Hainburger Au dazugekommen. Da war ich zwar nicht dabei, weil ich sehr, sehr schwanger war, aber [lacht] im Grunde genommen im Hintergrund war ich dabei, ja.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 6).

Die Gemeinderätinnen Frau E und Frau D, beide aus eher **kleineren, ländlichen Gemeinden**, kamen über **nicht-parteiliche Gruppen** in der Gemeinde zur Kommunalpolitik. Bei beiden Erzählpersonen war der **Bürgermeister in gutem Kontakt zur Gruppe**, wodurch die Frauen letztlich für die Gemeindepolitik rekrutiert wurden. Die junge Gemeinderätin Frau E war Mitglied und zuletzt in der Leitung eines Vereins in ihrer Gemeinde, der sich mit der Pflege regionaler Brauchtümer, aber auch mit sportlichen Aktivitäten befasste. Die Gemeinderätin Frau D kam über eine wie sie sagt „unpolitische“ Frauenrunde letztlich zu ihrer politischen Funktion im Gemeinderat. Diese Frauengruppe leistete Nachbarschaftshilfe und tauschte sich über Kindererziehung sowie Hundehaltung und Hundezüchtung aus. Auch diese Gruppe hatte immer wieder Kontakt mit dem Bürgermeister, der Frau D letztlich in den Gemeinderat holte:

Frau D: „...Und zuerst war das eigentlich immer nur, also was heißt nur, es war eine Frauenrunde, eine Frauengemeinschaft, wo man sich natürlich schon – Wo ich mich versucht habe, in der Nachbarschaftshilfe einzubringen. ... Meine ersten Anfänge sind damals wirklich über eine Frauenrunde.“ (Frau D, Gemeinderätin: 6)

Frau E: „Also grundsätzlich hat es damit angefangen, dass ich bei der Landjugend aktiv war. In der Gemeinde [Name der Gemeinde] bei der Landjugend und dann auch im Bezirk. Und dadurch habe ich relativ viel Kontakt mit dem Bürgermeister. Und er hat mir das dann mehr oder weniger schmackhaft gemacht, ob mich das interessieren würde. Und dann habe ich gesagt, meine Landjugendzeit ist eh mehr oder weniger vorbei. Und dann habe ich mir das angeschaut [lacht]. ... Es ist alles super gerannt ehrlich gesagt. Also es war von der Landjugend her die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister. Und das hat sich genau so ergeben, dass ich 2014 die Landjugendleitung abgelegt habe im Herbst. Und dann bin ich gleich zur Gemeinderatswahl angetreten und das eine ist ins andere weitergelaufen.“ (Frau E, Gemeinderätin: 6).

Die Gemeinderätin Frau I wiederum engagierte sich in einer örtlichen Frauengruppe, ähnlich wie Frau D. Diese war eine Art **Vorfeldorganisation einer politischen Partei**. Für sie selbst gab es allerdings vorerst keine politische Motivation, an dieser Gruppe teilzunehmen, es wurden Handarbeitskurse veranstaltet und ähnliches. Dennoch wurde sie in weiterer Folge dort vom Bürgermeister zur Mitarbeit in der Gemeindepolitik animiert:

Frau I: „... Wir haben eine Frauenorganisation gehabt im Nachbarort. Und die ist von einer Freundin von mir geleitet worden. Und zuerst habe ich halt, hat sie Kurse veranstaltet, also so Handarbeitskurse, alles. Und irgendwann einmal hat sie gesagt ‚Möchtest Du nicht einmal mitarbeiten?‘. Und das habe ich dann eigentlich gemacht, so schön langsam. Aber habe mit der Politik trotzdem nichts am Hut gehabt. Also ich bin gegangen, weil das einfach eine nette Runde war. Und natürlich weil es ja die Gruppe von der [Name der Partei] war, war unser Herr Bürgermeister damals immer präsent. ... Und irgendwann einmal hat er mich dann gefragt, ob ich nicht Lust hätte, so ein bisschen mitzuarbeiten. ... Und dann hat er mich gefragt, ob ich Interesse hätte, in den Gemeinderat zu kommen.“ (Frau I, Gemeinderätin: 6)

5.2.1.4 Der Bürgermeister: „**Natürlich spielt Sympathie eine große Rolle**“

Wie sich schon im vorherigen Abschnitt zeigte, ist es gerade in **kleineren Gemeinden** mit engem sozialen Gefüge häufig der Bürgermeister, der die Erzählpersonen persönlich motiviert, in die Gemeindepolitik einzusteigen. Dies geschieht, wie bereits weiter oben beschrieben, häufig über Vereine und lose Gruppen, die nicht immer parteipolitisch eingebunden sind. So wurden die Gemeinderätinnen Frau E, Frau D, Frau J und Frau I **direkt vom Bürgermeister** ihrer Gemeinde für eine Gemeinderatskandidatur angeworben. Dabei spielen – insbesondere bei Frau D und Frau J – persönliche **Sympathien und das Charisma** des Bürgermeisters eine große Rolle. Frau J hatte sich erst von einem neuen, für sie sympathischen Bürgermeister überreden lassen, für den Gemeinderat zu kandidieren. Sein Vorgänger aus der gleichen Partei war dabei erfolglos:

Frau J: „...Die wollte mich schon früher in den Gemeinderat hinein haben. Und da habe ich eher gesagt ‚Nein, noch nicht. Ich bleibe eher im Hintergrund. Ich arbeite mit, ich mache alles‘. Aber dann eben vor der letzten Periode, dann hat der neue Bürgermeister, der es dann geworden ist, der hat mich dann noch einmal gefragt. Und dann habe ich gesagt ‚Ok, wenn du das machst, dann steige ich mit ein‘.“ (Frau J, Gemeinderätin: 32)

Frau D: „... Zur Frauenrunde gehört eigentlich auch die Frau vom Bürgermeister. ... Aber natürlich spielt Sympathie eine große Rolle. Wir haben sicher mit unserem Bürgermeister jemand, der Leute gut miteinbezieht, der den Leuten Gestaltungsfreiräume gibt, in dem Sinn. Ja, und dann hat er damals gefragt, ob ich auf die Liste bei ihm gehen möchte.“ (Frau D, Gemeinderätin: 14 ff.)

Frau E: „...Und dadurch habe ich relativ viel Kontakt mit dem Bürgermeister. Und er hat mir das dann mehr oder weniger schmackhaft gemacht, ob mich das interessieren würde.“ (Frau E, Gemeinderätin: 6) .

Frau I: „... war unser Herr Bürgermeister damals immer präsent. ... Und irgendwann einmal hat er mich dann gefragt, ob ich nicht Lust hätte, so ein bisschen mitzuarbeiten. ... Und dann hat er mich gefragt, ob ich Interesse hätte, in den Gemeinderat zu kommen.“ (Frau I, Gemeinderätin: 6)

5.2.2 Push-Faktoren beim Einstieg

Ob eine Erzählperson letztlich den Einstieg bzw. die Kandidatur für ein kommunalpolitisches Amt vollzieht, kann durch unterschiedliche Faktoren positiv beeinflusst werden: Zu diesen Faktoren zählen der positive Umgang innerhalb einer Partei in der Gemeinde bzw. dem Bezirk, motivierende Einzelpersonen, z. B. Freund/innen, der Beginn eines neuen Lebensabschnitts der Erzählpersonen, aber auch ein struktureller Frauenmangel innerhalb der jeweiligen Ortspartei.

5.2.2.1 Positive Aufnahme in der Gruppe: „**wertvoll und wertgeschätzt**“

Die **positive Aufnahme im Kreis der Parteikolleg/innen**, indem man **rasch Teil einer Gruppe wird** sowie **sich ernstgenommen und ebenbürtig fühlt**, erweist sich als wichtiger Faktor, um Erzählpersonen nach den ersten Kontakten mit der Kommunalpolitik für ein weiteres Engagement zu gewinnen. Einige Erzählpersonen waren von der Offenheit, wie sie von der Gruppe empfangen wurden, besonders positiv überrascht. Es wirken **flache Hierarchien und der Eindruck von Offenheit gegenüber Neuem** in der Ortsparteigruppe ist förderlich für den Einstieg der Erzählpersonen in eine kommunalpolitische Funktion.

Die Landtagsabgeordnete Frau B erzählt von einem raschen Gefühl der Gruppenzugehörigkeit, als sie erstmals an einer Sitzung der Bezirksorganisation teilnahm. Dies äußerte sich in sofortigem Einbezug in Diskussionen und Abstimmungen. Zudem nahm sich eine konkrete Person aus der Bezirksgruppe ihrer an und versorgte sie mit dem nötigen Hintergrundwissen. Es wurde innerhalb der Gruppe zu Beginn auf den Neuzugang Rücksicht genommen, indem bei Diskussionen die einschlägigen Begrifflichkeiten immer wieder erklärt wurden. Dies half bei der **Orientierung** und verstärkte das **Gefühl der Zugehörigkeit**. Eine ähnliche Wirkung der Gruppe beschreibt Frau E, die Gemeinderätin einer kleinen, ländlichen Gemeinde: Sie sei bei den politischen Aktivitäten zumeist die Jüngste in der Gruppe und fühlte sich und ihre Meinung dennoch von Beginn an als **ebenbürtig respektiert**:

Frau B: „...Und wirklich ganz konkret in diese Gruppe zu gehen, ‚Hallo‘ sagen. Schauen, wie es geht. Und mich in dem Fall auch schnell an- und aufgenommen gefühlt zu haben. Weil es eine sehr offene Gruppe war. Konnte sofort mitreden, sofort mitdiskutieren, sofort mitabstimmen. Das waren alles sehr überraschende Momente, muss ich sagen. Also dieses relativ schnell Teil dieser Gruppe sein zu dürfen. Nicht jetzt irgendwie in der zweiten Reihe und ‚Jetzt bist Du neu und jetzt hörst Du einmal zu und dann darfst Du irgendwann einmal etwas sagen‘ sondern eigentlich sofort da aufgenommen worden zu sein als wertvoll und wertgeschätzt. Und es war auch recht leicht, weil es hat sich auch jemand angenommen, der ein bisschen erzählt hat. ... In der Parteipolitik gibt es ja sehr viele Kürzel, die kann man einfach überhaupt nicht verstehen, wenn man frisch dazukommt. Und wo es immer so eine kleine Pause-Taste gegeben hat in Debatten und das dann erklärt wurde, damit man ein bisschen mitkommen kann. Von dem her war es einfach ein sehr offenes, gutes Klima, die Stimmung war gut. ...“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 22)

Frau E: „... Und bei den meisten Sachen bin ich immer die Jüngste. Und da ist es nicht so ‚Na du kleines Mädchen hast nichts zu sagen‘. Man wird respektiert. Es wird einem zugehört. Es ist eine jede Meinung wichtig. Und das finde ich voll super. Weil das habe ich ein wenig befürchtet, dass es heißt ‚Du kennst Dich nicht aus, Du hast nichts zu sagen‘. Und das ist überhaupt nicht so. Weil man wird wirklich geschätzt und respektiert. Und oft hören dann auch alle zu, was für mich ein bisschen unangenehm ist. Aber es ist einfach cool zu sehen, dass alle zusammenhelfen und dass ein jeder seine Meinung einbringen darf und dass keiner irgendwie ausgeschlossen wird.“ (Frau E, Gemeinderätin: 52)

Die Gemeinderätin einer großen Stadtgemeinde, Frau G, berichtet ebenfalls davon „mit offenen Armen empfangen worden zu sein“. Sie sieht allerdings den „generellen **Frauenmangel**“ in der Politik bzw. speziell in ihrer Partei als eine Motivation für diesen **offenen Empfang** in ihrer Ortsparteiengruppe:

Frau G: „Das war eigentlich alles unproblematisch. Also auf Parteiseite, würde ich sagen, ist es allgemein so, wenn sich Leute engagieren, auf unterschiedlichsten Bereichen. Und wie wir wissen, besteht ja generell ein bisschen ein Frauenmangel. Und das heißt, da bin ich mit offenen Armen empfangen worden ...“ (Frau G, Gemeinderätin: 40)

5.2.2.2 Förderprogramm: „Es gab da was Unterstützendes“

Ein weiterer Push-Faktor, der beim Einstieg bzw. beim Aufstieg in der Politik auf kommunaler Ebene als äußerst hilfreich erlebt wird, sind allgemeine (**Nachwuchs-)**Förderprogramme der jeweiligen Partei, die speziell an Frauen gerichtet sind. Die Landtagsabgeordnete Frau B sowie die Bürgermeisterin Frau H machten von solchen Angeboten Gebrauch und erlebten sie als **hilfreich und motivierend**, ihre politische Laufbahn zu verfolgen. Frau H wurde durch das Nachwuchsförderprogramm ihrer Partei letztlich motiviert, sich bis zur Funktion der Bürgermeisterin hochzuarbeiten. Es festigte sie dabei in ihrem Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Fraktion. Die Landtagsabgeordnete Frau B konnte wiederum ein Unterstützungsprogramm für Frauen

in ihrer Partei nutzen, wo verschiedene Trainingsmodule wie „Medienauftritte“ und „Argumentationstechniken“ angeboten wurden. Diese seien während ihrer Kandidatur als Landtagsabgeordnete inhaltlich äußerst hilfreich gewesen:

Frau H: „... Mein wirklicher – Dass, was mich dann wirklich motiviert hat, hinzuarbeiten wo ich heute bin, war dann die Nachwuchsakademie vom [Name der Parteien-Einrichtung]. Also das war eine Ausbildung, die ich besucht habe und durch diese Ausbildung habe ich dann auch – Irgendwo ist das gefestigt worden. Für mich war klar: Erstens ist das die Fraktion, der ich zugehörig bin, deren Werte ich vertrete und zweitens eben auch, dass ich mich für das weiter engagieren möchte.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 10)

Frau B: „... Es gab da was Unterstützendes, nämlich: Bei den [Name der Landespartei] gab es ein eigenes Unterstützungsprogramm für Frauen, die kandidieren wollen und da waren verschiedene Module drinnen. Da waren Module von ‚Wie wirke ich vor der Kamera‘. ... Aber wirklich so kleine Trainingseinheiten, ja. ‚Wie trete ich auf‘, ‚Wie bringe ich etwas auf den Punkt‘, war bei mir total erfolgreich [lacht]. Genau, ‚Wie fühlt es sich an, wenn ich ein Mikro unter die Nase gehalten bekomme und etwas sagen muss‘, ‚Wie schau ich überhaupt, also wie nehme ich mich wahr, wenn ich mich durch ein Kamerabild wahrnehme, wie nehme ich mich wahr, wenn ich eine Tonaufzeichnung von mir höre, wie komme ich in meine Stimme, welchen Stand habe ich‘ und solche Dinge. Jedenfalls gab es so Unterstützungsprogramme, das war sozusagen inhaltlich super.“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 114)

5.2.2.3 Mitbewerber/innen: „Jetzt machen wir das zu zweit.“

Bei der Entscheidung, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren bzw. konkret für eine politische Funktion zu kandidieren, können Kolleg/innen bzw. **Mitbewerber/innen einen motivierenden Einfluss** auf die Erzählpersonen haben. Die Bürgermeisterin Frau H erzählt im Zusammenhang mit ihrer Kandidatur für den Gemeinderat, dass eine Mitbewerberin, die bereits Gemeinderätin war, sie zu Beginn ihrer politischen Laufbahn zur Kandidatur ermunterte. Die Landtagsabgeordnete Frau B wurde von einer anderen Mitbewerberin, die ebenfalls als Landtagsabgeordnete kandidierte, in ihrem Selbstvertrauen bestärkt, sich gemeinsam der Kandidatur zu stellen. Immer wieder habe man sich gegenseitig die Selbstzweifel ausgeräumt und „gegenseitig befeuert“:

Frau H: „... Aber es war schon auch eine Frau, die mich motiviert hat. Das war ganz zu Beginn. Die ist dann ausgeschieden. ... Ich war damals noch Ersatzgemeinderätin und sie war Gemeinderätin.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 123)

Frau B: „... Weil es tatsächlich bestärkend war, dass es auch – Ja, da gab es eine andere Frau, die fast noch ein bisschen mehr den Zieher gehabt hat, ein bisschen mehr das Zutrauen hatte, das machen wir jetzt. Jetzt machen wir das zu zweit. ...“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 108)

5.2.2.4 Die Familie: „Ohne das, braucht man es nicht versuchen“

Die politische Laufbahn der Erzählpersonen erfährt in den meisten Fällen die Unterstützung durch die Familie. Eine politische Funktion wird durch **konkrete Hilfestellung** bei Hausarbeit oder Kinderbetreuung erst ermöglicht oder von **emotionaler Unterstützung bzw. Zustimmung** begleitet. Insbesondere Frauen, die mit mehreren kleinen Kindern auf kommunalpolitischer Ebene engagiert sind, profitieren von der aktiven und konkreten Hilfestellung aus der Familie.

Die Gemeinderätin einer großen Stadtgemeinde, Frau E ebenso wie die Bürgermeisterin Frau A, meinten, ohne die **konkrete Hilfestellung durch die eigene Mutter** wäre die Ausübung ihres politischen Amtes nicht möglich. Frau A ist Mutter von vier und Frau G von zwei Kindern. Beide Frauen besprachen ihren Schritt, als Bürgermeisterin bzw. Gemeinderätin zu kandidieren, vorab mit ihren Müttern und entschieden sich erst dazu, nachdem diese ihre Hilfe bei Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung zusicherten:

Frau G: „...Und ich habe natürlich auch familiäre Unterstützung gehabt. Es wurde das vorher abgesprochen. Weil ohne Familie und Kinderschauen und so weiter ist das nicht möglich für eine Mutter, das alleine zu bewerkstelligen.“ (Frau G, Gemeinderätin: 42)

Frau G: „... Ich habe sehr viel mit meiner Mutter abgesprochen, weil ich brauche jemanden, der auf die Kinder schaut.“ (Frau G, Gemeinderätin: 40)

Frau A: „... Und darum war mein erster Weg, wie es geheißen hat, ich soll kandidieren oder ich soll als Bürgermeister kandidieren, dass ich zu meiner Mutter gegangen bin. Habe ich gesagt ‚Kannst Du es Dir vorstellen, ich bin dann natürlich noch weniger da‘.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 139)

Im Fall der Bürgermeisterin Frau A wohnt der Ehemann unter der Woche berufsbedingt nicht zu Hause. Ihre eigene Mutter wiederum lebt seit Jahren im selben Haushalt und übernimmt einen großen Teil der gesamten Hausarbeit, wie z. B. die Arbeit rund um die Wäsche aller Haushaltsangehörigen. Zudem ermöglichte die Anwesenheit ihrer Mutter Frau A die Teilnahme an abendlichen Sitzungen, als die Kinder noch klein waren. Später übernahm zunehmend ihre älteste Tochter diese Aufgabe:

Frau A: „... Aber ich habe Gott sei Dank meine Mutter, die mich bei der Wäsche unterstützt, die gerne bügelt. Und alles andere machen wir eh dazwischen, das muss man dann eh alles unterbringen...“ (Frau A, Bürgermeisterin: 107)

Frau A: „... Ich hatte damals auch noch meine Mutter im gleichen Haushalt, so ist das halt damals leichter gewesen, dass ich dann am Abend zu Sitzungen gegangen bin, weil jemand zuhause war, der eben auf die jüngsten aufgepasst hat, also grad auf die Großen hat man in dem Sinn nicht so aufpassen müssen, wobei die älteste Tochter dann auch schon der Babysitter mit war.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 12)

Die Bürgermeisterin Frau H erzählt, dass ihr Partner bei Wochenendterminen und Abenden, an denen sie Sitzungen hat, ganz selbstverständlich die Wäsche wäscht und den Geschirrspüler ausräumt. Allerdings gäbe es Arbeiten im Haushalt, die er nicht gerne machen würde, und daher auch nicht übernimmt, was Frau H als selbstverständlich ansieht. Die **konkrete Hilfestellung durch diesen Ehepartner** ist zwar vorhanden, allerdings **nicht so uneingeschränkt**, wie das bei den Müttern der Erzählpersonen der Fall zu sein scheint:

Frau H: „... Aber es ist dann auch kein Thema, wenn ich am Abend eine Sitzung habe, dass er jetzt, sage ich jetzt ganz banal, noch den Geschirrspüler einräumt, einschaltet oder die Küche sauber macht oder am Wochenende, wenn ich Wochenendtermine habe, die Wäsche wäscht. Es ist eigentlich ganz selbstverständlich. Da braucht es jetzt auch keine Diskussionen. Und das finde ich einfach schön. So sollte es meiner Meinung nach auch sein. ... Es gibt gewisse Arbeiten, die mag er nicht machen. Es war nie so, dass ich gesagt habe, ‚Du musst das jetzt auch machen‘. Wir haben uns das halt dann so aufgeteilt. Was er gerne macht, hat er gemacht, das andere habe ich wieder übernommen. Aber das hat sich alles so irgendwie ergeben. Und er tut zum Beispiel sehr gerne Wäsche waschen.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 86)

Auch in der Partnerschaft der Gemeinderätin Frau G zeigt sich eine eingeschränkte konkrete Unterstützung durch den männlichen Partner: Frau G erhält viel Unterstützung bei der Betreuung ihrer kleinen Kinder durch ihre Mutter und teilweise ihre Schwiegereltern. Ihr Partner, der

selbstständig erwerbstätig ist, hat ein hohes Erwerbsarbeitsausmaß und übernimmt punktuell die Betreuung der gemeinsamen Kinder, wenn es sein Arbeitsablauf zulässt:

Frau G: „Also für mich selbst gibt es kein großartiges Problem, weil ich einfach viel Glück habe. Glück mit der Unterstützung der Gesamtfamilie, weil auch meine Schwiegereltern, wenn Not am Manne ist, schauen. Glück auch, dass mein Mann selbstständig ist. Das heißt, er hat zwar wahn-sinnig viel Arbeit, aber wenn er den Termin frühzeitig weiß, kann er es sich irgendwie einteilen. ...“ (Frau G, Gemeinderätin: 46)

Grundsätzlich werden einige Erzählpersonen vom **Partner oder anderen Familienangehörigen** bei ihren Ambitionen, auf kommunalpolitischer Ebene tätig zu sein, **emotional unterstützt**, indem sie Verständnis zeigen oder diese Ambitionen **zumindest nicht torpedieren**.

Die Landtagsabgeordnete Frau B hat mit ihrem Partner weder Kinder, noch teilen sie einen gemeinsamen Haushalt, sodass konkrete Unterstützung bezüglich Haushalt oder Kinderbetreuung kaum eine Rolle spielt. Ihr Partner vermittelt ihr jedenfalls die uneingeschränkte emotionale Unterstützung. Die Gemeinderätinnen Frau D und Frau E meinen, sie erhielten zumindest keine negativen Reaktionen auf ihr Engagement von ihren Partnern oder den bereits erwachsenen Kindern bzw. müssten sie keine Konflikte innerhalb der Partnerschaft wegen ihres politischen Engagements austragen:

Frau B: „Nein, also das war ‚Was immer Du machst, ich unterstütze Dich‘.“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 66)

Frau D: „... Also zumindest habe ich nie etwas Gegenteiliges gehört oder Bedenken oder so etwas. Nein, eigentlich überhaupt nicht. ...“ (Frau D, Gemeinderätin: 46)

Int: „... Und gibt es da irgendwelche Auswirkungen von Ihrer politischen Arbeit, auf Ihre Partnerschaft, auf die Zeit sozusagen auch, die Sie verbringen können mit Ihrem Partner?“

Frau E: „Nein, eigentlich grundsätzlich nicht. Habe keine Einschränkungen durch das. Dadurch, dass er Landwirt ist, ist er am Abend auch öfter unterwegs. Und so dicht sind oft die Sitzungen nicht. Momentan ist es ab und zu ein bisschen stressig vor der Sommerpause oder dann zu Weihnachten. Aber ist jetzt nicht so schlimm, dass man sagt, man kracht deswegen zusammen.“ (Frau E, Gemeinderätin: 29f.)

Die Bürgermeisterin Frau C war im Vorfeld ihrer Kandidatur zur Bürgermeisterin extremem Mobbing ausgesetzt, wie weiter unten noch ausgeführt wird. Ihr Partner war zwar anfangs skeptisch, ob sie diese Funktion annehmen sollte, unterstützte sie aber mit Beginn des Mobbing uneingeschränkt gemeinsam mit den Kindern und den Mitgliedern der erweiterten Familie bei ihrer Kandidatur. Sie zeigt sich überzeugt davon, dass ohne die Unterstützung der Familie, die Kandidatur für ein Bürgermeisterinnenamt nicht gelingen kann:

Frau C: „Ob ich antrete oder nicht, habe ich nur mit meiner engsten Familie besprochen, also mit meinem Mann und meinen zwei Töchtern. Und die haben von Anfang an gesagt, ja, also die Kinder dann sowieso ‚Mama, wir schaffen das. Versuch das‘. Mein Mann war sehr skeptisch, weil er weiß, wenn ich was tue, tue ich das 100 %. ... Aber er hat dann irgendwann selbst gesagt ‚Ok, ich glaube einfach wirklich, Du musst das versuchen, sonst können wir nicht in der Gemeinde bleiben. Weil sonst wird es für Dich schwierig‘. Sich zurückzuziehen und einfach nichts mehr zu tun, das wäre mir schwergefallen. Und die sind dann wie die Bomben hinter mir gestanden. Also die waren ohne mit der Wimper zu zucken hinter mir. Und dann natürlich auch meine erweiterte Familie, also meine drei Geschwister mit den ganzen, meinen Neffen und den allen. Also die sind, meine Onkel, meine Tanten, die waren dann wirklich dann – Die sind dann hinter mir gestanden wie eine Mauer. [lacht] ... Ohne das, braucht man es nicht versuchen.“ (Frau C, Bürgermeisterin: 48)

Bei zwei Erzählpersonen hat der **Partner selbst einen persönlichen Bezug zum kommunalpolitischen Engagement** und zeigt daher Verständnis bzw. bietet emotionale Unterstützung für das Engagement der Erzählpersonen. Der Partner von Frau J ist, so wie sie selbst, Mitglied im Gemeinderat und hat daher keine Vorbehalte, sondern Verständnis für ihr Engagement. Bei der Gemeinderätin Frau E ist die Mutter des Partners ebenfalls Mitglied im Gemeinderat, weshalb er ihrer Tätigkeit positiv gegenübersteht und sie unterstützt:

Int: „... Und wie ist das aufgenommen, von Ihrem Partner oder von der Familie?

Frau J: „Ich muss sagen, mein Partner – Ich bin mit ihm jetzt erst seit 13 Jahren zusammen. Also das ist dann, da war ich dann, da bin ich erst in den Gemeinderat hineingekommen und er ist selbst auch im Gemeinderat.“

Int: „Also insofern ist das Verständnis groß sozusagen. Dass man da auch weg ist am Abend oder so.“

Frau J: „Genau.“ (Frau J, Gemeinderätin: 43ff.)

Int: „Wenn Sie an Ihren Partner denken, wie sieht der Ihr politisches Engagement? Also ist er da unterstützend oder?“

Frau E: „Ja, er ist komplett unterstützend. Dadurch, dass seine Mutter auch im Gemeinderat ist, ist es für ihn eigentlich gar kein Problem.“ (Frau E, Gemeinderätin: 67f.)

5.2.3 Erste Kompetenzbereiche: „Ich war da die einzige Frau.“

Dieser Abschnitt befasst sich damit, welche Kompetenzbereiche die Erzählpersonen beim Einstieg in die Politik auf Gemeinde- oder Bezirksebene innehatten und wie sich diese veränderten. Auffällig ist, dass der Erstkontakt mit der Politik auf dieser Ebene häufig über **familiennahe Themenbereiche** erfolgt. So werden Kompetenzbereiche wie Familie, Jugend und Soziales von beinahe allen Erzählpersonen als erste Themen bei der politischen Arbeit auf Kommunalebene genannt.

Wie schon in Kapitel 5.2.1.2 analysiert, führt der Politikeinstieg bei einigen Erzählpersonen **über ihre Mutterrolle**. Dahingehend sind schließlich auch ihre **ersten Kompetenzbereiche** ausgerichtet. Dies trifft auf die drei Bürgermeisterinnen Frau A, Frau H und Frau C zu, die über die eigenen Kinder in die örtliche Kinderbetreuung und/oder schulischen Einrichtungen involviert waren. Frau A meint, ihr Einstieg sei „dann irgendwie über die schulischen Sachen“ erfolgt, weshalb auch ihre ersten Kompetenzbereiche in der Kommunalpolitik „Kindergarten, Schule und Gesundheit“ waren. Frau A sieht diese persönliche Betroffenheit als Mutter in den Themenbereichen Kinderbetreuung und Schule als Vorteil in ihrer politischen Arbeit, da sie dadurch einen intensiven Einblick in die Situation hatte, wodurch sie vieles bewegen konnte:

Frau A: „... Ich habe aber dann noch einmal ein Kind gekriegt, das ist 1999 auf die Welt gekommen - ich habe vier – und da war dann noch einmal Kindergarten, noch einmal Schule, ich hab das alles immer so Praxisnah erlebt und durch das immer gewusst, was hat man jetzt für Lernmethoden, wie läuft's im Kindergarten ab und habe dadurch wahrscheinlich immer viel Verständnis gezeigt für die Themen und da auch vieles bewegen können durch diese Situation.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 20)

Auch die Bürgermeisterinnen Frau C und Frau H hatten als erste Kompetenzbereiche familiennahe Themen wie „Kinderbetreuung und Soziales“ inne, was sich aus ihren eigenen Erfahrungen und dem Engagement als Mutter ergeben habe. Frau H bezeichnet dieses Thema und

den Einsatz für Frauen und Familie „natürlich als meine Liebe“. Sie beschreibt auch ihren harten, engagierten Kampf zu Beginn ihres kommunalpolitischen Engagements für eine Nachmittagsbetreuung in der Volksschule der Gemeinde gegen den erbitterten Widerstand von sehr traditionell eingestellten Mitgliedern des Gemeinderats. Diesen Kampf konnte sie schließlich in der Funktion der Vize-Bürgermeisterin gewinnen:

Frau H: „... Ich habe damals – Meine Kinder waren noch klein. Natürlich, Familie und das war mir ein Anliegen. Und dann hat es auch in dieser Zeit bei uns im ländlichen Bereich mit dem Thema Nachmittagsbetreuung an der Volksschule angefangen. Und ich war es damals auch, seit mittlerweile neun Jahren, die eine Nachmittagsbetreuung auf die Füße gestellt hat, als Vize-Bürgermeisterin. Und habe gekämpft, habe mich im Gemeinderat beschimpfen lassen müssen, ich zerstöre die Familien. Weil die Frauen sollen zu Hause am Herd bleiben und das Geld bringen wir heim, also die Männer und die Frauen müssen nicht selbständig werden. Es war wirklich ein Wahnsinn.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 17f.)

Die Gemeinderätin einer einwohnerstarken Gemeinde, Frau G, stieg aus Interesse an dem Thema „Integration und Bildung“ in die Gemeindepolitik ein und war daneben auch für Umweltpolitik zuständig. Zu diesen Themen kam allerdings rasch der Bereich Familie bzw. Kinderbetreuung hinzu, **als sie selbst Mutter wurde**. Sie sei durch ihre Rolle als Mutter zu dem Themenbereich Familie gekommen. Auch sie sieht ihre persönlichen Erfahrungen als Mutter mit den örtlichen Kinderbetreuungseinrichtungen als Vorteil bei der politischen Arbeit:

Frau G: „... Es wird bei uns schon so gemacht, dass Leute, die irgendeinen Bezug haben, in die Ausschüsse kommen. Und zur Familie habe ich wie jeder einen Bezug [lacht]. Aber im Moment ich halt besonders, weil ich eigentlich jetzt in meinen politischen Perioden, es ist jetzt meine zweite Periode, meine Kinder bekommen habe ... Ich habe eine 6-jährige Tochter, die jetzt dann in die Volksschule kommt und jetzt im Kindergarten war und einen 3-jährigen Buben, der in den Kindergarten kommt. Und da bekomme ich einfach durch die Mütter und durch die Gespräche mit den Kindergartenpädagoginnen und so weiter einfach viel mit. Deshalb ist das jetzt mein Thema.“ (Frau G, Gemeinderätin: 28)

Aber auch bei Erzählpersonen, die keine Kinder haben, sind **familienrelevante Themenbereiche** das Einstiegsthema in die Politik wie bei den Gemeinderätinnen Frau E und Frau J. Frau E hatte durch ihre Aktivität bei dem Verein „Landjugend“ schon Erfahrungen mit familienrelevanten Themen in der Gemeinde und sieht zudem, dass der familiäre Zusammenhalt ihrer Herkunftsfamilie dafür ausschlaggebend war, sich für diese Thematik zu interessieren. Bei der Gemeinderätin Frau J zeigt sich besonders deutlich, dass familiennahe Themen wie „Kinderbetreuung und Schulen“ in der Kommunalpolitik Frauen auch einfach **aufgrund des Geschlechts zugeschrieben** werden. Sie sei zu diesem Zuständigkeitsbereich im Gemeinderat gekommen, weil sie die einzige Frau im Ortsparteienausschuss war:

Frau E: „Jugend, Familie und Vereine. Das waren die hauptausschlaggebenden Themen.“

Int: „Das waren die Hauptthemen vom Beginn an. Und warum gerade diese Themen?“

Frau E: „Eben von der Landjugend her. Weil ich da eben im Verein aktiv war. Und Familie daheim generell ein großes Thema ist. Der Zusammenhalt.“ (Frau E, Gemeinderätin: 12ff.)

Frau J: „... Ich war zuerst im Kinder-, Schulen-Ausschuss drinnen. Und eben jetzt in der zweiten Periode bin ich dann in einem anderen Ausschuss.“

Int: „... Und war das aus einer persönlichen Situation heraus, weil Ihre Kinder gerade im Kindergarten waren?“

Frau J: „Ich habe keine Kinder.“

Int: „Ok. Sie habe keine Kinder, sind trotzdem aber zu diesem Thema gekommen. ... Und wie hat sich das ergeben, dass Sie gerade zu dem Thema kommen?“

Frau J: „Ich war da von unserem Ortsparteiausschuss die einzige Frau.“ (Frau J, Gemeinderätin: 48ff.)

Der Bürgermeisterin Frau C wurde diese **geschlechtsspezifische Zuschreibung** bestimmter Themen in der Gemeindepolitik bewusst, als sie von der Gemeinderätin zur Bürgermeisterin aufstieg. Sie meinte, Kompetenzbereiche wie Kinder, Senioren, Umwelt und Kultur wären **unbeliebte Themen** und würden daher an Frauen vergeben. Der Finanzbereich beispielsweise sei hingegen immer eher in Männerhand. Dies änderte sich bei ihr erst, als sie Bürgermeisterin wurde und den Finanzbereich schließlich selbst übernahm:

Frau C: „... Wobei die Frauen da immer gerne in die Laden gesteckt werden, ‚Ja, macht ihr das mit den Kindern und den Senioren‘. Das ist schon ein Thema. Also das ist es auch jetzt noch, das merke ich. Das war nie, ist mir ja aufgefallen, fällt mir erst jetzt natürlich auf. ... Es ist dann von den Familien und den Senioren dann ein bisschen weggegangen. Und halt auch dann natürlich, naja, waren dann andere Felder. Ob Umwelt oder Kultur oder – Das hat dann alles ein bisschen hineingespielt. Halt die Themen, die so ein bisschen unbeliebt waren [lacht]. Die haben dann wir bekommen. Also die Finanzen waren eher beim Gemeindevorstand und bei den Herren...“ (Frau C, Bürgermeisterin: 22)

Die Gemeinderätin Frau I war zu Beginn ihres Politikeinstiegs ebenfalls für „Soziales“ und damit auch für familiennahe Themenbereiche wie „Jugend, Schulen und Kindergärten“ zuständig. Ihre Themenbereiche wurden in weiterer Folge um das **klassische Frauenthema** Umweltschutz, aber auch Tourismus und Sport erweitert. Sie betont, dass sie sich den Themen Umweltschutz, Schulen und Kindergärten **aufgrund ihrer eigenen Präferenzen** widme:

Frau I: „Ich bin auch in dem Ausschuss drinnen, Umweltschutz und Jugend und Sport und Tourismus. In dem Ausschuss bin ich auch vertreten. Naturschutz und so. Wir haben auch einen ganz einen, wie soll man sagen, einen engagierten Vize-Bürgermeister und da bin ich in seinem Ausschuss drinnen. Aber wie gesagt ... Ich setze mich natürlich gerne für das ein, das ist klar. Also das interessiert mich auch. Umwelt, Naturschutz und daneben die Schulen und Kindergärten.“ (Frau I, Gemeinderätin: 36)

Auch die Bürgermeisterin Frau A beschreibt ihre Tätigkeiten und Themenbereiche zu Beginn im Gemeinderat „Kindergarten, Schule, Gesundheit“ als jene, die „Frauen immer bleiben“, da **Männer sie nicht unbedingt machen wollen**. Sie habe diese Arbeit dennoch ganz gerne gemacht, vor allem, weil sie zu der Zeit als Mutter mehrerer Kinder nicht erwerbstätig gewesen sei:

Frau A: „... Ich habe so die Arbeiten gehabt, die den Frauen meistens, immer bleiben und durch das, dass ich ja keinen Beruf gehabt habe, hab ich das eh, [Pause] gerne gemacht.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 16)

Die Themen Familie und Soziales dominieren neben dem Umweltthema jedenfalls den Einstieg in die Politik bei den Erzählpersonen. Die Landtagsabgeordnete Frau B war als Bezirksrätin in der Sozialkommission und in der Kulturkommission und bezeichnet diese Themen als „Klassiker. Themen für Frauen.“ Die Gemeinderätinnen Frau I und Frau D waren ebenfalls von Beginn an für „Soziales“ zuständig, wobei Frau D dieses Einstiegsthema **wegen eines klassischen Frauenberufs**, ihrem Zivilberuf in einer Pflegeeinrichtung, wählte.

Die Vize-Bürgermeisterin Frau F wiederum hatte neben dem Umweltschutzresort den damit verbundenen „Verkehr“ bei ihrem Politikeinstieg als Stadträtin inne. Dies waren für sie bereits vor ihrem Politikeinstieg Themen, die sie in Bürgerbewegungen vertrat und Hauptmotivation, in die Politik zu gehen. Sie ist die einzige Erzählperson, die nicht über familiennahe Themenbereiche zur Politik kam:

Frau F: „... Ich hatte immer das Ressort Umweltschutz, seit 2000. ... Und eigentlich geht es immer noch um das Thema, Lärm zu reduzieren, Verkehrslösungen, etwas Anderes anzubieten als nur weiteren Straßenbau, Autobahnausbau etc. Ja, was war noch mein Schwerpunkt? Naturräume würde ich auch dazu nehmen.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 16)

Teilweise – je nach Funktionswechsel oder Dauer der politischen Laufbahn – findet ein **Wandel der Themenbereiche** statt bzw. kommen neue Themen hinzu, die **nicht familiennahe** Themenbereiche sind. Steigt eine Gemeinderätin beispielsweise zur Bürgermeisterin auf, so hat sie je nach Gemeindegröße weit umfassendere Kompetenzen und zum Beispiel häufig die Finanzen inne. Die Bürgermeisterin Frau H ist in ihrer kleinen Gemeinde nun Finanz- und Baureferentin in einer Person, allerdings habe sie die familiennahen Themen nicht aufgeben wollen, weil sie ihr persönlich so wichtig seien. Die **Übernahme der männerdominierten Themenbereiche** wie des Baubereichs, sei schwierig gewesen. Sie musste sich den Respekt der beteiligten Akteure erst erarbeiten. Gerade die Genossenschaften, die in ländlichen Gebieten wichtige Akteure seien, sind besonders männerdominiert und hätten **wenig Respekt gegenüber weiblichen Kommunalpolitikerinnen**. Sie habe **extra hart an ihrer Kompetenzerweiterung gearbeitet**, um nicht übervorteilt zu werden, was die Akteure aus dem Baubereich ständig versucht hätten. Heute habe sie schließlich deren nötigen Respekt:

Frau H: „Und ich musste wirklich von Anfang an eine sehr strenge und konsequente Linie vorgeben. Weil ich bin von Anfang an nur versucht worden, für blöd verkauft zu werden. Dann habe ich in meiner Gemeinde – Im ländlichen Bereich hat man ja viele Genossenschaften, wo nur Männer reden. Und diese Genossenschaften, wo es um Wegebau geht, um ländlichen Wegebau oft. Erstens ist permanent versucht worden, mich über den Tisch zu ziehen und zweites hat man immer das gespürt, dass einem die Kompetenz abgesprochen wird. Und ich habe mich dann wirklich auch im Straßenbau, bei den ganzen Straßenbausachen. ... Und deshalb habe ich mich jetzt extra hineingekniet. Ich mache auch 80 % vom Bauausschuss, von der Arbeit des Bauausschusses mache ich selbst.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 42)

Frau H: „... Das heißt, das Themenfeld ist natürlich viel, viel breiter geworden. Wobei, ich bin immer noch Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Familie, Jugend und Soziales, weil ich es nicht über das Herz gebracht habe, das aus der Hand zu geben.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 32)

Die junge Gemeinderätin Frau E, die ebenfalls mit dem Familienthema in die Politik einstieg, hatte **in einem zweiten Schritt** als Gemeinderätin ihre Kompetenzen um die Bereiche „Umweltausschuss und Kanalausschuss“ erweitert, da sie dahingehend **Kompetenzen aus ihrer zivilen Erwerbstätigkeit** einbringen konnte:

Int: „Haben Sie jetzt vor, sich vielleicht anderen Themenbereiche zu widmen. Oder ist da vielleicht schon ein bisschen etwas dazugekommen von den Themenbereichen? Oder etwas andere weggefallen?“

Frau E: „Nein, dazugekommen sind eigentlich noch Umwelt und der Kanalausschuss. Das ist eigentlich vom Beruf her, dass ich zu diesen zwei Ausschüssen dazugekommen bin.“ (Frau E, Gemeinderätin: 21f.)

Die Gemeinderätin Frau D, die schon zu Beginn ihrer politischen Tätigkeit im Gemeinderat für „Soziales“ zuständig war, hat sich **aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation** – sie ist über 50 Jahre alt und steht kurz vor der Pensionierung – zunehmend dem Altenbereich in ihrer politischen Arbeit gewidmet. Dies erinnert an Erzählpersonen mit kleinen Kindern, die sich ebenfalls aus ihrer Lebenssituation heraus dem Kinderbetreuungsbereich zuwenden:

Frau D: Also nach dem ich vorhabe, nächstes Jahr in Pension zu gehen, ist natürlich der Altenbereich. ... Wir besuchen in Altersheimen ältere Herrschaften, die aus dem Dorf sind. ...“ (Frau D, Gemeinderätin: 36)

5.2.4 Hemmnisse und negative Effekte in der kommunalpolitischen Arbeit

Neben den positiven und motivierenden Faktoren des kommunalpolitischen Engagements der Erzählpersonen, gibt es auch eine Reihe von Hemmnissen bzw. negativen Effekten, welche das Ausüben der Funktion erschweren bzw. für die Erzählpersonen als negativ wahrgenommen werden.

5.2.4.1 Familie als Hindernis: „...dass daheim alles läuft“

Wie weiter oben angeführt, kann Familie den Einstieg in die Politik begünstigen bzw. sogar auslösen. Andererseits können familiäre Verpflichtungen, Bindungen bzw. vorherrschende Geschlechterrollenbilder innerhalb der Familie durchaus Hindernisse für die Erzählpersonen in der politischen Laufbahn darstellen und die Ausübung bzw. den Antritt eines Amtes erschweren. Insbesondere eine **geschlechtsspezifisch determinierte Rollenaufteilung** und die **entsprechenden Einstellungen** in Bezug auf die Aufteilung der **Kinder- und Altenbetreuung sowie Hausarbeit** stellen – wenig überraschend – auch ein Hindernis bei der Ausübung, aber auch schon beim Einstieg in die Kommunalpolitik dar. Bei einem großen Teil der Erzählpersonen zeigt sich, dass sie in unterschiedlichen Phasen ihrer Laufbahn **familiären Betreuungsaufgaben und Haushaltstätigkeiten höhere Priorität einräumen als ihrem Engagement in der Kommunalpolitik**. Sie sehen sich zumeist als Hauptzuständige für die Familienarbeit.

Die Bürgermeisterin Frau A, Mutter von vier Kindern, deren Mann unter der Woche auswärts arbeitet, wird von ihrer eigenen Mutter bei Haushalt und Kinderbetreuung in einem großen Ausmaß unterstützt. Sie stellt die geschlechtsspezifisch determinierte Rollenaufteilung bei Müttern und Vätern als eine unverrückbare Tatsache dar, indem sie sagt, „...es ist für eine Frau mit Familie sicherlich ganz anders als für einen Mann.“ „Ein Mann setzt sich einfach zum Mittagstisch und steht auf und geht zum nächsten Termin“, während sie als Frau und Bürgermeisterin dieses Essen zuerst zubereiten müsse. Sie beschreibt ihren arbeitsintensiven Alltag zwischen den täglichen Terminen als Bürgermeisterin und der Hausarbeit. Frau A pflegte vor ihrem Antritt als Bürgermeisterkandidatin zudem ihren kranken Vater, weshalb sie vorerst dem Angebot anderer Gemeinderatsmitglieder für das Amt der Bürgermeisterin zu kandidieren, nicht nachkam. Als dann ihr Vater verstarb, entschied sie sich für die Kandidatur, denn „die Situation ist jetzt so, dass ich es familiär auch machen kann“. Die Familiensituation sei gerade als Frau nicht unwichtig „dass das alles passt, damit da eben alles gut läuft.“ „Man will die Familie ja nicht, sage ich einmal, mit dem belasten“, konkret mit ihrer Funktion als Bürgermeisterin. Auch für die Gemeinderätin Frau J haben die familiären Aufgaben Priorität gegenüber dem kommunalpolitischen Engagement:

Frau J: „... Man muss schon schauen, dass alles seinen Platz hat. Also wenn man Familie hat, die Familie darf nicht zu kurz kommen. Also das darf halt nicht sein.“ (Frau J, Gemeinderätin: 96)

Frau A: „... Wie gesagt, es ist, wenn man verheiratet ist, muss immer alles zusammenpassen: Wie es oft ist am Wochenende... Dann schaut man natürlich, dass daheim alles läuft, dann geht man kochen, stellt das Essen auf den Tisch und dann sage ich ‚So, jetzt wäre eine Gratulation‘ Also es ist immer – Es ist für eine Frau, sage ich, mit Familie sicherlich ganz anders als für einen Mann. Das wollen die Männer, glaube ich, nicht so hören, aber die wissen das nicht, den Unterschied, wie es bei einer Frau ist. Also man muss schauen, dass für das Wochenende oder so alles zu Hause ist. Ich meine, es ist natürlich für Berufstätige genau das gleiche. Es ist egal, ob man berufstätig oder Hausfrau oder Bürgermeister ist. Aber es ist so, dass auch das Wochenende

ziemlich zugepflastert ist, eben mit den diversen Terminen und Veranstaltungen und Gratulationen.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 105)

Die Gemeinderätin Frau G sieht die geschlechtsspezifische Rollenaufteilung als eine „quasi von der Natur determinierte“ Gegebenheit: „Wir kriegen ja die Kinder“. Daher sei für sie eine Vereinbarkeit von Familie und Erwerb auch nicht existent. Sie ist einer großen Stadtgemeinde tätig und möchte wegen ihre Kinder in den nächsten Jahren kein politisches Spitzenamt anstreben, weil sie das als Frau und Mutter für unvereinbar hält. „Zum Glück hat die Familie für die meisten [Frauen] einen so hohen Stellenwert“ begründet sie diese Haltung für sich selbst und auch für andere Mütter:

Frau G: „... Das ist schwierig, eben mit der Vereinbarkeit. Weil die gibt es ja in Wahrheit nicht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Und natürlich wäre es wünschenswert, und das war auch der Plan, warum ich in die Politik gegangen bin, eine Position zu erreichen, wo man noch mehr gestalten kann und sich einbringen kann. Aber das ist natürlich alles mit viel mehr Arbeitsaufwand und Stundenaufwand, [denkt nach], geht mit viel mehr Stunden einher und das ist einfach mit zwei Kleinkindern, oder überhaupt mit zwei Kindern, ist ja wurscht, ob die dann zur Schule gehen oder nicht, nicht wirklich vereinbar.“ (Frau G, Gemeinderätin: 59f.)

Ausgelöst durch diese geschlechtsspezifische Zuschreibung der Betreuungs- und Haushaltsarbeit entschließen sich manche Erzählpersonen, erst in die Gemeindepolitik einzusteigen, wenn ihre Kinder älter bzw. aus dem gemeinsamen Haushalt ausgezogen sind und steigen dementsprechend in einer späteren Lebensphase in die Kommunalpolitik ein. Frau I hat sich als alleinerziehende Mutter mit einer 40-Stunden-Erwerbstätigkeit erst dann entschlossen, für den Gemeinderat zu kandidieren, als ihre Tochter bereits älter war. Davor wurde sie zwar von Parteikolleg/innen gefragt, lehnte aber aufgrund des betreuungsintensiven Alters der Tochter ab. Die Gemeinderätin Frau D wartete mit ihrer Kandidatur bis ihre Kinder aus dem Haus waren, da es vorher für sie nicht möglich gewesen wäre und sie **der große Arbeitsaufwand in diesen unterschiedlichen Bereichen zu sehr belastet** hätte:

Frau D: „...Für mich wäre es nicht möglich. ... Was mich so zersprengelt, nein. Deswegen, das wäre vorher [bevor die Kinder aus dem Haus waren] für mich nicht möglich gewesen.“ (Frau D, Gemeinderätin: 82)

Auch Frau E, eine sehr junge Gemeinderätin, plant bereits bevor sie Mutter wird, ihre **Prioritäten bei ihren zukünftigen familiären Aufgaben** zu setzen und ihre politische Laufbahn zu beenden. Obwohl sie immer wieder Angebote der Partei bekommt, sich für eine weitere politische Laufbahn zu qualifizieren, möchte sie ihre Gemeinderatstätigkeit beenden, da sie geheiratet hat und nun Hausbau und Familiengründung in den Vordergrund stellt. Sie sagt klar, sie habe nun „den Fokus auf der Familie“:

Int: „... Hätten Sie Pläne weiter zu bleiben, irgendwie politisch aktiv zu bleiben oder ist das jetzt nicht unbedingt so...?“

Frau E: „Nein, ist jetzt nicht unbedingt so, dass ich das so richtig fokussiere. Es gibt zwar immer wieder Angebote, auch von der [Name der Partei] her, eben für Frauen, für das Politikum, um sich weiterzubilden. Würde mich alles sehr interessieren, nur ist jetzt die Frage, wie sich alles weiterentwickelt, mit dem Hausbau, mit Kinderbekommen. Das ist jetzt in den nächsten paar Jahren – Wo ich denke, da habe ich eher den Fokus auf der Familie.“ (Frau E, Gemeinderätin: 35f.)

Die Vize-Bürgermeisterin einer größeren Stadtgemeinde Frau F ist Mutter von drei Kindern und verfolgt wiederum ihre bereits 35 Jahre andauernde politische Laufbahn weiter. Allerdings übt sie, wie auch die Bürgermeisterin Frau A, keine zivile Erwerbstätigkeit aus, was zusätzlich Zeit beanspruchen würde. Dennoch scheint sie immer wieder in einem **Zwiespalt zwischen Familie und politischer Funktion** zu sein, insbesondere aufgrund ihrer Abwesenheit **durch**

die vielen Abendtermine. Die Frage, wo ihre Prioritäten lägen, in der politischen Arbeit oder in der Familie, scheint sie immer wieder zu quälen. Auch in der Beziehung mit ihrem Ehemann gab es durch diese Arbeitssituation immer wieder Spannungen und Krisen, die sie aber letztlich gut aufarbeiten konnten:

Frau F: „Es waren sehr viele Nachmittags- und Abendtermine. Also keine vormittags, weil eh klar ist, weil andere Leute berufstätig waren und dann nur am Abend Zeit hatten oder am späten Nachmittag. Und die Unzufriedenheit, eigentlich so dieses Feststellen, was ist dir jetzt wichtiger, sind dir die Sitzungen wichtiger oder ist dir die Familie wichtiger. Also diese Frage an mich. Es war auch beziehungsweise nicht so einfach mit meinem Mann damals, das weiß ich noch.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 44)

Manchmal kann auch die **Herkunftsfamilie**, die wie weiter oben analysiert wurde, häufig Motivator eines Politikeinstiegs ist, hemmend auf den Einstieg wirken. Die Gemeinderätin Frau I erzählt, dass sie sich erst nach dem Tod ihres Vaters im Gemeinderat engagierte, weil dieser in einer anderen politischen Partei aktiv und verwurzelt war als sie selbst. Um **Konflikte zu vermeiden**, stieg sie nicht zu seinen Lebzeiten in die Kommunalpolitik ein:

Frau I: „... Ja mein Vater hat schon, aber nicht zu uns Kindern und außerdem hat er anders Politik gemacht, also kein [Mitglied der Partei von Frau I]. Und das war, solange mein Vater gewesen – Ich glaube, weiß ich gar nicht, ob – Er ist gestorben, wo ich 28 Jahre alt war und da weiß ich gar nicht, ob ich das gemacht hätte. ...“

Int: „Weil es vielleicht Konflikte gibt?“

Frau I: „Ja, genau. Das andere war nicht meines. ...“ (Frau I, Gemeinderätin: 56ff.)

5.2.4.2 Mangelndes Selbstvertrauen: „Kann ich das überhaupt?“

Zweifel an den eigenen Fähigkeiten und das Gefühl, andere seien geeigneter für eine Funktion, trifft bei den Erzählpersonen vor allem dann zu, wenn es darum geht, sich für höhere Funktionen zu bewerben.

Die Landtagsabgeordnete Frau B gibt an, in ihrer politischen Laufbahn immer wieder von Selbstzweifeln geplagt zu werden, was sich insbesondere bei ihrer Kandidatur zur Landtagsabgeordneten zeigte. Bürgermeisterin Frau A war bei ihrer Kandidatur zur Bürgermeisterin aufgrund ihrer **Ausbildung** ohne Matura und dem Umstand, dass sie **Hausfrau** war, von Zweifeln an ihren Fähigkeiten geplagt. Letztlich räumte die hohe Zustimmung der Bevölkerung bei der Wahl ihre Selbstzweifeln aus. Sich für ein höheres politisches Amt, beispielsweise auf Landesebene, zu bewerben, können sich manche der Erzählpersonen wegen ihres mangelnden Selbstbewusstseins erst gar nicht vorstellen, wie sich bei der Gemeinderätin Frau I zeigt:

Frau B: „...Es stellen sich immer wieder die Fragen ‚Kann ich das überhaupt‘, ‚Schaffe ich das‘, ‚Bin ich da die Richtige‘, ‚Kann das nicht ein anderer viel besser‘.“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 102)

Frau A: „... Ich habe mir das eigentlich gar nicht so wirklich zugetraut. Ich meine, ich habe zwar eine Fachschule gemacht, aber keine Matura oder so. Bin Hausfrau damals gewesen. Und habe mir gedacht ‚Ok, die Leute haben mich ja schon gekannt durch meine vielen Jahre als Vize-Bürgermeister‘. Habe ich mir gedacht ‚Naja, wenn Sie mich so einschätzten, dass mich 70 % wählen, dann freut mich das natürlich sehr‘. Und ich habe mir gedacht ‚so wie ich bin, so bin ich. Und das wird so passen‘ Und habe das dann in dieser Weise so gesehen, dass ich keine Angst haben muss, dass ich vielleicht zu wenig gebildet oder so bin. Wenn die Bürger gesehen hätten, dass es wichtiger ist, wäre ich es nicht geworden.“ (Frau A: Bürgermeisterin: 97)

Frau I: „... Da bin ich vielleicht zu wenig selbstbewusst, muss ich ehrlich sagen. Also das hätte ich mir selber nicht zugetraut. Nein, wirklich nicht.“ (Frau I, Gemeinderätin: 51).

5.2.4.3 Privatleben: „Ich habe aber jetzt das andere alles zurückgesteckt“

Als ein negativer Effekt des politischen Engagements erweist sich zudem der **Mangel an Zeit für private Kontakte** oder **ehrenamtliches Engagement**. Frau J wollte aufgrund ihrer Vereinstätigkeiten vorerst nicht zum Gemeinderat kandidieren. Dann entschied sie sich doch für das politische Engagement und meint: „Ich habe aber jetzt das andere alles zurückgesteckt und habe mich da jetzt reingekniet.“ Die Landtagsabgeordnete Frau B bedauert es, aufgrund der vielen Abendtermine als Landtagsabgeordnete wenig Zeit für soziale Kontakte zu haben. Die meisten ihrer Freund/innen hätten nur abends Zeit, weshalb sie sich am ehestens mit ihnen zum Mittagessen treffe oder aber mit Freund/innen, die sich ihre Arbeitszeit flexibel einteilen können, wie selbstständig Erwerbstätige oder Menschen mit Home-Office. Hier kommt ihr die Freiheit ihres Berufs entgegen, niemanden Rechenschaft ablegen zu müssen, wo sie sich wann aufhält:

Frau B: „Die Zeit für das Privatleben ist weniger. Das ist, möchte ich schon sagen, also es ist schon ein bisschen mit einem Bedauern verbunden sozusagen, dass tatsächlich das Privatleben dann kürzer kommt ... Sozialkontakte, Freundinnen, das kommt deutlich zu kurz. ... Ja aber es ist einfach ein stark auch auf Abendtermine ausgerichteter Job und das ist genau, wenn andere meistens Zeit haben. Ich biete oft ‚Hast Du Zeit, gehen wir in der Früh frühstücken‘ oder so, weil da oft noch eher Zeitfester sind. Aber da können ja die meisten auch nicht, weil die ja in ihrem Job sitzen. Ich versuche, oder dass man schaut, kann man gegen Mittag essen gehen oder so, dass es sich irgendwie ausgeht. Aber das ist dann der Vorteil... Ich muss dann niemanden fragen, wann ich was mache. ... Und das ist dann eine Form von Freiheitsgrad. Und ob ich da jetzt zwei Stunden Mittagessen gehe oder drei Stunden beim Frühstück sitze mit irgendwem einmal, das ist dann völlig egal. Aber Fakt ist, die Welt um mich herum ist dann nicht so organisiert, logischerweise, und damit bleibt es einfach auf der Strecke, das private Leben. ...“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 72ff.)

5.2.4.4 Wenig Privatsphäre: „Du bist keine Sekunde mehr Privatmensch“

Auch wenn sich der Kontakt zu den Bürger/innen in Abschnitt 5.2.5 als großer Motivationsfaktor für die Erzählpersonen in ihrer politischen Arbeit erweist, hat diese Nähe zur Bevölkerung gleichzeitig auch negative Effekte. Insbesondere Erzählpersonen, die in höherer politischer Funktion einer Gemeinde sind, sehen ihrer Position als öffentliche Person teilweise ambivalent und durchaus als Belastung: Man sei „**immer im Dienst**“, „**keine Sekunde mehr Privatmensch**“ und „**ständig unter Beobachtung**“. Die Vize-Bürgermeisterin Frau F, erzählt, sie werde bei jeder Gelegenheit angesprochen, weil Bürger/innen ihre Anliegen vortragen wollen. Um der ständigen Beobachtung zu entkommen, entwickelt sie Strategien und besucht z. B. mit ihrem Mann die Sauna eines Nachbarorts. Die Bürgermeisterin Frau A meint, sie werde angesprochen, auch wenn sie einkaufen geht und sei quasi durch ihre Präsenz im Ort eigentlich **immer im Dienst**. Beide Frauen akzeptieren diese Umstände zwar als Teil ihres Amtes, dennoch scheint die Position als öffentliche Person durchaus belastend zu sein: Die Bürgermeisterin Frau C spricht dies besonders deutlich aus. Sie sei keine Sekunde mehr Privatmensch, da die Menschen aus der Gemeinde mit teils sehr persönlichen Anliegen und Problemen zu ihr kämen, gerade weil sie eine Frau sei. Sie berichtet von Anliegen der Bevölkerung die von schwerwiegenden Problemen wie sexueller Gewalt bis hin zu Alltagsfragen, wie die richtige Wahl der Bekleidung für die Firmung, reichen. Sie werde ständig von der Bevölkerung

kontaktiert, was sie offensichtlich soweit belastet, dass sie sich in einem Erschöpfungszustand befindet:

Frau F: „... Und Kommunalarbeit ist sehr viel auch. Da ist man sehr nahe am Bürger dran. Auch ständig unter Beobachtung, wenn man so will [lacht]. Also wenn ich mit meinem Mann in die Sauna gehe, gehe ich nicht nach [Name der eigenen Gemeinde] sondern fahre in eine andere Gemeinde, wo ich nicht immer bin.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 86)

Frau F: „Das muss man auch wollen, bei jeder Gelegenheit angesprochen zu werden. Letztens war ich bei der Abschlussfeier meiner Enkeltochter im Kindergarten, ich gehe raus, will mit dem Fahrrad nach Hause fahren und steht jemand und ‚Ah, Frau Vize-Bürgermeister, wenn ich Sie schon habe, darf ich das und das‘. Und so ist es halt ganz einfach.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 88)

Frau A: „... Man ist im Kopf eigentlich immer im Dienst. Man kann nicht sagen ‚40 Stunden Arbeit oder 70 Stunden Dienst‘. Wenn man einkaufen geht, wird man angesprochen, oder eben weil man im Ort halt immer präsent ist. Man ist halt immer erreichbar. Es weiß halt jeder wo man ist. ... Aber es passt eh so, ich möchte jetzt nicht negativ reden. ...“ (Frau A, Bürgermeisterin: 38)

Frau C: „... Aber natürlich, du bist keine Sekunde mehr Privatmensch. Ich gehe bei uns aus der Haustür hinaus und ich wohne gleich in der Nähe. Ich wohne eigentlich zwischen meinen zwei Arbeitsstätten. Und diese ganzen vielen kleinen Sachen, die die ja dann nicht verstehen, warum das jetzt nicht schon gelöst wird, weil, ‚Warum geht das nicht‘ die zehren natürlich schon sehr an der Energie, das muss ich ganz ehrlich sagen. Und ich bin im Moment so körperlich ein bisschen grunderschöpft, darf sein. Und bin wieder beim Aufbauen. Aber der Elan wäre noch da, also das wäre eine Lüge. Außer ich lüge mich selbst an und breche jetzt dann gleich nieder [lacht].“ (Frau C, Bürgermeisterin: 66)

5.2.4.5 Mobbing im Wahlkampf: „Wozu tue ich mir das an?“

Gravierende **persönliche Angriffe und schweres Mobbing** im Zuge des **Wahlkampfes** um das Bürgermeisterinnenamt erlebten zwei der drei interviewten Bürgermeisterinnen. Als Mobbing können diese Erfahrungen deshalb bezeichnet werden, weil sich die Vorgänge unter eine gängige Definition von Mobbing subsummieren lassen: Demnach ist darunter eine konfliktbelastete Kommunikation am Arbeitsplatz unter Kollegen zu verstehen, bei der die angegriffene Person von einer oder einigen Personen systematisch, oft und während längerer Zeit mit dem Ziel und/oder dem Effekt des Ausstoßens aus dem Arbeitsverhältnis direkt oder indirekt angegriffen wird und dies als Diskriminierung empfindet (Leymann 1995). Die von den Erzählpersonen durchlebten Situationen sind damit vergleichbar: Es handelt sich um Psychoterror unter Gleichrangigen – den Kandidat/innen für das Bürgermeister/innenamt bzw. deren Anhänger/innen – mit dem Ziel, Betroffene zu vertreiben bzw. wie hier von ihrer Kandidatur abzubringen.

Die Bürgermeisterin Frau A erlebte in der Zeit vor ihrer Wiederwahl im Rahmen ihrer Kandidatur durch einen Bürger der Gemeinde, dessen Cousin auf einer eigenen Liste gegen sie kandidierte, heftige Angriffe, die teilweise medial im Fernsehen ausgetragen wurden und bis hin zu anonymen Morddrohungen reichten. Der Mann durfte aus baupolizeilichen Gründen schon seit einigen Jahren seinen Bauernhof nicht mehr nutzen und kontaktierte, angestachelt durch den Cousin, den Gemeinderat und Bürgermeisterkandidat war, die Medien, um dem Ansehen der Bürgermeisterin zu schaden. Frau A war verzweifelt und dachte zeitweise an einen Rückzug aus der Politik. Sie fragte sich zu dieser Zeit „Wozu tue ich mir das an?“ Letztlich gewann

Frau A aber auch diese Wahl und ging gestärkt durch den Rückhalt der Bevölkerung aus der Sache hervor. Die Atmosphäre im Gemeinderat bezeichnet sie heute als sehr gut:

Frau A: „...Wir sind da in den Schmutz gezogen worden. Ich habe da Beschimpfungen bekommen, obwohl ich das Amt ja übernommen habe und für die ganze Geschichte ja überhaupt nichts dafür gekonnt habe, aber das ist halt so. Der amtierende Bürgermeister ist da... schuld, genau. ... diesen damaligen Cousin vom Bürgermeister, der Bürgermeister werden wollte, der hat die Situation sehr ausgenutzt mit einem sehr schwierigen Bürger ... Und dieser Gemeinderat hat das ausgenutzt und ... wollte auch mich aus dem Rennen bringen und hat da eine Story inszeniert ... Das war zwar eine furchtbare Sache irgendwo für mich. Ich habe dann sogar eine Morddrohung gehabt. ...“ (Frau A, Bürgermeisterin: 57)

Auch die Bürgermeisterin Frau C wurde im Wahlkampf während ihrer Kandidatur von den **Anhänger/innen des Gegenkandidaten** der zweiten großen Partei im Ort gemobbt. Sie sei durch bössartige Gerüchte verleumdet worden und erhielt, wie auch Frau A, sogar Morddrohungen. Es ging bei ihr soweit, dass in der örtlichen Volksschule ganze Schülerchöre riefen „die muss weg, die wollen wir nicht“. Leute, die zuvor Freunde gewesen seien, hätten sich von ihr abgewandt. Frau C und auch ihre in der Gemeinde wohnhafte Verwandtschaft litt sehr unter diesen Angriffen. Auch Frau C war nahe daran, von der Kandidatur zurückzutreten. Ihre Familie ermutigte sie schließlich dazu, weiterzukämpfen. Frau C führt diese massiven Angriffe neben der Konkurrenz zwischen den Parteien auch darauf zurück, dass sie in dieser Gemeinde die erste Frau war, die für das Bürgermeister/innenamt kandidierte. Der Unterschied zu ihrer vorherigen Tätigkeit als Gemeinderätin war ihre plötzliche Sichtbarkeit. Das Hervortreten aus dem Hintergrund sei von manchen in der Gemeinde nicht akzeptiert worden:

Frau C: „... Zwischenzeitlich haben wir Polizeischutz gehabt. Es sind ja da Intrigen gelaufen bis zu, ja jetzt nicht gerade Morddrohungen, aber, naja, eigentlich schon, also, es sind - Der Schlachtruf gegen mich, ich meine, das kann ich da jetzt ganz offen sagen ‚Die blonde Hure muss weg‘. Ich bin seit über 20 Jahren glücklich verheiratet und nie ein Thema. Und auch angesehen im Ort. Aber da sind auf einmal Gerüchte gelaufen und meine Familie wohnt in dem Ortsteil, wo das passiert ist, hat sehr, sehr darunter gelitten. Und wo ich manchmal wirklich gedacht habe, ich lasse das, weil das ist die ganze Sache nicht wert. Weil da sind Leute, die mit mir aufgewachsen sind, die mein Lebtage lang beste Freunde von mir waren, waren auf einmal, haben sich umgedreht und sind weggegangen, wenn ich gekommen bin. Also es war schon hart. Und dann hat eigentlich meine Familie gesagt ‚Und jetzt erst recht. Ob du führst oder nicht ist egal, aber wir ziehen das jetzt durch.‘“ (Frau C, Bürgermeisterin: 34)

5.2.5 Positive Dimensionen von Politik: „Politik kann etwas so Schönes sein“

Die Motivation der Erzählpersonen zu ihrer politischen Arbeit auf kommunaler Ebene setzt sich zumeist aus unterschiedlichen positiven Dimensionen zusammen. Häufig genannt wurde das **aktive Gestalten** von Gesellschaft und dabei auch das Umsetzen der Wünsche der Menschen in der Gemeinde. Eine ebenfalls wichtige Rolle spielen die Möglichkeit der **Kommunikation mit unterschiedlichen Menschen**, die **Wertschätzung und die Dankbarkeit** der Bürger/innen und der **Kompetenzerwerb** durch die politische Arbeit. Zudem ist der Wunsch, **der Gemeinde etwas zurückzugeben**, eine positive Dimension im politischen Engagement der Erzählpersonen.

Die **Möglichkeit, selbst zu gestalten**, ist für die Landtagsabgeordnete Frau B, für die Gemeinderätinnen Frau D, Frau J, Frau E und Frau I sowie die Bürgermeisterin Frau H eine wichtige Dimension ihres politischen Engagements. Die Landtagsabgeordnete Frau B setzt das „Selbst was machen“ in einer politischen Funktion in positiven Kontrast zum „Nur dagegen

protestieren“ aus ihrer Zeit davor. Für die Gemeinderätin Frau D hat die Gestaltungsmöglichkeit positive emotionale Effekte: Sie fühle sich wohl, wenn sie sich beim Gestalten einbringen kann. Die Bedeutung von Politik liegt für sie in erster Linie darin, das Dorfleben mitzugestalten. Auch Frau J erlebt dieses Gestalten für die Menschen in der Gemeinde und das Erfüllen ihrer Wünsche als positiv. Dies steht auch im Zentrum der Bedeutung von Politik für Frau E. Sie genießt es, auf ihre umgesetzten Projekte zurückzublicken, in denen sie den **Willen der Bevölkerung aber auch ihre eigenen Stadtpunkte** eingebracht hat. Frau I erlebt das Gestalten von Neuem ebenfalls als positiv für sich selbst und die Bürgermeisterin Frau H meint, Politik sei durch die Möglichkeit zu gestalten, etwas „so Schönes“, also eine Tätigkeit, die sie gerne ausübt:

Int: „Jetzt muss ich aber zu dem zurückkommen. Wofür war es denn bei Dir. Was genau war es, das Dich da so motiviert hat und bei der Stange gehalten hat, da einzusteigen?“

Frau B: „Das Machen. Tatsächlich selbst was machen ...“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin: 35f.)

Frau D: „Ja. Und wie gesagt, ich tue auch gern selber gestalten, wenn es möglich ist. Und wenn man sich da einbringen kann, da fühle ich mich dann wohl.“ (Frau D, Gemeinderätin: 44)

Frau J: „Ja man kann schon also vieles bewirken. Man schaut schon, dass was in, zum Beispiel im eigenen Ortsbereich, wo man ist, dass dort alles in Ordnung gebracht wird, geschaut wird, dass die Straßen in Ordnung sind. Also dass man für die Bevölkerung, im näheren Umfeld wo man wohnt, etwas machen kann. Also das ist schon sehr, also das bringt schon sehr viel, muss ich sagen. Und dass man schaut, dass da wirklich alles funktioniert und Dass man schaut, dass die Wünsche, die die Leute haben, auch erfüllt werden....“ (Frau J, Gemeinderätin: 68)

Frau E: „Das ist für mich das wichtig, dass man die Anregungen, die man von den Bürgern bekommt, umsetzt. ... Und dass man sieht, dass man etwas geleistet hat. Das, was man umgesetzt hat. Mehr oder weniger haben wir schon die Halbzeit, da sieht man schon viele Projekte, die man umgesetzt hat, wo man dabei war. Jetzt in der Mitte ist es wirklich cool zu sehen, ok, da war ich dabei, da habe ich meine Meinung angebracht. Das ist für mich die Politik. Dass ich das, was mir jemand sagt, weiterbringe und ich selber Interessen umsetzen kann. ...“ (Frau E, Gemeinderätin: 50)

Frau I: „... für sich selbst auch, dass du etwas Neues gestaltest...“ (Frau I, Gemeinderätin: 62)

Frau H: „Ja, das ist einerseits das Gestalten. ... Weil Politik kann etwas so Schönes sein. Also wirklich, ich gehe so gerne – Für mich ist das jetzt einfach mein Beruf. Ich gehe so gerne in mein Büro, ins Amt. Es ist so wunderschön, was man da alles gestalten kann, was man weiterbringt.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 77)

Eine weitere positive Dimension von Politik, welche die Erzählpersonen motiviert, sind **Respekt, Wertschätzung und Dankbarkeit**, die ihnen aus der Bevölkerung entgegengebracht werden. Zudem wirken ganz allgemein die Kommunikation und der Austausch mit den Bürger/innen als positive Dimension von Politik. Dies trifft insbesondere auf Erzählpersonen aus kleineren Gemeinden zu, deren kommunalpolitische Tätigkeit sich stark durch den persönlichen Kontakt mit den Bürger/innen auszeichnet. Für die Gemeinderätin Frau D ist Politik auch ein „Geben und Nehmen“: Im Gegenzug für ihren Erfolg beim Einsatz für die Bevölkerung bekomme sie Wertschätzung und Bestätigung von den Bürger/innen, dies sei „schon etwas Schönes“, wie sie meint. Die Vize-Bürgermeisterin Frau F, die in einer etwas größeren Stadtgemeinde tätig ist, erlebt den Bürger/innenkontakt insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes. Dieser direkte Kontakt mache ihr Spaß und insbesondere ein positives Feedback zu bekommen, sei auch für sie „etwas Schönes“. Die Bürgermeisterin Frau C sieht als positiven Effekt ihrer kommunalpolitischen Arbeit die Möglichkeit, anderen zu helfen und den Respekt, den sie

von der Bevölkerung im Gegenzug dafür bekommt. Sie erfährt allerdings keine Dankbarkeit für ihren Einsatz. Im Gegensatz dazu, sieht die Bürgermeisterin Frau H durchaus viel Dankbarkeit, die sie für ihren Einsatz für die Menschen zurückbekommt. Dies sei „ein unentgeltlicher Lohn“, den man durch nichts aufwiegen könne:

Int: „...Was bedeutet Politik für Sie eigentlich? Was hat sie für eine Bedeutung?“

Frau D: „... Zuerst muss man sich immer einmal den Standpunkt, den Stellenwert erarbeiten, klar. Aber danach ist es schon etwas Schönes, glaube ich. Weil von der Wertschätzung her, zumindest erleben ich es so, dass wird sicher an der Arbeit liegen, denke ich. ... Ich gebe das und bekomme immer etwas zurück. Das finde ich das Gute daran. ... Ich glaube das Um-und-Auf ist wirklich die Wertschätzung, weil dann fühlt man sich bestätigt. Oder ich fühle mich bestätigt. Und ich denke, ich engagiere mich wesentlich lieber für etwas, wenn ich denke, das ist von Erfolg gekrönt. Und dann sehe ich, dass der andere mir gegenüber zufrieden ist ...“ (Frau D, Gemeinderätin: 61 f.)

Frau C: „Also für mich ist das [die Politik] wirklich für die Leute. Das ist 100 %. Also mir geht es um die Bevölkerung. ... Ich bekomme Anrufe, wo mich Leute um einen Rat fragen. Und das ist wunderschön. Also das freut mich. Und die haben dann wirklich auch Respekt und die reden mich an und sagen ‚Du pass auf, kannst Du mir helfen‘. Da kann ich auch immer helfen. Und die Zeit nehme ich mir auch. Und genau um das geht es für mich. Also wenn jemand Hilfe braucht ... meistens, oder 99 % finden wir eine Lösung und das ist schön. Das ist auch niemals mit Dank verbunden, das habe ich auch lernen müssen.“ (Frau C, Bürgermeisterin: 85)

Frau H: „... Weil die Leute haben so eine Freude, wenn ich persönlich zum Geburtstag komme. Und dass ist der schönste Dank für mich. Das letzte Mal war ich bei einer Frau, der 90er war das sogar.... Und ich bin zum Geburtstag gekommen und ich sehe diese Frau und ich weiß, diese Familie gehört einer anderen Fraktion an und dann sagt diese Frau zu mir ‚Mei, jetzt ist sie da, die Frau Bürgermeisterin....‘ Und diese Frau hat sich so gefreut [lacht]. So etwas Schönes. Das ist ein unentgeltlicher Lohn und den kann man mit nichts aufwiegen. Man sagt immer, Politik ist ein undankbares, ein undankbarer Job. Das stimmt bis zu einem gewissen Grad. In einer kleinen Gemeinde – Also Kommunalpolitik, und das unterscheide ich immer ganz deutlich, ist wirklich so etwas Schönes und da bekommt man auch so viel Dank zurück.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 77)

Der Austausch mit Menschen ganz generell wird als positive Dimension und damit als Motivationsfaktor bei der kommunalpolitischen Arbeit erlebt und häufig mit **Freude an der Arbeit** verbunden. Die Gemeinderätinnen Frau D und Frau I heben diesen sozialen Aspekt ihrer Arbeit hervor. Frau I mag es, mit Menschen zu diskutieren und sie von ihren Standpunkten zu überzeugen. Die Bürgermeisterin Frau A hat Spaß daran, sich mit den verschiedensten Personen auszutauschen und genießt die daraus resultierende Abwechslung ihrer Tätigkeit. Auch die Vize-Bürgermeisterin Frau F, die in einer größeren Stadtgemeinde tätig ist, erlebt Begegnungen und die Kommunikation mit den Bürger/innen als motivierend. Der direkte Kontakt mit der Bevölkerung mache ihr „sehr viel Spaß“:

Frau D: „... Ich glaube, mir ist es einfach wichtig, mit Menschen etwas zu tun zu haben.“ (Frau D, Gemeinderätin, 42)

Int: „... Was ist für Sie positiv daran, dass man politisch tätig ist? Was gibt Ihnen das?“

Frau I: „... Erstens einmal, dass Leute die dann herummeckern, dass du die dann trotzdem ein bisschen, wie soll man sagen, sie überzeugen kannst. ... Weil es mich einfach interessiert. Weil mit Leuten zu kommunizieren, etwas vor – dann doch einmal ein bisschen ausdiskutieren, das finde ich ganz – Und dann eben ein bisschen diese sozialen Aspekte, das interessiert, das ist ganz fein, muss ich sagen.... Und ein bisschen herum zu diskutieren. Und ein bisschen [lacht]. Ja, das ist fein.“ (Frau I, Gemeinderätin: 61f.)

Frau A: „Zum einen bin ich gerne bei Menschen, ich arbeite auch gerne mit verschiedenen Menschen zusammen, gerade als Bürgermeister hat man wirklich mit allen Berufsgruppen und mit

allen Charakteren zu tun: Es gibt schwierige Personen, es gibt nette Personen, es gibt sehr intelligente und weniger intelligente, es ist sehr umfangreich und abwechslungsreich das Ganze. ... Es macht mir auch immer noch Spaß, ich mache es gerne. ...“ (Frau A, Bürgermeisterin: 29)

Frau F: „Also was ich sehr gerne habe, das habe ich erst im Landtagswahlkampf wieder bemerkt, das ist der direkte Bürgerkontakt, der mir sehr viel Spaß macht. Die Kommunikation dazu auch. ...“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 65)

Zudem möchten zwei Erzählpersonen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befunden haben und dabei die Unterstützung der Gemeinde erhielten, mit ihrem kommunalpolitischen Engagement **etwas zurückgeben an die Menschen der Gemeinde**.

Frau D, deren Kinder bereits erwachsen und aus ihrem Haushalt ausgezogen sind, erfuhr große Unterstützung durch die Menschen in der Gemeinde, als ihr Mann verstarb. Sie möchte dafür durch ihre Gemeinderatstätigkeit „auch einiges wieder zurückgeben“. Die Bürgermeisterin Frau H wiederum verlor einen ihrer Söhne durch Suizid und erfuhr ebenfalls in der schweren Zeit danach von der Bevölkerung der Gemeinde großen Rückhalt. Sie wurde damals auch von vielen Menschen ermuntert, als Bürgermeisterin zu kandidieren. Für sie ist ihr jetziges Engagement in der Funktion als Bürgermeisterin auch eine Möglichkeit der Gemeinde damit etwas zurückzugeben, wie sie es formuliert:

Frau D: „... Jetzt habe ich leider letztes Jahr meinen Mann verloren, er ist im Sommer verstorben. Aber es waren für mich auch so Ankerpunkte. Das sind dann Personen, wo man sich dann hinsetzen kann und Dinge bereden. Und die fangen einem auf. Also von da her kann ich dann auch einiges wieder zurückgeben.“ (Frau D, Gemeinderätin: 30)

Frau H: „... Ich habe einen schweren Schicksalsschlag erlitten, ein Jahr bevor ich Bürgermeisterin geworden bin, hat sich einer meiner beiden Söhne das Leben genommen, mit 16. Und es war eine ganz eine schlimme Zeit und trotzdem – Ich habe dann auch lange gehadert, ob ich jetzt Bürgermeisterin, ob ich in diese Wahlen gehen werde.... Ich habe mich dann spät entschieden und doch gesagt ‚Ok, ich werde antreten‘, weil mich viele ermuntert haben und gesagt haben ‚Wir brauchen Dich in der Gemeinde‘. Ich habe sehr viel Rückhalt in der Gemeinde gespürt, in dieser schweren Zeit. Und das war für mich dann auch Anlass, zu dieser Wahl anzutreten und meinen Job aufs Spiel zu setzen, weil ich mir gedacht habe, ich kann der Gemeinde damit etwas zurückgeben.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 36)

Eine weitere positive Dimension der kommunalpolitischen Tätigkeit ist für die Erzählpersonen der mit der Funktion verbundene **Zugewinn an Kompetenzen**. Diese Kompetenzen liegen beispielsweise in einer guten Menschenkenntnis, Verhandlungstechniken sowie dem Wissen über Abläufen in Politik und Verwaltung auf Kommunal-, Landes- bis hin zur EU-Ebene. So meint die Gemeinderätin Frau E, Politik „bildet einen persönlich viel weiter“, insbesondere in den Abläufen des Gemeindewesens. Die Vize-Bürgermeisterin Frau F profitiert durch die vielen Jahre ihrer politischen Arbeit mit dem Erlernen einer guten Menschenkenntnis und den umfassenden Erfahrungen in Verhandlungen. Die Bürgermeisterin Frau H hebt das Lernen durch die Vielfalt der Tätigkeit hervor: Sie habe neben der Gemeindeebene viele Einblicke in die Abläufe der Europäischen Union und der Landesregierung erhalten und sich damit zudem ein gutes persönliches Netzwerk aufgebaut:

Frau E: „...Ich habe bis jetzt fast nur positive Erfahrungen gemacht. Und es bildet einen persönlich viel weiter. ... Ja, es bringt einem persönlich recht viel, wenn man sich da engagiert und schaut, wie der ganze Ablauf ist von so einem Gemeindewesen zum Beispiel.“ (Frau E, Gemeinderätin: 72)

Frau F: „Ich habe wahnsinnig viel gelernt ... was man Erfahrungen in Besprechungen, in Gremien und so weiter mitbekommt, welche unterschiedlichen Menschentypen es gibt. Ich habe ja teilweise lachen müssen, als ich damals in meinen Job kam und da gab es auch einen Vorstand aus fünf Personen ... wo ich gedacht habe ‚Ok, den kenne ich auch schon den Typ. Und den auch. Das ist der, den man anrufen muss, bei dem ein E-Mail nichts bringt‘ Und dann gibt es wieder die, die per E-Mail sich auslassen ... Ich habe auch viele Erfahrungen in Verhandlungen gemacht.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 96)

Frau H: „Das ist die Vielfältigkeit. Man ist mit so vielen verschiedenen Dingen konfrontiert. Das ist echt spannend, das ist interessant. Man lernt so viel für das Leben dazu. Man kriegt ein irrsinnig gutes Netzwerk. Es ist spannend, zu welchen Veranstaltungen man kommt, welche Einblicke man erhält. Und dann ist es für mich immer wieder spannend, wie sich diese Gegensätze – Auf der einen Seite habe ich Brüssel und die EU und ich habe ein irrsinnig gutes Netzwerk in die Landesregierung mittlerweile ...“ (Frau H, Bürgermeisterin: 77)

5.2.6 Zivile Erwerbstätigkeit: „Wo passt ein Beruf dann noch hinein?“

Gemeinderät/innen erhalten in Österreich grundsätzlich eine Aufwandsentschädigung, die je nach Bundesland variiert. Insbesondere bei Gemeinderät/innen in kleineren Gemeinden handelt es sich dabei um einen geringen Betrag, der nicht existenzsichernd ist (rund € 70 bis € 90). Daher üben Gemeinderät/innen zumeist, aber teilweise auch Bürgermeister/innen kleiner Gemeinden, zusätzlich eine zivile Erwerbstätigkeit aus. Die Entlohnung von Gemeinde- und Landespolitiker/innen ist in den einzelnen Bundesländern zwar unterschiedlich geregelt, Parallelen zeigen sich aber insofern, als es in allen Bundesländern bei den Gehältern und Sitzungsgeldern der Bürgermeister/innen, Gemeindevorständ/innen und Gemeinderät/innen eine Staffelung nach den Gemeindegrößen gibt. Je größer die Gemeinde ist, desto höher sind auch die Entlohnungen.⁵⁴ In Summe ergeben sich (brutto) für sehr kleine Gemeinden, in denen das Bürgermeister/innenamt nebenberuflich ausgeübt wird, im Jahr 2018 monatliche Einkommen von rund € 2.300. In Gemeinden mit 2.001 bis 3.000 Einwohner/innen beträgt es (hauptberuflich) etwa € 3.700 bis € 5.200 und in Gemeinden mit 5.001 bis 6.000 Einwohner/innen € 4.400 bis € 6.400. Das Gehalt der Vize-Bürgermeister/innen und der anderen Mitglieder im Gemeindevorstand oder im Stadtrat ist vielfach an das Gehalt des Bürgermeisters gekoppelt und so ebenfalls von der Gemeindegröße abhängig. So erhalten die 1. Vize-Bürgermeister in den niederösterreichischen Gemeinden 50 % vom Gehalt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin, in der Steiermark aber nur 30 %. Für die herkömmlichen Mitglieder im Gemeinderat gibt es meist nur ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an Ausschuss- oder Gemeinderatssitzungen. Die Höhe je Sitzung liegt 2018 in den meisten Bundesländern bei etwa 1 % bis 3 % vom Bürgermeister/innengehalt. Hohe Verdienste in politischen Ämtern gibt es vor allem in den gehobenen Funktionen auf Landes- und Bundesebene. Das Gehalt von Nationalratsabgeordneten liegt 2018 bei € 8.755,76. Auf Gemeindeebene sind sie nur in den großen Städten und Gemeinden und auch hier in erster Linie bei den Bürgermeister/innen zu finden. Somit bietet die überwiegende Mehrheit der politischen Funktionen in Österreich keine ausreichende finanzielle Basis, um als Vollzeitpolitiker/in tätig sein zu können. Speziell auf Gemeindeebene kann eine politische Aufgabe meist nur ergänzend zu einem Zivilberuf ergriffen werden, wodurch mehrere berufliche Tätigkeiten und das Privatleben miteinander kombiniert werden müssen, was insbesondere bei Frauen mit kleineren Kindern und der Hauptverantwortung für die Hausarbeit zu einem großen Hemmnis wird.

⁵⁴ <https://www.ris.bka.gv.at/Land/>; abgerufen am 07.11.2018

Bei den Erzählpersonen unseres Samples zeichnet sich folgendes Bild bezüglich einer zivilen Erwerbstätigkeit ab: Insgesamt sind von den sechs Gemeinderätinnen vier voll-erwerbstätig, eine arbeitet in geringfügigem Ausmaß als selbstständig Erwerbstätige. Die nicht-erwerbstätige Gemeinderätin ist gleichzeitig Landtagsabgeordnete und hat daher ein weit größeres Aufgabengebiet und damit verbunden eine hohe Aufwandsentschädigung. Jene Gemeinderätin, die nur punktuell ihrem selbstständigen Gewerbe nachgeht, ist zudem Gemeinderätin in einer großen Stadtgemeinde, was wiederum mehr Arbeitsaufwand und mehr an Aufwandsentschädigung bedeutet. Von den vier (Vize-)Bürgermeisterinnen gehen drei keiner zivilen Erwerbstätigkeit nach und eine arbeitet halbtags in einem zivilen Beruf. Von den sechs erwerbstätigen Erzählpersonen sind zwei direkt oder indirekt bei der Gemeinde angestellt, wie die Bürgermeisterin Frau C, die im Rahmen einer Halbtags-tätigkeit das Seniorenheim der Gemeinde leitet und die Gemeinderätin Frau E, die beim Gemeindeverband angestellt ist.

Es zeigt sich in der Analyse der Interviews, dass eine **Erwerbstätigkeit durchaus schwer mit einer kommunalpolitischen Funktion vereinbar** ist, insbesondere mit dem **(Vize-)Bürgermeisterinnenamt** oder auch, wenn die Erzählpersonen **Kinder in einem betreuungs-pflichtigen Alter** haben.

Die Bürgermeisterin Frau H hat ihren Zivilberuf als Gewerkschaftsangestellte gänzlich kündigen müssen als sie Bürgermeisterin wurde, weil ihr **Arbeitsgeber ihr weder die Möglichkeit bot, Stunden zu reduzieren noch sich karencieren zu lassen**. Für sie war dies eine große Enttäuschung, insbesondere da ihr ehemaliger Arbeitgeber eine Gewerkschaft ist. Das Weiterführen einer Vollzeit-erwerbstätigkeit neben dem Bürgermeister/innenamt kam für sie aufgrund der großen Gesamtarbeitsbelastung nicht in Frage. Die Probleme einer **großen Gesamtarbeitsbelastung** erlebt die Bürgermeisterin Frau C, die neben ihrem politischen Amt eine Teilzeitstelle als Leiterin des Seniorenheims innehat. Ihre Arbeitsbelastung sei deshalb so groß, weil „es ist eigentlich kein Halbtagsjob [sei] sondern ... immer ein 100 %-Job“. Sie versuchte immer wieder eine/n Nachfolger/in für ihre Leitungsposition zu finden, was ihr aber bisher nicht gelang. Zudem sei ihre Gemeinde in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Lage, weshalb insgesamt die „Kraft jetzt schön langsam ein bisschen ausgeht“. Frau C hat als Konzept gegen ein drohendes Burnout mit Hilfe ihres Mannes ein Planungskonzept einwickelt, bei dem sie zum Jahresanfang für das gesamte Jahr Ruhephasen einplant, zu denen sie nicht arbeitet und auch nicht erreichbar ist. In dieser Zeit betreibt sie mit ihrem Mann als Ausgleich viel Sport. Sonst meint sie, „wäre ich auch schon gecrasht ... ich wäre 24 Stunden im Büro ...“, denn sie übe trotz Teilzeitstelle zwei Vollzeitberufe aus. Zusätzlich zu den Belastungen durch beide Berufe bzw. Funktionen, kommen zu bewältigenden **Schwierigkeiten in der Familie**. So hatte die Tochter von Frau C psychische Probleme und ihr Mann wurde kürzlich arbeitslos:

Frau C: „... Aber es ist schon schwierig. Und ich muss es aber loswerden, weil im Moment merke ich natürlich schon, dass mir meine Kraft jetzt schön langsam ein bisschen ausgeht. ... Und dann beides ist fast nicht machbar.“ (Frau C, Bürgermeisterin: 56)

Die **zeitliche Dreifachbelastung** durch einen **Zivilberuf, das politische Amt und die Familie** ist für einige Erzählpersonen zu groß und der Grund dafür, warum sie schließlich keine zivile Erwerbstätigkeit ausüben wollen. Die Vize-Bürgermeisterin einer größeren Stadtgemeinde, Frau F, ging direkt nach ihrem abgeschlossenen Studium in die Politik und hat keine zivile Erwerbstätigkeit ausgeübt, seitdem sie Vize-Bürgermeisterin ist. Ihr Hauptgrund dafür ist

die Dreifachbelastung, die sie nicht tragen wollte. Sie sieht keinen Platz für eine Erwerbstätigkeit, neben der Familie und dem politischen Amt, seitdem sie Vize-Bürgermeisterin wurde. Frau F weist als Konsequenz dieser Prioritätensetzung auf die **negativen Effekte auf ihre eigene sozialrechtliche Absicherung** hin. Sie habe als Vize-Bürgermeisterin keine Pensionsversicherung, müsse sich also selbst versichern, was kostspielig sei und ihr Einkommen stark verringern würde. Diese Problematik der mangelnden sozialen Absicherung in kommunalpolitischen Funktionen stelle zusätzlich zu den Kinderauszeiten für Frauen ein Hindernis bei der Teilhabe an der politischen Repräsentation dar:

Frau F: „... Und auch die Überlegung von meiner Seite, jetzt teile ich eh meine Zeit mit Familie, Politik und so weiter auf, wo passt ein Beruf dann noch hinein ... Und jetzt bin ich nur mehr Vize-Bürgermeisterin. Also jetzt sage ich einmal. Der Weg mit der Politik ist nicht so ein einfacher. [lacht] Der berufliche Weg.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 40ff.)

Frau F: „...Weil eigentlich sind es doch nach wie vor die Frauen, die durch Kinderbetreuung einen Knick in Ihrem beruflichen Werdegang haben. Und Politik kommt dann noch dazu. Das ist eigentlich noch ein zusätzliches Hindernis. Es ist zum Beispiel so, dass ich als Vize-Bürgermeisterin keine Pensionsversicherung habe.... Ja, also ich könnte mich selbstversichern. Ich wollte eine freiwillige Weiterversicherung. Das wäre im Grunde so hoch, dass mir 1.200 Euro im Monat übrigblieben.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 82)

Die Gemeinderätin einer großen Stadtgemeinde, Frau E ist Mutter von zwei kleinen Kindern und reduzierte aufgrund der großen zeitlichen Belastung ihre selbstständige Tätigkeit auf ein Mindestmaß. Für sie war es eine Entscheidung zwischen Politik und Selbstständigkeit neben ihren Betreuungsaufgaben:

Frau G: „... Wobei ich die in den letzten Jahren sehr zurückgeschraubt habe. ... Aufgrund dessen, dass man sich hat entscheiden müssen, zwischen Politik und Selbstständigkeit. Weil einfach beides nicht geht mit den Babysittern.“ (Frau G, Gemeinderätin: 47)

Die Bürgermeisterin Frau A war vor ihrer politischen Laufbahn im früheren Geschäft ihres Vaters beruflich tätig. Für sie wäre ein Zivilberuf neben dem Bürgermeister/innenamt unvorstellbar. Es gäbe in ihrer Funktion „ja keine Arbeitszeit, es ist so, dass man natürlich sehr viel Abendstunden hat und sehr viel Wochenende und eigentlich nie außer Dienst ist. Man hat ja immer das Handy mit und es gibt immer wieder irgendwelche Ämter, die anrufen. Oder Firmen oder das Gemeindeamt braucht noch geschwind, also. Man ist im Kopf eigentlich immer im Dienst.“. Sie erledige die meisten Arbeiten selbst, die erwerbstätige Bürgermeister/innen wahrscheinlich an Mitarbeiter/innen der Gemeinde auslagern müssten:

Frau A: „Für mich ist das einfach mein Beruf und ich bewundere alle, die das neben einem Beruf noch miterledigen können. Also ich mach wahrscheinlich verhältnismäßig viel selber, was man natürlich, wenn man berufstätig ist, muss man das alles abgeben, muss das alles wer vom Amt übernehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man das alles über die Runden bringt.“ (Frau A, Bürgermeisterin: 37)

Jene Erzählpersonen, die eine zivile Erwerbstätigkeit ausüben, erleben **durchaus auch Verständnis für ihr politisches Engagement von Seiten des Arbeitgebers**. So hat der Arbeitgeber von Frau D kein Problem mit ihrem politischen Engagement, allerdings erlebt sie selbst zeitweise ein Spannungsfeld, weil sich diese beiden Tätigkeiten manchmal zeitlich überlappen:

Frau D: „Und es wird vom Arbeitgeber jetzt auch toleriert. Er sagt nicht, das darf man jetzt nicht machen. Aber was manchmal für mich – Es kann aber auch sein im Tagesgeschehen, dass mir manchmal die Informationsflut im Laufe des Tages lästig wird. Lesen möchte ich es doch und wissen auch. Aber wenn die und die andere Veranstaltung – Und das ist mir manchmal dann doch wieder ein bisschen zu viel. Aber das muss so sein. Es braucht auch die Informationen und

die sollen nicht nur einschlägig sein, sondern möglichst breit gestreut. Von da her interessiert es mich dann schon wieder.“ (Frau D, Gemeinderätin: 54)

5.2.7 Zukunftspläne in der Politik: „Mir reicht es jetzt in dem Fall wirklich“

In diesem Abschnitt werden die Zukunftspläne der Erzählpersonen bezüglich ihrer weiteren politischen Laufbahn analysiert. Das **Beibehalten des Status quo** bezüglich des politischen Amtes dominiert bei weitem die Zukunftspläne. Aufstiegs motivation in eine höhere politische Funktion ist kaum gegeben. Dies betrifft die Gemeinderätinnen ebenso wie (Vize-)Bürgermeisterinnen. Allerdings sind die Gründe dafür unterschiedlich. Einige Erzählpersonen haben **aufgrund des fortgeschrittenen Alters** keine Ambitionen, weiter aufzusteigen. Sie meinen, „**dass da jüngere Leute rein sollten**“, weil „für jeden einmal so die Zeit kommt“, wie es die Gemeinderätin Frau J formuliert. Sie möchte außerdem in der Pension **mehr Zeit für sich**: „Ich möchte trotzdem noch ein bisschen was tun“, wie sie sagt. Zudem habe sie sich ein höheres politisches Amt nie zugetraut. Die Vize-Bürgermeisterin Frau F strebt an, sofern es das Wahlergebnis zulässt, noch eine Amtsperiode als Vize-Bürgermeisterin ihrer Stadtgemeinde zu fungieren und danach aufgrund ihres Alters in Pension zu gehen. Da sie seit einigen Jahren keinen Zivilberuf mehr ausübt, wäre es für sie schwierig mit Ende 50 noch außerhalb der Politik einen Job zu bekommen. Für eine Position auf der Landesebene habe sie in der Vergangenheit zwar immer wieder kandidiert, nun möchte sie dies aber nicht mehr, denn „es ist Zeit, dass Jüngere Ämter übernehmen“:

Frau F: „...Ich weiß noch nicht, 2020 bis ich dann 57 Jahre, dann einen Job zu bekommen, wird nicht einfach. ... Ich meine, ich werde wieder kandidieren, dass möchte ich auch sagen.“ (Frau F, Vize-Bürgermeisterin: 51f.)

Auch die Bürgermeisterin Frau A hat u. a. aufgrund ihres Alters keine weiteren Pläne für ihre politische Laufbahn bis auf die Beibehaltung des Status quo. Zudem sieht sie die Funktion der Bürgermeisterin für sich persönlich als einen bereits sehr großen Erfolg. Sie habe „**keine Ambitionen**“ eine Abgeordnete zu werden oder sonst „irgendwohin hinaufklettern“ zu wollen, da sie mit dem Bürgermeisterinnenamt „**viel mehr ... erreicht**“ habe, **als sie sich jemals hätte vorstellen können**. Sie möchte noch gerne eine weitere Amtsperiode kandidieren, solange dies **mit ihren familiären Umständen** – konkret dem Gesundheitszustand ihrer Mutter – **vereinbar** ist. Sie wolle das Amt ausführen, solange es leicht geht und sie „Freude daran habe“. Denn mit über 60 Jahren meint sie, „geht dann irgendwo die Luft ein bisschen aus“ und „dass ein frischer Wind dann schon wieder wichtig für die Gemeinde“ sei und damit Jüngere das Amt übernehmen sollen:

Frau A: „Vieles, vieles, vieles jetzt nicht mehr, nachdem ich 54 jetzt bald bin. Ich überlege noch immer, also da lasse ich mir auch noch ein bisschen Zeit, dass ich für eine weitere Periode dann noch einmal kandidiere. Es ist meine Mutter bei mir auch jetzt im Haus. Die auch schon 87 wird. Und die ist Gott sei Dank sehr gesund und selbstständig. Aber wenn man dann einen Pflegefall da hat, wird es für mich eher schwierig werden. ... Also wenn es familiär passt, dann werde ich noch für eine Periode, oder eine halbe Periode, zur Verfügung stehen ...“ (Frau A, Bürgermeisterin: 102)

Die Landtagsabgeordnete/Gemeinderätin Frau B möchte ebenfalls den Status quo beibehalten und hofft ihre, vergleichsweise hohe politische Funktion, länger ausüben zu können. Sie möchte sich weiter engagieren, „weil es da einfach viel zu tun gibt ... was Frauenrechte betrifft oder Arbeitnehmer/innenrechte.“ Sollte sie nach der nächsten Wahl jedoch nicht mehr Landtagsabgeordnete sein, würde sie dennoch politisch aktiv bleiben:

Frau B: „... Aber grundsätzlich, ja, gibt es auch ein Leben außerhalb einer politischen Funktion und man kann trotzdem politisch aktiv sein. Das ist kein Denken, dass ich nicht betreibe. Aber an sich wäre mein Ziel, weiter Politikerin auf der Ebene bleiben zu können.“ (Frau B, Landtagsabgeordnete/ Gemeinderätin: 80.)

Die Gemeinderätin Frau D möchte ebenfalls keine höhere politische Funktion als sie bereits innehat, anstreben. Sie **sieht sich selbst nicht als Politikerin** und möchte daher auch nicht Bürgermeisterin werden. Frau D bevorzugt es, ihre jetzige Aufgabe mit vollem Engagement zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen:

Frau D: „Erstens muss ich sagen, ich strebe jetzt keine Karriere als Politikerin an, überhaupt nicht. Nein, das ist es nicht. Mit reicht es jetzt in dem Fall wirklich. Wenn ich etwas mache, möchte ich das zu 100 % machen und wirklich mein ganzes Engagement da hineinlegen. Und da sehe ich dann einfach die Wichtigkeit, was in der unmittelbaren Umgebung im Dorf ist. Aber ich werde mich kaum, oder ich habe es jetzt sicher nicht vor, mich als Bürgermeisterin zu bewerben oder sonst was. ...“ (Frau D, Gemeinderätin: 52).

Auch die Gemeinderätin einer einwohnerstarken Gemeinde, Frau E, die Mutter zweier Kinder ist, möchte den Status quo als Gemeinderätin beibehalten, obwohl sie durchaus im Zwiespalt ist, da sie vor ihrer Mutterschaft andere Pläne hatte: „Das war auch mein Plan, warum ich in die Politik gegangen bin, eine Position zu erreichen, wo man noch mehr gestalten kann.“ Sie könne den zusätzlichen Zeitaufwand und die vielen Abendtermine, die als Stadträtin anfallen würden, **mit der Familie jedoch nicht vereinbaren**:

Frau G: „... Aber das ist natürlich alles mit viel mehr Arbeitsaufwand und Stundenaufwand, [denkt nach], geht mit viel mehr Stunden einher und das ist einfach mit zwei Kleinkindern, oder überhaupt mit zwei Kindern, ist ja wurscht, ob die dann zur Schule gehen oder nicht, nicht wirklich vereinbar.... aber wenn man den normalen Stadtrat anschaut, die haben neben der normalen Arbeit so viele Termine auch am Abend wahrzunehmen, dass das einfach mit Familie nicht vereinbar ist.“ (Frau G, Gemeinderätin: 60)

Drei Erzählpersonen erhielten **konkrete Angebote** ihrer Partei, in eine höhere Funktionsebene aufzusteigen; sie **entschieden sich jedoch dagegen**. Ein Grund dafür ist die bereits weiter oben schon erwähnte **Unvereinbarkeit von Familie und politischer Laufbahn**. Die junge Gemeinderätin Frau E möchte sich aus der Kommunalpolitik in den nächsten Jahren gänzlich zurückziehen, da sie plant, Kinder zu bekommen, obwohl es immer wieder Angebote von der Partei gibt, sich in der politischen Arbeit weiterzuentwickeln. Zudem hemmt die **Scheu vor der Übernahme von Führungspositionen** den Aufstieg in höhere politische Ämter. Die Gemeinderätin Frau J wurde von Parteikolleg/innen gefragt, ob sie nicht „als erste Frau sogar“ Vize-Bürgermeisterin werden wolle, lehnte aber ab, da sie lieber im Hintergrund arbeite und sich selbst nicht als Führungsperson in der Öffentlichkeit wahrnimmt:

Frau J: „..... Ich bin nicht diejenige – Ich arbeite gerne, ich mache alles, aber ich will mich nicht so in den Vordergrund, also eher im Hintergrund, dass ich das alles mache.“ (Frau J, Gemeinderätin: 62)

Die Bürgermeisterin Frau C bekam ebenfalls kürzlich ein Angebot von ihrer Partei, für eine höhere politische Funktion im Landtag zu kandidieren. Sie lehnte nach langem Überlegen ab. Einerseits begründet sie dies damit, dass sie mit ihrer zivilen Erwerbstätigkeit und dem Bürgermeisterinnenamt ausgelastet sei. Andererseits dürfte vor allem die **Motivation fehlen**, sich stärker hinter die Politik ihrer Fraktion zu stellen. Zudem habe sie nicht das Gefühl, auf dieser höheren Ebene etwas bewegen zu können und lehnt das „Streiten“ im Landtag ab. Sie wolle sich im Moment auf die Gemeinde konzentrieren, wo ein gutes Arbeitsklima auch mit der Opposition herrscht und **konstruktiver gestaltet** werden kann:

Frau C: „...Und es ist mir im Moment nicht in der Politik so, also in der parteipolitischen Politik – Nein, da sehe ich mich im Moment gar nicht. ... Nein, nein, sehe ich mich im Moment nicht, weil, ich sage es jetzt ganz ehrlich, ich bin natürlich [Name der Partei]. Da fühle ich mich im Moment auch nicht so, dass ich sage, ok, ich könnte da jetzt irgendetwas bewegen oder das ist meines. ... Und ich brauche das nicht, das Streiten. ...“ (Frau C, Bürgermeisterin: 76)

Eine Erzählperson, die Bürgermeisterin Frau H zeigt durchaus **Ambitionen zu einer höheren politischen Funktion**. Sie hat sich dafür eine Strategie zurechtgelegt, die aus einer Mischung von **hoher sichtbarer Leistung** und einem **guten Netzwerk** besteht. Es würde sie durchaus reizen, ein Landtags- oder Bundesratsmandat anzunehmen und sollte sie es angeboten bekommen, würde sie es annehmen, denn „diese Chance bekommt man nur einmal“. Frau H zeigt dabei durchaus **Ambivalenzen in ihrer Strategie** diesen Karriereschritt zu vollziehen. Diese Ambivalenzen liegen darin, dass sie einerseits darauf vertraut, dass Leistung belohnt werde und sie sich niemanden anbieten wolle, andererseits seien jedoch gute Kontakte eventuell wichtiger, da viele andere auch gute Leistungen bringen würden. Sie habe sich jedenfalls ein sehr gutes Netzwerk aufgebaut und „wende schon Zeit auf, um dieses Netzwerk auch zu stärken“, da es ihr bei ihrem Karrieresprung helfen könnte, aber auch nützlich sei für ihre Arbeit als Bürgermeisterin:

Frau H: „... Man braucht die richtigen Kontakte. Denn es gibt viele, die eine gute Arbeit leisten und auch geeignet wären. Was ich nicht mag, wo ich nicht der Typ dafür bin, das ist, dass ich mich anbiedere. Das mag ich überhaupt nicht. Ich bin eigentlich schon der Meinung, wenn man eine gute Arbeit macht, und ich glaube, dafür bin ich mittlerweile bekannt, dann sollte man auch belohnt werden.“ (Frau H, Bürgermeisterin: 100)

5.3 Zusammenfassung der qualitativen Erhebung

Im Rahmen der qualitativen Erhebung wurden sechs Gemeinderätinnen, drei Bürgermeisterinnen und eine Vize-Bürgermeisterin aus unterschiedlich großen Gemeinden in verschiedenen Bundesländern und aus verschiedenen politischen Parteien interviewt.

Die Auslöser für den Einstieg in kommunalpolitische Funktionen sind vielfältig: Es zeigt sich jedenfalls, dass der Einstieg der Erzählpersonen oftmals nicht zielgerichtet angestrebt wird, sondern sukzessive über freiwilliges Engagement in der Gemeinde erfolgt bzw. die Frauen vom Bürgermeister oder von Gemeinderatsmitgliedern aufgefordert werden – oft, weil niemand anderer für die Funktion zur Verfügung steht.

Die Familie wirkt bei den Erzählpersonen in zwei Richtungen: Einerseits ist sie Motivationsfaktor für den Einstieg in die Kommunalpolitik und andererseits wirkt sie durchaus auch hemmend auf die Weiterentwicklung in der politischen Laufbahn.

Motivator für den Einstieg kann Familie einerseits durch männliche Vorbilder, die in der Kommunalpolitik aktiv sind, und ein politikinteressiertes Umfeld in der Herkunftsfamilie sein und andererseits durch die Erfahrungen und Interessen von Frauen als Mütter. Diese Interessen und Erfahrungen aus der Mutterrolle führen oftmals zu einem außerparteilichem Engagement für Themen rund um Kinderbetreuung in der Gemeinde und danach in ein kommunalpolitisches Amt. Ein weiterer wichtiger Faktor beim Politikeinstieg sind Vereine, Gruppen und soziale Bewegungen: Sie münden entweder in eine kommunalpolitische Funktion, weil das

Bedürfnis wächst, Gesellschaft aktiv zu gestalten, oder aber, weil – insbesondere in kleineren Gemeinden – die Bürgermeister über solche Gruppen Gemeinderätinnen rekrutieren.

Es wurden in der Analyse zudem einige Push-Faktoren identifiziert, die dazu führen, dass die Erzählpersonen letztlich für ein kommunalpolitisches Amt kandidiert haben. So ist eine positive Aufnahme im Kreis der Gemeindepartei entscheidend, was durch flache Hierarchien begünstigt wird. Das Gefühl, ernstgenommen und respektiert zu werden sowie ebenbürtig mit den anderen Mitgliedern der Gruppe zu sein, ist dabei entscheidend. Zudem wirken Förderprogramme der Parteien für Politikeinsteiger/innen oder speziell für Frauen in der Politik motivierend und verfestigen die Bindung an die Partei. Weitere Push-Faktoren können Mitbewerberinnen für politische Ämter sein, wobei das Selbstvertrauen, sich einer Kandidatur tatsächlich zu stellen, gegenseitig gestärkt wird. Nicht zuletzt ist die Unterstützung aus der Familie ein wichtiger Push-Faktor beim Einstieg in eine kommunalpolitische Funktion. Dies äußert sich einerseits in konkreter Hilfestellung durch die eigenen Mütter bei der Haushaltsarbeit und der Kinderbetreuung und andererseits durch eine positive Haltung bzw. den emotionalen Support beim kommunalpolitischen Engagement.

Die ersten Kompetenzbereiche der Erzählpersonen sind zumeist familiennahe Themenbereiche wie Soziales, Kinderbetreuung und Schule. Dies ergibt sich einerseits aus den Interessens- und Erfahrungsgebieten der Frauen als Mütter; andererseits werden diese Themen auch aus einer geschlechtsspezifischen Zuschreibung heraus Frauen überlassen. Übernehmen Frauen eher männerdominierte Bereiche wie z. B. den Baubereich, dann müssen sie teilweise große Widerstände von involvierten Männern überwinden.

Hemmnisse aus der Familie während der politischen Laufbahn ergeben sich, wie schon weiter oben erwähnt, vor allem durch die Betreuungspflichten von Müttern kleinerer Kinder. Sie können dazu führen, dass ein Einstieg in die Politik auf die Lebensphase nach der Kinderbetreuung aufgeschoben wird oder ein Aufstieg in eine höhere politische Funktion gar nicht angestrebt oder vollzogen wird. Zudem führen traditionelle Rollenbilder und die daraus resultierende Aufgabenteilung innerhalb der Familie zu einer teils enormen Gesamtarbeitszeitbelastung bei den Erzählpersonen. Hemmend während der politischen Laufbahn wirkt außerdem ein geringes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, was manchmal von Erzählpersonen auch erfolgreich überwunden wird. Ein weiterer demotivierender Faktor ist Mobbing im Wahlkampf, was bei zwei Bürgermeisterinnen zu massiven psychischen Belastungen führte. Als negative Effekte der politischen Funktionsausübung werden zudem der Mangel an Privatzeit für die Pflege von Sozialkontakten und die eingeschränkte Privatsphäre, vor allem bei höheren kommunalpolitischen Ämtern, gesehen.

Als positive Dimensionen von Politik erleben die Erzählpersonen die Möglichkeit, zu gestalten, insbesondere auch im Sinne der Umsetzung von Bürger/innenwünschen. Zudem werden der Respekt, die Dankbarkeit und die Wertschätzung aus der Bevölkerung sehr positiv erlebt. Weiters sind der kommunikative Austausch mit unterschiedlichen Menschen und die Erweiterung von Kompetenzen durch die politische Arbeit sowie die Möglichkeit, etwas an die Menschen der Gemeinde zurückzugeben, positive Dimensionen von Politik für die Frauen.

Eine zivile Erwerbstätigkeit ist neben dem politischen Amt durchaus belastend. Dies gilt insbesondere für Erzählpersonen in höheren kommunalpolitischen Ämtern, aber teilweise auch

für Gemeinderätinnen. Besonders, wenn die Erzählpersonen kleine Kinder haben, wird eine Vereinbarkeit der Tätigkeiten zur zeitlichen Dreifachbelastung. Ohne zivile Erwerbstätigkeit kann sich allerdings die Problematik einer schlechten sozialrechtlichen Absicherung für die Erzählpersonen einstellen.

Die Zukunftspläne für die politische Laufbahn der Erzählpersonen liegen zumeist in der Beibehaltung des Status quo, d. h. eine höhere Funktion wird selten angestrebt. Gründe dafür liegen entweder im höheren Alter der Erzählpersonen, in familiären Betreuungspflichten oder in der fehlenden Selbstidentifikation als Politikerin.

6 Resümee

6.1 Fragestellungen und methodisches Vorgehen

Kaum eine gesellschaftliche Veränderung hat sich mit so ähnlicher Dynamik weltweit vollzogen wie die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen. Dennoch verfügen Frauen heute weiterhin in keinem Land der Erde über einen ebenso großen politischen Einfluss wie Männer, was Hinweis dafür ist, dass hinsichtlich der weiblichen Teilhabe an Politik ein globaler Prozess im Gange ist, der lange noch nicht abgeschlossen ist. Obwohl politische Teilhabe von Frauen nach bisherigen Untersuchungen im direkten Verhältnis zur Zunahme von Gleichheit der Geschlechter steht (vgl. Alexander/Wenzel 2011), ist sie dennoch immer noch deutlich seltener Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung als ökonomische Indikatoren zur Gleichstellung.

Ziel der Studie war es daher, den Gender-Gap bei der politischen Partizipation und Repräsentation zu analysieren und deren Entwicklung, Ursachen und Hintergründe zu beleuchten. Die konkreten Fragestellungen umfassen dabei jene nach der Entwicklung des Gender-Gap bei Politikpartizipation und politischer Repräsentation auf verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, EU) in den letzten Jahren in Österreich im Vergleich zu den anderen ausgewählten Ländern (Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen). Zudem wurden die grundlegenden Haltungen zur Politik und (realisierte) politische Partizipationsmöglichkeiten im Geschlechtervergleich in den ausgewählten Ländern untersucht. Weiters wurde der Frage nachgegangen, welche Faktoren die Teilhabechancen von Frauen in der Politik (im Sinne von Repräsentation und Partizipation) in den Vergleichsländern hemmend oder fördernd beeinflussen. Insbesondere wurde dabei neben den Wahlsystemen und Parteienregelungen, die Rolle von individuellen Faktoren wie Alter, Bildungsgrad und familiäre Situation sowie genereller Erwartungshaltungen analysiert. Zudem wurden die Auswirkungen von gesellschaftlichen, strukturellen und individuellen Rahmenbedingungen auf die Beteiligungschancen von Frauen an politischer Repräsentation auf kommunaler Ebene in Österreich untersucht, wobei die Rolle der Familie explizit im Fokus der Untersuchung stand.

Die Auswahl der Länder basiert – neben der Verfügbarkeit der Daten – auf der Annahme, dass neben der Kultur insbesondere auch institutionelle Rahmenbedingungen das Geschlechterverhältnis einer Gesellschaft prägen (vgl. Pfau-Effinger 2004a/2004b/2005; Duncan 2000/2004). So können gesetzliche Regelungen und infrastrukturelle Angebote für die Betreuung von Kindern maßgeblich die Möglichkeiten und letztlich auch das realisierte Verhalten von Frauen und Männern formen. Hierbei wurde die Typologie von Saxonberg (2013) angewandt, welche die Care-Policies der fünf Länder drei Idealtypen zuordnet.

Demnach sind politische Maßnahmen:

- Degenderizing, wenn sie die Eliminierung von Geschlechterrollen vorantreiben (Schweden)
- Explizit Genderizing, wenn sie explizite Anreize beinhalten, welche die Geschlechterrollenaufteilung verfestigen, indem sie beispielsweise lange Betreuungsauszeiten vom Arbeitsmarkt fördern (Österreich; teilweise Spanien)

- Implizit Genderizing, wenn durch die Nicht-Intervention des Staates, wie beispielweise einer unbezahlten Elternkarenz, letztlich gesellschaftlich verbreitete Geschlechterrollen verfestigt werden (Polen und UK; teilweise Spanien)

Daraus ergibt sich die Zuordnung der Betreuungspolitik von Schweden zu dem Idealtypus *Degenderizing*; Österreich: *explizit Genderizing*; UK und Polen: *implizit Genderizing*. Spanien erweist sich als Mischtyp: *explizit* und *implizit Genderizing*. Inwiefern nun Unterschiede bei der politischen Partizipation und Repräsentation von Frauen aufgrund der Zuordnung zu dieser Typologie bestehen, wird im nächsten Abschnitt dieses Kapitels ausgeführt.

Um die Studienziele zu erreichen wurde ein breit angelegter methodischer Zugang realisiert. Einleitend wurde eine Analyse der Literatur zum Thema durchgeführt. In diesem Kapitel wurde der aktuelle Forschungsstand zur politischen Beteiligung von Frauen in der Politik aufbereitet. Die Literaturanalyse zeigt auf, welche Faktoren hemmend oder begünstigend auf die Partizipationschancen von Frauen wirken und wie sich die Politikgestaltung von Frauen und Männern hinsichtlich der Themenschwerpunktsetzungen unterscheidet.

Weiters wurden die quantitativen Veränderungen der Frauenanteile auf Bundes-, Landes-, und Gemeindeebene sowie der EU-Ebene beobachtet. Hierfür wurde unter anderem auf Daten des österreichischen Parlaments, des Europarates und der interparlamentarischen Union (IPU) sowie auf Auskünfte der Länder zurückgegriffen. Die Daten zu den Gemeinden wurden zum Teil im Rahmen einer Internetrecherche auf den Gemeinde-Homepage erfasst.

Für eine quantitative Analyse der Einstellungen zur Politik, beispielsweise hinsichtlich des Interesses an Politik oder des Vertrauens in die Institutionen und die handelnden Personen, des Vertrauens in die eigenen Möglichkeiten und der realisierten politischen Partizipation, wurde auf die Daten der 2. und 7. Welle des European Social Surveys (ESS) aus den Jahren 2004/2005 und 2014/2015 zurückgegriffen. Der ESS ist eine europaweit durchgeführte quantitative Mehr-Themen-Befragung, an der je Land jeweils rund 1.600 bis 2.200 Befragte teilnehmen. In diesem quantitativen Teil wurden die Antworten der Frauen und Männer einander gegenübergestellt. Die Auswertungen erfolgten mit dem Statistikprogramm SPSS 25.

In einem weiteren methodischen Zugang wurden zehn qualitative telefonische Leitfadenterviews mit österreichischen Kommunalpolitikerinnen durchgeführt. Die Interviews wurden mit dem Einverständnis der Befragten elektronisch aufgezeichnet und vollständig transkribiert sowie anonymisiert. Hierfür wurden Gemeinderätinnen, Vize-Bürgermeisterinnen und Bürgermeisterinnen zu ihrer politischen Laufbahn befragt. Themen waren die Motive für den Einstieg in die Politik, die Unterstützung oder Hindernisse aus dem familialen, gesellschaftlichen und politischen Umfeld, die Vereinbarkeitsoptionen von Politik mit der Familie und einem außerpolitischen Zivilberuf sowie die weiteren Pläne für die politische Laufbahn. Die Auswertungen erfolgten unter Zuhilfenahme des Programms *maxqda*.

6.2 Conclusio und Hauptergebnisse

Im Laufe der Zweiten Republik stieg in Österreich der Frauenanteil in der Bundesregierung, im Parlament und in den Landtagen deutlich an. Abgesehen von der provisorischen Staatsregierung von Renner im Jahr 1945 sind Frauen erst wieder seit 1966 in der Bundesregierung vertreten. 1970 wurde die 10 %-Marke überschritten, 1996 die 25 %-Marke. Nach einem zwischenzeitlichen Einbruch unter 25 % (2003) liegt er nun im Jahr 2017 bei 37,5 %. Im internationalen Vergleich lag Österreich 2016 mit 26,7 % etwa im EWR-Schnitt (25,3 %). Unter den Vergleichsländern lag Schweden mit 58,9 % deutlich über Österreich. Spanien (25,8 %) und das Vereinigte Königreich (23,5 %) lagen knapp darunter, Polen mit 17,1 % deutlich darunter.

Im österreichischen Nationalrat betrug der Frauenanteil bis Mitte der 1970er-Jahre rund 6 %, stieg dann bis 2002 auf rund ein Drittel an und hat sich seither auf diesem Niveau stabilisiert. Hier befand sich Österreich (2016: 33,3 %) etwas über dem EWR-Durchschnitt von 27,1 %. Schweden war 2016 europäischer Spitzenreiter mit 43,6 %, Spanien mit 39,7 % ebenfalls vor Österreich; dahinter befanden sich das Vereinigte Königreich (29,5 %) und Polen (27,2 %). Seit dem Jahr 2000 gab es die höchsten Anstiege im Vereinigten Königreich, in Spanien und Polen. Diese Länder führten in diesem Zeitraum (parteintern oder rechtlich verpflichtend) Frauenquoten auf den Wahllisten ein. Bei Polen gab es die höchsten Steigerungen, wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend. Da Schweden bereits im Jahr 2000 über der 40 %-Marke beim Frauenanteil lag, bestand nur ein geringeres Steigerungspotenzial.

Auf Ebene der Bundesländer waren 1984 nur in Niederösterreich und Wien Frauen in der Landesregierung vertreten. 2018 gab es in allen Bundesländern Landesrät/innen. Deren Anteil an den Landesregierungen lag zwischen 22,2 % in Oberösterreich und 50,0 % in Tirol. In den Landtagen stieg (alle Landtage zusammengefasst) der Frauenanteil von 11,6 % (1984) auf 33,0 % (2018). Im europäischen Vergleich liegt hier (2017) wieder Schweden an der Spitze (48,4 %) und Polen im unteren Bereich (25,5 %). Spanien (46,2 %) und das Vereinigte Königreich (35,8 %) lagen 2017 (knapp) vor Österreich.

Bei den Bürgermeister/innen ist Österreich beinahe das europäische Schlusslicht in Bezug auf den Frauenanteil. 2016 waren in Österreich nur 6,6 % der Bürgermeister/innen Frauen, in Schweden waren es 36,6 %, in Spanien 19,4 %, im Vereinigten Königreich 15,3 % und in Polen 10,7 %. Auch bei den Gemeinderätinnen liegt Österreich mit 23,0 % unter dem europäischen Schnitt und hinter den vier anderen Ländern.

Generell zeigt sich für Österreich ein Zusammenhang zwischen der Gebietskörperschaftsebene und dem Frauenanteil in der politischen Repräsentation. Auf Bundesebene ist der Frauenanteil am höchsten, auf Gemeindeebene am niedrigsten. Zudem zeichnet sich in Österreich ab der Jahrtausendwende eine generelle Stagnation bei der Entwicklung des Frauenanteils in politischen Funktionen ab.

Setzt man nun die Teilhabe von Frauen an der politischen Repräsentation in Zusammenhang mit der Typologie der Care Policies, so zeigt sich klar, dass Schweden mit einer Politik, die als *Degenderizing* zu bezeichnen ist, d. h. zur Auflösung der Geschlechterrollen beiträgt, auch die bei weitem höchsten Frauenanteile bei der politischen Repräsentation aufweist. Bei den anderen Ländern, die entweder implizit (Polen, UK, teilweise Spanien) oder explizit (Österreich,

teilweise Spanien) die Geschlechtersegregation bei der Aufteilung von Betreuungsverantwortung fördern, ist auch die Beteiligung der Frauen an politischer Repräsentation geringer, wobei hier zwischen Ländern mit *implizit* oder *explizit Genderizing Care Policies* kein eindeutiger Unterschied ausgemacht werden kann. Allerdings ist die Beteiligung der spanischen Frauen an der politischen Repräsentation teilweise deutlich höher als jene in Polen, UK und Österreich, was auf andere Einflussfaktoren schließen lässt, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht ausreichend identifiziert werden können.

Auch wenn die Entwicklungen im Vereinigten Königreich, Spanien und Polen zeigen, dass (parteinterne) Quoten eine durchaus zielführende Maßnahme sind, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen, sind sie nicht unumstritten. Sie können sowohl gesetzlich vorgegeben sein, etwa in der Wahlordnung, oder von den Parteien selbst verpflichtend in ihren Statuten bzw. als Empfehlung festgelegt werden. Grundsätzlich können Quoten rasch den Geschlechteranteil ausgleichen oder zumindest annähern und strukturelle Benachteiligungen, zum Beispiel aufgrund einer schlechten Vernetzung, entgegenwirken. Kritisiert wird allerdings, dass sie die Möglichkeiten der Parteien einschränken, vor allem, wenn mehrere relevante Faktoren (Geschlecht + Alter + Bildung + Beruf) berücksichtigt werden sollen. Zudem kann der Rechtfertigungsdruck steigen, wenn man einen quotenbasierten Listenplatz auf den Wahllisten hat. Vorzugsstimmensysteme unterwandern bis zu einem gewissen Grad die Quotenregelungen. Wenn die Wähler/innen vorrangig Kandidat/innen eines Geschlechts die Vorzugsstimmen geben, kann trotz (verbindlicher) Quoten auf den Wahllisten ein Ungleichgewicht entstehen.

Neben den Frauenquoten in den politischen Parteien, hängen die Wahlchancen von Frauen auch vom Wahlsystem ab. Mehrheitswahlsysteme, bei denen pro Wahlkreis nur ein Mandat zu vergeben ist, begünstigen gegenüber einem Verhältniswahlrecht tendenziell die männlichen Kandidaten und reduzieren die Wahlchancen der Kandidatinnen, da Männer insgesamt noch immer bessere Wahlchancen haben. Deshalb profitieren männliche Kandidaten im Verhältniswahlrecht auch stärker von Vorzugsstimmen als Kandidatinnen. Innerhalb Europas lässt sich diese These kaum überprüfen, da nur das Vereinigte Königreich und Frankreich reine Mehrheitswahlsysteme haben. Jedenfalls zeigt sich in unserer Untersuchung, dass der Frauenanteil auf den meisten politischen Ebenen im Vereinigten Königreich eher im unteren Mittelfeld liegt.

Polen hat – bis auf die Kommunalebene – durchwegs die geringsten Frauenanteile. Dies hängt eng mit dem Stellenwert Polens als post-kommunistisches Land zusammen, wo nach dem Niedergang des Kommunismus die alten Sicherungssysteme (kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung) nicht mehr aufrechterhalten wurden und sich Gruppeninteressen von Männern mit antifeministischen Strömungen formierten, die sich u. a. auch lange gegen Frauenquoten stellten. Dies sind wesentliche Erklärungsfaktoren für die eingeschränkte politische Partizipation und Repräsentation von Frauen in Polen in der Zeit des Übergangs (Rueschemeyer 2001: 8ff.).

Unterschiede werden auch im Hinblick auf die Größe der Wahlkreise beschrieben. Je größer der Wahlkreis und die Zahl der zu vergebenden Mandate, desto höher sind die Chancen für Frauen, gewählt zu werden. Dies zeigt sich auch an den niedrigen Anteilen an Frauen unter den Bürgermeister/innen – bei deren Wahl nur ein Amt zu vergeben ist – in allen Vergleichsländern. Zumindest für Österreich – mit dem niedrigsten Anteil an Bürgermeisterinnen unter

den fünf Ländern – zeigt sich zudem in der qualitativen Untersuchung, dass die Zuständigkeit für Haushalt und Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von einem politischen Amt mit einer Erwerbstätigkeit erschwert und zu einer Dreifachbelastung führt, die Frauen oftmals scheuen. Angesichts der teilweise sehr geringen finanziellen Abgeltung des (Vize-)Bürgermeisterinnenamts in Österreich stellt dies ein zusätzliches Hemmnis für Frauen dar, überhaupt erst zu kandidieren. Männer hingegen können aufgrund der Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern eher eine Erwerbstätigkeit mit einem kommunalpolitischen Amt vereinbaren.

Ob und in welcher Form sich Frauen an Politik beteiligen, wird sowohl von individuellen Merkmalen als auch von den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. Unterschiede zwischen Männern und Frauen treten bereits im grundlegenden Interesse an der Politik auf. Frauen weisen in vielen Ländern ein geringeres Interesse auf als Männer. In allen fünf Vergleichsländern hat sich an diesen Unterschieden in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert. So waren in Österreich laut beider ausgewerteter ESS-Wellen rund 40 % der Männer und rund 70 % der Frauen nicht oder nur gering an Politik interessiert. Dies kann, wie in der Literaturanalyse ausgeführt, ein Mitauslöser für den geringen Anteil an Frauen in politischen Ämtern sein. Am interessiertesten an Politik waren 2014/15 die Schwed/innen (Männer: 71 %, Frauen: 61 %); hier ist auch der Gender-Gap am geringsten, während er in Polen am größten ist (Männer: 44 %, Frauen: 29 %). Diese Länderunterschiede spiegeln sich auch bei der Einstufung der eigenen Partizipationschancen wider.

Bei der realen politischen Partizipation (Parteienmitarbeit, Teilnahme an Demonstrationen etc., mit Ausnahme der Wahlbeteiligung) sind Frauen in Österreich deutlich weniger aktiv als Männer; in Polen und Spanien ist der Gender-Gap etwas geringer; im Vereinigten Königreich und Schweden sind Frauen und Männer tendenziell gleichermaßen aktiv, wobei die politische Partizipation in Schweden bei beiden Geschlechtern deutlich ausgeprägter ist. Schweden erweist sich im Ländervergleich somit nicht nur bei der politischen Repräsentation, sondern auch bei der politischen Partizipation und beim Interesse an Politik wiederum als jenes Land mit der stärksten Frauenbeteiligung.

Bei der politischen Beteiligung wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur zwischen politischer Repräsentation (z. B. Regierungsmitglieder, Bürgermeister/innen, Abgeordnete im Parlament beziehungsweise im Landtag oder Gemeinderat) und politischer Partizipation (Interessensvertretungen, Bürger/innenbewegungen,...) unterschieden. Laut Literatur reduzieren sich die Geschlechterunterschiede, wenn man nach der Art der Beteiligung differenziert: So sind Frauen in einigen Ländern eher bereit, sich außerhalb des parteipolitisch institutionalisierten Bereichs, beispielsweise in NGOs, zu engagieren als innerhalb der Parteipolitik. Dies liege zum Teil an den traditionell männlichen Strukturen in den Parteien. Diese Thesen werden in der quantitativen Untersuchung nur bedingt bestätigt. Frauen arbeiten zwar deutlich öfter in Nicht-Partei-Organisationen (laut ESS 2014/15 in Österreich zu 16,6 %) als in Parteien (laut ESS 2014/15 in Österreich zu 5,0 %), dies gilt allerdings auch für Männer (19,6 % in Nicht-Partei-Organisationen und 8,3 % in Parteien). An dieser Stelle muss berücksichtigt werden, dass auch eine Mitarbeit in einer Partei keine politische Funktion beinhalten muss, es kann sich auch um einfache Mitarbeit handeln. Dies wird bei der Fragestellung des ESS nicht eindeutig unterschieden.

Bei der Mitarbeit in politischen Parteien und in sonstigen Organisationen nähern sich seit 2004/2005 Männer und Frauen einander an. Dieser Gender-Gap reduziert sich aber nicht wegen der Steigerung des Anteils aktiver Frauen, sondern wegen des Rückgangs bei den Männern. Die Angleichung findet in Österreich somit nach unten und nicht nach oben statt. Die sinkende Teilnahmebereitschaft in der Bevölkerung kann zu Rekrutierungsproblemen bei Parteien und anderen Organisationen führen. Solche Probleme werden, sowohl bezüglich der Rekrutierung von Frauen als auch von Männern, in den qualitativen Interviews angesprochen.

Wie groß die Interessensunterschiede von Männern und Frauen an den politischen Themenfeldern sind, geht aus der Literatur nicht eindeutig hervor. Während einige Studien auf andere Interessenslagen verweisen, sehen andere keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen bezüglich der grundlegenden thematischen Interessen. Die qualitative Untersuchung dieser Studie legt solche Zusammenhänge für österreichische Politikerinnen nahe. Die befragten Kommunalpolitikerinnen stiegen vielfach über Themen, die sie aktuell persönlich betrafen und daher von besonderer Bedeutung waren, in die Politik ein. Diese Themen waren zumeist Kinderbetreuung und die Familie. Die Erfahrungen und Interessen, die sich aus der Mutterrolle heraus ergeben, führen bei den Erzählpersonen oftmals in ein kommunalpolitisches Amt. Zum Teil traten bei den Einstiegsthemen auch Parallelen zum Zivilberuf auf, was ebenfalls auf individuelle Interessen und Kompetenzen schließen lässt. Bei der Zuständigkeit für Themen in der politischen Repräsentation gibt es deutliche Geschlechterunterschiede. Die Bereiche Soziales, Familie und Umwelt werden eher von Frauen abgedeckt, die Bereiche Sicherheit und Finanzen eher von Männern. Dies zeigt sich etwa bei der Besetzung der Ausschüsse im österreichischen Nationalrat oder den Minister/innenposten innerhalb der EU-Länder. Auch in der qualitativen Analyse für den kommunalpolitischen Bereich zeigt sich, dass die ersten Kompetenzbereiche der Erzählpersonen zumeist familiennahe Themen, wie Soziales, Kinderbetreuung und Bildung sind. Dies ergibt sich einerseits aus der Mutterrolle, andererseits werden diese Themen aus einer geschlechtsspezifischen Zuschreibung heraus Frauen gezielt überlassen. Übernehmen Frauen eher männerdominierte Themenbereiche in der österreichischen Kommunalpolitik, müssen sie teilweise große Widerstände von den involvierten männlichen Akteuren überwinden.

Politikerinnen sind vielfach einem höheren Druck ausgesetzt als Politiker. Die Öffentlichkeit und die Medien sind ihnen gegenüber kritischer, weshalb sie sich verpflichtet fühlen können, eine höhere Leistung zu erbringen als Männer. Generell scheint sich die mediale Berichterstattung hier zu unterscheiden. Über männliche Politiker wird ausführlicher berichtet als über weibliche Politikerinnen, wie sich in der Literaturanalyse zeigt. Zudem konzentrieren sich die Berichte über Männer in der Politik stärker an der politischen Arbeit selbst, während bei Frauen auch das Aussehen und der familiäre Hintergrund beurteilt werden. Dies wird ansatzweise auch in den qualitativen Interviews bestätigt: Frauen, die ein höheres Amt in der Kommunalpolitik anstreben, werden teilweise intensivem Mobbing ausgesetzt, in das auch ihr Privatleben miteinbezogen wird.

Zu dem höheren Erwartungsdruck kommt der Literatur zufolge vielfach auch das geringere Selbstvertrauen von Frauen hinzu. Ein geringes Selbstvertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten stellt für Frauen ein größeres Eintrittshemmnis dar als für Männer. Dies spiegelt sich auch in der quantitativen Untersuchung wider. Demzufolge schätzen Frauen ihre eigenen Partizipationsmöglichkeiten geringer ein als Männer. Mit dem Alter steigen diese Unterschiede

an. Veränderungen in der Sozialisation im Kindesalter und ein gesellschaftlicher Wertewandel können diese positivere Einschätzung der Chancen erklären. In den qualitativen Interviews erweist sich das mangelnde Selbstvertrauen als häufiger Begleiter in der politischen Laufbahn und verhindert manchmal auch den Aufstieg in ein politisches Amt.

Fehlende weibliche Vorbilder und eine schlechte politische sowie außerpolitische Vernetzung, beispielsweise über Vereine in der Wohngemeinde, können ebenfalls die Einstiegschancen von Frauen in die Politik senken. In den qualitativen Interviews wiederum zeigt sich, dass Frauen oft über ein Vereinsengagement zur Kommunalpolitik finden, d. h. jene Frauen, die diese Vernetzung mitbringen, haben gute Einstiegschancen.

Unter den hemmenden Rahmenbedingungen werden in der Literatur auch die schlechten Vereinbarkeitschancen von Familie und Beruf genannt. Viele Sitzungen und Veranstaltungen finden am Abend oder am Wochenende statt. Liegt die Hauptzuständigkeit für die Haushaltsarbeit und die Kinder bei den Frauen, ist eine Politiklaufbahn nur mit hohem organisatorischem Aufwand möglich. Dies zeigt sich – wie schon weiter oben erwähnt – auch in den qualitativen Interviews. Traditionelle Rollenbilder und die daraus resultierende Aufgabenteilung innerhalb der Familie führen zu einer teils enormen Gesamtarbeitszeitbelastung bei den Erzählpersonen. Aus diesem Grund haben der Literatur zufolge viele Politikerinnen keine kleinen Kinder, sondern starten ihre Karriere erst später. In den qualitativen Interviews zeigen sich diese Effekte ebenso. Die Betreuungspflichten können dazu führen, dass ein Einstieg in die Politik auf die Lebensphase nach der Kinderbetreuung aufgeschoben wird oder ein Aufstieg in eine höhere politische Funktion gar nicht angestrebt oder vollzogen wird. Zudem ist die politische Laufbahn bei Müttern kleinerer Kinder oft nur durch konkrete und umfassende Hilfestellung aus der Herkunftsfamilie möglich. Andererseits sind – wie schon weiter oben erwähnt – die Interessen und Erfahrungen aus der Mutterrolle Mitauslöser für den Einstieg in die Politik. Wir können somit sowohl einen hemmenden als auch fördernden Effekt von Familie auf den Einstieg von Frauen in ein kommunalpolitisches Amt feststellen.

Den quantitativen Analysen zufolge spielt das Alter des jüngsten Kindes in den meisten Ländern keine Rolle dabei, ob man in einer Partei mitarbeitet oder nicht. Eine Ausnahme davon bilden allerdings die österreichischen Frauen. Haben die Frauen kleine Kinder, arbeiten sie selten aktiv in einer Partei mit. Dies deckt sich in Österreich mit der generellen Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern im Speziellen und belegt die in der Literatur beschriebenen Zusammenhänge von Frauenerwerbstätigkeit und dem Ausmaß der politischen Partizipation von Frauen.

Die Herkunftsfamilie kann Motivator für den Einstieg in die Kommunalpolitik sein. Das zeigt sich sowohl in der Literaturanalyse als auch in den qualitativen Interviews. Das politische Interesse in der Familie und die aktive politische Teilhabe – insbesondere von Männern – der Herkunftsfamilie können demnach einen Politikeinstieg von Frauen begünstigen. Die externe Motivation spielt beim Politikeinstieg und bei der politischen Karriere von Frauen generell eine mitentscheidende Rolle. Das zeigt sich in den qualitativen Interviews und auch in der Literatur: Frauen wünschen sich oft eine persönliche Einladung und Ermunterung, um politisch aktiv zu werden. Sie werden häufig von Bürgermeister/innen oder Gemeinderätinnen ermuntert bzw. überredet, zu kandidieren und treffen diese Entscheidung selten bewusst.

7 Literaturverzeichnis

- Alexander, Amy C.; Wenzel, Christian (2011): Explaining Women's Political Empowerment. The Role of Emancipative Beliefs. In: *European Sociological Review* 27 (3), S. 364-368.
- Alnevall, Christina (2008): Spanien – auf dem Weg zu einer besser gleichgestellten Gesellschaft. In: Dahlerup, Drude; Freidenvall, Lenita (2008): *Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa*. Brüssel: Europäisches Parlament. S. 101-108.
- Arregui Coka, Daniela; Freier, Ronny; Mollerstrom, Johanna (2017): Genderparität in der deutschen Politik: Weitere Bemühungen nötig. In: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. DIW Wochenbericht Nr. 37/2017*. Berlin: DIW: S. 763-774.
- Bauer, Werner T. (2016): *Mehrheits-, Verhältnis- und andere Wahlsysteme. Ein Überblick*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Bauer, Werner T. (2017): *Wahlsysteme in den Mitgliedstaaten der EU*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Beck, Dorothee (2016): *Politikerinnen und ihr Griff zur Macht. Mediale Repräsentationen von SPD-Spitzenkandidatinnen bei Landtagswahlen*. Bielefeld: Transcript.
- Bieber, Ina E. (2012): *Frauen in der Politik. Einflussfaktoren auf weibliche Kandidaturen zum deutschen Bundestag*. Frankfurt am Main: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blumer, Herbert (1979): *Methodologische Prinzipien empirischer Wissenschaft*. In: Gerdes, Klaus (Hrsg.) (1979): *Explorative Sozialforschung*. Stuttgart: Enke. S. 41-62.
- Bundesministerin für Frauenangelegenheiten/Bundeskanzleramt (1995): *Bericht über die Lage der Frauen in Österreich. Frauenbericht 1995*. Wien: Bundesministerin für Frauenangelegenheiten/Bundeskanzleramt.
- Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (2017): *Gleichstellung in Zahlen. Gender Index 2017. Eine Zusammenstellung wichtiger geschlechterspezifischer Daten und Statistiken*. Wien: Bundesministerium für Gesundheit und Frauen.
- Burns, Nancy; Schlozman, Kay Lehman; Verba, Sydney (2001): *The Private Roots of Public Action. Gender, Equality, and Political Participation*. Harvard: Harvard University.
- Dahlerup, Drude; Freidenvall, Lenita (2008): *Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa*. Brüssel: Europäisches Parlament.
- Dörfler, Sonja (2019): *Elterliche Arbeitsteilung in Österreich und Schweden. Die Entwicklung institutioneller und kultureller Rahmenbedingungen von 1990 bis heute*. Wiesbaden: Springer VS.
- Duncan, Simon (2000): Introduction: Theorising comparative gender inequality. (S. 1–23) In: Duncan, Simone, Pfau-Effinger, Birgit (Hrsg.) (2000): *Gender, Equality and Culture in the European Union*. London/New York: Routledge.
- Duncan, Simon (2004): Mothers and child care: Policies, values and Theories. In: *Children & Society*, 18, 254–265.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): *The three worlds of the Welfare Capitalism*. Oxford: Policy Press.

- Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (2016): Gleichstellung der Geschlechter in Macht- und Entscheidungspositionen. Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking in den EU-Mitgliedstaaten. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. DOI: 10.2839/86948.
- Fachbereich Frauen und Gleichstellung des Amtes der Tiroler Landesregierung (2016): if-faktum gleichstellung kompakt 2016 (spezial). https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/gesellschaft-soziales/frauen/downloads/if_Faktum-spezial-coaching-2016.pdf (abgerufen am 28.11.2018).
- Feigl, Susanne (2016): Factsheet: 150 Jahre Frauenrechte in Österreich. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.
- Fraenkl, Ernst (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien. Mit einem Nachwort über Leben und Werk Ernst Fraenkels von Alexander Brünnek (Hrsg.) Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Freidenvall, Lenita (2008): Schweden: Kleine Schritte, große Folgen. In: Dahlerup, Drude; Freidenvall, Lenita (2008): Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa. Brüssel: Europäisches Parlament. S. 109-118.
- Fuszara, Małgorzata (2008): Polen: Einen Schritt vorwärts, einen Schritt zurück. Der Polnische Tanz um ein Quotensystem. In: Dahlerup, Drude; Freidenvall, Lenita (2008): Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa. Brüssel: Europäisches Parlament. S. 78-88.
- Gabriel, Oskar W. (2013): Politische Partizipation. In: Van Deth, Jan W; Tausendpfund, Markus (Hrsg.) (2013): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 381-411.
- Gender Equality Commission (2017): Balanced participation of women and men in decision-making. Analytical report - 2016 data. Strasbourg: Council of Europe.
- Geisberger, Tamara (2010): Repräsentation und Partizipation von Frauen in Politik und Wirtschaft. In: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich (Hrsg.) (2010): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Wien: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich. S 355-386.
- Huke, Nikolai; Wöhl, Stefanie (2018): ‚Feminisierung‘ der Politik. Soziale Bewegungen gegen Austeritätspolitik in Spanien als Katalysator der politischen Partizipation von Frauen. In: Zeitschrift für Sozialen Fortschritt 7 (1). S. 29-41.
- Hoecker, Beate (2013): Frauen und das institutionelle Europa. Politische Repräsentation im Geschlechtervergleich. Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-531-19044-0.
- Hofer, Karin; Wolfgruber, Elisabeth (2000): Warum werden Frauen nicht gewählt? Zur Situation von Frauen in der Kommunalpolitik. In: Wolfgruber, Elisabeth; Grabner, Petra (Hrsg.) (2000): Politik und Geschlecht. Dokumentation der 6. Frauenringvorlesung an der Universität Salzburg, WS 1999/2000. Innsbruck/Wien/München: Studien-Verlag, S. 249-272. <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/hoferwolfgruber.pdf> (abgerufen am 28.11.2018)
- Holtkamp, Lars; Schnittke, Sonja (2010): Die Hälfte der Macht im Visier. Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen. Bielefeld: AJZ Druck & Verlag GmbH.

- Holtz-Bacha, Christina (2008): Frauen, Politik, Medien: Ist die Macht nun weiblich? In: Holtz-Bacha, Christina (2008): Frauen, Politik und Medien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH. S. 3-24.
- Hooghe, Marc; Bengii Hosch-Dayican; Jan W. Van Deth (2014): Conceptualizing Political Participation. In: Acta Politica 49 (2014): S. 337.
- if: faktum spezial. Magazin für TirolerInnen. Frauen in der Politik. Zukunftsthemen sind Frauenthemen 2016 (1 spezial); https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/gesellschaft-soziales/frauen/downloads/if_FaktumSpezial_Jaenner_2016.pdf (abgerufen am 27.11.2018).
- Jalalzai, Farida (2013): Shattered, Cracked and Firmly Intact. Women and the Executive Glass Ceiling Worldwide. Oxford University Press, Oxford.
- Jalalzai, Farida; Bolzendahl, Catherine; Alexander, Amy C. (2017): Frauen übernehmen Macht. Zur politischen Partizipation von Frauen weltweit. In: WeltTrends. Das außenpolitische Journal 125 (25), S. 24-28.
- Jalusic, Vlasta (1999): Freiheit ohne Gleichheit? Frauen und Politik in den neuen Demokratien. In: The Central and Eastern European Online Library 18, S. 67-80.
- Krook, Mona Lena (2008): Das Vereinigte Königreich: die politischen Parteien und die Quotenreform. In: Dahlerup, Drude; Freidenvall, Lenita (2008): Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa. Brüssel: Europäisches Parlament. S. 119-127.
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Weinheim/Basel: Beltz.
- Leymann, Heinz (Hrsg.) (1995): Der neue Mobbing-Bericht. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Lorenz-Dittlbacher, Lou (2018): Der Preis der Macht. Österreichische Politikerinnen blicken zurück. Salzburg/Wien: Residenz Verlag.
- Lorenzini, Jasmine; Bassoli, Matteo (2015): Gender ideology: The last barrier to women's participation in political consumerism? In: International Journal of Comparative Sociology 56 (6). S. 460-483. DOI: 10.1177/0020715215625726.
- Lukoschat, Helga; Belschner, Jana (2014): Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West. Berlin: EAF Berlin.
- Lukoschat, Helga; Belschner, Jana (2017): Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik. Berlin: EAF Berlin.
- Millard, Frances (2014): Not much happened: The impact of gender quotas in Poland. In: Communist and Post-Communist Studies 47, S. 1-11.
- Müller, Julia; Schwieren, Christiane (2012): Can oersonality explain what is underlying women's unwillingness to compete? In: Journal of Economic Psychology 33 (3). S. 448-460.
- Norris, Pippa (2001): Count Every Voice: Democratic Participation Worldwide. Manuscript <http://www.pippanorris.com> (13. März 2001).
- Pérez-Samaniego, Víctor; Santamaría-García, Carmen (2013): Erziehung zur Gleichberechtigung in Spanien. Eine soziokulturelle und historische Analyse. In: Vorwort: Holz, Oliver; Grimus, Margarete (Hrsg.) (2013): Education & Gender. Gendergerechte Bildung und Erziehung in ausgewählten Ländern. Historische Aspekte – aktuelle Trends. Münster: Waxmann.

- Pernegger, Maria (2018): frauen. politik. medien. Jahresstudie 2017. Losenstein: MediaAffairs.
- Pfau-Effinger, Birgit (2004a): Socio-historical paths of the male breadwinner model – an explanation of cross-national differences. In: *The British Journal of Sociology* 2004, 55 (3), 377-399.
- Pfau-Effinger, Birgit (2004b): *Development of Culture, Welfare States and Women's Employment in Europe*. Aldershot: Ashgate.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005): *Welfare State Policies and the Development of Care Arrangements*. In: *European Societies*, 7 (2), 321-347.
- Referat für Frauen und Gleichstellung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung (2017): *if:faktum gleichstellung kompakt. Aktuelle Information zu Frauen- und Gleichstellungsthemen für MultiplikatorInnen sowie interessierte Frauen und Männer 2017 (2)*. https://vorarlberg.at/documents/21336/29303/if_faktum02_17_Von+der+Rolle.pdf/04b15351-aa6a-4d33-bd8a-1050343256f7 (abgerufen am 28.11.2018).
- Reinsch, Kerstin (2018): *Politikerinnen sind keine Männer – Und Politiker auch nicht? Zur Rolle geschlechtsbezogener Darstellungen in der deutschen und amerikanischen Berichterstattung über Spitzenpolitiker/innen*. Dissertation. Halle an der Saale: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Reinwald, Florian; Damyanovic, Doris; Weber, Friederike (2011): *Abschlussbericht – Frauen in der burgenländischen Gemeindepolitik*. Eisenstadt: Land Burgenland.
- Rueschemeyer, Marilyn (2001): *Frauen und Politik in Osteuropa: 10 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 11 (1), S. 7-18.
- Ruhl, Kathrin (2006): *Frauen in der britischen Politik: eine Studie über Identität und politische Partizipation*. In: *Frauen in Geschichte und Gesellschaft*, 42. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlag. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/21296/ssoar-2006-ruhl-frauen_in_der_britischen_politik.pdf?sequence=1 (abgerufen am 26.11.2018).
- Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt (1985): *Bericht über die Lage der Frauen in Österreich. Frauenbericht 1985. Heft 5: Politik/Gesetz*. Wien: Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt.
- Saxonberg, Steven (2013): *From Defamilialization to Degenderization: Toward a New Welfare Typology*. In: *Social Policy & Administration*, 47 (1), 26-48.
- Steininger, Barbara (2000a): *Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation*. In: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.) (2000): *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien*. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22. Wien: Zentrums für Angewandte Politikforschung. S. 141-167. <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/steininger.pdf> (abgerufen am 07.12.2018).
- Steininger, Barbara (2000b): *Representation of women in the Austrian Political System 1945 - 1998: From a Token Female Politician to a Towards an Equal Ratio?* In: *Women & Politics* 21 (2), S. 81-106.
- Van Deth, Jahn W. (2009): *Politische Partizipation*. In: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.) (2009): *Politische Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141-161.
- Verba, Sidney; Kay Lehman Schlozman; Henry E. Brady (1995): *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.

Zani, Bruna; Barrett, Martyn (2012): Engaged citizens? Political participation and social engagement among youth, women, minorities, and migrants. In: Human Affairs, 22 (3). S. 273-282. DOI: 10.2478/s13374-012-0023-2.

Online-Quellen

<http://archive.ipu.org/wmn-e/classif.htm> (abgerufen am 22.01.2018)

http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl__wmid_locpol (abgerufen am 19.03.2018)

http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_gov__wmid_regall_exec/bar/table (abgerufen am 26.02.2018)

<http://gemeindebund.at/17-buergermeisterinnen-im-nationalrat/> (abgerufen am 13.03.2018)

http://gemeindebund.at/images/uploads/downloads/2016/PK-Unterlagen/Frauen-in-der-Kommunalpolitik/Datenpraesentation_Umfrage_Buergermeisterinnen_2016.pdf (abgerufen am 19.11.2018)

<http://gemeindebund.at/unsere-buergermeisterinnen/> (abgerufen am 02.03.2018)

http://gemeindebund.at/website2016/wp-content/uploads/2017/06/bundeslaendervergleich-2017_buergermeisterbezeuge_.pdf (abgerufen am 12.11.2018)

<http://gemeindebund.at/zu-wenige-ortschefinnen-in-oesterreich/> (abgerufen am 02.03.2018)

<http://www.bgld-landtag.at/> (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49362/frauen-in-der-politik> (abgerufen am 19.11.2018)

<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/dhondtsches-system.html> (abgerufen am 20.11.2018)

http://www.europarl.europa.eu/pdf/elections_results/ElectedMEPs.pdf (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.europeansocialsurvey.org/> (abgerufen am 14.02.2018)

<http://www.landtag-noe.at/> (abgerufen am 09.07.2018)

<http://www.landtag.steiermark.at/> (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.landtag.steiermark.at/cms/ziel/31866695/DE/> (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.noe.gv.at/noe/Landesregierung/Landesregierung.html> (abgerufen am 27.03.2018)

http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/ (abgerufen am 21.11.2018)

http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/austria/ (abgerufen am 20.11.2018)

http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/poland/ (abgerufen am 21.11.2018)

http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/spain/ (abgerufen am 21.11.2018)

http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/sweden/ (abgerufen am 21.11.2018)

http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/uk/ (abgerufen am 21.11.2018)

<http://www.ooe-landtag.at/der-landtag.html> (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.politik.steiermark.at/> (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.riksdagen.se/en/members-and-parties/> (abgerufen am 06.11.2018)

http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/land_politik/land_politik.htm (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.vorarlberg.at/landtag/landtag/> (abgerufen am 12.02.2018)

<http://www.wahlrecht.de/ausland/austria.html> (abgerufen am 20.11.2018)

<http://www.wahlrecht.de/ausland/grossbritannien-parlament.html> (abgerufen am 21.11.2018)

<http://www.wahlrecht.de/ausland/polen.html> (abgerufen am 21.11.2018)

<http://www.wahlrecht.de/ausland/schweden.html> (abgerufen am 21.11.2018)

https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2002/start.aspx (abgerufen am 11.04.2019)

https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2013/start.aspx (abgerufen am 11.04.2019)

<https://derstandard.at/2000053778998/Frauenthemen-Maennerthemen-Die-Aufgabenverteilung-in-der-Politik-folgt-noch-immer>; Abgerufen am 11.12.2018)

<https://derstandard.at/2000066409470/Warum-Frauen-weniger-Vorzugsstimmen-bekommen> (abgerufen am 26.11.2018)

<https://derstandard.at/3014238/Gemeindebund-will-mehr-Buergermeisterinnen> (abgerufen am 04.04.2018)

https://dev2.spoe.at/sites/default/files/spoe_statut_2014_monitor.pdf (abgerufen am 08.12.2018)

<https://frauen.spoe.at/2014/08/29/die-quote-ist-nicht-kompliziert-man-muss-sie-nur-anwenden/> (abgerufen am 08.12.2018)

https://partei.jetzt/wp-content/uploads/2018/06/28052018_Satzung_LPP.pdf (abgerufen am 08.12.2018)

https://partei.neos.eu/wp-content/uploads/2018/12/NEOS_Satzung_181124.pdf (abgerufen am 08.12.2018)

<https://res.dieneuevolkspartei.at/Files/Organisationsstatut-sjKWLM.pdf> (abgerufen am 08.12.2018)

<https://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62529/wahlsysteme-im-vergleich?p=all> (abgerufen am 21.11.2018)

<https://www.bmi.gv.at/412/> (abgerufen am 20.11.2018)

<https://www.burgenland.at/land-politik-verwaltung/politik-verwaltung/landesregierung/> (abgerufen am 12.02.2018)

https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Satzungen_FPOE_2013.pdf (abgerufen am 08.12.2018)

https://www.frauen-macht-politik.de/fileadmin/Dokumente/Geschlechterquoten_in_Wahlsystemen.pdf (abgerufen am 05.12.2018)

https://www.graz.at/cms/beitrag/10306681/7768104/Bezuege_der_Grazer_MandatarInnen.html (abgerufen am 07.11.2018)

<https://www.graz.at/cms/ziel/7765844/DE/> (abgerufen am 21.03.2018)

<https://www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm/statuten.pdf> (abgerufen am 08.12.2018)

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/32/Seite.320260.html> (abgerufen am 20.11.2018)

<https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-view/103/35> (abgerufen am 06.12.2018)

<https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-view/137/35>(abgerufen am 06.12.2018)

<https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-view/53/35> (abgerufen am 08.12.2018)

<https://www.justlanded.com/deutsch/Spanien/Artikel/Kultur/Frauen> (abgerufen am 10.12.2018)

<https://www.kommunalnet.at/news/einzelansicht/eine-woche-im-zeichen-des-ermutigens/news/detail.html> (abgerufen am 05.03.2018)

https://www.ktn.gv.at/280711_DE-Landtag-Politisches (abgerufen am 09.07.2018)

<https://www.ktn.gv.at/Politik/Landesregierung> (abgerufen am 09.07.2018)

<https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Gemeinden/BuergermeisterInnen-Mandatare> (abgerufen am 02.03.2018)

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/12160.htm> (abgerufen am 12.02.2018)

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/12748.htm> (abgerufen am 22.02.2018)

<https://www.meinbezirk.at/eisenstadt/politik/mehr-frauen-fuer-die-politik-gewinnen-d1914442.html> (abgerufen am 02.03.2018)

<https://www.meinbezirk.at/salzburg-stadt/politik/warum-die-politik-so-maennlich-ist-d2000243.html?cp=Kurationsbox> (abgerufen am 02.03.2018)

<https://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/WAHL/> (abgerufen am 20.11.2018)

<https://www.parlament.gv.at/PERK/GL/ALLG/G.shtml#Grundmandat> (abgerufen am 20.11.2018)

https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_BR.shtml (abgerufen am 12.02.2018)

https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml (abgerufen am 12.02.2018)

<https://www.parlament.gv.at/WWER/BR/AKT/index.shtml> (abgerufen am 12.02.2018)

<https://www.parlament.gv.at/WWER/BREG/REG/> (abgerufen am 23.01.2018)

<https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/AKT/index.shtml> (abgerufen am 24.01.2018)

https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Bezuege_2018.pdf (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.pressreader.com/austria/die-presse/20171021/282750586973962> (abgerufen am 26.11.2018)

<https://www.rechnungshof.gv.at/sonderaufgaben/anpassungsfaktor.html> (abgerufen am 12.11.2018)

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2017_I_166/BGBLA_2017_I_166.pdf (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001475> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBglD&Gesetzesnummer=10000510> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBglD&Gesetzesnummer=10000515> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrK&Gesetzesnummer=10000245> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrK&Gesetzesnummer=10000276> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrNO&Gesetzesnummer=20000052> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrOO&Gesetzesnummer=10000590&ShowPrintPreview=True> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=10000251> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=10001043> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrStmk&Gesetzesnummer=20000342> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrStmk&Gesetzesnummer=20000517> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=10000191> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000097> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000225> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrVbg&Gesetzesnummer=20000026> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrVbg&Gesetzesnummer=20000047> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000323> (abgerufen am 12.11.2018)

<https://www.salzburg.gv.at/pol/landtag/lt-klubs> (abgerufen am 09.07.2018)

<https://www.salzburg.gv.at/pol/landesregierung> (abgerufen am 09.07.2018)

<https://www.spoe.at/2014/11/06/frauenquotenregelung-wird-nachgeschaerft/> (abgerufen am 08.12.2018)

http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/index.html (abgerufen am 15.11.2018)

https://www.tirol.gv.at/fileadmin/landtag/downloads/2017/Abgeordnete_oeffentlich.pdf (abgerufen am 09.07.2018)

<https://www.tirol.gv.at/landtag/> (abgerufen am 09.07.2018)

<https://www.tirol.gv.at/regierung/> (abgerufen am 09.07.2018)

<https://www.vorarlberg.at/pdf/vorarlberggleichstellun.pdf> (abgerufen am 02.03.2018)

<https://www.wien.gv.at/politik/landtag/zusammensetzung.html> (abgerufen am 12.02.2018)

<https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/koerperschaft/land/landesregierung.html> (abgerufen am 12.02.2018)

8 Anhang

In den nachfolgenden Tabellen sind die Fraktionen nach ihrer Größe geordnet. Bei einer gleichen Anzahl von Mandatar/innen werden diese alphabetisch geordnet.

Tabelle A1: Nationalratsabgeordnete Österreich n. Region d. Wahlvorschlags 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Burgenland	1	4	20,0	80,0
Kärnten	3	7	30,0	70,0
Niederösterreich	10	23	30,3	69,7
Oberösterreich	11	17	39,3	60,7
Salzburg	3	5	37,5	62,5
Steiermark	7	16	30,4	69,6
Tirol	3	8	27,3	72,7
Vorarlberg	0	4	0,0	100,0
Wien	15	14	51,7	48,3
Bundewahlvorschlag	12	20	37,5	62,5
Nationalrat gesamt	65	118	35,5	64,5

Quelle: <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/AKT/index.shtml>; abgerufen am 24.01.2018

Tabelle A2: Nationalratsabgeordnete Österreich nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	20	42	32,3	67,7
SPÖ	24	28	46,2	53,8
FPÖ	13	38	25,5	74,5
NEOS	4	6	40,0	60,0
PILZ	4	4	50,0	50,0
Nationalrat gesamt	65	118	35,5	64,5

Quelle: <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/AKT/index.shtml>; abgerufen am 24.01.2018

Tabelle A3: Bundesratsabgeordnete Österreich nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	8	14	36,4	63,6
SPÖ	9	11	45,0	55,0
FPÖ	4	10	28,6	71,4
Grüne	3	1	75,0	25,0
Stronach	0	1	0,0	100,0
Nationalrat gesamt	24	37	39,3	60,7

Quelle: <https://www.parlament.gv.at/WWER/BR/AKT/index.shtml>; abgerufen am 12.02.2018

Tabelle A4: Landtagsabgeordnete im Burgenland nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
SPÖ	3	11	21,4	78,6
ÖVP	1	10	9,1	90,9
FPÖ	2	4	33,3	66,7
Grüne	1	1	50,0	50,0
LBL	0	2	0,0	100,0
kein Klub	0	1	0,0	100,0
Landtag gesamt	7	29	19,4	80,6

Quelle: http://www.bgl-d-landtag.at/fileadmin/user_upload/XXI_GP/Abgeordnete/Abgeordnete16112017.pdf; abgerufen am 12.02.2018

Tabelle A5: Landtagsabgeordnete in Kärnten nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
SPÖ	6	12	33,3	66,7
FPÖ	1	8	11,1	88,9
ÖVP	1	5	16,7	83,3
Team Köfler Kärnten	0	3	0,0	100,0
Landtag gesamt	8	28	22,2	77,8

Quelle: https://www.ktn.gv.at/280711_DE-Landtag-Politisches; abgerufen am 09.07.2018

Tabelle A6: Landtagsabgeordnete in Niederösterreich nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	4	25	13,8	86,2
SPÖ	5	8	38,5	61,5
FPÖ	2	6	25,0	75,0
Grüne	2	1	66,7	33,3
NEOS	2	1	66,7	33,3
Landtag gesamt	15	41	26,8	73,2

Quelle: <http://www.landtag-noe.at/>; abgerufen am 17.05.2018

Tabelle A7: Landtagsabgeordnete in Oberösterreich nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	8	13	38,1	61,9
FPÖ	5	13	27,8	72,2
SPÖ	5	6	45,5	54,5
Grüne	4	2	66,7	33,3
Landtag gesamt	22	34	39,3	60,7

Quelle: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/12748.htm>; abgerufen am 12.02.2018

Tabelle A8: Landtagsabgeordnete in Salzburg nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	5	10	33,3	66,7
SPÖ	4	4	50,0	50,0
FPÖ	2	5	28,6	71,4
Grüne	2	1	66,7	33,3
NEOS	1	2	33,3	66,7
Landtag gesamt	14	22	38,9	61,1

Quelle: <https://www.salzburg.gv.at/pol/landtag/lt-klubs>; abgerufen am 09.07.2018

Tabelle A9: Landtagsabgeordnete in der Steiermark nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
SPÖ	8	7	53,3	46,7
ÖVP	4	10	28,6	71,4
FPÖ	4	10	28,6	71,4
Grüne	2	1	66,7	33,3
KPÖ	1	1	50,0	50,0
Landtag gesamt	19	29	39,6	60,4

Quelle: <http://www.landtag.steiermark.at/cms/ziel/31866695/DE/>; abgerufen am 12.02.2018

Tabelle A10: Landtagsabgeordnete in Tirol nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	6	10	37,5	62,5
SPÖ	3	3	50,0	50,0
FPÖ	1	4	20,0	80,0
Grüne	1	3	25,0	75,0
FRITZ	1	1	50,0	50,0
NEOS	0	2	0,0	100,0
Landtag gesamt	12	23	34,3	65,7

Quelle: https://www.tirol.gv.at/fileadmin/landtag/downloads/2017/Abgeordnete_oeffentlich.pdf; abgerufen am 09.07.2018

Tabelle A11: Landtagsabgeordnete in Vorarlberg nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	5	11	31,3	68,8
FPÖ	2	7	22,2	77,8
Grüne	3	3	50,0	50,0
SPÖ	2	1	66,7	33,3
NEOS	1	1	50,0	50,0
Landtag gesamt	13	23	36,1	63,9

Quelle: <http://www.vorarlberg.at/landtag/landtag/abgeordnete/aufgaben.htm>; abgerufen am 12.02.2018

Tabelle A12: Landtagsabgeordnete in Wien nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
SPÖ	19	25	43,2	56,8
FPÖ	5	29	14,7	85,3
Grüne	5	5	50,0	50,0
ÖVP	4	3	57,1	42,9
NEOS	2	3	40,0	60,0
Landtag gesamt	35	65	35,0	65,0

Quelle: <https://www.wien.gv.at/politik/landtag/zusammensetzung.html>; abgerufen am 12.02.2018

Tabelle A13: Landtagsabgeordnete in allen Bundesländern nach Klubzugehörigkeit 2018

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
ÖVP	38	98	27,9	72,1
SPÖ	55	77	41,7	58,3
FPÖ	24	86	21,8	78,2
Grüne	20	17	54,1	45,9
NEOS	6	9	40,0	60,0
Team Köfler Kärnten	0	3	0,0	100,0
LBL	0	2	0,0	100,0
KPÖ	1	1	50,0	50,0
FRITZ	1	1	50,0	50,0
kein Klub	0	1	0,0	100,0
Landtage gesamt	145	295	33,0	67,0

Quelle: Tabelle A4 bis Tabelle A12

Tabelle A14: Abgeordnete im EU-Parlament nach Fraktionszugehörigkeit 2014

	Anzahl absolut		Anteil in %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
EPP	68	153	30,8	69,2
S&D	87	104	45,5	54,5
ECR	15	55	21,4	78,6
ALDE	26	41	38,8	61,2
GUE/NGL	26	26	50,0	50,0
Greens/EFA	21	29	42,0	58,0
EFDD	18	30	37,5	62,5
keine Fraktion	15	37	28,8	71,2
EU-Parlament gesamt	276	475	36,8	63,2

Quelle: http://www.europarl.europa.eu/pdf/elections_results/ElectedMEPs.pdf; abgerufen am 12.02.2018

Stand: Parlamentseröffnung nach Wahl 2014

Anm.: **EPP:** Europäische Volkspartei
S&D: Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR: Europäische Konservative und Reformer
ALDE: Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL: Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Greens/EFA: Grüne / Freie Europäische Allianz
EFDD: Europa der Freiheit und der direkten Demokratie

Die weiteren Tabellen beziehen sich auf das Kapitel 4 - Quantitative Befragung und hier auf die Ergebnisse der Auswertungen der ESS Welle 7 aus den Jahren 2014/15.

Die Tabellen bieten einen Überblick, ob das Geschlecht, das eigene Alter, das Alter des jüngsten Kindes oder die eigene abgeschlossene Schulbildung einen signifikanten Einfluss auf das politische Interesse, die Einschätzung der generellen Mitsprachemöglichkeiten, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, die Einschätzung, wie leicht es einem fällt, sich politisch zu beteiligen, die Mitarbeit in Parteien, die Kontaktaufnahme zu Politiker/innen und die Teilnahme an Unterschriftenaktionen haben. Falls signifikante Zusammenhänge bestehen (gekennzeichnet mit „sig.“), wird die Art des Zusammenhangs beschrieben.

Tabelle A15: Überblick zu den Signifikanzen: Politisches Interesse

Frage	Ländervergleich	Geschlecht	Alter	Alter des jüngsten Kindes	Bildung
Wie sehr sind Sie persönlich an Politik interessiert? Sind Sie sehr interessiert, ziemlich interessiert, kaum interessiert oder überhaupt nicht interessiert sehr interessiert – ziemlich interessiert – kaum interessiert – überhaupt nicht interessiert	generell:	generell:	Frauen:	Frauen:	Frauen:
	Österreich: mittleres Interesse	Österreich: Männer interessierter sig.	Österreich: mit Alter steigend sig.	Österreich: mit Kleinkind weniger Interesse sig.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
	Schweden: sehr hohes Interesse	Schweden: Männer interessierter sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: keine Unterschiede n.s.
	Vereinig. K.: eher hohes Interesse	Vereinig. K.: Männer interessierter sig.	Vereinig. K.: mit Alter steigend sig.	Vereinig. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinig. K.: mit Bildung steigend sig.
	Spanien: eher geringes Interesse	Spanien: Männer interessierter sig.	Spanien: 45 bis u65 J. interessierter sig.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
	Polen: sehr geringes Interesse	Polen: Männer interessierter sig.	Polen: 45 bis u65 J. interessierter sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Bildung steigend sig.
	Unterschiede: sig.		Männer:	Männer:	Männer:
			Österreich: mit Alter steigend sig.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
			Schweden: mit Alter steigend sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
			Vereinig. K.: mit Alter steigend sig.	Vereinig. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinig. K.: mit Bildung steigend sig.
			Spanien: mit Alter (bis 65 J.) steigend sig.	Spanien: Kind 6-18 J. höheres Interesse sig.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
			Polen: mit Alter steigend sig.	Polen: Kind unter 6 J. weniger Interesse sig.	Polen: mit Bildung steigend sig.

Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Anm.: sig.: Unterschiede sind auf 95 %-niveau signifikant

n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant

Tabelle A16: Überblick zu den Signifikanzen: Generelle Mitsprachemöglichkeit

Frage	Ländervergleich	Geschlecht	Alter	Alter des jüngsten Kindes	Bildung
<p>Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Österreich Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?</p> <p>0 (überhaupt nicht – 1 – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 (voll und ganz))</p>	generell:	generell:	Frauen:	Frauen:	Frauen:
	Österreich: sehr gering	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Alter sinkend sig.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
	Schweden: mittelmäßig	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Alter sinkend sig.	Schweden: mit Kinder u18 eher Mitsprachemögl. sig.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
	Vereinigt. K.: eher gering	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mittl. Alter weniger Mitsprachemögl. sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung steigend sig.
	Spanien: sehr gering	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: 25 - u45 J. weniger Mitsprachemögl. sig.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: keine Unterschiede n.s.
	Polen: eher gering	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.
	Unterschiede: sig.		Männer:	Männer:	Männer:
			Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
			Schweden: mit Alter sinkend sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
			Vereinigt. K.: im mittl. Alter eher. Mitsprachemögl. sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung steigend sig.
			Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: keine Unterschiede n.s.
			Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Bildung steigend sig.

Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Anm.: sig.: Unterschiede sind auf 95 %-niveau signifikant
n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant

Tabelle A17: Überblick zu den Signifikanzen: Vertrauen in eigene politische Fähigkeiten

Frage	Ländervergleich	Geschlecht	Alter	Alter des jüngsten Kindes	Bildung
Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen beteiligen zu können? 0 (vertraue meinen Fähigkeiten überhaupt nicht – 1 – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 (vertraue meinen Fähigkeiten voll und ganz)	generell:	generell:	Frauen:	Frauen:	Frauen:
	Österreich: mittelmäßig	Österreich: Männer höheres Vertrauen sig.	Österreich: mit Alter sinkend sig.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
	Schweden: mittelmäßig	Schweden: Männer höheres Vertrauen sig.	Schweden: 25-u45 hoch, dann sinkend; u25 gering sig.	Schweden: mit Kinder u18 höher sig.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
	Vereinigt. K.: mittelmäßig	Vereinigt. K.: Männer höheres Vertrauen sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung steigend sig.
	Spanien: eher gering	Spanien: Männer höheres Vertrauen sig.	Spanien: mit Alter sinkend sig.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
	Polen: sehr gering	Polen: Männer höheres Vertrauen sig.	Polen: mit Alter sinkend sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Bildung steigend sig.
	Unterschiede: sig.		Männer:	Männer:	Männer:
			Österreich: bis 65 steigend danach gering sig.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
			Schweden: mit Alter sinkend sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
			Vereinigt. K.: u25 eher gering. sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung steigend sig.
			Spanien: ab 65 gering n.s.	Spanien: mit Kinder u18 höher sig.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
			Polen: mit Alter sinkend sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Bildung steigend sig.

Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Anm.: sig.: Unterschiede sind auf 95 %-niveau signifikant

n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant

Tabelle A18: Überblick zu den Signifikanzen: Einfachheit eigene politische Beteiligung

Frage	Ländervergleich	Geschlecht	Alter	Alter des jüngsten Kindes	Bildung
Wie leicht finden Sie es, sich selbst am politischen Geschehen zu beteiligen? 0 (überhaupt nicht leicht – 1 – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 (äußerst leicht))	generell:	generell:	Frauen:	Frauen:	Frauen:
	Österreich: eher schwer	Österreich: Frauen schwieriger sig.	Österreich: jüngere einfacher sig.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung einfacher sig.
	Schweden: mittelmäßig bis eher schwer	Schweden: Frauen schwieriger sig.	Schweden: jüngere einfacher sig.	Schweden: ohne Kinder u18 schwieriger sig.	Schweden: mit Bildung einfacher sig.
	Vereinigt. K.: eher schwer	Vereinigt. K.: Frauen schwieriger sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit 6-u18 schwieri- ger sig.	Vereinigt. K.: mit Bildung einfacher sig.
	Spanien: sehr schwer	Spanien: Frauen schwieriger sig.	Spanien: ab 65-J. schwieri- ger sig.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: mit Bildung einfacher sig.
	Polen: sehr schwer	Polen: Frauen schwieriger sig.	Polen: jüngere einfacher sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Bildung einfacher sig.
	Unterschiede: sig.		Männer:	Männer:	Männer:
			Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung einfacher sig.
			Schweden: jüngere einfacher sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Bildung einfacher sig.
			Vereinigt. K.: u25-J. schwieriger sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung einfacher sig.
			Spanien: jüngere einfacher sig.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: mit Bildung einfacher sig.
			Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Bildung einfacher sig.

Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Anm.: sig.: Unterschiede sind auf 95 %-niveau signifikant
 n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant

Tabelle A19: Überblick zu den Signifikanzen: In Partei mitgearbeitet

Frage	Ländervergleich	Geschlecht	Alter	Alter des jüngsten Kindes	Bildung
<p>Es gibt verschiedene Wege, die Lage in Österreich zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt? Haben Sie in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet?</p> <p>ja – nein</p>	generell:	generell:	Frauen:	Frauen:	Frauen:
	Österreich: sehr selten	Österreich: Männer aktiver sig.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: ohne Kinder u18 aktiver sig.	Österreich: Matura ohne Studium: aktiver sig.
	Schweden: sehr selten	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: 25-u45: aktiver 65+ : kaum aktiv sig.	Schweden: 6-u18: aktiver o. K. u18: inaktiver sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.
	Vereinigt. K.: extrem selten	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: u25: extrem inaktiv 45-u65: aktiver sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung steigend sig.
	Spanien: sehr selten	Spanien: Männer aktiver sig.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
	Polen: extrem selten	Polen: Männer aktiver sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Studium: aktiver sig.
	Unterschiede: sig.		Männer:	Männer:	Männer:
			Österreich: u25 eher inaktiv; 25-u45 aktiv, dann \ sig.	Österreich: ohne Kinder u18 weniger aktiv sig.	Österreich: bis Matura steigend sig.
			Schweden: u25 und 65+ aktiver sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: keine Unterschiede n.s.
			Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Studium: aktiver sig.
			Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: mit Studium: aktiver sig.
			Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: keine Unterschiede n.s.

Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Anm.: sig.: Unterschiede sind auf 95 %-niveau signifikant

n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant

Tabelle A20: Überblick zu den Signifikanzen: Politiker/in kontaktiert

Frage	Ländervergleich	Geschlecht	Alter	Alter des jüngsten Kindes	Bildung
<p>Es gibt verschiedene Wege, die Lage in Österreich zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt? Haben Sie einen Politiker oder einen Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierung oder der Gemeindeverwaltung kontaktiert?</p> <p>ja – nein</p>	generell:	generell:	Frauen:	Frauen:	Frauen:
	Österreich: eher selten	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: bis 65 mit Alter steigend, dann \ sig.	Österreich: mit Kindern u6 aktiver sig.	Österreich: bis Matura steigend sig.
	Schweden: eher selten	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: bis 65 mit Alter steigend, dann \ sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
	Vereinig. K.: eher selten	Vereinig. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinig. K.: mit Alter steigend sig.	Vereinig. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinig. K.: mit Bildung steigend sig.
	Spanien: eher selten	Spanien: Männer aktiver sig.	Spanien: bis 65 mit Alter steigend, dann \ sig.	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
	Polen: sehr selten	Polen: Männer aktiver sig.	Polen: bis 65 mit Alter steigend, dann \ sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Studium: aktiver sig.
	Unterschiede: sig.		Männer:	Männer:	Männer:
			Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: ohne Kinder u18 weniger aktiv sig.	Österreich: bis Matura steigend sig.
			Schweden: bis 65 mit Alter steigend, dann \ sig.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
			Vereinig. K.: mit Alter steigend sig.	Vereinig. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinig. K.: mit Bildung steigend sig.
			Spanien: im mittleren Alter aktiver sig.	Spanien: ohne Kinder u18 weniger aktiv sig.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
			Polen: im mittleren Alter aktiver sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Studium: aktiver sig.

Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Anm.: sig.: Unterschiede sind auf 95 %-niveau signifikant
n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant

Tabelle A21: Überblick zu den Signifikanzen: Teilnahme an Unterschriftenaktionen

Frage	Ländervergleich	Geschlecht	Alter	Alter des jüngsten Kindes	Bildung
<p>Es gibt verschiedene Wege, die Lage in Österreich zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt? Haben Sie sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt?</p> <p>ja – nein</p>	generell:	generell:	Frauen:	Frauen:	Frauen:
	Österreich: mittelmäßig	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: 65+ weniger aktiv sig.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
	Schweden: eher oft	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: keine Unterschiede n.s.
	Vereinigt. K.: eher oft	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: im mittleren Alter aktiver sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung steigend sig.
	Spanien: mittelmäßig	Spanien: keine Unterschiede n.s.	Spanien: im mittleren Alter aktiver sig.	Spanien: ohne Kinder u18 weniger aktiv sig.	Spanien: mit Bildung steigend sig.
	Polen: eher selten	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: 65+ weniger aktiv sig.	Polen: mit Kinder 6 bis u18 aktiver sig.	Polen: mit Bildung steigend sig.
	Unterschiede: sig.		Männer:	Männer:	Männer:
			Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: keine Unterschiede n.s.	Österreich: mit Bildung steigend sig.
			Schweden: keine Unterschiede n.s.	Schweden: mit Kinder 6 bis u18 aktiver sig.	Schweden: mit Bildung steigend sig.
			Vereinigt. K.: 25 bis u45 aktiver, dann sinkend sig.	Vereinigt. K.: keine Unterschiede n.s.	Vereinigt. K.: mit Bildung steigend sig.
			Spanien: 25 bis u45 aktiver, dann sinkend sig.	Spanien: ohne Kinder u18 weniger aktiv sig.	Spanien: mit Pflichtschule weniger aktiv sig.
			Polen: mit Alter sinkend sig.	Polen: keine Unterschiede n.s.	Polen: mit Bildung steigend sig.

Quelle: ESS Welle 7; eigene Berechnung ÖIF

Anm.: sig.: Unterschiede sind auf 95 %-niveau signifikant
n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant

Kurzbiografien der Autor/innen

Dr. Sonja Dörfler (Projektleiterin)

Soziologin

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Komparative Familienpolitikanalyse, Geschlechterrollen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitszeit, Kinderbetreuungspolitik, Familie und Migration.

Kontakt: sonja.doerfler@oif.ac.at

Dr. Markus Kaindl

Soziologe

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien mit den Schwerpunkten quantitative Forschungsmethoden, Pflege, Generationenbeziehung, Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kinderwunsch und Elternbildung.

Kontakt: markus.kaindl@oif.ac.at

Bei der Erstellung dieses Berichts haben sämtliche Mitarbeiter/innen des ÖIF mitgewirkt.

Zuletzt erschienene Forschungsberichte des ÖIF

Kostenfrei erhältlich über die Homepage www.oif.ac.at/publikationen/forschungsberichte/

Buchebner-Ferstl, Sabine; Geserick, Christine (2019): Demenz und Familie. Forschungsbericht Nr. 30/2019.

Kapella, Olaf; Rille-Pfeiffer, Christiane; Schmidt, Eva-Maria (2018): Evaluierung des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes (B-KJHG) 2013. Zusammenfassender Bericht aller Module und Beurteilung. Forschungsbericht Nr. 29/2018.

Kapella, Olaf; Rille-Pfeiffer, Christiane; Wernhart, Georg; Baierl, Andreas; Halbauer, Stefan (2018): 2. Teilbericht der Evaluierung des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes (B-KJHG). Endbericht der Module 4, 6 und 7. Forschungsbericht Nr. 28/2018.

Kapella, Olaf; Baierl, Andreas; Geserick, Christine; Kaindl, Markus; Wernhart, Georg (2018): 1. Teilbericht der Evaluierung des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes (B-KJHG). Endbericht der Module 2, 3 und 5. Forschungsbericht Nr. 27/2018.

Neuwirth, Norbert; Kaindl, Markus (2018): Kosten-Nutzen-Analyse der Elementarbildungsausgaben in Österreich. Der gesamtwirtschaftliche Effekt des Ausbaus der Kinderbetreuungsplätze im Zeitraum 2005 bis 2016. Forschungsbericht Nr. 26/2018.

Wernhart, Georg; Dörfler, Sonja; Halbauer, Stefan; Mazal, Wolfgang; Neuwirth, Norbert (2018): Familienzeit – Wie die Erwerbsarbeit den Takt vorgibt. Perspektiven zu einer Neugestaltung der Arbeitszeit. Forschungsbericht Nr. 25/2018.

Kaindl, Markus; Kapella, Olaf (2016): Betreuung in den Schulferien in NÖ. Individuelle Lösungen – Wahrnehmungen – Wünsche. Forschungsbericht Nr. 24/2016.

Buchebner-Ferstl, Sabine; Kapella, Olaf; Rille-Pfeiffer, Christiane (2016): Psychosoziale Unterstützungslösungen der österreichischen Familienpolitik. Wirkungsanalyse der familienpolitischen Leistungen des Bundes – Modul V. Forschungsbericht Nr. 23/2016.

Neuwirth, Norbert (2016): Was sind uns unsere Kinder wert? Eine Kostenschätzung zum weiteren Ausbau im Elementarbildungsbereich. Forschungsbericht Nr. 22/2016.

Buchebner-Ferstl, Sabine; Kapella, Olaf; Kaindl, Markus; Stolavetz, Christina; Baierl, Andreas (2016): Erziehung – nicht genügend? Österreichische Eltern auf dem Erziehungsprüfstand. Forschungsbericht Nr. 21/2016.

Buchebner-Ferstl, Sabine; Kaindl, Markus; Rille-Pfeiffer, Christiane (2016): Bildungsentscheidungen in der Familie beim Übergang von der Volksschule in die weiterführende Schule. Forschungsbericht Nr. 20/2016.

Dörfler, Sonja; Wernhart, Georg (2016): Die Arbeit von Männern und Frauen. Eine Entwicklungsgeschichte der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung in Frankreich, Schweden und Österreich. Forschungsbericht Nr. 19/2016.

Buchebner-Ferstl, Sabine; Geserick, Christine (2016): Vorgeburtliche Beziehungsförderung. Dokumentation von Erfahrungen mit der Methode der Bindungsanalyse. Forschungsbericht Nr. 18/2016.

Das Österreichische Institut für Familienforschung an der Universität Wien (ÖIF) wird vom Bundeskanzleramt über die Familie & Beruf Management GmbH (FBG) und von den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien unterstützt.

 **Bundeskanzleramt**

Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend

